

# Das Argument

# 59

12. Jahrgang 1970

## **Afrika zwischen Imperialismus und Sozialismus. Probleme der Entwicklungsländer (VI)**

- Gert Meyer: Kolonialismus und Befreiungsbewegung  
in den afrikanischen »Überseeprovinzen« Portugals 489
- Heribert Adam: Einheimischer Kolonialismus:  
der Fall Südafrika 518
- Bassam Tibi: Die Krise des Burgibismus.  
Entstehung und Verfall des »konstitutionellen  
Sozialismus« in Tunesien 530
- Gerhard Grohs: Theorien der Revolution  
in der Dritten Welt 556

### **Besprechungen**

- Afrika (Sozialstruktur und Bevölkerungsgruppen, Bildungssystem,  
Industrialisierung, Entwicklungshilfe, Außenpolitik); Israelisch-  
arabischer Konflikt und palästinensische Befreiungsbewegung;  
Indiens Dritter Weg; Zur Theorie der Sozialwissenschaft;  
Dialektik und Formalismus in der Literaturwissenschaft:  
Peter Szondi 574

Gert Meyer

## Kolonialismus und Befreiungsbewegung in den afrikanischen „Überseeprovinzen“ Portugals

Die von der portugiesischen Regierung kontrollierten afrikanischen Territorien stellen die flächenmäßig größten Überreste des überseeischen Besitzes einer europäischen Kolonialmacht dar. Es gelang Portugal, dem ärmsten und rückständigsten Staat Westeuropas, seine Überseegebiete über beide Weltkriege hinweg zu erhalten und auch die anschließende politische Dekolonisationsbewegung zu überstehen. Gelegentliche Proteste der liberalen Öffentlichkeit gegen die unerträglichen Arbeitsbedingungen und die brutale Niederschlagung von Aufständen vermochten bislang dem portugiesischen Kolonialreich ebensowenig anzuhaben wie die periodischen Verurteilungen seitens der UNO und der Wirtschaftsboykott einiger progressiver afrikanischer Staaten. Portugal hat in diesem Jahrhundert in Afrika nur das Forts St. Johannes der Täufer, ein kurioses Relikt aus der Blütezeit des Sklavenhandels, an Dahomey übergeben müssen. Die Kapverdischen Inseln, die Inseln Sao Tomé und Príncipe, Guinea-Bissau und vor allem Angola und Mozambique betrachtet die portugiesische Regierung als „Überseeprovinzen“ (diesen Namen erhielten die Kolonien 1951, ohne daß man ihre Bewohner befragt hätte) und als integrale Bestandteile ihres Territoriums<sup>1</sup>. Um die Befreiungsbewegung zu vernichten, die inzwischen in weiten Gebieten Angolas, Mozambiques und Guineas das Kolonialsystem beseitigt hat, bemüht sich die portugiesische Regierung bei den NATO-Staaten um militärische Unterstützung, die bisher auch — speziell von der BRD — in großzügigem Maße gewährt worden ist. Zugleich sollen ausländische Investitionen die „Überseeprovinzen“ aus der tödlichen wirtschaftlichen Stagnation herausführen, in die sie durch eine 500jährige Kolonialausplünderung geraten sind.

Nachrichten über die wirtschaftlichen und sozialen Zustände in den „Überseeprovinzen“ sowie über die Entstehung und die Erfolge der Befreiungsbewegung sind bisher von den portugiesischen Behörden der Öffentlichkeit gegenüber sorgfältig abgeschirmt worden und nur durch zufällige Zeitungsmeldungen ans Tageslicht gekommen. Erst in letzter Zeit sind einige Arbeiten über die Praxis des

1 Weitere „Überseeprovinzen“ sind Madeira und die Azoren, Macao und ein Teil der Insel Timor; Goa, Damao und Diu wurden im Dezember 1961 von der Indischen Union annektiert.

Kolonialismus und die Widerstandsbewegung erschienen<sup>2</sup>; ihre Ergebnisse sollen — zusammen mit den Informationen der verschiedenen Zeitschriften und Bulletins der Befreiungsbewegung — im folgenden zusammengefaßt werden.

### 1. Kolonialismus und sozialökonomische Stagnation

Das Ausgreifen Portugals auf den afrikanischen Kontinent ist die Folge des im Zuge der Reconquista entstandenen Bündnisses von staatlicher Zentralmacht und expansiver Handelsbourgeoisie<sup>3</sup>. Traditionelle mittelalterliche Motive (die Bekämpfung der „Heiden“ und Suche des sagenhaften Priesterkönigs Johannes) verknüpften sich bei der Eroberung Ceutas (1415) und der Erkundung der nordwestafrikanischen Küste unter Heinrich dem Seefahrer (1394—1460) mit dem Interesse der städtischen Kaufleute an der Ausschaltung der arabischen Handelskonkurrenz.

Die Verwendung der wissenschaftlichen und nautischen Kenntnisse der Araber sowie die waffentechnische Überlegenheit der portugiesischen Karavellen führten dazu, daß dem europäischen Gesichtskreis innerhalb weniger Jahrzehnte größere Gebiete erschlossen wurden als in der gesamten bisherigen Geschichte. 1415 führt die erste Expedition nach den Kanarischen Inseln; 1431—1439 werden die Azoren entdeckt; 1433 wird das bis dahin für unpassierbar gehaltene Kap Bojador umsegelt; 10 Jahre später segeln portugiesische Schiffe über das Kap Branco hinaus; 1444 gelangt man bis zum Kap Verde; 1446 wird der Rio Grande entdeckt; 1482—1486 gelangt Diego Cao bis zum Kongo; 1488 wird das Kap der Guten Hoffnung von Diaz umsegelt; 1497 startet Vasco da Gama seine Expedition nach Indien; 1500 werden Labrador, Neufundland und Brasilien

2 Eine genaue und materialreiche Darstellung des Kolonialsystems und der Befreiungsbewegung in deutscher Sprache findet sich in dem von der Projektgruppe Afrika im INFI (Internationales Nachrichten- und Forschungsinstitut) Berlin herausgegebenen Band: *Der revolutionäre Befreiungskrieg in Angola, Guinea-Bissau und Mozambique*, Berlin 1969; dieses Buch ist auch durch seine Literaturhinweise wertvoll. Wichtig ist ferner die Arbeit von S. Bosgra/A. Dijk, *De strijd tegen het portugese kolonialisme: Angola, Mozambique, Guinee*. Amsterdam/Paris 1969. Die Verfasser sind Mitarbeiter des Amsterdamer Angola-Komitees, dessen „angalabulletin“ regelmäßig Berichte über die Befreiungsbewegung bringt. Auch in dem „Antiimperialistischen Informationsbulletin“ (herausgegeben vom Antiimperialistischen Arbeitskomitee, Marburg/L., Liebigstr. 46) sind wichtige Dokumente des Befreiungskampfes in den portugiesischen Kolonien abgedruckt.

3 Vgl. James Duffy, *Portuguese Africa*, Cambridge (Mass.) 1961, sowie Edgar Prestage, *Die portugiesischen Entdecker*, München 1967. Prestage zeigt sich als eifriger Verteidiger der abendländischen Zivilisation, wenn er beispielsweise über den mohammedanischen Herrschaftsbereich schreibt (S. 21): „Seine zunehmende Macht bedeutete eine Bedrohung der Zivilisation, ähnlich jener durch den Kommunismus unserer Tage, obschon die Gefahr damals in der Waffengewalt bestand und nicht im Einsickern religionsfeindlicher Ideen, die noch schwieriger zu bekämpfen sind.“

entdeckt; 1507, nach der Seeschlacht von Diu, beherrscht Portugal für ein Jahrhundert den Indischen Ozean; 1509 werden Vorstöße nach Hinterindien unternommen; 1516 landen Portugiesen in China und 1542 in Japan.

Obwohl sich die portugiesischen Händler und Gouverneure in der folgenden Zeit (gemäß den Bestimmungen des Vertrags von Tordesillas 1494) vorab auf die Konsolidierung ihrer maritimen Vorherrschaft im östlichen Teil der Welt beschränken und zu diesem Zweck an den afrikanischen Küsten nur Forts, Marinestützpunkte und Faktoreien anlegten, von denen aus der lukrative Handel mit Indien und Brasilien organisiert wurde, veränderten sie die soziale und wirtschaftliche Struktur der von ihnen kontrollierten Küsten in grundlegender Weise.

Bei ihrer Landung in Afrika stießen die Portugiesen auf hochorganisierte und zentralregierte Staatsverbände, in denen die gesellschaftliche Arbeitsteilung bereits relativ weit fortgeschritten war<sup>4</sup>. In den Händen des Handelskapitals hatten sich zum Teil beträchtliche Reichtümer angesammelt, welche die Grundlage für den Sprung zur nächsten historischen Entwicklungsstufe — die Entfaltung der Manufaktur und des großen Gewerbes — hätten abgeben können. Vielfach charakterisierte eine urbane Zivilisation die Zentren der Reiche; niederländische Seefahrer beispielsweise schilderten Anfang des 17. Jahrhunderts die Städte Guineas als den zeitgenössischen holländischen durchaus ebenbürtig<sup>5</sup>. Beispiele für diese relativ hochentwickelten Staats- und Gesellschaftsformen, deren Existenz die ideologische Legende vom „geschichtslosen Afrika“ jedoch zu verleugnen trachtet<sup>6</sup>, waren die Reiche der Mani-Kongo im Norden des heutigen Angola, das weiter im Süden gelegene Ndongo-Reich der Mbundu sowie die afrikanisch-arabischen Stadtstaaten an der Südostküste Afrikas auf dem Gebiet des heutigen Mozambique.

4 Basil Davidson, *Urzeit und Geschichte Afrikas*, Hamburg 1961; ders., *Vom Sklavenhandel zur Kolonialisierung (Afrikanisch-europäische Beziehungen zwischen 1500 und 1900)*, Hamburg 1966.

5 Vgl. einen Bericht von 1602: „Wenn man die Stadt betritt, hat man gleich das Gefühl, daß sie sehr groß ist... Man geht eine große, breite Straße entlang, die ungepflastert ist und sieben- bis achtmal breiter zu sein scheint als die Warmoes-Straße in Amsterdam... Die Häuser in dieser Stadt sind ordentlich ausgerichtet, eines steht dicht am anderen und in gleicher Fluchtlinie, so wie die Häuser in Holland stehen.“ (B. Davidson, *Vom Sklavenhandel zur Kolonialisierung*, a.a.O., S. 196.)

6 Vgl. hierzu die treffenden Bemerkungen in der INFI-Broschüre, S. 33 ff. — Die Auffassung vom „geschichtslosen Afrika“ findet sich auch in der Geschichtsphilosophie Hegels: „Jenes eigentliche Afrika... ist das in sich gedrungene Goldland, das Kinderland, das jenseits des Tages der selbstbewußten Geschichte in die schwarze Farbe der Nacht gehüllt ist... Es ist kein geschichtlicher Weltteil, er hat keine Bewegung und Entwicklung aufzuweisen... Was wir eigentlich unter Afrika verstehen, das ist das Geschichtslose und Unaufgeschlossene, das noch ganz im natürlichen Geiste befangen ist.“ (Philosophie der Geschichte, Stuttgart 1961, S. 153 und 163.)

Die Hauptstadt des Mani-Kongo, von den Portugiesen Sao Salvador getauft, zählte Anfang des 16. Jahrhunderts annähernd 100 000 Einwohner. Das Handwerk (vor allem das Bauhandwerk, die Schmiederei, Töpferei und Weberei) hatte einen bedeutenden Aufschwung genommen; die Handwerker waren in zunftähnlichen Verbänden organisiert. Die Verwaltung der 18 tributpflichtigen Provinzen lag in den Händen des Adels. Ein entwickeltes Post- und Nachrichtenwesen sorgte für den raschen Informationsaustausch zwischen den Provinzen und dem Zentrum. Das Geldsystem hatte sich in dem größten Teil des Reiches verbreitet; die Währung wurde von der Zentralgewalt genau kontrolliert. Die Felder wurden von den einzelnen Stämmen in gemeinsamer Arbeit bebaut. Von der Zivilisation der zeitgenössischen europäischen Staaten unterschied sich das Kongoreich im wesentlichen nur dadurch, daß es kein stehendes Heer gab und die Kriegstechnik weniger ausgefeilt war; auch wirft es ein bezeichnendes Licht auf die Gesellschaftsverfassung, daß Diebstahl nicht — wie dies in der Regel in Europa geschah — dadurch bestraft wurde, daß man die Delinquenten aufhängte. Ähnlich wie das Kongoreich war das Mbundu-Reich des Ngola (hieraus leitet sich der Name Angola ab) organisiert. Aber bereits kurze Zeit nach der Bekanntschaft mit den Europäern zerfiel die Wirtschaft und die politische Einheit dieser Staatsverbände. Die Währungen wurden von den Weißen manipuliert, das Gewerbe verfiel durch die Einfuhr europäischer Waren, die Bestechung der Häuptlinge und die Ausrüstung einzelner Stämme mit Feuerwaffen förderte die Stammeszersplitterung. Die afrikanischen Städte wurden bei der militärischen Eroberung, die ihrer Christianisierung auf dem Fuße folgte, zerstört und ihre Bewohner als Sklaven außer Landes gebracht.

Die großen, aus Stein gebauten, blühenden Hafenstädte der afrikanischen Südküste hatten Vasco da Gama in Erstaunen gesetzt, als er 1498 auf der Suche nach dem Seeweg nach Indien hier landete. In seinem Logbuch heißt es: „Als wir zwei oder drei Tage an diesem Ort waren, suchten uns zwei Herren dieses Landes auf. Sie waren recht hochmütig und maßen unseren Gaben keinen besonderen Wert bei. Ein junger Mann ihres Landes — diese Information entnahmen wir ihrer Zeichensprache — war aus einem fernen Lande heimgekehrt und hatte bereits so große Schiffe wie die unseren gesehen“<sup>7</sup>. Zentren wie Kilwa, Malindi, Quelimane, Sofala oder Mozambique hatten bereits Jahrhunderte vor dem Erscheinen der Europäer regelmäßige Handelsbeziehungen mit den Städten am Roten Meer, in Südarabien, im Persischen Golf, in Indien, Ceylon und sogar in China. Die Portugiesen schilderten Kilwa als „eine Stadt mit vielen

7 B. Davidson, Vom Sklavenhandel... a.a.O., S. 148. Bekannt ist auch, daß, als Vasco da Gama den indischen Hafen Calicut erreichte und dem dortigen Herrscher mit den mitgebrachten Geschenken seine Aufwartung machen wollte, der Schatzmeister ihm spöttisch riet, den Herrscher lieber nicht mit solch armseligen Mitbringseln zu erzürnen (E. Prestage, a.a.O., S. 141).

schönen Häusern, die aus Stein und Mörtel errichtet waren, viele Fenster nach europäischer Art besaßen und in wohlausgerichteten Straßen standen“<sup>7a</sup>. Kunst und Wissenschaften, Architektur und Schriftkunst hatten in diesen von Afrikanern, Arabern und Persern gemeinsam besiedelten Städten möglicherweise ein höheres Niveau als in Europa. Gold, Eisen, Elfenbein, Harz, Schildpatt, Kokosöl, Mangroven, seltener auch Sklaven, wurden regelmäßig über den Indischen Ozean transportiert.

Erklärtes Ziel der Portugiesen war die Ausschaltung dieses afrikanisch-indischen Handels. Der König von Portugal verkündete, nachdem er von Vasco da Gama Bericht erhalten hatte: „Wir hoffen mit Gottes Hilfe, daß der umfangreiche Handel, der jetzt noch die in jenen Gebieten lebenden Mauren bereichert, durch deren Hände er ohne die Zwischenschaltung irgendwelcher anderer Leute und Völker geht, zufolge unserer neuen Dispositionen in Zukunft auf die Staatsbürger und Schiffe unseres eigenen Königreiches umgeleitet wird“<sup>8</sup>. Nachdem Vasco da Gama bereits auf seiner ersten Indienfahrt die Stadt Mozambique bombardiert hatte, begann auf den nächsten Expeditionszügen die systematische Vernichtung der Handelsstädte. Kilwa, Mombasa, Sansibar, Brava und andere Orte an der Küste wurden zertrümmert oder gewaltsam unterworfen. Innerhalb weniger Jahrzehnte wurde der hier in Jahrhunderten akkumulierte Reichtum vernichtet. Spätere Besucher fanden die Städte in einem trostlosen und verlassenen Zustand vor; ein englischer Besucher nannte Quelimane, die in dem Logbuch da Gamas erwähnte Stadt, später „den gräßlichsten Ort auf der ganzen Welt“. Ebenso wie in Angola wurden an der Südostküste die größeren Staatsverbände zerschlagen, das Währungssystem zerrüttet, das Gewerbe zerstört und die Städte dem Erdboden gleichgemacht; die oft bereits überwundene Stammesstruktur wurde künstlich restauriert.

Die Hauptursache für die wirtschaftliche und soziale Regression der afrikanischen Territorien war jedoch der Sklavenhandel. Portugal war die europäische Nation, die diesen Handel als erste betrieb und als letzte beendete. Menschenraub und Sklaverei waren bereits für die ersten Kontakte der Portugiesen mit den afrikanischen Völkern südlich der Sahara charakteristisch. Heinrich der Seefahrer riet seinen Kapitänen, bei ihren Landungen „Eingeborene zu ergreifen“ und sie über die Verhältnisse ihres Landes auszufragen. Bereits im Jahre 1441 brachten zwei bewaffnete Karavellen das erste Dutzend Negerklaven aus der Umgebung des Kap Blancos nach Lissabon. Die Portugiesen waren sich darüber im klaren, daß man „außer dem Wissen, das durch sie beschert wird . . . , auch den Vorteil ihrer Arbeit oder ihres Lösegeldes genießen kann“<sup>9</sup>. Zunächst wurden die Sklaven nur an der Guineaküste eingefangen oder eingekauft. In einem Bericht von 1506 hieß es von den Bewoh-

7a B. Davidson, Vom Sklavenhandel . . . , S. 153.

8 B. Davidson, Vom Sklavenhandel . . . , S. 160.

9 E. Prestage, a.a.O., S. 37.

nern des Mündungsgebiet des Rio Grande: „Sie sind dem König von Mali unterworfen und haben eine sehr schwarze Farbe; viele sind nackt, während andere mit Tüchern bekleidet sind. Hier kann man sechs oder sieben Sklaven für ein Pferd, sogar für ein schlechtes, haben.“<sup>10</sup> Als der Papst von diesen Entdeckungsreisen hörte, gewährte er „all denen, die an diesen Feldzügen teilnehmen, einen vollkommenen Ablass ihrer Sünden“ und verlieh dem portugiesischen König das Recht, in den von ihm eroberten Gebieten die Ungläubigen „zu fangen, zu unterwerfen und in ewige Sklaverei zu bringen“<sup>11</sup>. Die nächsten Expeditionen brachten bereits mehrere hundert Sklaven nach Portugal, und in den fünfziger Jahren des 15. Jahrhunderts wurden jährlich bereits etwa 1000 Sklaven aus Westafrika weggeschleppt. Nach der Jahrhundertwende stieg diese Zahl auf jährlich drei- bis viertausend. Zunächst waren die Sklaven nur als Dienstboten oder in der Landwirtschaft tätig; eine starke Nachfrage ging von den Zuckerplantagen auf Sao Tomé aus. Bereits in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts waren verschiedene Gegenden Afrikas durch die systematische Jagd nach Sklaven, das Verbrennen der Dörfer und die Verheerung der Ländereien weitgehend entvölkert. In einem Brief des Königs des Kongoreichs an den portugiesischen König aus dem Jahre 1526 hieß es<sup>12</sup>: „Wir können nicht ermesen, wie groß der Schaden ist, denn die oben erwähnten Kaufleute nehmen täglich Untertanen von uns gefangen: Söhne des Landes und Söhne unserer Edelleute, Vasallen und Verwandte... Diebe und gewissenlose Männer nehmen sie mit sich, denn sie möchten am liebsten alles besitzen, was in unserem Königreich zu haben ist... Sie nehmen sie gefangen und lassen sie dann verkaufen. So groß, Sire, ist ihre Verderbtheit und Zügellosigkeit, daß unser Land drauf und dran ist, in hohem Grade entvölkert zu werden.“

Mit der Entdeckung Amerikas nahm der Sklavenhandel einen ungeheuren Aufschwung; die Bergwerke und Plantagen der Neuen Welt hatten einen riesigen Arbeitskräftebedarf. Allein nach Brasilien wurden zwischen 1580 und 1680 auf portugiesischen Schiffen mehr als 1 Million „Einheiten“ verschifft: noch 1798 bestand mehr als die Hälfte der brasilianischen Bevölkerung aus afrikanischen Sklaven. Über Luanda wurden bereits Ende des 16. Jahrhunderts jährlich 2500 Sklaven nach Amerika verschifft. Ein Jahrhundert später waren es jährlich acht- bis zehntausend, so daß in dem Jahrhundert seit der portugiesischen Eroberung der Königreiche südlich des Kongo über 1 Million Seelen weggeschleppt wurden. Von 1680 bis zum formellen Verbot des Sklavenhandels 1836 wurden in

10 B. Davidson, *The Liberation of Guiné (Aspects of an African Revolution, with a foreword by Amílcar Cabral)*, London 1969, S. 22. (Diese Broschüre ist inzwischen auch auf deutsch, Frankfurt/M. 1970, erschienen.)

11 Nach S. Bosgra/A. Dijk, a.a.O., S. 27 f.

12 B. Davidson, *Vom Sklavenhandel...*, S. 133. Auch die folgenden Zahlenangaben sind diesem Band entnommen.

Luanda und Benguela die Verkäufe von weiteren 2 Millionen Sklaven registriert. Über 80 % der Ausfuhr Angolas bestand drei Jahrhunderte lang aus Sklaven. Zu den offiziellen Angaben müssen jedoch mindestens 1 Million geschmuggeltes „schwarzes Elfenbein“ hinzugerechnet werden, so daß sich die Menschenverluste Angolas auf über 5 Millionen vergrößerten — diese Zahl entspricht etwa seiner gegenwärtigen Einwohnerzahl.

Der Sklavenhandel blühte auch an der von den Portugiesen besetzten Südostküste Afrikas. Noch in den letzten Jahrzehnten vor der Beendigung des legalen Sklavenhandels wurden jährlich 10 000—20 000 Eingeborene auf die französischen Besitzungen Mauritius und Bourbon und vor allem nach Brasilien geschifft. Nach dem juristischen Verbot lebte der Handel illegal weiter: die Kolonialbehörden kooperierten hierbei mit den arabischen Unter- und Zwischenhändlern bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein. Noch bis 1920 wurden in den portugiesischen Kolonien öffentlich Sklaven für die Plantagen- und Hausarbeit sowie für den sexuellen Gebrauch verkauft<sup>13</sup>. Durch den Sklavenhandel floß ein stetiger Strom von Reichtum in die Metropole; es war besonders der bekannte Dreieckshandel (Tausch von Perlenketten, Taschentüchern, Waffen etc. gegen „schwarzes Elfenbein“ in Afrika; Verkauf der Sklaven gegen Zucker, Tabak und Edelmetalle in Amerika; Überführung dieser Produkte nach Europa), der Portugal auch dann noch beträchtliche Einnahmen verschaffte, als es nach der Mitte des 17. Jahrhunderts durch die Konkurrenz der weiterentwickelten westeuropäischen Staaten sein ursprüngliches Handelsmonopol verloren hatte.

In den Kolonien etablierte das System des Sklavenhandels die sozialökonomischen Strukturen, die ihnen bis in die letzte Zeit hinein das Gepräge gaben. Der Sklavenhandel ernährte die schmale Schicht von eingewanderten Europäern — Verwaltungsbeamte, Kaufleute, Grundbesitzer — bis hin zu den Geistlichen, die zuweilen eigene Sklavenschiffe besaßen und stets mit dem Sklavensystem in direkter Beziehung standen (so segnete der Bischof von Luanda jeden den Hafen verlassenden Sklaventransport ein; die Missionare und Priester, die in dem Verkauf der Neger den sichersten Weg zu ihrer Bekehrung sahen, erhielten pro getauftem Sklaven eine Taufsteuer usw.). Er festigte die Macht der Stammeshäuptlinge, die für die Auslieferung ihrer Untertanen und die Kriege gegen die Nachbarstämme Waffen, Luxusgüter und soziales Ansehen erhielten. Er ließ die größeren territorialen Einheiten zerfallen, indem er das ganze Land in einen permanenten Bürgerkriegszustand hineinstieß, wobei stets die Stämme die Unterstützung der Weißen erhielten, welche die meisten Sklaven herbeischafften. Die in vielen Gegenden autochthon entstandenen städtischen Kulturen wurden ebenso vernichtet wie das oft in hoher Blüte stehende städtische und ländliche Handwerk. Der von dem einheimischen Handelskapital akkumulierte Reichtum, der die Möglichkeit für seine Fortentwicklung zu

13 S. Bosgra/A. Dijk, a.a.O., S. 31.

Manufaktur und Industrie enthielt, wurde wie jegliche weitergehende gesellschaftliche Arbeitsteilung vernichtet.

Der Verlust der Kolonie Brasilien 1822, die Verfolgung und Aufbringung der portugiesischen Sklavenschiffe durch die englische Kriegsmarine, die Unfähigkeit, mit Hilfe des in Übersee erbeuteten Mehrprodukts in Portugal selber eine Industrie aufzubauen — dies alles schien Mitte des 19. Jahrhunderts das Ende der kolonialen Aktivitäten Portugals einzuleiten. Nachdem das Hauptgewerbe der Kolonialherren, das Fangen, Taufen, Verkaufen und Verschiffen von Sklaven, nicht mehr in Blüte stand, zerfielen die portugiesischen Küstensiedlungen sehr rasch. Um 1850 wohnten in Angola und Mozambique nur noch weniger als 3000 Portugiesen<sup>14</sup>. Reiseberichte aus den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts schilderten den Zustand Luandas, des ehemals wichtigsten Sklavenhafens an der afrikanischen Westküste südlich des Äquators, in dem damals weniger als 1000 Europäer wohnten, folgendermaßen<sup>15</sup>: „In den Straßen liegt fußhoch Sand, die meisten öffentlichen Gebäude zerfallen . . . in dem Jesuitenkolleg sind Ochsen untergebracht.“ Benguela hatte nur noch 600 Häuser und 38 weiße Einwohner. Über Lourenco Marques hieß es in einer Schilderung von 1857: „Die Stadt besteht aus einem elenden Platz mit schmutzigen Häusern . . . Überall liegt Dreck . . . Wer die Stadt sieht, kann sich nicht vorstellen, daß hier menschliche Wesen leben können.“ Noch 1890 wurde die heutige Hauptstadt Mozambiques von einem Engländer als der „langweiligste, dreckigste, blödeste Platz, den ich in der ganzen zivilisierten Welt gesehen habe“, charakterisiert.

Aber paradoxerweise erhielt Portugal, eines der ökonomisch und militärisch rückständigsten Staaten Europas, gerade zu der Zeit, als sich die industriell fortgeschrittensten Mächte anschickten, Afrika unter sich aufzuteilen, auf diesem Kontinent weitaus größere Besitzungen zugesprochen als es jemals zuvor besetzt gehalten hatte. Um das Vordringen Großbritanniens in Zentral- und Westafrika zu verhindern, traten Frankreich und das Deutsche Reich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts dafür ein, daß Portugal ein zusammenhängendes Gebiet von Angola bis Mozambique erhält. Dies konnte die britische Regierung zwar verhindern, sie mußte Lissabon jedoch feste Grenzen garantieren, die weit über die Gebiete hinausgingen, die von Portugal bisher kontrolliert wurden. Infolge dieser Konflikte zwischen den imperialistischen Mächten erhielt Portugal in Afrika ein Kolonialreich von über 2 Millionen km<sup>2</sup> (Guinea: 36 000 km<sup>2</sup>; Angola 1,25 Mio km<sup>2</sup>; Mozambique: 778 000 km<sup>2</sup>; das Territorium dieser Kolonien war mehr als 20mal so groß wie das portugiesische).

In langwierigen militärischen Feldzügen gelang es den Portugiesen in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts, den erbitterten

14 Eduardo Mondlane, *The Struggle for Mozambique*, London 1969, S. 16. (Inzwischen auf deutsch, Frankfurt/M. 1970, erschienen.)

15 Folgende Zitate nach J. Duffy, a.a.O., S. 95—96.

Widerstand der Inlandstämme zu brechen. In Angola wurden die letzten Stämme erst 1918/19, in Mozambique 1920 und in Guinea 1936 in blutigen Militärexpeditionen unterworfen<sup>16</sup>. Die Voraussetzung für die Ausbeutung des eroberten Terrains war die Landnahme. Um die Jahrhundertwende wurden Gesetze erlassen, nach denen alles Land, was nicht in Privatbesitz war, dem Staat gehören sollte, und da bisher Privateigentum an Land fast überall unbekannt war, wurde mit diesen Gesetzen der systematische Landraub eingeleitet. Seither gibt es in Angola und Mozambique das bittere Sprichwort: „Als die Weißen in unser Land kamen, hatten wir das Land und sie hatten die Bibel; jetzt haben wir die Bibel und sie haben das Land“<sup>17</sup>. Da es keine freiwilligen Arbeitskräfte für die neu eingerichteten Kaffee-, Baumwoll-, Sisal- und Zuckerrohrplantagen sowie die Bergwerke gab, wurde die Zwangsarbeit eingeführt. Ihre gesetzliche Grundlage bildeten die Bestimmungen über Eingeborenenarbeit von 1899<sup>18</sup>. „Alle Eingeborenen der portugiesischen Überseeprovinzen sind der moralischen und gesetzlichen Verpflichtung unterworfen, durch Arbeit ihre Subsistenzmittel zu erwerben und ihre sozialen Verhältnisse zu verbessern. Es ist ihnen völlig freigestellt, auf welche Weise sie diese Verpflichtung erfüllen wollen, aber wenn sie sie nicht erfüllen, kann die öffentliche Gewalt ihre Erfüllung erzwingen.“ Zwangsarbeit war bei dem Bau von Wegen, Straßen, Eisenbahnen, auf den Plantagen und in den Bergwerken auch nach ihrer formellen Abschaffung 1961 außerordentlich weit verbreitet. Alle privaten Unternehmen wurden von der Kolonialmacht, die die verschiedenen Konventionen des Völkerbundes und der Internationalen Arbeitskonferenz über das Verbot von Zwangsarbeit nicht unterzeichnet hatte, mit Arbeitskräften versorgt. Wie zur Zeit der Sklaverei wurden die Eingeborenen gefangen, gefesselt und auf die Arbeitsplätze geschafft. Ihr Los war jedoch häufig noch schlimmer als früher<sup>19</sup>: „Unter der Sklaverei wurde der Afrikaner wie ein Stück Vieh gekauft, und sein Besitzer hatte ein Interesse daran, daß er ebenso wie ein Pferd oder ein Ochs gesund bleibt. Wenn der Afrikaner nicht gekauft, sondern (auch wenn ihn die Portugiesen in zynischer Weise einen freien Mann nennen) vom Staat geliefert wird, so stört es den Dienstherrn wenig, wenn er krank wird oder während der Arbeit stirbt, denn der Dienstherr wird in diesem Falle einfach einen anderen Afrikaner verlangen, der ihn ersetzen kann.“ Schläge und körperliche Strafen waren im Rahmen der Zwangsarbeit an der Tagesordnung. Noch Mitte der fünf-

16 B. Davidson, *The Liberation of Guiné*, a.a.O., S. 23.

17 Eduardo Mondlane, a.a.O., S. 23.

18 Die Arbeitsgesetzgebung und Arbeitsverfassung in den Kolonien ist am ausführlichsten dargestellt in dem Bericht einer Untersuchungskommission des Internationalen Arbeitsamts: *International Labour Office, Official Bulletin*, Vol. XLV, Nr. 2 (April 1962) (Bestimmungen von 1899 auf S. 147).

19 Vgl. die Anklageschrift der Regierung von Ghana vor dem Internationalen Arbeitsamt; ebd. S. 118.

ziger Jahre dieses Jahrhunderts wurde Reisenden gegenüber erklärt<sup>20</sup>: „Wir Portugiesen betrachten den Eingeborenen als Kind, und wir müssen ihn, wie dies gute Eltern tun, von Zeit zu Zeit schlagen.“ Die wirtschaftliche und soziale Lage der Afrikaner verschlechterte sich weiter mit der Einführung der Kopfsteuer und dem zwangsweisen Anbau von Erdnüssen (Guinea) und Baumwolle (besonders in Mozambique); beides schränkte ihre Ernährungsbasis in erheblichem Umfang ein. Der Widerstand der Bevölkerung gegenüber dem Zwangsanbau wurde mit drakonischen Mitteln gebrochen. So berichtet ein Mitglied der Befreiungsbewegung über seine früheren Erfahrungen<sup>21</sup>: „Wir wollten keine Baumwolle, sondern Kassa, Bohnen und Mais. Wenn wir uns weigerten, Baumwolle anzubauen, verhafteten sie uns, legten uns in Ketten, schlugen uns, nahmen uns mit, und manch einer kam nicht mehr zurück.“ Wurden im Jahr 1928 aus den Kolonien insgesamt 800 t Baumwolle nach Portugal ausgeführt, so waren es Mitte der fünfziger Jahre allein aus Mozambique 140 000 t; hier waren über 1 Million Personen mit dem Zwangsanbau von Baumwolle beschäftigt. Die den Pflanzern gezahlten Baumwollpreise betrug oft nicht einmal die Hälfte des Weltmarktpreises.

Nach fünf Jahrhunderten kolonialer Herrschaft war das Volk unwissender, ärmer und zurückgebliebener denn je<sup>22</sup>. In Angola, Mozambique und Guinea schwankte die Analphabetenrate zwischen 96 und 99 %. Knapp 1 % der Afrikaner hatte den Status von Assimilados, die — weil sie lesen und schreiben konnten, die portugiesische Sprache beherrschten und sich durch politisches Wohlverhalten auszeichneten — als vollwertige Bürger anerkannt wurden. Eine Erziehung in den — fast durchweg von katholischen Missionaren geleiteten — Schulen erhielten meist nur die ältesten Söhne der mit der Kolonialmacht kollaborierenden Stammeshäuptlinge. Der Besuch einer Elementarschule kostete meist ebensoviel wie ein Bauer oder Plantagenarbeiter in einem Jahr verdiente. Grundprinzipien der Missionserziehung waren die systematische Zerstörung der afrikanischen Traditionen, die Unterweisung in christlicher Demut, das Lob der Arbeit, der Muttergottes von Fatima und der Heldentaten Heinrichs des Seefahrers. Bis zum Jahre 1961 hatten in Guinea nur 14 Nichtportugiesen eine Universitätsausbildung erhalten. Die medizinische Versorgung der Bevölkerung war katastrophal. Vor 1960 gab es in Angola und Mozambique nur jeweils 250 Ärzte, die vor allem in den Städten wohnten und sich um die Gesundheit der Weißen sorgten. Nach UNO-Statistiken kamen 1960/61 in Angola auf 10 000 Einwohner 0,67 und in Mozambique 0,49 Ärzte (die Vergleichszahlen für Portugal waren 78, für Spanien 97, für Griechenland 124).

20 J. Duffy, a.a.O., S. 304.

21 E. Mondlane, a.a.O., S. 84—85.

22 Vgl. zum folgenden J. Duffy, a.a.O., S. 289—328; B. Davidson, *The Liberation . . .*, S. 27—28 und passim; E. Mondlane, a.a.O., S. 58—98; J. L. Goosens/J. Gouverneur: *L'Angola e il Mozambico*, Brüssel 1965, passim.

In Guinea gab es insgesamt 18 Ärzte, von denen 7 in der Hauptstadt Bissau praktizierten; 3 waren immer in Portugal auf Urlaub, so daß der Landbevölkerung nur 8 zur Verfügung standen: 1 Arzt auf 100 000 Einwohner. Die durchschnittliche Lebenserwartung der angolesischen Bevölkerung lag bei noch nicht einmal 30 Jahren; die Kindersterblichkeit betrug in Guinea 60 von 100. Malaria, Schlafkrankheit, Tuberkulose, Wurm-, Haut- und Augenkrankheiten waren epidemisch. Der Zwangsanbau von Erdnüssen und Baumwolle hatte die Versorgungsbasis der Bevölkerung entscheidend eingeengt und überall zu einer chronischen Unterernährung geführt. Die auf den Plantagen gezahlten Landarbeiterlöhne waren mit 20 bis 50 Dollar pro Jahr wahrscheinlich die niedrigsten der Welt. Gewerkschaften waren ebenso wie Streiks und politische Demonstrationen verboten und wurden von der Geheimpolizei verfolgt und zerschlagen. Das ganze Verkehrsnetz bestand aus wenigen Stichbahnen zu den Exporthäfen hin. Die Entwicklung der Städte war vollkommen zurückgeblieben: in Angola waren 88,7 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt, in Guinea 89 %, in Mozambique etwa 81 %. In allen drei Kolonien machte das städtische Proletariat weniger als 4 % der Gesamtbevölkerung aus. Sein durchschnittlicher Lohn war mit weniger als 0,5 Dollar pro Tag ebenfalls extrem niedrig. Bei gleicher Arbeit verdienten die Weißen oft das fünf- bis zehnfache. Eine verschwindend kleine Schicht von Eingewanderten (1960 gab es in Guinea bei einer Gesamtbevölkerung von über 500 000 knapp 3000 Portugiesen; in Angola gab es unter den 5 Millionen Einwohnern 4,5 % Weiße; von den 7 Millionen Einwohnern Mozambiques waren nur 3 % Portugiesen) stand der Masse der verelendeten und unterdrückten Afrikaner gegenüber. Die Notwendigkeit zu Veränderungen entstand aus der unerträglichen Not der Massen. Reformistische Lösungen konnten unter den Verhältnissen des absoluten Kolonialismus nicht aufkommen. Es war nur noch der Weg zum bewaffneten Aufstand offen.

## 2. Entstehung und Erfolge der Befreiungsbewegung

In allen drei afrikanischen „Überseeprovinzen“ folgte die Erhebung einem ähnlichen Muster. Zunächst bildeten sich in den fünfziger Jahren in den Städten kleine illegale oppositionelle Zirkel, die sich meist aus Assimilados und Studierenden zusammensetzten. Während ihrer Ausbildung hatte diese soziale Gruppe die Diskriminierungen des Kolonialsystems am eigenen Leibe erfahren; auch war sie am ehesten in der Lage, den Widerspruch zwischen dem Anspruch der Portugiesen, ihr „multirassisches“ Imperium zu christianisieren und zivilisieren, und der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu erkennen. Hinzu kam, daß der soziale Status der Assimilados in den fünfziger Jahren durch die weißen Einwanderer zunehmend ausgehöhlt wurde. Nach dem ursprünglichen Konzept sollten die Assimilados als privilegierte, den Kolonialisten hörige Afrikaner in Verwaltung und Wirtschaft untere und mittlere Positionen besetzen. Da aber zwischen 1950 und 1960 die Zahl der in die „Überseeprovinzen“ ein-

wandernden Portugiesen bedeutend schneller wuchs als die der Assimilados (in Angola beispielsweise vermehrte sich in diesem Zeitraum die Zahl der Assimilados um 14 000, während gleichzeitig 140 000 Weiße einwanderten), wurden diese Positionen überwiegend von Weißen besetzt, so daß die Assimilados erwerbslos wurden und im Kolonialsystem keinen Platz fanden. So erklärt sich das Paradox, daß viele gerade dieser relativ privilegierten Schicht in die Opposition gerieten. Nachdem ihre Versuche, den Widerstand in den Städten zu organisieren, infolge des brutalen Zuschlagens des Polizei- und Militärapparates fehlgeschlagen waren, wichen sie auf das Land aus. Hier hingen die Erfolge der Befreiungsbewegung davon ab, inwieweit es gelang, die Masse der Bauernschaft politisch und militärisch zu mobilisieren und ihre Interessen mit denen der Revolution zu verknüpfen.

### 2.1. Angola

Der offene Aufstand gegen das Kolonialregime brach zuerst in Angola aus<sup>23</sup>. Hier waren bereits 1953 erste Untergrundorganisationen von Mitgliedern der Intelligenz und des Kleinbürgertums ins Leben gerufen worden; ihr Aktionsradius ging jedoch nicht über den Umkreis der Städte hinaus. Mehrere solcher Gruppen schlossen sich im Dezember 1956 in Luanda zu der MPLA (Movimento Popular de Libertação de Angola) zusammen. Ununterbrochene Kontrollen, Razzien und Verfolgungen durch Polizei und Behörden drängten jedoch diese Bewegung sehr rasch in die Defensive. Im Jahre 1959 brach über die Führer der Organisation eine Welle von Verhaftungen herein. Am 8. Juni wurde Dr. Agostinho Neto, ihr damaliger Ehrenpräsident, ins Gefängnis geworfen. Als die Bevölkerung von Icolo-Bengo, seinem Geburtsort, hiergegen protestierte, richteten die Kolonialtruppen ein Massaker an, das 30 Tote und 200 Verletzte forderte. Am 29. Dezember 1960 wurden im Gefängnishof von Luanda 20 führende Nationalisten füsiliert. Die MPLA verlor einen großen Teil ihrer Führungsspitze. Als am 4. Februar 1961 Kämpfer dieser Organisation das Gefängnis von Luanda zu stürmen versuchten, um die dort inhaftierten politischen Gefangenen zu befreien, schlug die Kolonialmacht noch grausamer zu: am 5. und 6. Februar wurden alleine in Luanda 3000 Personen niedergemacht, einige Zeit später in Baixa de Cassange weitere 5000.

23 Vgl. zum folgenden die von dem MPLA-Informationsbüro in Algier herausgegebenen Broschüren: Libération des colonies portugaises: L'Angola (1969); Angola: 4. Februar (1969); MPLA-Volksbewegung für die Befreiung Angolas (1969). An Zeitschriften sind wichtig: mpla-informations; mpla-Communiqué de guerre; mpla-Vitoria ou Morte. Über die wirtschaftliche Entwicklung Angolas informiert das Buch des 1968 im Befreiungskampf getöteten führenden Mitglieds der MPLA Américo Boavida: Angola — Zur Geschichte des Kolonialismus, Frankfurt/M. 1970 (der Originaltitel dieses Bandes heißt allerdings „Cinq siècles de parasitisme colonial“!). Weitere Einzelheiten finden sich im Berliner Extra-Dienst, 1969, Nr. 76 und 101 sowie bei Ludwig Helbig: Angola — Eine Bilanz von 5 Jahrhunderten portugiesischer Herrschaft (Man.).

Die am Leben gebliebenen Rebellen flüchteten in die nordwestlichen Waldgebiete Angolas, wo es seit März 1961 zu großen Aufständen der Zwangsarbeiter auf den Kaffeeplantagen kam. Der Aufstand wurde von einer zweiten Organisation getragen, der UPA (Uniao das Populacoes de Angola), in der sich seit 1954 der Stamm der Bakongo, der auf beiden Seiten der Grenze zwischen Angola und Kongo-Léopoldville lebt, unter der Führung von Holden Roberto politisch organisiert hatte. Roberto (der allem Anschein nach von US-amerikanischen Kreisen unterstützt worden ist, die in ihm nach einem möglichen Rückzug der Portugiesen ein gefügiges Werkzeug ihrer Interessen sahen) hatte nur die Erringung der politischen Unabhängigkeit zum Ziel, die er nicht mit sozialen Umwandlungen verknüpft sehen wollte. Opfer des Tribalismus, ging es der UPA vor allem um die formelle Befreiung der Bakongo, und so bekämpfte sie auch die geflüchteten Restgruppen der MPLA. Die wirren politischen Vorstellungen der UPA fanden ihren Niederschlag in Parolen wie den folgenden<sup>24</sup>: „Tötet alle Weißen, alle Mischlinge, alle Gebildeten und alle Mitglieder der MPLA... Macht Fetische, damit euch die Kugeln nicht verwunden... Raucht Diamba (Haschisch), damit ihr im Krieg stärker seid... Greift die portugiesischen Soldaten in Massen an... Wartet, bis der große Chef Holden eines Tages in einem mächtigen Flugzeug kommt.“ Die Streitigkeiten zwischen UPA und MPLA, die sich zuweilen sogar zu bewaffneten Konflikten ausweiteten, lähmten die angolesische Befreiungsbewegung über Jahre hinweg. Während der Einfluß der UPA jedoch ständig zurückging (nicht zuletzt deshalb, weil sich die Regierung der USA inzwischen mit der portugiesischen Kolonialpolitik arrangiert hatte), konnten sich die Kräfte der MPLA wieder konsolidieren, als Mitte 1964 in der Exklave Cabinda nördlich der Kongomündung eine neue Guerillafront eröffnet wurde. Zwei Jahre später konnte mit der Errichtung der Ostfront in Angola ein weiterer entscheidender Schritt getan werden, und seither haben sich die Kämpfe noch auf zwei Zonen im Landeszentrum ausgeweitet, so daß zur Zeit in 10 der 15 Distrikte Angolas gekämpft wird, die sich auf 5 Regionen verteilen:

1. Nordwesten (Distrikte Luanda, Cuanze Norte, Uige, Zaire);
2. Distrikt der Exklave Cabinda;
3. Osten (Distrikte Moxico, Cuanda-Cubango);
4. nördliches Zentrum (Distrikte Lunda, Malange);
5. südliches Zentrum (Distrikt Bié).

Nach Angaben der MPLA wird gegenwärtig mehr als *ein Drittel* des gesamten Territoriums von der Befreiungsbewegung kontrolliert. Im Januar 1968 konnte das Exekutivkomitee der MPLA sein Hauptquartier von Brazzaville (wohin es 1963 verlegt worden war) in die befreite Zone zurückverlegen.

<sup>24</sup> Libération des colonies portugaises — L'Angola, Alger 1969, S. 98—99.

Wenn auch die in dieser größten und potentiell reichsten „Überseeprovinz“ besonders grausame Kriegführung der Portugiesen die Bevölkerung mit Flächenbombardements terrorisiert, zu empfindlichen Verlusten der Führungskader führt und die wirtschaftliche Entwicklung ernstlich behindert, und die weit auseinandergezogenen Kampffronten ebenso wie die oftmals extrem geringe Siedlungsdichte zu beträchtlichen Kommunikations-, Nachschub- und Versorgungsschwierigkeiten bei den Befreiungstruppen führt, so hat die MPLA doch eine Reihe großer Erfolge erkämpft. Es werden Hospitäler eingerichtet, in denen die Bevölkerung medizinisch betreut wird; in den Schulen der MPLA werden Alphabetisierungskampagnen durchgeführt; im Rahmen ihrer politischen Mobilisierung wird sich die Bevölkerung ihrer eigenen afrikanischen Traditionen wieder bewußt, die von dem Kolonialismus und seinen Missionaren immer nur als eine Geschichte der Unkultur und Barbarei hingestellt worden ist<sup>25</sup>; in Volksläden werden die Dorfbewohner mit den dringend benötigten städtischen Waren versorgt; die Stammesbarrieren werden niedergedrückt; die Landwirtschaft wird intensiviert, und in den Wäldern werden kleine Handwerksbetriebe errichtet. Wenn sich bei den bäuerlichen Massen das politische Bewußtsein vertieft und es der MPLA, der sich zur Zeit etwa 10 000 Kämpfer angeschlossen haben, gelingt, neben den Partisanentrupps und Milizverbänden auch eine mobile reguläre Armee aufzubauen, wird es auch eher möglich sein, zu den noch von den Portugiesen besetzten städtischen Zentren Angolas vorzustoßen.

## 2.2. Guinea-Bissau

Der organisierte Widerstand in dieser alten Handelskolonie begann 1956 mit der Gründung der PAIGC (Partido Africano da Independencia da Guiné e Cabo Verde) in ihrer Hauptstadt Bissau<sup>26</sup>. Ursprünglich bestand diese Gruppe aus nur 6 Personen; Generalsekretär der PAIGC ist bis heute Amilcar Cabral, der als Assimilado im Ausland Agrarwissenschaften und Wasserbautechnik stu-

25 Zu der mentalen Kolonisierung vgl. Mario de Andrade, *Colonialism, Culture, and Revolution*, in: *Tricontinental* 1969, Nr. 13, S. 97—106.

26 Die besten Gesamtdarstellungen des Befreiungskampfes in Guinea sind Gérard Chaliand, *Bewaffneter Kampf in Afrika*, München (Trikont) 1969, und B. Davidson, *The Liberation of Guiné*, London 1969. Zusammen mit dem Generalsekretär der PAIGC Amilcar Cabral besuchte Chaliand 1966 die befreiten Gebiete im Süden des Landes; im folgenden Jahr besuchte Davidson die Nordregionen. Von A. Cabral liegen vor: *Guinée „portugaise“: le pouvoir des armes*, Paris (Maspero) 1970; *Die Theorie als Waffe*, Berlin 1968. Zwei weitere seiner Aufsätze sind übersetzt in der von SDS/VDS herausgegebenen Broschüre: *angola — mpla*, Frankfurt/M. 1969. Wichtige Informationen enthalten die von der PAIGC in Conakry herausgegebenen *Bulletins*: PAIGC — actualités und PAIGC — Communiqué. Instruktiv ist der Aufsatz von B. Schilling/K. Unger, *Hinter einer Mauer des Schweigens — Zu einigen Problemen des Kampfes von Guinea-Bissau gegen den portugiesischen Kolonialismus*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1970, Nr. 3, S. 256 ff.

diert hatte. Die PAIGC arbeitete streng konspirativ unter den Hafearbeitern und Flußschiffern. Am 3. August 1959 kam es zu einem Streik der Hafearbeiter von Bissau, der von portugiesischen Truppen blutig niedergeschlagen wurde: innerhalb von 20 Minuten wurden auf dem Pidjiguiti-Kai 50 Arbeiter getötet, eine noch größere Zahl wurde in die Konzentrationslager auf den Bissagos- und den Kapverdischen Inseln gebracht. Einen Monat nach dem Massaker beschloß die PAIGC auf einer geheimen Konferenz, den bewaffneten Aufstand vorzubereiten, wobei der Schwerpunkt der Aktionen jedoch auf das Land verlegt werden sollte, das der Kontrolle der Kolonialmacht weniger unterworfen war.

Die nächsten drei Jahre waren durch eine intensive politische Schulungsarbeit ausgefüllt. Sowohl innerhalb des Landes wie in der Republik Guinea (Conakry) wurden revolutionäre Kader systematisch auf ihre künftige Arbeit unter den Landbewohnern vorbereitet. Man zog genaue Erkundigungen über die jeweiligen Stammes- und Machtstrukturen in einem Distrikt, über die soziale Schichtung, die religiösen Gebräuche, die Höhe der an die Kolonialmacht zu zahlenden Kopfsteuer, die praktizierten Formen der Zwangsarbeit und die Einstellung der einzelnen Bevölkerungsgruppen gegenüber den Portugiesen ein, bevor die politische Arbeit unter den Bauern begann. Von dem größten Stammesverband des Landes, den Balante, war beispielsweise bekannt, daß seine Mitglieder zu ehrwürdigen alten Dorfbewohnern (*homem grande*) im Gegensatz zu den von der Kolonialmacht eingesetzten Häuptlingen besonderes Vertrauen hatten; und so versuchte die PAIGC in erster Linie, zu diesen Dorfbauern Kontakte anzuknüpfen und mit ihrer Hilfe die Bauern zu mobilisieren. Ein Mitglied der Partei hat 1966 G. Chaliand über diese Versuche berichtet<sup>27</sup>:

„Nachdem man also Erkundigungen über den ‚*homem grande*‘ eingezogen hat, geht man, gekleidet wie die Dorfbewohner, in das Dorf. Als erstes frage ich nach dem ‚*homem grande*‘. Nachdem ich ihn begrüßt habe, bitte ich ihn um seine Gastfreundschaft. Die Balante sind sehr gastfreundlich. Der ‚*homem grande*‘ beantwortet deinen Gruß und läßt ein Essen bereiten, denn er behält dich zum Essen da.

Wenn das Essen fertig ist, gucke ich, was hereingetragen wird. Es kommt sehr selten vor, daß es Reis und Huhn gibt. Wenn es nur Reis und Palmkohlsauce gibt, sage ich:

— Vater, warum bietest du mir nur Reis an?

Die Balante sind gastfreundlich.

— Ich bin arm. Ich habe kein Hühnchen.

— Wie ist es möglich, Vater, daß du zeit deines Lebens unentwegt arbeitest und nicht ein einziges Hühnchen besitzt?

— Mein Sohn, warum stellst du mir diese Fragen. Ja, ich hatte Kühe und Schafe, aber die Weißen haben mir alles weggenommen mit der Steuer.

— Ist dir das denn recht, Vater, was die Weißen machen?

— Nein, es ist mir nicht recht. Aber was soll ich machen. Sie sind stark.

Bis dahin mache ich mir eine Vorstellung von dem Alten. Der Alte hat bereits gesagt, daß ihm nicht recht ist, was die Kolonialisten machen; ich meinerseits habe nur Fragen gestellt, ich habe noch nichts gesagt. Ich stoße weiter vor.

— Vater, wenn es zufällig etwas gäbe, das dir morgen ein besseres Leben ermöglicht, würdest du das begrüßen?

— Ich würde das begrüßen.

— Gut, dann mußt du vorbereitet werden. Wir haben jetzt eine Partei, die gegen die Portugiesen kämpft, damit wir frei werden und du die Früchte deiner Arbeit behalten kannst . . .“

Die langjährige Arbeit von Hunderten solcher politischer Kader auf dem Lande hat so zu der Bereitschaft der Bauern geführt, sich aktiv am Befreiungskampf zu beteiligen. A. Cabral hat später erklärt<sup>28</sup>, daß „diese Mobilisierung sehr viel schwieriger als der Kampf selber war“; der Erfolg dieser langfristigen Strategie zeigte sich jedoch im Januar 1963, als im Süden Guineas größere Partisanenaktionen eingeleitet wurden und die Bauern sich bereits nach den ersten Erfolgen über örtliche Truppenverbände der Portugiesen dem Befreiungskampf anschlossen. Mit ihrer Unterstützung konnten in den folgenden Jahren große militärische Erfolge erzielt werden: Ende 1963 war bereits ein Drittel des Territoriums befreit; 1963/64 wurde eine zweite Front im Norden und einige Zeit später eine dritte im Osten des Landes eröffnet; im Frühjahr 1964 wurde ein reguläres Heer aus den Partisanenverbänden aufgestellt, das 1968 bereits 10 000 Mann stark war. 1968/69 waren bereits über *zwei Drittel* des Territoriums der portugiesischen Kontrolle entzogen. Nachdem die meisten Forts im Landesinnern aufgegeben werden mußten, richteten sich gegenwärtig die Angriffe bereits gegen die zu Festungen ausgebauten, mit Minengürtel, Stacheldraht und Elektrozäunen umgebenen Städte im Küstengebiet. Nur im Osten, im Gebiet der Fula (eines mohammedanischen Stammes, der traditionell mit der Kolonialmacht kollaboriert hatte und — weil er sich an der Unterdrückung der übrigen Stämme mitbeteiligt hatte — besondere Privilegien genoß) dominiert noch der Einfluß der Portugiesen.

Die raschen Erfolge der PAIGC erklären sich zum einen aus der Schwäche der Portugiesen in dieser traditionellen Handelskolonie,

28 B. Davidson, *The Liberation . . .*, S. 55. Davidson verweist auf die prinzipiellen Unterschiede zu der Konzeption R. Debrays für die latein-amerikanische Revolution: „Ich denke, daß die PAIGC, die von den afrikanischen Bedingungen ausgeht, eine gänzlich andere Auffassung vertritt als Debray, wenn er — besonders in seinen späteren Schriften — vorzuschlagen scheint, daß ‚die Guerillatruppe nicht der Partei untergeordnet werden sollte‘ — sie würde hierin sicherlich das Rezept für ein Desaster sehen“ (ebd., S. 56).

die nie in größerem Umfang vor Europäern besiedelt wurde, und zum anderen aus der Einheit des militärischen und politischen Kampfes der Befreiungsbewegung. In den befreiten Gebieten wurde das gesamte koloniale Zwangssystem beseitigt. Zwangsarbeit, der Zwangsanbau von Erdnüssen und die Kopfsteuer wurden abgeschafft; das die Bauern aussaugende portugiesische Handelskapital wurde ausgeschaltet und die größtenteils vom Kolonialismus künstlich am Leben erhaltenen tribalistischen Strukturen abgebaut. Statt dessen baut die Bevölkerung nur noch die Produkte an, die sie selber benötigt, vor allem Reis. Es wurden verbesserte Anbautechniken eingeführt und ein Gesundheitsdienst geschaffen. In Volksläden können die Bauern ihre überschüssigen Agrarprodukte zu günstigeren Bedingungen als früher gegen Manufakturwaren eintauschen (den Escudo will in den befreiten Gebieten keiner mehr haben, und so werden die Produkte in natürlicher Form ausgetauscht). Das gesamte in den befreiten Zonen erwirtschaftete Mehrprodukt kommt der Bevölkerung und den Befreiungstruppen zugute und fließt nicht mehr in die Taschen der Kolonialherren, die ihre Städte und Truppenstützpunkte nur mit Hilfe umfangreicher Lebensmittelimporte am Leben halten können. Im Urwald, vor den Luftangriffen geschützt, sind Handwerks- und kleine Industriebetriebe sowie Schulen errichtet worden, in denen bereits 1966/67 mit 14 000 Kindern mehr als siebenmal so viel Schüler unterrichtet wurden wie früher in den staatlichen und den Missionsschulen zusammen. Es ist gelungen, in den Dörfern eine breite Schicht von örtlichen Kadern heranzuziehen und für politische, militärische, ökonomische oder medizinische Aufgaben zu schulen; einige hundert Lehrer, Ärzte, Krankenschwestern und Agronomen werden zur Zeit im Ausland (besonders in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten) ausgebildet.

Im Vergleich zu Angola und Mozambique ist der Prozeß der Befreiung in Guinea zweifellos am weitesten fortgeschritten. Diese Erfolge sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß es die PAIGC verstanden hat, den militärischen, politischen und ökonomischen Kampf aufs engste miteinander zu verbinden und den vom Kolonialismus am Boden gehaltenen Massen in der Praxis zu beweisen, daß sich ihre Lebensumstände langfristig nur durch den kompromißlosen Kampf gegen das Kolonialsystem verbessern können.

### 2.3. Mozambique

Wie in Angola und Guinea, so ging auch in Mozambique die Initiative für die Befreiung des Landes zunächst von einem Teil der Intellektuellen und der Lohnarbeiter in den Städten aus<sup>29</sup>. Nach dem Zweiten Weltkrieg organisierten sich verschiedene kleine Zirkel von Schülern und Studenten. Viele Angehörige der Intelligenz, unter ihnen auch der spätere Leiter der Befreiungsfront FRELIMO (Frente de Libertação de Mozambique) Eduardo Mondlane, gingen

<sup>29</sup> Vgl. E. Mondlane, *The Struggle for Mozambique*, London 1969. Wichtig ist ferner die vom Mozambique-Institut in Daressalam herausgegebene Zeitschrift *Mozambique Revolution*.

später angesichts der unaufhörlichen Repressionen ins Ausland. Unabhängig von der intellektuellen Opposition breitete sich 1947/48 und 1956 unter den Hafen- und Dockarbeitern von Lourenço Marques eine Streikbewegung gegen die unerträglichen Arbeits- und Wohnbedingungen aus; jedesmal wurden zahlreiche Streikende erschossen oder nach Sao Tomé deportiert. Die Opposition der Intellektuellen und Arbeiter fand jedoch kaum Resonanz bei der Bevölkerung auf dem Lande: „Eine nationalistische Bewegung ohne feste Wurzeln auf dem Lande hatte keinerlei Hoffnung auf Erfolg“<sup>30</sup>. Die Bewegung unter den Bauern breitete sich erst 1960 in den Norddistrikten aus, nachdem am 16. Juni dieses Jahres portugiesische Truppen in Mueda ein Massaker unter der Bevölkerung angerichtet hatten, die sich zu einer friedlichen Demonstration gegen die Zwangsarbeit und die zu geringe Bezahlung versammelt hatte: es gab über 500 Tote. Nach der Revolte in Angola und der Erlangung der politischen Unabhängigkeit Tanganjikas breitete sich in ganz Mozambique Unruhe aus. Ende Juni 1962 versammelten sich die Vertreter verschiedener Oppositionsgruppen in Daressalam und schlossen sich zur FRELIMO zusammen. Trotz verschiedener Abspaltungen und innerer Spannungen in den folgenden Jahren ist die FRELIMO bis heute die einzig intakte relevante Befreiungsorganisation geblieben; die abgespaltenen Gruppen — wenn sie nicht nur aus einem Exilbüro bestanden, in dem ein Student saß — regredierten meistens zum Banditentum. Bevor die FRELIMO am 25. September 1964 mit einem Überfall auf die portugiesischen Militärposten in Mueda den bewaffneten Kampf begann, organisierte sie in den Dörfern systematische Aufklärungs- und Erziehungskampagnen unter der Bevölkerung, die sich schließlich weigerte, weiterhin Zwangsarbeit zu leisten und Steuern zu zahlen. Politische und militärische Kader wurden z. T. im Ausland (Tanzania, Algerien) ausgebildet. Die Befreiungsfront verfügte 1964 über kaum mehr als 250 geschulte und bewaffnete Kämpfer; drei Jahre später waren es bereits mehr als 8000. Zwischen 1964 und 1967 wurden 9000 portugiesische Soldaten getötet oder verwundet; 1967, nach neuen Offensiven an allen Fronten, waren es 10 000. Gegenwärtig ist etwa *ein Viertel* des Gesamtterritoriums befreit; am stärksten ist der Einfluß in den beiden Nordprovinzen Niassa und Cabo Delgado, in denen auch die geographischen Verhältnisse am günstigsten sind, weil hier der tropische Regenwald vorherrscht. Die Kolonialmacht hat sich in dieser Zone auf die Städte und Forts zurückgezogen, die zum Teil nur noch per Flugzeug versorgt werden können. Auch in den nördlichen Teilen der Distrikte Tete und Zambezia sind die bewaffneten Kämpfe aufgenommen worden. In den südlichen Provinzen hingegen ist der Einfluß der FRELIMO noch recht gering; in diesem wirtschaftlich weiterentwickelten Gebiet ist die Kontrolle durch die Kolonialmacht schärfer; zudem stößt der Transport von Kriegsmaterial über längere Strecken hinweg noch auf Schwierigkeiten.

30 F. Mondlane, a.a.O., S. 116.

In den befreiten Zonen sind umfassende soziale Veränderungen eingeleitet worden. Die öffentliche Verwaltung ist von der Bevölkerung selbst in die Hände genommen worden; das Gesundheitswesen wurde ausgebaut und das Illiteratentum bekämpft: innerhalb von vier Jahren hat die FRELIMO mehr Kinder ausgebildet als die Portugiesen in 500 Jahren christlicher Mission<sup>30a</sup>. Die kulturelle Kluft zwischen den Führern der FRELIMO und der Masse der Bevölkerung, eines der größten Hindernisse für den Fortgang der Revolution, konnte so zum Teil bereits überbrückt werden. Da die portugiesischen Händler die befreiten Distrikte verlassen haben, wurden — wie in Angola und Guinea — Volksläden errichtet, in denen die Bauern ihre Überschüsse an Mais, Bohnen, Maniok usw. gegen Stoffe, Seife, Salz oder Streichhölzer eintauschen können. 1966 wurden aus den befreiten Gebieten bereits 500 t Cashew-Nüsse, 100 t Erdnüsse, 100 t Sesam-Früchte und 50 t Ölsaaten exportiert<sup>31</sup>. Die agrarischen Anbautechniken konnten nach der Überwindung der Stammesrivalitäten und dem Ausbau des Genossenschaftswesens in den befreiten Gebieten vielfach verbessert werden. Ein großer Erfolg der Befreiungsbewegung besteht in der Einbeziehung der Frau in den Prozeß der sozialen Umwälzung; Frauen beteiligen sich häufig auch an den bewaffneten Kämpfen und haben eine wichtige Funktion bei der Agitation der Bevölkerung:

„Wenn eine weibliche Kampfgruppe zum erstenmal ein Dorf besucht, das noch keinen Kontakt zur FRELIMO gehabt hat, dann ruft es ungläubiges Erstaunen hervor, wenn eine bewaffnete Frau aufsteht und vor einer großen Zuhörerschaft spricht. Wenn sich die Dorfbewohner überzeugen haben, daß die Soldaten vor ihnen wirklich Frauen sind, dann ist der Eindruck auf die erstaunten Männer oft so mächtig, daß der Zustrom von Freiwilligen sehr viel größer ist als es die Armee und das Dorf verkraften können“<sup>32</sup>. Ebenso wie in Angola und Guinea sind die bewaffneten Verbände in Milizeinheiten, die die lokale Verteidigung unternehmen, und reguläre Kampftruppen untergliedert; beide unterstehen der *politischen* Führung der Befreiungsorganisation. Trotz der Gegenoffensiven der Kolonialarmee und der permanenten Bombardements hatten sich 1968 die Verhältnisse in den befreiten Gebieten so weit konsolidiert, daß im Juli dieses Jahres der II. Kongreß der FRELIMO bereits auf dem Territorium Mozambiques im Distrikt Niassa abgehalten werden konnte. Auch der Rückschlag der Bewegung durch die Ermordung ihres Präsidenten Mondlane am 3. Februar 1969 scheint nur vorübergehend gewesen zu sein<sup>33</sup>.

30a Ebd., S. 58—75 und 175—180.

31 Ebd., S. 173.

32 Ebd., S. 147—148.

33 Eine kurze Biografie Mondlanes hat T. de Vries geschrieben: Eduardo Mondlane — een rebel van morgen, Amsterdam 1969. — Gegenwärtig steht an der Spitze der FRELIMO ein Dreierdirektorium.

Die FRELIMO versucht ihre militärischen und politischen Aktionen mit der MPLA und der PAIGC im Rahmen der 1961 gegründeten Conférence des Organisations Nationalistes des Colonies Portugaises (CONCP) zu koordinieren. Dieser Organisation sind auch die Befreiungsbewegungen der von den Portugiesen besetzten Inselgruppen angeschlossen. Auf den großen Plantagen der Kapverdischen Inseln, Sao Tomés und Principes ist es verschiedentlich zu Streiks und Aufständen der Landarbeiter gekommen, die blutig niedergeschlagen wurden. Alleine bei dem Aufstand von Batepa am 3. und 4. Februar 1953 gab es auf Sao Tomé 1032 Tote und zahlreiche Verwundete. Die von der PAIGC und dem CLSTP (Comité de Libertacao de Sao Tomé i Principe) organisierten Befreiungsbewegungen befinden sich gegenwärtig jedoch erst in ihrer politischen Vorbereitungsphase<sup>34</sup>.

### 3. Die neue Strategie des Imperialismus

Der Offensive der Befreiungsbewegung versucht die portugiesische Regierung mit militärischen wie mit ökonomischen Mitteln zu begegnen. Da die Wirtschaftskraft Portugals aber weder dazu ausreicht, den Kolonialkrieg zu finanzieren noch die „Überseeprovinzen“ aus ihrer Stagnation herauszuführen und ihre Produktivkräfte zu entwickeln, ist der portugiesische Kolonialismus auf die Unterstützung der entwickelteren kapitalistischen Staaten angewiesen, die bisher auch in großzügigem Maße gewährt worden ist. Der Kolonialkrieg erhält somit eine internationale Dimension.

#### 3.1. Die Vernichtungsfeldzüge

Unmittelbar nach den ersten Erfolgen der Befreiungsbewegung hat die portugiesische Regierung alle Kräfte auf die Niederschlagung der Aufstände konzentriert. Von 1960 bis 1967 erhöhte sie das Kriegsbudget fast um das Dreifache<sup>35</sup>:

	Militärausgaben	
	in Mio Dollar	in Prozent des Bruttonsozialprodukts
1960	96	3,7
1963	193	6,2
1965	238	6,7
1967	273	7,0

34 S. Bosgra/A. Dijk, a.a.O., S. 130—135.

35 Gleichzeitig verringerte sich der Anteil der öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen am Bruttoinlandsprodukt von 2,2 % (1960) auf 1,6 % (1967). Vgl. Investments in Portugal, Lisbon 1968, S. 56 und 187 sowie den Länderkurzbericht „Portugal“ (ed. Statistisches Bundesamt/Wiesbaden), Stuttgart/Mainz 1969, S. 16.

Seit Mitte der 60er Jahre machten die Kriegsausgaben 45 bis 50 % der gesamten Staatsausgaben aus. Für die Kolonialkriege wurden Sondersteuern erhoben. Die allgemeine Wehrpflicht wurde von zweieinhalb auf vier Jahre erhöht. Anfang 1968 wurde angekündigt, daß Personen, die bislang wegen Untauglichkeit vom Militärdienst suspendiert waren — Taube, Stumme, Krüppel — ebenso wie Frauen zum militärischen Hilfsdienst herangezogen würden. Die Zahl der in Übersee stationierten Truppen wurde von etwa 10 000 im Jahre 1961 drastisch erhöht: 1969 waren in Angola und Mozambique jeweils etwa 70 000<sup>36</sup> und in Guinea 40 000 Personen eingesetzt. Seit Beginn der bewaffneten Kämpfe hat sich gezeigt, daß die von der Regierung verfolgte Strategie in der Ausrottung und Vernichtung der Aufständischen besteht. Unmittelbar nach dem 4. Februar 1961 wurden in Luanda Hunderte von Afrikanern erschossen oder von den Weißen gelyncht. Die Zahl der erschossenen, erschlagenen oder zu Tode gefolterten Aufständischen in den Kaffeeplantagen Nordangolas belief sich für das Jahr 1961 auf mindestens 50 000. Um den Mordfeldzügen zu entgehen, flüchteten mehr als 300 000 Menschen in den benachbarten Kongo. Seit der Ausrottung der Hereros durch die Kolonialtruppen des Deutschen Reiches 1904 hatte es in Afrika keine Massaker solchen Ausmaßes gegeben. Die portugiesischen Truppen, die von dem Armeeminister in Lissabon mit den Worten verabschiedet wurden<sup>37</sup>: „Wir kämpfen gegen Wilde; wir müssen wilde Tiere bekämpfen, die keine Portugiesen sind, weil sie ihre Befehle vom internationalen Kommunismus empfangen“, verwüsteten systematisch die aufständischen Gebiete und ermordeten ihre Bewohner. Gemäß Regierungsanordnungen wurden Gefangene — nachdem man sie gefoltert hatte — getötet<sup>38</sup>. Als diese Feldzüge auf den wachsenden Widerstand der Befreiungstruppen stießen, begann man mit dem systematischen Bombardement der Dörfer, Schulen, Krankenhäuser, der Felder, Vorratslager und Viehbestände in den unabhängig gewordenen Regionen. Bevorzugt verwendet werden bis auf den heutigen Tag Brand-, Splitter-, Spreng-, Giftgas-, Phosphor- und Napalmbomben<sup>39</sup>. Besonders gefährlich für die Befreiungsbewegung sind die Trockenzeiten, während der die Bomber außerhalb der Reichweite der Abwehrgeschütze fliegen und in den Savannen leicht Brände von riesigen Ausmaßen entstehen können. Um die Landbewohner wieder der Kontrolle der Regierung zu unter-

36 Die INFI-Broschüre gibt für Mozambique 40 000 Mann an; E. Mondlane schätzte 1969 mehr als 65 000 (a.a.O., S. 141).

37 L. Helbig, a.a.O.

38 Folterungen werden in Rundschreiben, die in der Armee zirkulieren, ausdrücklich erlaubt. Vgl. S. Bosgra/A. Dijk, a.a.O., S. 129; G. Chaliand, a.a.O., S. 135—136.

39 Vgl. z. B. die Abbildungen der mit Napalm verbrannten Bevölkerung bei B. Davidson, *The Liberation...*, passim, sowie die von der PAIGC herausgegebene Broschüre *Les crimes des colonialistes portugais*, Conakry 1969.

stellen, ist — gemäß der von den Franzosen in Algerien und den Amerikanern in Vietnam befolgten Strategie — mit ihrer Zwangsumsiedlung in stacheldrahtumzäunte „Wehrdörfer“ in der Nähe der Kasernen und Forts begonnen worden; größere Erfolge hat es hierbei offensichtlich jedoch noch nicht gegeben. Die portugiesischen Siedler und Händler werden mit Waffen versehen und militärisch ausgebildet. Weiter wird versucht, die Grenzen zwischen Mozambique und Tansania, Angola und dem Kongo, Guinea und der Republik Guinea abzuriegeln; aber offensichtlich kommt der Feind nicht — wie es die Regierungspropaganda erklärt — von außerhalb, sondern sitzt im Landesinnern.

Nur auf die eigenen Kräfte gestützt, wäre Portugal, ein kleines Land mit weniger als 10 Millionen Einwohnern, nicht in der Lage, den Kolonialkrieg in seinen „Überseeprovinzen“ zu führen<sup>40</sup>. Die hierfür notwendigen Flugzeuge, Helikopter und Bomben, die schweren Geschütze und Spezialschiffe können in Portugal nicht hergestellt werden, das selber noch zahlreiche Symptome von sozialökonomischer Unterentwicklung aufweist. Weder in den frühen Stadien des Handelskapitalismus noch in der Epoche der territorialen Eroberung der Kolonien seit Ende des 19. Jahrhunderts ist es gelungen, die aus den Überseegebieten herausgepreßten Reichtümer für eine Industrialisierung und Modernisierung Portugals produktiv einzusetzen. Bis in die jüngste Zeit hinein waren in Portugal nur einige Zweige der Leichtindustrie entwickelt. Noch 1964 waren 43 % der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt und nur 28 % in der Industrie. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung lebte in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern. In weiten Teilen des Landes — besonders im Süden — dominiert heute noch der Großgrundbesitz. Die Kategorie der Großwirtschaften mit über 200 ha macht in Portugal 0,3 % aller Landbaubetriebe aus, umfaßt jedoch 39 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche; 95 % aller Landwirtschaftsbetriebe haben weniger als 10 ha Land und umfassen insgesamt nur 28 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Das Prokopfeinkommen ist das niedrigste aller kapitalistischen Staaten Europas: Im Jahre 1968 betrug das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung in Portugal nur 513 Dollar und war somit niedriger als beispielsweise in Griechenland (849 Dollar), Argentinien (668 Dollar), Chile (610 Dollar) und Mexiko (546 Dollar). Portugal weist mit 88,6 von 1000 die höchste Kindersterblichkeit Europas auf; erst seit 1958 gibt es überhaupt ein Gesundheitsministerium. Die Analphabetenquote liegt immer noch bei etwa 40 %. Nach wie vor wandern jährlich fast 100 000 Personen aus, weil sie in Portugal selber keine Beschäftigung finden.

40 Die folgenden Informationen wurden zusammengestellt aus: Länderkurzbericht „Portugal“, Stuttgart/Mainz 1969; E. Mondlane, a.a.O., passim; INFI, Der revolutionäre Befreiungskrieg..., S. 16 und passim; Frankfurter Rundschau vom 15. 5. 1970.

Portugal ist nur durch die massive Unterstützung der NATO-Staaten in der Lage, seine Kolonialfeldzüge durchzuführen<sup>41</sup>. Seit 1949 Mitglied dieses Bündnisses, ist die portugiesische Regierung stets auf ein sehr warmherziges Verständnis ihrer militärischen Belange gestoßen. Obwohl sich das von der NATO überwachte Gebiet ausdrücklich nicht auf die Territorien südlich des nördlichen Wendekreises erstreckt, sind von Beginn an trotz einiger formeller Protestnoten NATO-Truppen und NATO-Waffen in dem afrikanischen Krieg eingesetzt worden. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges gingen große Mengen des Kriegsmaterials der Westalliierten in portugiesische Hände. Im Rahmen verschiedener Militärhilfeabkommen mit Frankreich, Großbritannien, Italien und besonders den USA (die in letzter Zeit ebenso wie die Südafrikanische Republik portugiesische Offiziere in der Antiguerillakriegsführung ausbilden) wurden bedeutende Mengen von Kampfflugzeugen, Bombern, Tanks, Spezialschiffen und Munition aller Art an Portugal geliefert. Mit diesem Grundstock konnten die überseeischen Positionen zunächst gehalten werden. Als nach den Aufständen von 1961 größere Schwierigkeiten auftraten, erhielt Portugal von seinem fortan treuesten Bundesgenossen, der BRD, großzügige Unterstützung. Die deutsch-portugiesische Waffenbrüderschaft hatte bereits eine recht lange Tradition:

- Im spanischen Bürgerkrieg hatten Portugal und das Deutsche Reich das Francoregime offen unterstützt<sup>42</sup>.
- Die portugiesische Regierung ließ ihre Kolonialoffiziere in Nazi-Deutschland ausbilden (so ist etwa General Arnaldo Schultz, früher Innenminister unter Salazar, dann Kommandeur in Cabinda und 1964—1968 in Guinea, von den Nazis ausgebildet worden)<sup>43</sup>.
- Während des Weltkriegs blieben die deutschen Vermögen in Portugal unbeschlagnahmt.
- Am 3. Mai 1945, als die Nachricht vom Tode Hitlers eintraf, ließ die portugiesische Regierung halbmast flaggen.
- Portugal befürwortete die Aufnahme der BRD in die NATO ohne jegliche Vorbehalte auf das wärmste.
- 1959 wurde der erste Militärvertrag zwischen den beiden Regierungen geschlossen; er sah die Lieferung von Uniformen und Munition an die Bundeswehr und als Gegenleistung die Lieferung von Raketenteilen und militärischen Präzisionsinstrumenten an die portugiesische Armee vor.

41 Die NATO-Hilfe für Portugal ist am genauesten dargestellt bei S. Bosgra/Chr. van Krimpen, *Portugal en de NATO*, Amsterdam 1969. (Auszüge dieser Broschüre in den Blättern für deutsche und internationale Politik 1970, Nr. 3, S. 268—278.)

42 Die portugiesische Regierung lehnte beispielsweise auch die — von Großbritannien geforderte — Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission über die Auslöschung Guernicas ab. Vgl. Oliveira Salazar, *Portugal — Das Werden eines neuen Staates*, Essen 1938, S. 365—367. Das Geleitwort zu diesem Buch wurde von Joseph Goebbels geschrieben.

43 B. Davidson, *The Liberation ...*, S. 104. Vgl. auch *Mozambique Revolution* Nr. 42 (1970), S. 44.

- 1960 folgte ein Vertrag über weitere militärische Zusammenarbeit und den Bau der Bundeswehrflugbasis in Beja.
- 1961, unmittelbar nach Beginn des angolesischen Aufstandes, lieferte die Bundeswehr 10 000 Maschinenpistolen an die befreundete portugiesische Armee; zugleich wurde der portugiesischen Regierung eine Anleihe von 40 Millionen Dollar gewährt.
- 1962 wurden 16 Aufklärungsflugzeuge vom Typ Dornier 27 geliefert und eine weitere Anleihe in Höhe von 35 Millionen Dollar gewährt.
- 1963 gab es eine Anleihe von 15 Millionen Dollar. Gleichzeitig wurde ein Militärvertrag zwischen beiden Staaten unterzeichnet, von dem nur bekannt ist, daß die BRD neben Beja ein Heerestrainingslager in Santa Margarida erhält und in Portugal eine große Militärmission (ca. 100 Mann) unterhalten darf; als Gegenleistung verpflichtete sich die BRD, im Rahmen einer umfassenden Militärhilfe Krankenhäuser in Portugal zu bauen und in den Kolonialkämpfen verletzte portugiesische Offiziere in deutschen Krankenhäusern wiederherzustellen; Salazar erklärte daraufhin Ende 1963 in der „Deutschen National- und Soldatenzeitung“ (15. 11. 1963), daß sich kein westliches Land den portugiesischen Interessen gegenüber so aufgeschlossen zeige wie gerade die BRD.
- 1965 wurde ein Auslieferungsvertrag zwischen Portugal und der BRD unterzeichnet; in diesem Jahr wurden noch 40 Düsenjäger Typ Fiat G 91 und 60 vom Typ F 86 sowie zahlreiche Sprengbomben und Unimogs an den befreundeten Staat geliefert.
- 1966 wurde ein Kulturabkommen zwischen beiden Ländern abgeschlossen, das u. a. vorsah, daß in den Schulbüchern nichts Falsches und Beleidigendes über die Geschichte und Kultur des anderen Staates stehen sollte; und so erscheinen die „Überseeprovinzen“ in den westdeutschen Schulbüchern als Paradies für Schwarze und Weiße<sup>44</sup>. Im selben Jahr wurden noch 40 Kampfflugzeuge Typ Fiat 91 nach Portugal geliefert, die zum größten Teil sofort in Afrika zum Einsatz kamen.
- 1967/68 lieferte die Flugzeugfabrik Dornier 48 und die Bundeswehr weitere 38 mit Raketen ausgerüstete Flugzeuge des Typs Dornier DO 27.
- Gegenwärtig werden bei Blohm und Voss (Hamburg) drei größere Kriegsschiffe (Stückwert: 50 Millionen DM) für Portugal gebaut, die speziell für flache Gewässer konstruiert sind und in Afrika eingesetzt werden sollen. Es sind die größten seit Ende des 2. Weltkrieges in der BRD gebauten Kriegsschiffe. Obwohl von westdeutschen Stellen wiederholt versichert wurde, daß die Korvetten „ausschließlich zu Vertei-

44 So heißt es etwa in einem neueren Geographiebuch: „Die portugiesischen Kolonisten leben und arbeiten friedlich mit den Eingeborenen zusammen; allein auch in Angola macht sich unter den Afrikanern eine wachsende Unruhe bemerkbar. 1961 kam es zu gefährlichen und verlustreichen Unruhen im Norden des Landes. In neuester Zeit setzte mit dem Bau von Staudämmen, Kraftwerken, Eisenbahnen, Häfen, Fabriken und Flugplätzen ein stürmischer wirtschaftlicher Aufschwung ein. Die portugiesische Regierung hat allen Eingeborenen in ihren afrikanischen Kolonien gleiche Rechte wie den Weißen eingeräumt. . . Auch hier (in Mozambique) leben die Weißen bis jetzt wie in Angola friedlich mit den Eingeborenen zusammen. . .“ (Afrika-Asien-Australien, Stuttgart o. J.; Länder und Völker — Ausgabe B 3, S. Af 48 und 50.)

digungszwecken im Rahmen des Nordatlantikpaktes“ benutzt werden, hat die portugiesische Regierung die wahre Bestimmung dieser Schiffe ebensowenig verhehlt wie die der fast 300 inzwischen gelieferten Kriegsflugzeuge und der jährlich von der BRD gezahlten Militärhilfe in Höhe von 3 Millionen Dollar<sup>45</sup>.

### 3.2. Der Zustrom ausländischen Kapitals

Die portugiesische Regierung war sich darüber im klaren, daß sie eine großzügige militärische Unterstützung durch die entwickelteren kapitalistischen Staaten nur erhalten kann, wenn sie ihnen ihre „Überseeprovinzen“ als Kapitalanlagefelder und Ausbeutungsobjekte mitüberläßt<sup>46</sup>. Selber nicht imstande, die wirtschaftlichen Möglichkeiten der afrikanischen Besitztümer zu nutzen, erhofft sich der portugiesische Kolonialismus von dem Einströmen ausländischen Kapitals mit der ökonomischen Erschließung des Landes und der Entwicklung der Produktivkräfte eine Stärkung seiner angeschlagenen Position. So erfolgte nach den Aufständen des Jahres 1961 eine grundlegende Revision der traditionellen Wirtschaftspolitik. Hatte man bisher sowohl in Portugal wie in den Überseegebieten ausländische Investitionen nur ungern zugelassen, weil zu befürchten war, daß die eigene Wirtschaft sehr rasch in eine totale Abhängigkeit von den imperialistischen Staaten geriet, so wurde nunmehr der Zustrom des Fremdkapitals mit allen Mitteln gefördert. Das Investitionsgesetz von 1937, nach dem portugiesisches Kapital zu 51 % bei allen Neugründungen von Unternehmungen beteiligt sein mußte und 70 % des Personals von Portugiesen oder Afrikanern gestellt werden mußten, wurde revidiert. Ein im Jahre 1964 von der Regierung erlassenes Gesetz garantierte den ausländischen Geldgebern den freien Transfer von Gewinnen und Dividenden sowie die Kapitalrückführung; es kamen die von der OECD und der Weltbank empfohlenen Garantien für den Kapitaleinsatz und -transfer zur Geltung. Ausländische Firmen haben dasselbe Anrecht auf Steuerfreibeträge und Ermäßigungen von Steuern und Zöllen wie portugiesische Unternehmungen und können ebenfalls von staatlichen Kreditinstituten Investitions Garantien erhalten. Speziell für Investitionen in die Landwirtschaft, die Exportindustrien, den Energiesektor, das Transportwesen und den Tourismus können große Steuervergün-

45 Einzelheiten hierüber im Berliner Extradienst 1969, Nr. 88 (5. 11. 1969). — Auch die von der Bundeswehr gelieferten Flugzeuge werden sofort in den „Überseeprovinzen“ eingesetzt; sie tragen dort häufig noch die Farben Schwarz-Rot-Gold. Vgl. G. Chaliand, a.a.O., S. 9, und Mozambique Revolution Nr. 42 (1970).

46 Zu diesem Abschnitt vgl. H. Pössinger, Angola als Wirtschaftspartner, Köln 1966 (herausgegeben von der Bundesstelle für Außenhandelsinformation); Wirtschaftspartner Portugal, Düsseldorf 1969; Investments in Portugal, Lisbon 1968; J. J. Massart/N. Suetens, L'espace commun portugais, Brüssel 1969. In dem von der portugiesischen Botschaft in der BRD herausgegebenen „Portugal Report“ finden sich regelmäßig Informationen über die Investitionen ausländischer Kapitalgruppen in Portugal und den Kolonien.

stigungen bis zu 25 Jahren gewährt werden. Die zu gründenden Firmen können zu 100 % im Besitz der Ausländer bleiben.

Von den ausländischen Investoren wird immer wieder bestätigt, daß sich die portugiesischen Verhandlungspartner als „außerordentlich elastisch und einsichtsvoll“ gegenüber den ausländischen Interessen erwiesen haben<sup>47</sup>. Rühmend erwähnt werden die „reichlich vorhandenen billigen Arbeitskräfte“, die sich sowohl in Portugal wie in Afrika finden lassen. Eine Werbebroschüre für ausländische Kapitalisten weist darauf hin<sup>48</sup>, daß in Portugal 1965 ein gelernter Arbeiter in der Textilindustrie 46 Escudos pro Tag (vor der DM-Aufwertung 6,50 DM) und in der Metallindustrie 50 Escudos (7,— DM) verdiente; eine ungelernete weibliche Arbeitskraft verdiente in der Textilindustrie 26 Escudos pro Tag (3,65 DM) und in der Metallindustrie 23 Escudos (3,20 DM). Die Löhne in den „Überseeprovinzen“ lagen noch weit unter diesen Normen. Von Vorteil ist ferner das sowohl für Portugal wie für die „Überseeprovinzen“ geltende Verbot von freien Gewerkschaften.

Die sehr weitgehenden Investitionsvergünstigungen sowie die extrem niedrigen Arbeitslöhne und die überaus reichen Rohstoffvorkommen in Angola und Mozambique haben ihre Wirkung auf das ausländische Kapital nicht verfehlt. Betrug der Anteil privater ausländischer Investitionen im Jahre 1959 nur 1 % der Gesamtinvestitionen in Portugal und Übersee, so waren es 1965 bereits 15 %, 1966 25 % und 1967 etwa 30 %<sup>49</sup>.

In Portugal gab es 1969 bereits mehr als 600 Firmen mit ausländischer Beteiligung; bei jeweils 100 war US-amerikanisches und westdeutsches Kapital beteiligt. Die ausländischen Investitionen flossen nicht nur in die traditionellen portugiesischen Wirtschaftszweige (Textil-, Papier-, Kork- und Lebensmittelindustrie), sondern auch in die Maschinen- und Elektroindustrie, die chemische Industrie, den Agrarsektor und den Tourismus. Für die großen westdeutschen Gesellschaften, die in Portugal investieren (Hoechst, Grundig, Siemens, Seidensticker usw.), ist der portugiesische Markt meist zu begrenzt, und so werden die Niederlassungen in Portugal nur als Sprungbrett für das Eindringen in die EFTA-Zone benutzt, in die von Portugal aus zollfrei exportiert werden kann. Nicht zuletzt dank der regen Investitionstätigkeit des ausländischen Kapitals ist es in Portugal gelungen, das Bruttoinlandsprodukt von 8,97 MRD DM im Jahre 1960 auf 14,6 MRD DM im Jahre 1966 zu vergrößern. Der Anteil der Industrie (in der zur Zeit 32 % der 3,6 Millionen Beschäftigten tätig sind) am Bruttosozialprodukt stieg von 31 % (1957) auf 40 % (1966); in diesem Jahr hat nach offiziellen Angaben der Anteil der Landwirtschaft (in der 34 % aller Berufstätigen arbeiten) nur noch 18 % des Bruttosozialprodukts ausgemacht. Auch die wirtschaftliche

47 Portugal mit seinen Überseegebieten, Beilage zum Handelsblatt Nr. 82 vom 29. 4. 1969.

48 Investments in Portugal, Lisbon 1968, S. 101.

49 Wirtschaftspartner Portugal, a.a.O., S. 3.

Verflechtung mit den EFTA- und EWG-Staaten sowie den USA ist inzwischen beträchtlich gewachsen. Wichtigste Abnehmerländer Portugals sind zur Zeit Großbritannien, USA und BRD; wichtigste Lieferanten die BRD, Großbritannien, die USA und Frankreich. Einem weiteren raschen Wirtschaftswachstum stehen jedoch verschiedene Hindernisse entgegen<sup>50</sup>: einmal ist der Investitionsgütersektor, in dem sich nur 10 % des industriellen Kapitals konzentrieren, unterentwickelt; ferner wird der Staatshaushalt durch die Militärausgaben sehr stark belastet, wodurch starke inflationäre Tendenzen aufgetreten sind (beispielsweise hat sich der Preisindex für die Lebenshaltung in Lissabon von 1963 bis 1968 um 26 % erhöht); der Preisverfall der traditionellen agrarischen Exporte Portugals auf dem Weltmarkt vergrößert sein Außenhandelsdefizit; durch die Schwankungen des Fremdenverkehrs ist der Devisenzustrom bedroht; die Besitzzersplitterung, der geringe Mechanisierungsgrad und die z. T. noch feudale Organisation der Landwirtschaft setzen ihrem Wachstum enge Grenzen; der Mangel an Facharbeitern, die Enge des Binnenmarktes und die Zersplitterung der gewerblichen Produktion (90 % aller Betriebe haben kleinindustriellen oder handwerklichen Charakter und beschäftigen jeweils weniger als 20 Personen) verlangsamen das industrielle Wachstum.

Besonders notwendig erschien der Zustrom ausländischen Kapitals nach Angola<sup>51</sup>: „In Ermangelung ausreichender eigener Mittel soll das Auslandskapital schnell die umfangreichen Rohstoffquellen Angolas erschließen, um mit Hilfe eines möglichst umfassenden wirtschaftlichen Aufschwungs die politisch umstrittene Lage in diesem Teile Westafrikas zugunsten einer Evolution zu entscheiden.“ Ein für die Jahre 1968 bis 1973 für Angola ausgearbeiteter Entwicklungsplan sieht etwa 4,5 Milliarden DM an Investitionen vor; hiervon sollen mindestens 3 Milliarden von ausländischen Investoren beigesteuert werden. Mit der Ausbeutung der riesigen Naturreichtümer des Landes ist bereits begonnen worden. In der Exklave Cabinda, in der sich möglicherweise die reichsten Mineralölvorkommen Westafrikas befinden, hat die US-amerikanische Cabinda Gulf Oil Corp. mit der Förderung begonnen; 1970 sollen aus Cabinda 7,5 Millionen t Mineralöl auf den europäischen Markt gebracht werden. Die hochwertigen Eisenerzlager im Süden Angolas (Cassinga) werden von japanischen Konsortien sowie der Firma Krupp/Essen abgebaut, welche die Erzladeeinrichtungen im Hafen Moçamedes sowie die Stichbahn ausgebaut hat, die das Erzgebiet mit der Moçamedes-Bahn verbindet; für die Krupp-Investitionen sind zunächst Eisenerzlieferungen im Gesamtwert von etwa 280 Millionen DM vorgesehen. 1968 wurden

50 Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation 1969, Nr. 91; „Portugal“ (ed. Stat. Bundesamt), a.a.O., passim.

51 Handelsblatt, a.a.O. Hier sind auch die gegenwärtigen Entwicklungsprojekte in Angola und Mozambique angeführt. Vgl. auch die vom Sozialistischen Lehrlingszentrum in Hamburg herausgegebene Broschüre „Portugal und seine ‚Überseeprovinzen‘“, Hamburg 1969.

bereits 2 Millionen t Erz über den Hafen Moçamedes verschifft. Kupfer-, Mangan-, Gold- und Diamantenlager werden vor allem von US-amerikanischen und japanischen Finanzgruppen projektiert und abgebaut; bereits heute werden von südafrikanischen, belgischen und portugiesischen Kapitalgruppen jährlich Diamanten im Wert von einer Viertelmilliarde DM gefördert. Das Eisenbahnnetz, das bislang nur aus drei größeren Stichbahnen besteht, soll weiterentwickelt werden. Im Agrarsektor soll die Produktion von Kaffee, dem bei weitem wichtigsten Exportprodukt, besonders im Norden und an der Westküste vergrößert werden; bereits jetzt ist Angola mit einer durchschnittlichen Jahresernte von 225 000 t nach Brasilien und Kolumbien der drittgrößte Kaffeeproduzent der Welt. Weiter sind Großsiedlungsprojekte für afrikanische und europäische Kleinbauernfamilien geplant, mit deren Hilfe die Nachteile ausgeglichen werden sollen, die sich aus der einseitigen Förderung der kapitalintensiven extraktiven Industrien für die Gesamtwirtschaft ergeben; ob dies gelingt, ist freilich anzuzweifeln.

Ebenso sind in Mozambique große ausländische Investitionen projektiert, mit deren Hilfe die ökonomische Basis des Kolonialismus verbreitert werden soll, die bisher im wesentlichen nur aus dem Baumwoll- und Zuckerrohranbau, dem Transitverkehr nach Südafrika und Rhodesien sowie der Vermittlung von Arbeitskräften für die Bergwerke in diesen Ländern bestand. Nun soll — vor allem mit US-amerikanischen und japanischen Mitteln — der Abbau der umfangreichen Bodenschätze (Erdöl, Kohle, Gold, Eisenerze, Stahlveredler, Graphit, Asbest usw.) begonnen werden. Die Häfen von Mozambique, die nach der Schließung des Suezkanals für den Welthandel eine größere Bedeutung erhalten haben, sollen erweitert und modernisiert werden. Das größte Entwicklungsprojekt ist das Cabora-Bassa-Kraftwerk, dessen Aufbau in den Händen eines internationalen Konsortiums mit namhafter westdeutscher Beteiligung (Siemens, AEG, Hoch-Tief, Voith, BBC) liegt<sup>52</sup>. Dieses größte Kraftwerk Afrikas hat einen Gesamtauftragswert von 1,6 Milliarden DM. Es soll 1974 75 Milliarden Kubikmeter Wasser speichern und zunächst 1200 Megawatt, später 4000 Megawatt Strom erzeugen, der zum großen Teil zu einem äußerst niedrigen Preis nach Südafrika und auch nach Rhodesien geleitet wird. Zusammen mit dem Staudamm sollen im Zambezi Stahl- und Aluminiumwerke errichtet und umfangreiche Landflächen kultiviert werden, auf denen bis zu

52 Portugal Report 1969, Nr. 10. Die westdeutschen Firmen konnten sich deshalb diesen Auftrag sichern, weil englische und schwedische Kapitalgruppen durch den Druck der Öffentlichkeit in ihren Ländern gezwungen wurden zurückzutreten. — Inzwischen ist bereits mit der Zwangsumsiedlung der an den Ufern des Zambezi lebenden einheimischen Bevölkerung in „strategische Dörfer“ und mit der Vernichtung ihrer Existenzmittel begonnen worden. Siehe die Einzelheiten in Mozambique Revolution Nr. 42 (1970).

1 Million Kolonisten Platz finden sollen<sup>53</sup>. Die Staaten des südafrikanischen rassistischen Blocks, die bereits heute auf der militärischen und ökonomischen Ebene aufs engste zusammenarbeiten, erhoffen sich von der Realisierung des Cabora-Bassa-Projekts eine Konsolidierung ihrer inneren Verhältnisse und eine Stärkung ihrer Position gegenüber den Befreiungsbewegungen. Ebenso rechnet das US-amerikanische, japanische und westeuropäische Kapital in den außerordentlich rohstoffreichen portugiesischen „Überseeprovinzen“, in denen die Arbeitshände billig zu haben sind, mit hervorragenden Gewinnchancen. Ob sich die Befreiungsbewegungen gegenüber dieser Internationale des Kapitals durchzusetzen vermögen, wird somit auch entscheidend von den Erfolgen der Widerstandsbewegung in den imperialistischen Staaten abhängen.

53 E. Mondlane, l. c. p. 98. — Die Bonner Regierung erhält nach einem Kabinettsbeschluß vom 30. Juli 1970 weiterhin ihre Kredite in Höhe von 286 Mio DM und Bürgschaften in Höhe von 400 Mio DM für die am Cabora-Bassa-Projekt beteiligten westdeutschen Firmen aufrecht. Vgl. Frankfurter Rundschau vom 31. 7. 1970 und *express international* vom 8. 10. 1970.

Heribert Adam

## Einheimischer Kolonialismus: der Fall Südafrika

### I.

Südafrika verkörpert Metropole und Kolonie als geographische Einheit und in unauflösbarer wirtschaftlicher Interdependenz. Deshalb kann seine Kolonialpolitik nicht dem Muster der europäischen Kolonialnationen folgen und den eroberten Gebieten politische Unabhängigkeit gewähren. Südafrikas Kolonisatoren besitzen kein überseeisches Mutterland, in das sie zurückkehren könnten. Sie sind Einheimische wie die von ihnen Unterworfenen, mit denen die bürgerlichen Gleichheitsrechte zu teilen sie sich jedoch hartnäckig weigern. Dies geschieht in einem Gesellschaftssystem, in dem die Kolonisierten in unmittelbarer Nachbarschaft mit ihren Kolonisatoren leben. Sie sind nicht durch Ozeane voneinander getrennt, sondern alle Angehörigen beider Gruppen (nicht nur wenige Kolonialbeamte, Händler und Missionare) stehen in täglichem Kontakt miteinander und teilen die gleiche Infrastruktur und die gleichen Ressourcen. Dennoch macht die südafrikanische Metropolregierung das traditionelle Muster der politischen Trennung zwischen Mutterland und Kolonie zur Richtlinie ihrer Politik. Im Rahmen eines einheimischen Kolonialsystems sollen die Abhängigen in einem Dutzend selbständiger und unabhängiger Staaten ihre Abhängigkeit verlieren. Je mehr beide Antagonisten in einer gemeinsamen Industriegesellschaft voneinander abhängig werden und die billige Arbeitskraft der Unterworfenen einen entscheidenden Expansionsfaktor darstellt, um so nachdrücklicher versucht die Metropolregierung die soziale und wirtschaftliche Entflechtung.

Bei diesem Versuch verwendet Südafrika, im Gegensatz zur portugiesischen oder französischen Kolonialpolitik, keine kulturellen, sondern rassische Trennungskriterien. Die dreieinhalb Millionen „Weißen“, die 19 % der Gesamtbevölkerung repräsentieren, teilen die 16 Millionen „Nichtweißen“ in drei verschiedene Rassengruppen mit unterschiedlichen Rechten und Privilegien: zwei Millionen sogenannter Mischlinge (10 % der Gesamtbevölkerung) stehen an der Spitze der Kolonisationshierarchie, gefolgt von 0,6 Millionen „Asiaten“ vornehmlich indischer Abstammung (3 % der Gesamtbevölkerung) und 13 Millionen Afrikanern (68 % der Gesamtbevölkerung), die wiederum nach traditioneller Stammeszugehörigkeit unterteilt werden. Die 19 % Weißen besitzen nahezu drei Viertel der Kaufkraft des Landes. Der Einkommensanteil der vier Rassengruppen wird von Marktforschungsinstituten wie folgt geschätzt: Weiße: 73,4 %, Mischlinge: 5,4 %, Inder: 2,4 % und Afrikaner: 19,8 %<sup>1</sup>.

1 STATS (Pretoria), Februar 1969, 903.

Von entscheidender praktischer und theoretischer Relevanz ist die Bestimmung dessen, was diese Gesellschaft der extremen Stratifikation und offenkundiger Diskriminierung funktionieren läßt. Die Antwort ist zu einfach, die den Polizeiterror und die daraus resultierende Einschüchterung der Beherrschten als alleinigen Grund für das Ausbleiben des oft prophezeiten Blutbades verantwortlich macht. Im Gegenteil müßte gesteigerter Terror aller historischen Erfahrung nach den Konflikt verschärfen und die explosive Polarisierung der Antagonisten beschleunigen. Südafrika hingegen ist im letzten Jahrzehnt zum herausragenden Vorbild für staatlich gesicherte Ruhe und Ordnung geworden. Die relative Leichtigkeit, mit der am Ende der traditionellen Kolonialperiode eine weiße Rassenoligarchie eine vierfache Mehrheit der Bevölkerung durch simple Verweigerung politischer Gleichheitsrechte in Schach hält, bedarf einer Erklärung, die das Bewußtsein der Weißen wie der Nichtweißen fern der gewohnten Klischees in Betracht zieht. Am Beispiel des Herr-Diener-Verhältnisses und der veränderten materiellen Situation der Kolonisierten können die integrierenden Faktoren im Rahmen institutionalisierter Desintegration illustriert werden.

## II.

Während die südafrikanischen Politiker und Leitartikler über geopolitische Teilungskonzeptionen reden und periodisch den Ernst der Lage beschwören, nimmt der durchschnittliche weiße Südafrikaner Rassenbeziehungen kaum als aktuellen oder potentiellen Konflikt wahr. Dies kann am besten an seiner Einstellung zu den überall gegenwärtigen afrikanischen Hausgehilfen illustriert werden. Die unbefragte Akzeptierung von völlig Fremden im Familienhaushalt (75 % der weißen Haushalte beschäftigen afrikanische Diener) beweist das selbstverständliche Vertrauen des Weißen in seine traditionelle koloniale Herrenposition. Zweifel daran, daß ein Afrikaner irgend etwas anderes als gehorsamer, williger Diener sein könne, bestehen selten. Dieses klassische Herr-Knecht-Verhältnis ist häufig noch in einem solchen Maße intakt, daß der Weiße den schwarzen Hausgehilfen kaum als Individuum wahrnimmt — der Diener ist eine Art Haushaltseinrichtung, besser vielleicht zu vergleichen mit einem menschlichen Haustier, voller Überraschungen und deshalb gelegentlich der interessierten Zuneigung und Fürsorge seines Herrn gewiß, aber im Grunde zu einer anderen Kategorie von Lebewesen gehörend. Viele Weiße leben in jahrelangem intimsten Kontakt mit Afrikanern, ohne jedoch jemals sich für die Lebensumstände des Dieners außerhalb des Haushalts zu interessieren. Die stereotype, willkürliche Namensgebung der Diener, die im allgemeinen mit wenigen biblischen Vornamen bedacht werden, unterstreicht diese depersonalisierte Haltung. Enger Kontakt geht somit mit großer sozialer Distanz reibungslos zusammen. Öffentliche Rassentrennung und die Erziehung der Herrenkinder durch billige Arbeitskräfte der Beherrschten schließen sich (ähnlich wie in Sklavengesellschaften) keineswegs aus. Solange der Kolonisierte seine zugewiesene Rolle

wahrnimmt, ist gegen intimen Kontakt nichts einzuwenden. Die gelegentliche persönliche Fürsorge und Hilfsbereitschaft gegenüber den besonderen Problemen des Dieners widerspricht nicht der weißen Grundeinstellung; im Gegenteil demonstriert paternalistische Großzügigkeit nur die weiße Überlegenheit und gibt ihr zugleich das gute Gewissen.

Die Afrikaner andererseits haben gelernt, sich auf diese Erwartungen einzustellen. Sie wissen oft die Schwächen ihrer Herren geschickt für eigene Vorteile zu nutzen. Zugleich haben aber auch viele das Dienstverhältnis verinnerlicht. Die dankbare Abhängigkeit gegenüber ihrem „baas“ in unsicherer Umgebung ist ihnen zur zweiten Natur geworden. Im Falle eines Rassenkrieges ist es denkbar, wie eine vielzitierte Anekdote berichtet, daß der typische afrikanische Diener wohl die versteckte Waffe seines Herren benutzt, um den weißen Nachbarn zu erschießen, aber seinen eigenen „Unterdrücker“ verteidigen würde. Persönliche Loyalitäten zwischen den Angehörigen verschiedener Rassengruppen überschneiden trotz ihrer Statusdifferenz die offizielle Zuordnung und könnten im offenen Konflikt das Verhalten der Abhängigen entscheidend beeinflussen.

### III.

Zugleich haben sich die Beziehungen zwischen unbekanntem Personen weißer und nicht-weißer Gruppen verschlechtert. Die Diskriminierung ist im allgemeinen nicht mehr direkt sichtbar, sieht man von der verordneten Trennung ab. Es ist charakteristisch für die verschleierte Rassenherrschaft, daß individuelle Konfliktsituationen durchaus nicht immer im Sinne des Herren entschieden werden und Gerichte in solchen Fällen von den Abhängigen angerufen werden können. Das nachstehende Beispiel ist kein Einzelfall:

Ein weißer Autofahrer fuhr spät abends zu seiner Tankstelle in Bloemfontein. Als er nicht sofort bedient wurde, weil der einzige afrikanische Tankwart mit einem anderen Kunden beschäftigt war, stieg er aus dem Auto und rief: „Gibt es denn hier keinen anderen Kaffer, der bedient?“ Der Afrikaner wandte sich dem verärgerten Weißen zu und antwortete: „Wer ist hier Ihr Kaffer?“ Erstaunt über solche unerwartete „Frechheit“ schnippte der Weiße dem Tankwart die Mütze vom Kopf. Dieser hob daraufhin eine herumliegende Eisenstange auf, die er dem Weißen gegen den Arm schlug, so daß dessen Armbanduhr zersplitterte. Der weiße Richter B. J. Cronje, der im Juli 1969 über den Fall zu entscheiden hatte, verurteilte den Autofahrer zu einer Geldstrafe wegen Körperverletzung. In seiner Begründung sagte er: „Ich möchte eine Warnung an die Weißen aussprechen. Weiße sollten lernen, die Gefühle und Würde von Afrikanern zu respektieren und es deshalb unterlassen, sie als Kaffer anzureden.“

Auch die eingefleischten Rassisten haben inzwischen erkannt, daß die Zukunft des weißen Südafrika entscheidend davon abhängt, in welchem Ausmaß es die Loyalität der afrikanischen Massen gewinnen kann. Wenn die Armee ins Manöver zieht, um Guerillakriegführung zu üben, begleiten neuerdings Anthropologen und zivile Experten

die Einheiten, um dafür zu sorgen, daß die Stammesbevölkerung durch weiße Ignoranz nicht verletzt wird. Auf der Straße muß der Schwarze dem Weißen nicht mehr ausweichen. In den Läden und Geschäften des Landes werden die nicht-weißen Kunden dank ihrer gestiegenen Kaufkraft höflicher als je zuvor bedient. Der Staatsangestellte oder weiße Polizist ist offiziell angewiesen, diskriminierendes Verhalten zu unterlassen. Es scheint, als ob der Afrikaner in Pretoria gegenwärtig eine größere Chance habe, bei seinem häufigen Kontakt mit der Polizei verordnungsgemäß behandelt zu werden, als der Neger in Chicago. Piet Koornhof, der Minister für „Bantu-Verwaltung und Erziehung“, erklärte, daß Staatsbedienstete, die mit Afrikanern zu tun haben, frühzeitig in ihrer Karriere belehrt würden, daß der Afrikaner „ein menschliches Wesen genauso wie der Weiße“ sei und seinen eigenen Platz an der Sonne verdiene. Die „Bantu-Affairs Commissioners“ seien stolz darauf, daß der Bantu gerechterweise sie als „Väter“ betrachte. „Wir halten nichts von Fraternisierung — aber wir halten viel von Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit. Wir wollen keine falschen Illusionen erwecken und stattdessen dem Bantu genau klarmachen, wo er steht und was unsere Absichten mit ihm sind“<sup>2</sup>. Für die zunehmend reibungsloseren Rassenverhältnisse scheint nicht zuletzt diese einschüchternde Unverblümtheit verantwortlich. Auf der Grundlage seiner tatsächlichen Macht läßt der Bure keine Zweifel aufkommen, daß er sie auch anwenden werde. Zugleich erlaubt ihm die klare Rollendefinition, sich seinem Diktat entsprechend zu verhalten und individuelle Abweichungen seinerseits möglichst zu vermeiden. Der Rest von Emotionen, die stets noch das brutalste Herr-Knecht-Verhältnis charakterisierten und es „vermenschlichten“, wird hier ausgeschaltet. Herr und Knecht sollen vollständig auf ihre zugewiesene Rolle reduziert werden; der Überraschungsfaktor individueller Reaktionen entzieht sich der Planung und muß deshalb vermieden werden.

Meistens zieht der Untertan das offen angekündigte und eingestandene Diktat dem Bekenntnis zur Abschaffung der Diskriminierung vor. Alle empirischen Untersuchungen über die Einstellung der Afrikaner gegenüber den offen rassistischen Buren und den liberalen englischsprachigen Weißen ergaben eine größere Feindseligkeit gegenüber den „Engländern“, die als „Heuchler“ bezeichnet werden<sup>3</sup>. Den Buren könne man ernst nehmen, man wisse, woran man mit ihm sei, während der Engländer zu feige sei, sich eine Voreingenommenheit einzugestehen, war der Tenor vieler befragter Studenten. Der wichtigste Grund für diese Reaktionen dürfte darin liegen, daß die Gruppendifferenzierung des eingestandenen Rassen verglichen mit der individuellen Diskriminierung des bloß rhe-

2 The Star (Johannesburg), 23. 8. 1969.

3 P. van den Berghe, „Race Attitudes in Durban, South Africa“, *Journal of Social Psychology*, 57, 598—608; Kurt Danziger, „Self Interpretations of Group Differences in Values“, *Journal of Social Psychology*, 47, 1958, 317—325; Kurt Danziger, „Value Differences among South African Students“, *Journal of Abnormal and Social Psychology*, 57, 1958, 339—346.

torischen Gleichheitsbefürworters weniger verletzend ist. Das Bewußtsein, zu einer Gruppe gleichermaßen Unterdrückter zu gehören, gewährt zugleich kollektiven Schutz, während die enttäuschten Erwartungen im Falle individueller Diskriminierung häufig als persönliche Fehlleistungen erklärt werden.

#### IV.

Immer offenkundiger wird der Widerspruch zwischen einer am Privatprofit orientierten, expandierenden Ökonomie, die auf einer optimalen Ausnutzung aller Arbeitskräfte basiert, und rassischen Restriktionen, die qualifizierte Tätigkeiten für die überforderten Weißen reservieren. Staatlicher Wirtschaftsdirigismus im Dienste einer rassischen Ideologie kollidiert mit dem unideologischen Interesse an ungehinderter Ausbeutung. Je mehr sich somit die Kluft zwischen dem produktiven Unterbau und seinem politischen und sozialen Überbau vergrößert, um so nachhaltiger müssen Staatsinterventionen und Maßnahmen zum Schutze der privilegierten weißen Arbeiterschaft das fragile Verhältnis stabilisieren. Das geschieht nicht ohne pragmatische Differenzen innerhalb der Weißen, die durch ethnische und historische Rivalitäten zwischen Buren und englischsprachigen Südafrikanern noch verschärft werden<sup>4</sup>. Im Gegensatz zu dem *laissez-faire*-Rassismus der meist dem englischsprachigen Sektor angehörenden Kapitalinteressen propagiert die burische Regierungsmaschinerie Planwirtschaft und eine Sozialpolitik, die sich im Sinne des guten „Hausvaters“ auch der materiellen Fürsorge der „Leibeigenen“ annimmt. Staatlich dekretierte Mindestlöhne lassen auch den Afrikaner ein wenig an den Früchten seiner Arbeit teilhaben und verhindern, daß seine Produktivität durch absolute Hungerlöhne beeinträchtigt wird. Infolge des anhaltenden Wirtschaftsbooms erhält der durchschnittliche afrikanische Arbeiter mehr, als er realistisch erwarten konnte, und solche Hoffnung auf wirtschaftliche Besserung hält ihn bei der Stange. Am Beispiel des Automobilbesitzes können die veränderten Lebenschancen der nicht-weißen Rassengruppen illustriert werden. Die Kategorie „Lebenschance“ ist dabei im Weberschen Sinne wie auch wörtlich zu verstehen, denn der Autobesitz verringert die Möglichkeit, auf den langen Arbeitswegen und den überfüllten Bussen und Zügen ausgeraubt zu werden.

Die Verdoppelung der wenigen afrikanischen Autobesitzer innerhalb von vier Jahren und die Hoffnung der Vielen, es ihnen in Zukunft gleichzutun, besitzt eine entscheidende politische Funktion in einer Gesellschaft, in der keine anderen Statusgarantien (Haus- und Grundbesitz, Berufsausbildung, formale Rechte) die Sicherheitsbedürfnisse der Arbeiter befriedigen. Abgeschnitten von jeglichen Versuchen, seine Situation politisch zu verbessern, richtet der Durch-

<sup>4</sup> 57 % der 3,6 Millionen südafrikanischen Weißen sind afrikaanssprachig, 38 % englischsprachig, der Rest hat andere Muttersprachen, einige wenige Prozent sind zweisprachig.

Registrierte Kraftfahrzeuge nach Rassengruppe 1962 und 1966<sup>5</sup>

	1962		1966		Bevölkerungs- anteil
Weiße	697 956	83,5 %	1025 932	84,6 %	19 %
Mischlinge	12 897	1,5 %	29 188	2,4 %	10 %
Inder	14 769	1,8 %	30 274	2,5 %	3 %
Afrikaner	26 682	3,2 %	56 256	4,6 %	68 %
Andere	43 707	5,2 %	60 339	5,0 %	
Unbekannt	39 907	4,8 %	10 949	0,9 %	
	835 918	100,0 %	1212 938	100,0 %	100 %

schnittsafrikaner jetzt alle Anstrengungen darauf, in seinen Konsumgewohnheiten die weißen Vorbilder so weit wie möglich zu erreichen. Der Besitz eines Autos ist für einen Nicht-Weißen der sichtbarste Ersatz der verweigerten Gleichheit, zumal die Verkehrszeichen zu den wenigen nichtrassistischen Staatsanordnungen zählen und die Straßen von allen benutzt werden dürfen<sup>6</sup>.

Materiell geht es, dank dem fortgeschrittenen Entwicklungsstand des Landes, dem schwarzen Industrieproletariat ohne Frage besser als den meisten ihrer Genossen in den angrenzenden, aber industriell unterentwickelten Afrika-Staaten, für welche die Kontraktarbeit in den südafrikanischen Minen immer noch die einzige Möglichkeit des Gelderwerbs darstellt. Während sich in den Minen, in denen die einheimischen Afrikaner die Minderheit darstellen, die Löhne in den letzten Jahrzehnten kaum veränderten, gilt dies nicht für die Sekundärindustrie. Hance stellt fest<sup>7</sup>, daß von 1960 bis 1966 der afrikanische Durchschnittslohn in der privaten Industrie um 45,3 % stieg, verglichen mit einem fünfzehnprozentigen Anstieg der Lebenshaltungskosten in der gleichen Zeit. Die afrikanischen Löhne erhöhten sich relativ rascher als der Durchschnittslohn für die Arbeiter aller Rassengruppen zusammengenommen. Obgleich die durchschnittliche Lohndifferenz zwischen einem afrikanischen und einem weißen Industriearbeiter immer noch ungefähr 1 : 5 beträgt — 1966 DM 2650 (R 480)<sup>8</sup> gegenüber DM 13 800 (R 2500) eines Weißen — verringert sich tendenziell dieser Abstand. Die unterschiedlichen Löhne zwischen den Rassengruppen werden an Beispielen deutlicher, in denen die Gehaltsempfänger die gleichen Qualifikationen

5 STATS, November 15, 1968, S. 856.

6 Stanislaw Andreski konstatiert in aphoristischen Notizen zur süd-afrikanischen Szenerie, daß viele Inder besonders rücksichtslos fahrende Autofahrer sind. Die Erklärung ist einfach: das ist der einzige Weg, der ihnen auf legale Weise erlaubt, die Weißen zu überholen. Siehe S. Andreski, *Elements of Comparative Sociology*, London 1964, S. 263—281.

7 W. A. Hance, *Southern Africa and the United States*, New York 1968, S. 136 f.

8 Ein Rand entspricht DM 5,60.

besitzen. So verdienen männliche Lehrer mit Abitur zu Beginn ihrer Tätigkeit jährlich: Afrikaner — R 660; Mischlinge und Inder — R 1320; Weiße — R 1920. — Der durchschnittliche afrikanische Hausgehilfe verdiente 1968 monatlich DM 97 (R 17,40) plus Unterkunft und Verpflegung für einen Arbeitstag, der häufig 12 Stunden überschreitet.

## V.

Eine wichtige Rolle im Selbstverständnis der Weißen wie in der Rechtfertigung der Rassentrennung gegenüber dem Ausland spielt das geopolitische Trennungsprogramm der „getrennten Entwicklung“. Nicht mehr *minderwertig* wie im traditionellen Rassismus, sondern einzig *verschieden* soll der Kolonisierte erscheinen. Jede Gruppe soll sich ihrer „Eigenheit gemäß“ politisch, kulturell und ökonomisch entwickeln, ihre besondere Identität bewahren. In Südafrika heißt das, im Interesse der weißen Minderheit die traditionellen Stammesunterschiede in semiautonomen Gebieten in faktischer Abhängigkeit von dem weißen Zentralstaat zu institutionalisieren. Nicht-weiße Einheitstendenzen sollen durch die großzügige Förderung von ethnozentrischen Gruppenloyalitäten gebremst werden. Zugleich fungiert das Programm für die weiße Wählerschaft als Ausweis fortschrittlicher Politik der „Selbstbestimmung“. Legitimation bezieht weiße Alleinherrschaft dadurch, daß sie theoretisch ebenfalls schwarze Alleinherrschaft in bestimmten Gebieten anbietet.

Der Glaube an die Verwirklichung der Apartheidziele im Hinblick auf die geopolitische Trennung der Rassengruppen und die Rückwanderung der Afrikaner in industriell entwickelte „Heimatländer“ wird vor allem durch demographische Trends widerlegt. Schon jetzt mißt die Regierungspresse den Erfolg der Politik nicht mehr an den ursprünglich verkündeten Zielen, sondern an der Spekulation, was ohne Zuwanderungskontrolle eingetreten wäre. Einzelne realistischere Politiker der Opposition schlagen vor, die afrikanischen Vorortsiedlungen in den städtischen Gebieten einfach zu Bantu-Heimatgebieten zu erklären, um die Trennungstheorie mit der Realität zur Deckung zu bringen. Andere Beamte der weißen Bürokratie glauben dadurch, daß sie die Niederlassung von afrikanischen Ärzten in den Stadtgebieten verweigern oder Pläne für afrikanische Unterhaltungsbauten und Freizeitzentren nicht genehmigen, die Rückkehrwilligkeit der detribalisierten Stadtbewohner zu verstärken.

Trotzdem hält sich die burische öffentliche Meinung Südafrikas an die Beteuerungen der Regierungssprecher, daß die weiße Industrie ohne ein wachsendes afrikanisches Arbeitskräftereservoir funktionieren und expandieren kann. Unter Realisten dagegen steht mehr der politische Status des permanenten schwarzen Proletariats zur Debatte. Die Vorschläge reichen von verstärkter schrittweiser Integration zur weiteren Verunsicherung und Desintegration der städtischen Afrikaner. 1969 erklärte der Minister für Bantu-Angelegenheiten: „Soweit es mich betrifft, wäre die ideale Bedingung, wenn

wir in angemessener Zeit darin erfolgreich wären, alle Bantu in den weißen Gebieten nur noch auf der Basis von vorübergehenden Gastarbeitern zu haben“<sup>9</sup>. Jüngste Pläne zielen deshalb darauf ab, die letzte rechtliche Garantie für einen Aufenthalt in den Stadtgebieten, den berühmten Artikel 10 der „Bantu Urban Areas Act“, abzuschaffen. Nach dieser Regelung, die als der letzte Eckpfeiler afrikanischer Rechtsansprüche gilt, haben zwei Gruppen von Afrikanern und deren nächste Angehörige das Recht, in einem bestimmten städtischen Wohnbezirk zu leben und zu arbeiten: Gruppe A umfaßt diejenigen Afrikaner, die in dem Bezirk geboren wurden, unter Gruppe B fallen Afrikaner, die in dem betreffenden Stadtgebiet ununterbrochen zehn Jahre bei dem gleichen Arbeitgeber beschäftigt waren oder fünfzehn Jahre ununterbrochen bei verschiedenen Arbeitgebern des gleichen Bezirks angestellt waren. In der Sicht der Zentralregierung bedarf Artikel 10, dessen Aufhebung nach Meinung von oppositionellen Abgeordneten eine entscheidende Krise unter den Afrikanern auslösen könnte, einer Revision aus zwei Gründen: 1. hat sich die auf einen Stadtbezirk beschränkte Mobilität der Arbeiter als hinderlich erwiesen, weil dadurch eine kurzfristige Fluktuation nach dem jeweiligen Arbeitskräftebedarf ausgeschlossen ist, 2. zeigten sich Lokalbehörden, unter deren unmittelbare Jurisdiktion die Verwaltung der Stadtafrikaner fällt, nach Ansicht der Regierung als unfähig oder unwillig, die Apartheidplanungen rigide in die Praxis umzusetzen. Dies wird besonders dem Johannesburger Stadtrat vorgeworfen, der von der United Party kontrolliert wird. Die Anthropologin Ellen Hellmann kommentiert: „Obgleich die Lokalbehörden wenig mehr als Ausführungsorgane der Zentralregierung sind, scheint es, daß eine Reihe von ihnen, besonders Johannesburg, zwar die Buchstaben, jedoch nicht den Geist des Gesetzes in Übereinstimmung mit ministeriellen Erfordernissen befolgt... In der Bereitstellung von Wohlfahrtseinrichtungen, der Förderung kultureller Aktivitäten und der Tendenz vieler Lokalbeamter, in einzelnen Härtefällen infolge der Paßgesetze sich auf außerordentliche Umstände zu berufen, mildert Johannesburg in gewissem Ausmaß die Härte des Gesetzes“<sup>10</sup>.

Dieser latente Konflikt zwischen lokaler und zentraler Bürokratie illustriert erneut, daß Apartheid nur durch rigorosen Zwang verwirklicht werden kann. Die Erfolge in Kategorien des Apartheidprogramms sind nicht Resultate rationaler Planung in Übereinstimmung mit den Wünschen und Interessen der Betroffenen, wie die Apologeten der Rassentrennung gerne behaupten, sondern einzige Produkte staatlicher Zwangsmaßnahmen. Dabei müssen partielle „Erfolge“ der Regierung durchaus zugestanden werden. Vor allem im Bereich der Wirtschaftsdezentralisierung in Grenzindustrien (an Bantustans angrenzende Entwicklungsprojekte in „weißen“, ländlichen Gebieten) bewirken spezielle Subventionen und zunehmende

9 Zit. nach Ellen Hellmann, Urban Bantu Legislation, in: NEW NATION (Pretoria), September 1969, 7.

10 Hellmann, a.a.O., 9.

Reglementierung des Wachstums der Stadtindustrien, daß sich ein Teil der Privatindustrie den Regierungsplanungen anpaßt.

Trotz dieser partiellen Erfolge einer Massenumsiedlung muß das Apartheidprogramm als Ganzes jedoch als gescheitert angesehen werden. Oft diskutierte demographische Trends können diese Behauptung belegen. Ungeachtet verschärfter Kontrollen hält die Zuwanderung in die Städte an. Die afrikanische Bevölkerung von Johannesburg stieg zwischen 1962 und 1965 von 609 100 auf 713 808<sup>11</sup>. Legt man die vorsichtigen Schätzungen der Tomlinson-Kommission zugrunde, daß im Jahre 2000 bei einer Industrialisierung der Reservate 10 Millionen Afrikaner, einschließlich zwei Millionen „Gastarbeiter“ dort untergebracht werden können, so wird dennoch die Mehrzahl der dann lebenden ca. 25 Millionen Afrikaner außerhalb der für sie vorgesehenen „Heimatgebiete“ wohnen. Die Entwicklung der Reservate hat jedoch in den sechziger Jahren kaum Fortschritte gemacht. Die „Konsolidierung“ der über 200 getrennten Landstriche zu wenigen zusammenhängenden Gebieten blieb ein Schlagwort. Das Verteidigungsbudget des Landes allein ist sechsmal größer als die Ausgaben für die Reservate; nur rund 6% aller Investitionen für öffentliche Projekte fließen in die Bantustans. Innerhalb der Transkei, dem am weitesten entwickelten Bantustan, waren 1966 nur 33 007 Afrikaner in bezahlten Stellungen beschäftigt. Die „Bantu Investment Corporation“, über die alle staatlichen und die seit 1968 erstmals zugelassenen privaten Investitionen laufen, hat während ihres zehnjährigen Bestehens nur erreicht, daß es in der Transkei einige wenige Kleinunternehmen gibt, die zusammen weniger als 1000 Personen beschäftigen. Die Reservate, insgesamt weniger als 13% des südafrikanischen Territoriums, sind schon jetzt hoffnungslos überbevölkert (75 Personen pro Quadratmeile, verglichen mit 34 in den übrigen Landesteilen) und, obwohl in vielfältiger Hinsicht entwicklungsfähig, infolge verbreiteter Bodenerosionen, unrentabler Anbaumethoden und überproportionaler Viehhaltung von zusätzlichen Lebensmittelimporten abhängig. Voraussagen, daß die Zuwanderung von Afrikanern in die Städte bis zum Jahre 1978 durch die Entwicklung der Reservate umgekehrt werde, sind angesichts der erwähnten Daten reine Illusion. Sowohl im Landesmaßstab als auch in den städtischen Zentren nimmt der Anteil der Weißen, trotz eines jährlichen Einwanderungsgewinnes von 35 000, ständig ab. Verstärkte Mechanisierung und der generelle Trend zu qualifizierter Arbeit in hochindustriellen Gesellschaften könnten die Nachfrage nach ungelernten afrikanischen Arbeitern abschwächen. Bislang jedoch verhinderte gerade die reichlich vorhandene billige Arbeitskraft eine verstärkte Mechanisierung, obgleich das System der anreizlosen Pflichtarbeit die individuelle Produktivität extrem niedrig hält.

Die Diskussion um die theoretische Apartheid ist weitgehend zu einer abstrakten Definitions- und Klassifikationsfrage geworden, unberührt von dem Leiden der Betroffenen. Die Debatten über den

11 Hance, a.a.O., S. 143.

zweckmäßigsten Gebrauch der Ware Arbeitskraft gleichen zynischen Rationalisierungen einer Wirklichkeit, in der die Abhängigen ebenso wie die weiße Wählerschaft und das Ausland mit Utopien abgefunden werden, die sich durch politische Scheinkonzessionen vorerst als Garanten fortdauernder weißer Macht erweisen.

## VI.

Wie die künftige Entwicklung im Süden Afrikas verlaufen wird, hängt maßgeblich von Ereignissen außerhalb des Landes ab. Entscheidend dürfte sein, ob sich die Befreiungsbewegungen in den portugiesisch besetzten Territorien (vor allem M. P. L. A. in Angola und FRELIMO in Mozambique) behaupten und weiter ausdehnen können, so daß Portugal zur Aufgabe der Kolonien gezwungen wird. Militärische Kooperation zwischen Portugal und Südafrika vereinigt jetzt die weißen Siedlergesellschaften. Obgleich zahlenmäßig schwach, sind sie ihrem Herausforderer zur Zeit militärisch weit überlegen, ähnlich wie Israel seinen arabischen Nachbarn. Wirtschaftliche Rückschläge und allgemeine politische Desintegration in vielen unabhängigen Afrika-Staaten begünstigen den weißen Süden. Vor allem sieht Südafrika jetzt in verstärkter Wirtschaftsaktivität außerhalb seiner Grenzen einen erfolgreichen Weg, seine abhängigen Puffergebiete auszudehnen und einheimische Politiker wie Banda in Malawi aufzukaufen. Während nach wie vor der Großteil des südafrikanischen Handels (vor allem in Gold und Rohmaterialien) sich mit den außerafrikanischen Industriestaaten abwickelt, steigt der Export nach Afrika rapide und umfaßt bereits 70 % aller in Südafrika hergestellten Industriewaren. Ende 1968 erklärte Premierminister Vorster: „Wir stammen aus Afrika, wir verstehen Afrika, und nichts wird uns daran hindern, auf allen Gebieten die Führer Afrikas zu werden“<sup>12</sup>. Je mehr sich Südafrika seines „natürlichen Marktes“<sup>13</sup> bemächtigt, um so schwieriger wird es für die politischen Apartheid-Gegner, mehr als eine verbale Verurteilung des Systems zu erreichen.

Die Konstellation wird insbesondere in der Diskussion über Wirtschaftssanktionen gegenüber Südafrika deutlich. Die bestehenden Sanktionen besitzen jetzt mehr die Funktion, die afrikanischen Staaten gegenüber dem südafrikanischen Expansionsdrang zu schützen, als umgekehrt die Wirtschaft Südafrikas zu schädigen. „Eine Flut von südafrikanischen Waren und Kapital, das nach Norden strömt, würde das Wachstum der einheimischen afrikanischen Industrie zurückwerfen, die afrikanische Wirtschaft noch weiter an der Entwicklung hindern und die ernste Gefahr eines Exports südafrikanischer Rasseneinstellungen heraufbeschwören“<sup>14</sup>. Gleichwohl gelten wirtschaftliche Sanktionen immer noch als magische Lösung für die gewaltlose Abschaffung der Apartheid. Endlose Debatten in den

12 The Star, 9. 11. 1968.

13 Die Transvaler, 23. 11. 1967.

14 Martin Legassick, The Southern African Bloc, Integration for Defence or Expansion, in: Africa-Today, 15, 5 (Oct./Nov. 1968), S. 9—12.

Vereinten Nationen, Resolutionen, Expertentagungen<sup>15</sup> und Empfehlungen sind dem Thema Wirtschaftsboykott gegen Südafrika gewidmet. Als dominierendes Merkmal dieser Diskussion fällt auch hier die Gutgläubigkeit auf, mit der man von den internationalen Interessenlagen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen abstrahiert. Die Forderungen der Sanktionsstrategen haben bereits in dem viel aussichtsreicheren rhodesischen Experiment ihren illusionären Charakter enthüllt. Es kann heute als erwiesen gelten, daß die verhängten Sanktionen gegen Rhodesien wirkungslos sind, ja, daß sie eher den psychologischen Widerstand der Weißen stärkten als Kompromißbereitschaft herbeiführten<sup>16</sup>.

Wirtschaftliche Sanktionen gegenüber dem kolonialen Süden Afrikas besitzen nicht nur keine Aussicht, die Phase ihrer rhetorischen Befürwortung zur tatsächlichen lückenlosen Durchführung zu überwinden, sondern blieben auch im Falle ihrer Anwendung wegen der inzwischen erreichten Autarkie der Blockierten wirkungslos. Die internationale Handelskonkurrenz und komplexe Interessenallianzen, selbst zwischen ideologisch differierenden Staaten, verhindern eine Wirtschaftsblockade des afrikanischen Südens. Die Volkswirtschaften der alten Metropolen, besonders Englands, sind noch so stark mit ihren früheren Kolonialgebieten verflochten, daß ein umfassender Handelsboykott mit mächtigen Brancheninteressen kollidieren würde, was im Falle Englands politische Rückwirkungen hätte, die sich die Regierung nicht glaubt leisten zu können. Sanktionen testen somit mehr die Stärke und Geduld ihrer Urheber als die Überlebenskraft der Blockierten. Es besteht ein entscheidender Unterschied darin, ob Wirtschaftssanktionen verhängt werden mit der Absicht, einen Gegner zu schwächen und seine Aggressionsfähigkeit zu vermindern, oder aber die Aufgabe seiner internen Sozialstruktur und seines politischen Systems zum Ziel haben, mit der erklärten Absicht, ihn zur Kapitulation zugunsten seiner Antagonisten zu zwingen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird eine blockierte herrschende Klasse sich zuerst an ihren einheimischen Untertanen schadlos halten, die somit zu den Hauptleidtragenden des Boykotts werden. Dies aber treibt diese eher an die Seite ihrer einheimischen Unterdrücker, denn der Alliierten außerhalb des Landes. Im Falle Südafrikas kommt hinzu, daß die Abhängigkeit von unabhängigen Afrika-Staaten, wie etwa Sambia, von Verkehrs- und Versorgungsverbindungen in den umgebenden Kolonialgebieten auch die Apartheid-Gegner im Falle einer Blockade empfindlich treffen würde. Generell kann daher konstatiert werden, daß Wirtschaftssanktionen als eine Art begrenzter Krieg nur dann erfolgreich sein können, wenn ihre Urheber dazu bereit sind, früher oder später auch militärisch zu intervenieren, um die Folgen der ersten nicht-militäri-

15 Ronald Segal (Ed.), *Sanctions Against South Africa*, Baltimore 1964.

16 Für eine konkrete Kostenberechnung einer totalen Wirtschaftsblockade des südlichen Afrikas im Rahmen einer UN-Intervention siehe: A. C. Leiss (Ed.), *Apartheid and United Nations Collective Measures*, New York 1965.

schen Aktion weiterhin beeinflussen zu können. In der Abwesenheit jeglicher Bereitschaft oder Fähigkeit zu einer militärischen Intervention bleibt die Forderung nach Sanktionen die militante Dekoration tatsächlicher Passivität.

Die Aussichten für einen entscheidenden Wandel im Süden Afrikas sind gering und abhängig von Entwicklungen in den Metropolgebieten (vor allen den USA), wie auch im Verhältnis zwischen den industrialisierten Blöcken in West und Ost. Ohne eine Stabilisierung im politisch unabhängigen Afrika zusammen mit Modernisierungsfortschritten auf allen Gebieten ist eine Befreiung des weißen Südens undenkbar.

Bassam Tibi

## Die Krise des Burgibismus Entstehung und Verfall des „konstitutionellen Sozialismus“ in Tunesien

Die Entmachtung des Ministers für Planung, Wirtschaft und Finanzen, Industrie, Handel und Erziehung in der Regierung Habib Burgibas, Ahmed Ben Salah, im Herbst 1969 machte Schlagzeilen in der internationalen Presse. Bei der auf die Entmachtung folgenden „Affäre Ben Salah“, auf die in dieser Arbeit detailliert eingegangen wird, handelt es sich nicht nur um die Ausschaltung einer Personengruppe zugunsten einer anderen, sondern vielmehr um eine entscheidende politische Kursänderung des Burgibismus.

In der „sozialistischen“ Neo-Destour-Partei Tunesiens existierten unter der Obhut Burgibas zwei rivalisierende politische Gruppen: die Gruppe um Ben Salah, bestehend aus den Technokraten der Wirtschafts-, Finanz- und Planungsbehörden, unter deren Leitung seit 1961 das Experiment des tunesischen „kooperativen Agrarsozialismus“ — offiziell „konstitutioneller (= Destour) Sozialismus“ genannt — praktiziert wurde; und die Gruppe um den Staatskanzler, Verteidigungsminister und Generalsekretär der Neo-Destour-Partei: Bahi Ladgham, die einen Wirtschaftsliberalismus vertritt und enge Beziehungen zu den imperialistischen Staaten unterhält.

Überraschend an der „Affäre Ben Salah“ war vor allem, daß sie bereits zu Burgibas Lebzeiten stattfand. Alle Beobachter hatten erwartet, daß der Machtkampf zwischen Ben Salah und Ladgham erst nach dem Tod Burgibas ausgetragen werden würde. In einer kritischen Analyse aus dem Jahr 1967 hatte die Gruppe „Perspectives“, die aus exiltunesischen Marxisten besteht, prognostiziert: „Der Tod Burgibas wird der Partei ihre wichtigste Stütze nehmen. Er wird weiterhin einen scharfen Machtkampf um die Nachfolge entfachen. . . . Der Tod Burgibas wird eine Aufgeschlossenheit für neue Perspektiven oder eine Erstarrung bringen, je nachdem, welche Gruppe siegen wird“<sup>1</sup>. Mit der Entmachtung Ben Salahs und seiner Planungsbürokratie unter Zustimmung des schwer herzkranken Burgiba hat die Gruppe um Ladgham den Sieg errungen, was zugleich das Ende des „konstitutionellen Sozialismus“ und eine Rückkehr zum „Wirtschaftsliberalismus“ bedeutet und eine einschneidende Krise des Burgibismus anzeigt, mit der er sein Ende finden könnte.

1 Gruppe „Perspectives“, Allgemeine Charakteristika der gegenwärtigen Entwicklungsphase Tunesiens, in: B. Tibi (ed.), Die arabische Linke, Frankfurt/M. 1969, pp. 90—111, hierzu p. 103.

Die folgende Arbeit versucht in vorläufiger Weise zum einen eine allgemeine Deutung des Burgibismus als einer vom nationalistischen Kleinbürgertum getragenen Unabhängigkeitsbewegung zu vermitteln und zum anderen eine Analyse der spezifischen postkolonialen Phase des Burgibismus, die gemeinhin als „sozialistisch“ gilt, zu geben. Dabei verfolgt diese Arbeit ein allgemeines Interesse: am Beispiel des Burgibismus soll gezeigt werden, welche Rolle das nationalistische Kleinbürgertum bei der Dekolonisation spielt, wo die Grenzen seines Antikolonialismus liegen und welche Substanz die von dieser Klasse in der postkolonialen Zeit aufgebauten Herrschaftssysteme haben, die sich in der Regel euphemistisch als „sozialistisch“ bezeichnen.

### **I. Der Burgibismus als nationale Unabhängigkeitsbewegung**

Der Burgibismus läßt sich nur im Rahmen der gesamten modernen Geschichte Tunesiens adäquat fassen. So verfährt auch eine neue gründliche Monographie von Werner Ruf<sup>2</sup>, in der herausgearbeitet wird, daß der Burgibismus als Reaktion des tunesischen Kleinbürgertums auf die Lethargie der Nationalbourgeoisie gegenüber der französischen Kolonialherrschaft in Tunesien entstand.

Die ersten Ansätze zur Entwicklung eines tunesischen Bürgertums gehen auf die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Die Entstehung einer einheimischen Bourgeoisie war verbunden mit einer Neu-Orientierung nach dem in jeder Hinsicht fortgeschrittenen Europa. Khéreddine, der als Premierminister des Bey von Tunis in den Jahren 1873 bis 1877 regierte, gründete 1875 das Collège Sadiki, von dem aus ein Akkulturationsprozeß in Gang gesetzt wurde. Aus diesem Collège ging eine europäisch gebildete bürgerliche Intelligenz hervor, die — im Geiste Khéreddines — auf ideologischer Ebene eine Synthese aus einem bürgerlich-liberal interpretierten Islam und modernem europäischen Denken zu erreichen versuchte<sup>3</sup>. Die Okkupation Tunesiens durch französische Kolonialtruppen 1881 stieß auf keinen nennenswerten Widerstand der tunesischen Bourgeoisie. Unter

2 Werner Klaus Ruf, *Der Burgibismus und die Außenpolitik des unabhängigen Tunesien*, Freiburger Beiträge zu Politik und Gesellschaft überseeischer Länder, Bd. 1, Bertelsmann Universitätsverlag, Bielefeld 1969 (280 S., kart., 27,— DM). Die Seitenzahlen in Klammern in diesem Abschnitt I beziehen sich auf diese Quelle; die übrigen Quellen werden in den Anmerkungen zitiert. Da die Arbeit Rufs und die im folgenden zitierten Monographien über Tunesien umfangreiche Bibliographien im Anhang enthalten, wird hier auf detaillierte Literaturhinweise verzichtet. Die Transkription der Namen erfolgt nicht nach der wissenschaftlichen Umschrift, sondern nach der in der Literatur bereits eingebürgerten Schreibweise.

3 Zu Khéreddine und zur Tradition des europäisch-orientierten arabischen Liberalismus cf. die zwar konservative, bis jetzt aber einzige Monographie von Albert Hourani, *Arabic Thought in the Liberal Age*, London 1962; cf. auch B. Tibi, *Akkulturationsprozesse im modernen Orient*, in: *Neue Politische Literatur*, XV. Jg. (1970), Heft 1, pp. 77—85.

der französischen Kolonialherrschaft versuchten die europäisch gebildeten tunesischen Intellektuellen lediglich, partielle Freiheiten zu erlangen. Sie opponierten gegen das Kolonialsystem nicht, da sie — wie Ruf nachweist — der Überzeugung waren, daß „Frankreich verpflichtet ist, die islamische Welt von Rückständigkeit und Aberglauben zu befreien . . . , daß Europäer und Muslime gemeinsam auf die Weiterentwicklung einer weltweiten Kultur hinarbeiten sollten“ (27)<sup>4</sup>. Solche Ideen vertrat die erste nationalistische politische Organisation Tunesiens überhaupt: die im Jahr 1907 gegründete „Jungtunesische Partei“<sup>5</sup>, aus der 1920 die tunesische *Destour-Partei* hervorging. Die Jungtunesische Partei benutzte den Ersten Weltkrieg keineswegs als Gelegenheit für eine nationale, antikolonialistische Erhebung, was auf die „tiefgehende gefühlsmäßige Bindung der Jungtunesischen Nationalisten an Frankreich“ zurückzuführen ist (29 f.). Ihre Forderungen — wie später die der *Destour-Partei* — waren rein verbaler Art und gingen über die Einführung verfassungsmäßiger Rechte und Aufhebung der Diskriminierung der autochthonen Bourgeoisie im Rahmen der Kolonialherrschaft nie hinaus. Der tunesische Nationalismus in seiner ersten Phase war „entstanden aus dem Traditionsbewußtsein und dem liberalen Denken der großbürgerlichen tunesischen Elite und der Unzufriedenheit dieser Elite, die durch die Protektorsmacht von der Entwicklung Tunesiens ferngehalten wurde“ (31).

Der 1903 geborene Habib Burgiba, der seine Bildung an dem genannten Collège Sadiki und später in Paris erwarb, engagierte sich schon als Neunzehnjähriger in der *Destour-Partei*. Neu an Burgiba und der mit ihm in die *Destour-Partei* eingetretenen Generation ist, daß sie aus dem Kleinbürgertum kamen und eine gründlichere Euro-

4 Gleichmaßen für die arabischen und sonstigen liberalen, europäisch gebildeten Kolonialnationalisten gilt die scharfsinnige Bemerkung von K. Steinhaus über die liberalen türkischen Nationalisten des beginnenden 20. Jahrhunderts: „Zwar hatte dieser Personenkreis einen okzidentalen Akkulturationsprozeß durchlaufen und war infolgedessen den Ideen des Nationalismus und der bürgerlichen Gesellschaft zugeneigt, doch beruhte die moderne Bildung in der Türkei zu einem beträchtlichen Teil auf ausländischer Kulturpropaganda und verschleierte die Funktionsweise des zeitgenössischen Imperialismus. Die illusionäre Orientierung an aufklärerischen und liberalen Ideologien des 18. und 19. Jahrhunderts erschwerte wiederum die Einsicht in den Tatbestand, daß die imperialistischen Großmächte auf Grund ihrer spezifischen politisch-ökonomischen Interessen prinzipielle Gegner einer Emanzipation ihrer äußeren Absatz-, Einfluß- und Herrschaftsgebiete waren.“ Kurt Steinhaus, *Soziologie der türkischen Revolution*, Frankfurt/M. 1969, p. 69.

5 Die Jungtunesier hatten die Jungtürken zum Vorbild; daher die Bezeichnung. Wie jene waren sie europäisch gebildete bürgerliche Intellektuelle. Sie gingen zumeist aus der Hochschule Khaldounijja hervor, in der damals neben dem Collège Sadiki europäisches Wissen vermittelt wurde. Cf. hierzu ausführlich den Beitrag von Leon C. Brown, in: Charles A. Micaud (ed.), *Tunisia, The Politics of Modernization*, N. Y. — London 1964, bes. pp. 22—37.

päisierung als die bürgerliche Intelligenz durchlaufen hatten, weshalb sie sich auch als säkular gesinnte Nationalisten begriffen. Der latente Konflikt innerhalb der Destour-Partei zwischen der großbürgerlichen Führung und den hinzugekommenen kleinbürgerlichen Elementen beginnt schon im Jahr 1932 — mit der Gründung des Organs „L'Action Tunesienne“, in dem Burgiba und andere eine neue politische Tendenz artikulierten — eine offene Form anzunehmen; er führt schließlich zur Spaltung der Partei. 1934 gründet Burgiba mit seinen Anhängern die *Neo-Destour-Partei*, deren Generalsekretär er selbst wird. Die neue Partei betreibt einen verhaltenen, „immanenten“ Antikolonialismus: Das Kolonialsystem wird nicht als solches angegriffen, sondern nur dort angefochten, wo es die Entfaltung des einheimischen Kleinbürgertums verhindert. Die nationalistischen Forderungen beschränken sich zunächst auf die Gleichberechtigung dieser Klasse mit den europäischen Colons. Die Unabhängigkeit, die Burgiba später als „Fernziel“ aufstellt, sollte im „Dialog“ und in „Zusammenarbeit“ mit Frankreich und nicht durch einen revolutionären, antikolonialistischen Kampf erlangt werden. Die enge Bindung der Neo-Destour-Partei an Frankreich wurde stets und ungeachtet der ständigen Frustrationen der Neo-Destour-Nationalisten durch die Intransigenz Frankreichs emphatisch betont (cf. 40).

Die Partei der tunesischen Bourgeoisie, die alte Destour-Partei, wurde schließlich zu einem Instrument des französischen Kolonialsystems. Die kleine tunesische Arbeiterklasse war anfänglich in der KPF nahestehenden tunesischen Sektion der französischen Gewerkschaft CGT organisiert<sup>6</sup>. Sowohl die 1920 gegründete KP Tunesiens (PCT)<sup>7</sup> als auch der tunesische CGT-Zweig waren beherrscht von den europäischen Colons, so daß die tunesischen Arbeiter darin stark diskriminiert wurden. Diese Diskriminierung und auch die reaktionäre Kolonialpolitik der KPF<sup>8</sup> waren folgenreich für die Entwicklung der Arbeiterbewegung Tunesiens. Schon 1942 trennten sich die tunesischen Arbeiter von der CGT und gründeten die nationalistische Gewerkschaft CGTT (Confédération Générale des Travailleurs Tunisiens), die 1946 in UGTT (Union Générale des Travailleurs Tunisiens) umbenannt wurde. Die CGTT, die zunächst ihre Unabhängigkeit gegenüber der Neo-Destour-Partei bewahren konnte und eine etwas radikalere nationalistische Politik verfolgte, hinkte — im ganzen gesehen — hinter jener her.

6 Zur Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung Tunesiens cf. Werner Plum, *Gewerkschaften im Maghreb*, Hannover 1962, pp. 20 ff., 43 ff., 59 ff., sowie Leon C. Brown, op. cit., pp. 52 ff.

7 Cf. Werner Plum, *Außenseiter im Maghreb*. Die kommunistischen Parteien, in: *Vierteljahresberichte*, Jg. 1968, Heft 31, pp. 69—80, hierzu pp. 78 ff.

8 Dazu im einzelnen Jakob Moneta, *Die Kolonialpolitik der französischen KP*, Hannover 1968; besprochen im *Argument*, 11. Jg. (1969), Heft 53, pp. 353—356, von B. Tibi.

Der beschriebene Tatbestand ließ das tunesische Kleinbürgertum dem Glauben verfallen, es sei die einzig auserwählte soziale Klasse zur Führung des Unabhängigkeitskampfes. Burgiba verstand seine Partei als eine nationale Massenpartei, die im Namen des gesamten tunesischen Volkes ihre Forderungen artikuliert (cf. 46). Die bereits zitierte Gruppe „Perspectives“ faßt die damaligen Verhältnisse und ihre Konsequenzen so zusammen: „Die Unfähigkeit der Bourgeoisie wie auch der Vertreter der Arbeiterklasse, den Kampf um die Unabhängigkeit zu führen, gab dem Kleinbürgertum völlige Bewegungsfreiheit. Mit seiner Neo-Destour-Partei konnte es die Arbeiterklasse hinter sich bringen . . . Das Kleinbürgertum trat in einer Weise auf, als wäre es die Inkarnation der Erwartungen aller progressiven sozialen Klassen Tunesiens. Es reservierte die Führung für sich in der Überzeugung, es werde die wichtigsten Früchte der Unabhängigkeit alleine ernten. . . . Das Kleinbürgertum konnte in seiner Partei alle an der Unabhängigkeit interessierten Klassen vereinigen; es stellte aus seinen Reihen einen Führer, der die Einheit all jener Klassen verkörperte. Dieser Tatbestand wurde später theoretisch fixiert, um den Fortbestand seiner Herrschaft zu rechtfertigen. Unter solchen Bedingungen wurden der Charakter des herrschenden Systems und seine Politik festgelegt.“<sup>9</sup>

Während des ganzen Unabhängigkeitskampfes herrschte in der Neo-Destour-Partei Burgibas die Überzeugung, daß „ausschließlich Frankreich de jure wie de facto eine Änderung der Lage in Tunesien herbeiführen kann“ (49). Die einzige Opposition zu diesem Kurs kam von Salah Ben Youssef, der 1948 Generalsekretär der Neo-Destour-Partei wurde, nachdem Burgiba das Amt des Parteipräsidenten übernommen hatte, auf das zu dieser Zeit die wichtigsten Kompetenzen bereits konzentriert waren, so daß Ben Youssef innerhalb der Partei wenig Macht hatte.

Burgiba, der stets an der Strategie des friedlichen Dialogs mit Frankreich als Mittel zur Erlangung der Unabhängigkeit festhielt und sich immer gegen eine Mobilisierung des tunesischen Volkes zur Erkämpfung der Unabhängigkeit wehrte, hatte indes nichts gegen eine Gewaltandrohung als *taktische*, keineswegs aber ernstgemeinte Waffe gegen das Kolonialsystem einzuwenden. So rief er 1952 zum Aufstand auf — als Antwort auf die intransigente Position des französischen Kolonialsystems auf das Verhandlungsangebot der Neo-Destour-Partei. Daraufhin wurde Burgiba verhaftet, und die Waffe, die er als taktische ansah, glitt ihm vollends aus der Hand. Der bewaffnete Widerstand zwang Frankreich, im Jahr 1954 für die Einstellung des Kampfes „innere Autonomie“ anzubieten (57 ff.). Burgiba nahm dieses Angebot an. Eine entsprechende Konvention wurde im Juni 1955 unterzeichnet. Die tunesischen Massen hatten jedoch nicht zur Gewalt gegriffen und die damit verbundenen Opfer gebracht, um eine bedeutungslose Konzession zu bekommen, sondern um die *volle Unabhängigkeit* zu erkämpfen. Der radikale Flügel der

9 Gruppe „Perspectives“, op. cit., p. 100.

Neo-Destour-Partei unter Ben Youssef setzte den bewaffneten Kampf fort: mit Unterstützung der algerischen FLN. Burgiba antwortete mit dem Ausschluß Ben Youssefs aus der Partei durch einen manipulierten Beschluß eines Parteikongresses. Er selbst präsentierte „sich der Kolonialmacht gegenüber als einsichtiger und kompromißbereiter politischer Partner“ (69), und Frankreich entschied „sich für Burgiba als den zukünftigen politischen Partner in Tunesien und gegen Salah Ben Youssef“ (74). Die französischen Kolonialtruppen setzten ihre Verfolgungskampagne gegen den von Burgiba aus taktischen Gründen 1952 aufgerufenen Aufstand fort, „nur daß dies nun im Namen Burgibas geschah“ (67). Der Aufstand wurde erstickt, Ben Youssef floh nach Kairo; seine Anhänger wurden Objekte jahrelanger blutiger Verfolgungen und Justizmaßnahmen; Ben Youssef selbst wurde 1961 von Agenten Burgibas in Frankfurt am Main ermordet<sup>10</sup>.

Die beschriebene Strategie des Burgibismus gegenüber dem französischen Kolonialsystem entspringt nicht einer politischen Klugheit Burgibas und seiner Politik der Etappen mit Kompromissen und Konzessionen, wie W. Ruf sie verklärt, sondern sie ist auf das klassenbedingte Verhalten des Kleinbürgertums nicht nur in den Kolonien, sondern auch in Europa zurückzuführen. Vorkommnisse, die an Burgibas Aufruf zum Aufstand und an dessen Bekämpfung stark erinnern, hat Marx schon in seiner Darstellung der Situation in Frankreich vor der Machtergreifung des Louis Bonaparte beschrieben. Der Aufruf der Montagne, der Partei des radikalen französischen Kleinbürgertums, zur Gewalt geschah, wie Marx betont, in dem Glauben „an die Posaunen, vor deren Stößen die Mauern Jerichos einstürzten“, nicht aber war allen Ernstes eine Erhebung beabsichtigt. „Wenn die Montagne im Parlamente siegen wollte, durfte sie nicht zu den Waffen rufen. Wenn sie im Parlamente zu den Waffen rief, durfte sie sich auf der Straße nicht parlamentarisch verhalten. Wenn die friedliche Demonstration ernst gemeint war, so war es albern, nicht vorherzusehen, daß sie kriegerisch empfangen werden würde. Wenn es auf den wirklichen Kampf abgesehen war, so war es originell, die Waffen abzulegen, mit denen er geführt werden mußte. Aber die revolutionären Drohungen der Kleinbürger und ihrer demokratischen Vertreter sind bloße Einschüchterungsversuche des Gegners.“<sup>11</sup>

10 Ruf führt den Konflikt zwischen Burgiba und Ben Youssef auf persönliche Rivalität zurück, die postfestum „eine ideologische Färbung“ (65) bekommen habe. Ohne die Existenz einer solchen Rivalität zu bestreiten (sie ist jedoch sowohl bejahend als verneinend schwer nachweisbar; Ruf übernimmt die offizielle burgibische Version), muß betont werden, daß der Ben-Youssefismus eine politische Bewegung mit einem Programm war, die eine radikale Alternative zum Burgibismus bot. Rufs personalistische Behandlung dieses Konflikts führt nicht weiter. Auch trifft Rufs Bestimmung des Ben-Youssefismus als „konservativ“ keineswegs zu.

11 Karl Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, Frankfurt/M. 1965, pp. 48 f.

## II. Die Entwicklung des Burgibismus nach Erlangung der „Unabhängigkeit“ zur herrschaftsstabilisierenden Ideologie: Die Entstehung des „konstitutionellen Sozialismus“

Die „Verleihung“ der Unabhängigkeit 1956 war eine Geste Frankreichs, um Burgibas Position zu festigen und den Ben-Youssefisten, die gegen die Konvention von 1955 und für die Unabhängigkeit eintraten, den Boden zu entziehen. Da sich damals alle Blicke auf die algerische Revolution richteten, kam es Frankreich und Burgiba darauf an zu verhindern, daß eine ähnliche Situation in Tunesien entsteht. Obwohl die algerische, von dem nationalrevolutionären Kleinbürgertum angeführte Revolution keineswegs das Modell einer erfolgreichen kolonialen Revolution ist — was sich schon in ihrer Entwicklung abzeichnete<sup>12</sup> —, war sie für den Burgibismus stets eine Quelle der Furcht. Die algerische FLN hatte ihre Sympathie für den Ben-Youssefismus durch praktische Zusammenarbeit mit ihm deutlich bekundet<sup>13</sup>. Daher plädierte Burgiba für eine baldige Beendigung der algerischen Revolution und für eine Lösung nach tunesischem Muster<sup>14</sup>. Allerdings wehrte Burgiba sich, gegen Frankreich aufzutreten und lehnte sogar die Verurteilung Frankreichs in der UNO ab, da es „die besten Absichten“ in Nordafrika habe<sup>15</sup>. Nicht zuletzt war es die algerische Revolution, die Burgiba zu dem Weg der sozialen Reformen zwang, der Anfang der sechziger Jahre eingeschlagen wurde<sup>16</sup>.

Außenpolitisch verfolgte Burgiba nicht nur eine militante anti-kommunistische Linie, sondern er lehnte auch den Kurs des „positiven Neutralismus“ der blockfreien Staaten der „Dritten Welt“ ab: „In a world divided into two camps, real neutrality is impossible. Our sympathies lie definitely with the West.“ Dieses Burgiba-Zitat wurde in einer unter den Fittichen von John F. Kennedy veröffentlichten Monographie wie folgt kommentiert: „This categorical rejection of both communism and neutralism first of all showed a rare awareness of the true nature of communism . . . it also reflected the conclusion that the West, despite its shortcomings on colonial matters, was still the side standing for freedom . . .“<sup>17</sup>. Nicht von ungefähr spricht L. Hahn unmittelbar nach dieser Passage von Bahi Ladghams Hoffnung, daß die USA „would recognize in Tunisia a real friend at last in the Arab World“<sup>18</sup>, nachdem die Autorin zuvor von Burgibas „prophetischer“ Aussage über Ladgham berichtet hat: „It

12 Cf. Gérard Chaliand, *L'Algérie, est-elle socialiste?* Paris 1964; Arslan Humbaraci, *Algeria: A Revolution that Failed*, London 1966.

13 W. Ruf, *op. cit.*, pp. 95 f., 112.

14 *Ibid.*, p. 114. Burgiba „riet“ den algerischen Nationalisten mehrfach, seine Dekolonisationskonzeption zu adoptieren.

15 *Ibid.*, p. 110.

16 Cf. Gruppe „Perspectives“, *op. cit.*, p. 101.

17 Lorna Hahn, *North Africa, Nationalism to Nationhood*, Introduction by John F. Kennedy, Washington D. C. 1960, p. 216.

18 *Ibid.*, p. 216.

is he who will succeed me“<sup>19</sup>. In der Tat übernahm Burgiba sogleich nach Erhalt der Unabhängigkeit die Politik seines engsten Mitarbeiters, des proamerikanischen Ladgham, die der Ideologie des „freien Marktes“ und der „privaten Initiative“ das Wort redet. Seinerzeit distanzierte sich Burgiba von „jeder sozialistischen Demagogie“<sup>20</sup>. Nur in einem Punkt ließ Burgiba Ladgham zunächst keine freie Hand, nämlich in der Frage der Allianz mit den USA. Mehrmals erklärte Burgiba, daß „seine Regierung nicht daran denke, sich mit Amerika in einer Weise zu verbünden, daß dadurch die Rolle Frankreichs in Tunesien gefährdet würde“<sup>21</sup>.

Die innenpolitische Konzeption des Burgibismus beruht auf einem integrativen und bonapartistischen Nationalismus. Nach der Abschaffung der Monarchie im Jahr der Unabhängigkeit 1956 griff Burgiba zu „Erziehungsmaßnahmen“ gegen jene großbürgerlichen und feudalistischen Spitzen der alten Destour-Partei, die mit dem Bey und der französischen Kolonialverwaltung kollaboriert hatten: Die studentische Opposition innerhalb der UGET (Union Générale des Etudiants Tunisiens) wurde bekämpft, bis diese Organisation schließlich verboten wurde; die Verfolgung der Ben-Youssefisten wurde fortgesetzt, und der Gewerkschaftsbund UGTT wurde durch die Absetzung seines Vorsitzenden Ahmed Ben Salah neutralisiert<sup>22</sup>.

19 Ibid., p. 210.

20 Gruppe „Perspectives“, op. cit., p. 92.

21 W. Ruf, op. cit., p. 100. Dies trifft jedoch seit Beginn der sechziger Jahre nicht mehr zu; cf. das Weißbuch der linken tunesischen Opposition: Tunis, musta'marah amerikijja (Tunesien, eine amerikanische Kolonie), in: Al-Hurria (Beirut), 9. Jg., Nr. 425, vom 12. 8. 1968, pp. 6—7. Die in diesem Weißbuch enthaltenen Fakten über die Beherrschung Tunesiens durch den amerikanischen Imperialismus wurden von der Opposition als Antwort auf das Weißbuch der Regierung Burgibas veröffentlicht, in dem die Studenten nach den Unruhen vom März 1968 beschuldigt werden, „gesteuert vom Kommunismus“ ein Komplott gegen Burgibas Regime unternommen zu haben. Lorna Hahn, Tunisia: Pragmatism and Progress, in: The Middle East Journal, Vol. XVI (1962), pp. 18—28, kommentiert den Entschluß Kennedys im Anschluß an Burgibas Besuch in Washington 1961, Tunesien hohe Kredite zu gewähren, mit dem Satz: „This decision by the American government to make Tunisia a pilot project for long-term investment came as a clear recognition of the commendable progress this country has made in every respect“ (p. 28).

22 Ausführlich über die Ausschaltung jeglicher Opposition berichtet Clement H. Moore, Tunisia since Independence. The Dynamics of One-Party Government, Berkeley-Los Angeles 1965, pp. 159 ff. Zur gewerkschaftlichen Opposition cf. 166 ff., zur studentischen pp. 175 ff. Moore behandelt diese Politik Burgibas als „patterns of political subordination“. Obwohl Moores Kritik am Burgibismus insgesamt oberflächlich bleibt und er den Burgibismus letztlich als erfolgreiche „Modernisierungspolitik“ begrüßt (p. 203), kann er nicht umhin, auf den autoritären Charakter des Burgibismus zu verweisen und sein politisches System als „presidential monarchy“ zu bezeichnen (pp. 71 ff.). Cf. auch den Beitrag von C. H. Moore in Ch. A. Micaud, op. cit., pp. 69—128.

Mit den Großgrundbesitzern versöhnte Burgiba sich auf eine traditionelle arabische Weise: er heiratete Wassila Ben Ammar, die aus einer großfeudalistischen Familie stammt<sup>23</sup>. Rückblickend sagt Burgiba 1962: „I can, when the time comes, inflict the harshest punishment, since to me, the nation's interests always come before any individual interest“<sup>24</sup>. Für den Burgibismus gilt das, was Marx schon über das französische Kleinbürgertum sagte: „Man muß sich nur nicht die bornierte Vorstellung machen, als wenn das Kleinbürgertum prinzipiell ein egoistisches Klasseninteresse durchsetzen wolle. Es glaubt vielmehr, daß die besonderen Bedingungen seiner Befreiung die allgemeinen Bedingungen sind, innerhalb deren allein die moderne Gesellschaft gerettet und der Klassenkampf vermieden werden kann.“<sup>25</sup>

Zusammenfassend kann der Burgibismus in der postkolonialen Geschichte Tunesiens als ein bonapartistisches Einparteiensystem des nationalistischen Kleinbürgertums bestimmt werden<sup>26</sup>, das außenpolitisch nicht nur objektiv ein Verbündeter des Imperialismus ist, sondern — und dies im Gegensatz zu vielen anderen bonapartistischen, verbal antiimperialistischen Regimes des kolonialen Kleinbürgertums — diese Allianz auch in vollem Bewußtsein betreibt. So stand der Burgibismus von Anbeginn gegen alle arabischen und afrikanischen Befreiungsbewegungen; er paßte sich der amerikanischen Außenpolitik an, unterstützte sogar öffentlich die amerikanische Aggression in Vietnam und verfeindete sich selbst mit den verbal antiimperialistischen, pseudosozialistischen arabischen Regimes Nasers und der Baath-Partei<sup>27</sup>, die im Vergleich mit ihm radikal erscheinen müssen. Innenpolitisch beruht die Herrschaft des Burgibismus auf der Konzeption, daß das Kleinbürgertum eine „nationale“ Klasse ist, d. h. eine solche, die über den Klassengegensatz zwischen den anderen Klassen der „Nation“ erhaben ist und daher als Schlichtungsinstanz fungieren kann. So wird die Neo-Destour-Partei als Partei aller sozialen Klassen der „Nation“ ausgegeben. Diese Konzeption entspringt dem sozialen Charakter des Kleinbürgertums als Übergangsklasse. Der Kleinbürger, auf Grund seiner Zugehörigkeit

23 W. Ruf, op. cit., pp. 84 f.

24 Zit. nach Dwight L. Ling, Tunisia, From Protectorate to Republic, Bloomington-London 1967, p. 212.

25 K. Marx, op. cit., p. 46.

26 Amerikanische Politikwissenschaftler, die diese Einparteiensysteme als „totalitär“ etc. heftig kritisieren (cf. etwa Martin L. Kilson, Authoritarian and Single-Party Tendencies in African Politics, in: World Politics, Vol. XV (1962/63), pp. 262—294), beginnen diese Systeme, sobald sie sich mit dem Imperialismus verbünden, zu beschönigen. So schreibt Richard M. Brace, Morocco-Algeria-Tunisia, New Jersey 1964, p. 146: „Tunisia, though a one-party state, has not become oppressive the way many fascist and communist one-party states have.“ Der „Wissenschaftler“ drückt ein Auge zu und vergißt die zahlreichen Opfer der Blutbäder gegen den Ben-Youssefismus!

27 Cf. Günter Schütze, Tunesien zwischen der arabischen Welt und Europa, in: Europa Archiv, Jg. 1966, Folge 23, pp. 849—858.

zu einer Übergangsklasse, „worin die Interessen zweier Klassen sich zugleich abstumpfen, dünkt sich über den Klassengegensatz überhaupt erhaben“<sup>28</sup>, schreibt Marx im 18. Brumaire.

Wenn W. Ruf die Ausschaltung der politischen Opposition aller Schattierungen und die zunehmende Identifizierung der Neo-Destour-Partei mit dem Staatsapparat — mit dem Ziel, ein „geintes und diszipliniertes Volk“ zu schaffen — nur als „innenpolitische Voraussetzung“ des Burgibismus begreift und diesen als außenpolitische Dekolonisationsstrategie auch für die Zeit nach 1956 betrachtet<sup>29</sup>, dann entgeht ihm der wesentliche Strukturwandel des Burgibismus seit Erlangung der Unabhängigkeit. Denn seitdem ist der Burgibismus keineswegs mehr die Ideologie einer reformistischen, nationalen Unabhängigkeitsbewegung, sondern eine herrschaftsstabilisierende Ideologie, die eine reale Basis hat: die uneingeschränkte Herrschaftsposition der kleinbürgerlichen Neo-Destour-Partei im Staatsapparat. Die Versuche Burgibas, auch nach 1956 von Frankreich — ungeachtet seiner Loyalität — mehr Unabhängigkeit zu gewinnen (beispielsweise die Forderung nach Räumung der noch besetzten Gebiete), rechtfertigt die Betrachtung der innen- und außenpolitischen Aspekte des Burgibismus unter der Dekolonisationsproblematik keineswegs.

Diese Kritik gilt gleichermaßen Guiton<sup>30</sup>, der die Absetzung Ahmed Ben Salahs als Vorsitzender der UGTT auf den Tatbestand reduziert, daß Ben Salah 1956 auf dem Gewerkschaftskongreß der UGTT von der Regierung Burgibas die Realisierung wirtschafts- und sozialpolitischer Reformen verlangte<sup>31</sup>, zu einer Zeit also, in der außenpolitische Ziele als vorrangig galten, wie die Erlangung der Souveränität und deren Konsolidierung, und die Verwirklichung von Reformen *noch nicht* als Hauptaufgabe des Burgibismus angesehen wurde. Guiton und auch Ruf unterstellen der pragmatischen Politik Burgibas<sup>32</sup> eine Systematik, die sie nie hatte. Eine weitere Interpretation der Absetzung Ben Salahs 1956 und dessen erneuten Machtaufstiegs 1961 gibt Ch. Micaud. Während Guiton und Ruf Ben Salahs Absetzung darauf zurückführen, daß Burgiba nach 1956 zunächst seine außenpolitischen Konzeptionen realisieren wollte, um

28 K. Marx, op. cit., p. 50.

29 W. Ruf, op. cit., pp. 80 ff.

30 R. J. Guiton, Die auswärtige Politik Tunesiens unter dem besonderen Aspekt seines Strebens nach nationalstaatlicher Individualität, in: Europa Archiv, 16. Jg. (1961), Folge 22, pp. 651—662, hierzu p. 655 f.

31 Ahmed Ben Salah, Rapport économique (auf dem Kongreß der UGTT 1956), zit. nach C. H. Moore, op. cit., pp. 83 f. Moore berichtet ausführlich über Burgibas Reaktion auf diesen Rapport und die anschließende Ausschaltung Ben Salahs; cf. pp. 84 ff.

32 Die pragmatische Dimension des Burgibismus betont Lorna Hahn in ihrem ansonsten unbrauchbaren Aufsatz: Tunisia: Pragmatism and Progress, op. cit. (Anm. 21). Auch C. H. Moore, op. cit., p. 71, schreibt, daß nach Erhalt der Unabhängigkeit Burgibas Neo-Destour-Partei „had no consistent theory about the sort of state it wanted to organize“.

sich erst danach der Innenpolitik und somit der von Ben Salah geforderten Wirtschafts- und Sozialpolitik zu widmen, behauptet Micaud schlechweg, Burgiba habe vor Beginn des Etatismus die Voraussetzungen hierzu schaffen wollen. Diese sind nach Micaud: nationale Integration, Erneuerung des Wertesystems, Bildung von technischen Kadern etc.<sup>33</sup>. Versuche, Burgibas anfänglichen Wirtschaftsliberalismus als offene Parteinahme für den kapitalistischen Weg und die Interessen der tunesischen Bourgeoisie zu deuten, lehnt Micaud ab, wie eine Klassenanalyse überhaupt. Solche marxistischen Ansätze sind nach Micaud angeblich „typical of the approach of some intellectuals who, quite naturally apply to newly independent countries the categories with which they are familiar and often have to stretch the reality to fit the categories“<sup>34</sup>.

Entgegen all diesen Fehlinterpretationen bedeutet die Absetzung Ben Salahs 1956 durch Burgiba eine Entscheidung für einen Laissez-faire-Kapitalismus in Tunesien unter der Obhut der Neo-Destour-Partei. Die Rehabilitierung Ben Salahs 1958 — Ben Salah wurde damals von Burgiba zum Gesundheitsminister ernannt — impliziert nicht die Rehabilitierung seines 1956 verurteilten sozialreformistischen Programms, sondern sie stellt lediglich den Versuch dar, über Ben Salahs Einfluß auf die UGTT-Funktionäre und die jungen Technokraten diese für den Burgibismus zurückzugewinnen. Der schnelle Aufstieg Ben Salahs seit 1961 zum Planungs-, Wirtschafts- und Finanzminister, womit er zum zweiten Mann im Staat nach Burgiba wurde, sowie die Aufnahme seiner technokratischen Anhänger in Schlüsselpositionen des Staatsapparates war *keine vorausgeplante Maßnahme Burgibas, die auf taktischen Überlegungen beruhte*. Burgiba hat sich für den sozialreformistischen Weg, den er „Destour (= konstitutioneller) Sozialismus“ nennt, nur deshalb entschieden, weil die erwartete Partizipation der Großbourgeoisie am Aufbau des Landes selbst im Rahmen eines liberalen Kapitalismus ausblieb, und weil Burgiba hoffte, daß die staatliche Planung einen Ausweg aus der seit der Biserta-Krise<sup>35</sup> sich verschlechternden ökonomischen Situation Tunesiens bieten werde und zugleich ein Mittel sei, die sich zunehmend verschärfenden sozialen Widersprüche zu

33 Diese Voraussetzungen subsummiert Micaud unter den Begriff der Nationbildung. Demnach gilt auch für den Burgibismus, daß „the modern nation-state was to be built on civic virtues — and only afterwards on economic accomplishments“. Micaud, op. cit., pp. 136 f.

34 Micaud, op. cit., p. 134.

35 Biserta ist der wichtigste strategische Militär-Seestützpunkt im gesamten Mittelmeer. Bei der Biserta-Krise ging es um die Räumung des Stützpunktes. Cf. hierzu ausführlich W. Ruf, op. cit., pp. 143 ff. Nachdem Frankreich Biserta geräumt hatte, wurde Biserta, wengleich inoffiziell, zum Stützpunkt der amerikanischen 6. Mittelmeerflotte. Die USA verteilten seinerzeit den Versuch des Krupp-Konzerns, das mehrfach bedeutungsvolle Biserta in ein „Industriezentrum“ zu verwandeln. Burgiba verweigerte die Konzession unter amerikanischem Druck. Cf. das Weißbuch der tunesischen Opposition, op. cit. (Anm. 21).

sistieren. Dieses Phänomen ist nicht nur Tunesien eigentümlich, sondern läßt sich allgemein in halbkolonialen Staaten mit formaler politischer Unabhängigkeit beobachten. Der „reine“ Nationalismus, der in der Phase des Kampfes um die Unabhängigkeit alle *nationalen* Kräfte unter der Führung des Kleinbürgertums gegen die Fremdherrschaft vereinigen konnte, vermag dies nach Erhalt der Unabhängigkeit nicht mehr, so daß nunmehr das zur Herrschaft gelangte Kleinbürgertum zu einem anderen ideologischen Instrument greift, mit dem es die sozialen Widersprüche zu verschleiern sucht. Der Sozialismus, der den unterdrückten Klassen Befreiung verspricht, scheint dem Kleinbürgertum die geeignete Formel zu sein, allerdings erst, nachdem er seines Inhaltes beraubt worden ist, z. B. durch nationalistische Interpretationen, wie wir exemplarisch am „konstitutionellen Sozialismus“ sehen werden.

In dem gleichen Jahr, in dem Ben Salah zum zweiten Mann im tunesischen Staat avancierte, 1961, erstellte die von ihm geleitete Planungsbehörde einen Zehnjahresplan, der aus einem Dreijahresplan für 1962 — 1964 und einem in zwei Etappen zerlegten Siebenjahresplan für 1965 — 1971 besteht<sup>36</sup>. Das erklärte Ziel dieses Planes ist es, den Produktionsausstoß innerhalb von zehn Jahren zu verdoppeln und eine Wachstumsrate von jährlich 7% zu erreichen. Der Inhalt dieses Planes und dessen ideologische Rechtfertigung machen die Substanz des „konstitutionellen Sozialismus“ aus<sup>37</sup>. Burgiba ließ die Neo-Destour-Partei allerdings erst nach Abschluß des ersten Planeteiles auf dem Parteikongreß von 1964 in „Sozialistische Neo-Destour-Partei“ umbenennen.

Der Zehnjahresplan von 1961 sah für den tunesischen Staat, der bislang den Staatsinterventionismus in die ökonomische Sphäre strikt abgelehnt hatte und den tunesischen Großgrundbesitzern sowie der Nationalbourgeoisie völlig freie Hand ließ, eine umfassende dirigistische Rolle vor. Der Schwerpunkt des Planes lag auf dem Agrarsektor: Auf dem ehemaligen Grundbesitz der französischen Colons wurden Agrargenossenschaften errichtet, auf die im folgenden Teil dieser Arbeit näher eingegangen wird. Der Plan unterschied drei Eigentumsformen: privates, staatliches und kooperatives Eigentum (= Agrargenossenschaften), deren Funktionen und Aufgabengebiete er koordinierte. Dabei waren jegliche Eingriffe in das

36 Cf. D. L. Ling, op. cit., p. 205; C. H. Moore, op. cit., pp. 194 ff.; Ch. Micaud, op. cit., pp. 168 ff.

37 Hierzu und zu den folgenden Ausführungen cf. die Quellen: Ibrahim Toubal, khid'at al-ischtirakijja ad-destourijja fi tunis. hiwar haul faschal al-burgibijja (Der Schwindel des konstitutionellen Sozialismus. Ein Diskussionsbeitrag zum Scheitern des Burgibismus), in: Dirasat arabijja (Beirut), 5. Jg., Heft 4, Feb. 1969, pp. 17—25; Gruppe „Perspectives“, op. cit., pp. 92 ff.; Hans Henle, Tunesiens kooperativer Agrarsozialismus, in: Gemeinschaft und Politik, Zeitschrift für Geopolitik, 14. Jg. (1966), Heft 9/10, pp. 271—279; Bassam Tibi, al-burgibijja wa ischitirakijjatuha ad-destourijja (Der Burgibismus und sein konstitutioneller Sozialismus), in: Al-Hurria (Beirut), 9. Jg. (1968), Nr. 432, pp. 12—13.

Privateigentum untersagt. Die staatlichen Investitionen sollten auf infrastrukturelle und sonstige nicht gewinnbringende Projekte beschränkt bleiben. Die lukrativen Investitionsbereiche wurden wie zuvor dem Privateigentum überlassen unter der Bedingung, daß dieses seine Investitionstätigkeit am nationalen Wirtschaftsplan orientiert und mit den Planungsbehörden zusammenarbeitet. Der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital, so lautete die große Aufgabe des Planes, sollte geschwächt und mit der Zeit durch Harmonie ersetzt werden. Der Klassenkampf wurde als „verbrecherisch“ und „kommunistisch“ verurteilt.

Einige Parteidokumente und Reden von Funktionären aus den sechziger Jahren leugnen die Existenz von Klassen überhaupt, andere gehen in der Verschleierung nicht so weit, betonen aber, daß der „konstitutionelle Sozialismus“ es vermag, die Klassen unter dem Dach der Nation in Harmonie zu vereinigen. Auf den spezifischen Charakter des konstitutionellen Sozialismus wird in diesen Reden und Dokumenten stets gepocht, wobei zugleich andere sozialistische Experimente als „fremd“ und „ausländisch“ abgelehnt werden. Im Gegensatz zu anderen, ähnlich pseudosozialistischen Ideologien der halbkolonialen Länder verzichtet der „konstitutionelle Sozialismus“ auf revolutionäres Pathos; er besteht auf seinem reformistischen Charakter und spricht sich offen gegen den Weg der sozialen Revolution aus. Auch hat der Reformismus des „konstitutionellen Sozialismus“ seine Grenzen: selbst eine gemäßigte Agrarreform wird als Eingriff in die Sphäre des Privateigentums strikt zurückgewiesen. So läßt das Projekt der Agrargenossenschaften die Großländereien der tunesischen Feudalherren völlig unangetastet. Burgiba hat mehrfach betont, daß die „sozialistische“ Neo-Destour-Partei nicht beabsichtige, „die Rolle des Unternehmers“ zu übernehmen, sondern nur die „Zusammenarbeit“ zwischen den verschiedenen sozialen Kräften der „tunesischen Nation“ zu ermöglichen und zu koordinieren. Dem Privateigentum wird eine „soziale Funktion“ zugeschrieben, so daß das Eigentum an den Produktionsmitteln nicht mehr als Quelle der sozialen Widersprüche erscheint, sondern als versöhnt mit den „Interessen der Nation“ im Rahmen der „nationalen Einheit“.

Der Wirtschaftsplan Ben Salahs appellierte nicht nur an das nationale Kapital, sich an der Realisierung der Vorhaben zu beteiligen; er rechnete darüber hinaus mit einer regen Investitionstätigkeit des ausländischen Kapitals und enthielt dazu alle möglichen Voraussetzungen, wie Ben Salah erläuterte: „Das unterentwickelte Land sollte ferner auf gesetzgeberischem Weg die private ausländische Investitionstätigkeit fördern, damit die ausländischen Anlagen nicht nur die gewünschte Sicherheit genießen, sondern auch mit finanziellen und steuerlichen Vorteilen bedacht und, sofern eine Reinvestition nicht in Betracht kommt, auch repatriiert werden können, wie dies in Tunesien der Fall ist. Die tunesische Regierung gewährt unter anderem Befreiung von der Gewerbesteuer und der Steuer auf bewegliche Güter für die Dauer von 5 bis 15 Jahren. Ferner bürgt der

tunesische Staat für die vom Unternehmen aufgenommenen Kredite. Er garantiert dem Unternehmen für die Dauer von fünf Jahren ein bestimmtes Auftragsvolumen“<sup>38</sup>.

Es überrascht nicht, daß die USA seit Inkrafttreten des Plans seine Hauptfinanzquelle waren. Auch fand der Plan seine Anwendung unter der Leitung amerikanischer Experten und Instrukteure. Mit der Unterstützung des Weges von Ben Salah gegen den früheren Verbündeten der USA Bahi Ladgham hoffte der amerikanische Imperialismus, einerseits auf regionaler Ebene eine „Befriedung“ der sozial bedingten widersprüchlichen Interessen zu erreichen, um so einer revolutionären Situation vorzubeugen, und zum anderen auf internationaler Ebene das erfolgreiche Tunesien als Alternative zum revolutionären Sozialismus anbieten zu können. Der amerikanische Imperialismus ließ Ben Salah — wie noch gezeigt wird — erst fallen, als dessen Experiment gescheitert war.

Obwohl der „konstitutionelle Sozialismus“ die wesentlichsten Merkmale des nicht-marxistischen „Sozialismus“, wie er von dem nationalistischen Kleinbürgertum der halbkolonialen Länder vertreten wird, aufweist, unterscheidet er sich von diesen romantisch gewendeten Bewegungen durch seine rein sozialreformistische Zielsetzung. So wird unter Verwirklichung des Sozialismus eine Verbesserung des Lebensstandards begriffen und nicht die Rückkehr zu der bäuerlichen, präkolonialen Gesellschaftsordnung der Ahnen (Senghor) bzw. zu der klassischen „glorreichen“ Vergangenheit (Nasserismus, Baathismus). Burgiba definierte den „konstitutionellen Sozialismus“ sogar einmal ohne Umschweife schlicht als „the use of reason in the general interest“<sup>39</sup>. Dies erklärt sich daraus, daß der tunesische Nationalismus als Basis des „konstitutionellen Sozialismus“ von Anfang an keine völkischen und kulturellen Merkmale aufweist — im Gegensatz zu den meisten Varianten des kolonialen Nationalismus —, sondern vielmehr eine pragmatische politische Natur hat.

### III. Der „konstitutionelle Sozialismus“ als „kooperativer Agrarsozialismus“

In einer umfangreichen Monographie über die genossenschaftliche Entwicklung der drei Maghreb-Staaten geht Werner Plum<sup>40</sup> ausführlich auf die Entstehung des nationalen Wirtschaftsplanes in Tunesien ein. Plum liefert schwer zugängliches, wertvolles statistisches Material, das er allerdings unkritisch verarbeitet. Beispielsweise

38 Ahmed Ben Salah (Übers. R. J. Guiton), Die Förderung privater Investitionstätigkeit aus der Sicht der Entwicklungsländer, in: Europa Archiv, 21. Jg., Folge 2, 1966, pp. 67—72, hierzu p. 71.

39 Zit. nach C. H. Moore, op. cit., p. 196.

40 Werner Plum, Sozialer Wandel im Maghreb, Voraussetzungen und Erfahrungen der genossenschaftlichen Entwicklung, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1967 (420 S., Ln., 48,— DM). Die Seitenzahlen in Klammern in diesem Abschnitt III verweisen auf diese Quelle.

führt er den Tatbestand, daß der Burgibismus erst nach 1961 zu sozialreformistischen Maßnahmen im Rahmen staatlicher Interventionen griff, auf den Konflikt mit den „rechtskonservativen Youssefisten“ (sic!) zurück, dessen Lösung die Zurückstellung „sozialwirtschaftlicher Probleme“ erforderte (342). Und die Entfernung Ben Salahs 1956 aus der tunesischen Gewerkschaft UGTT, nachdem er Sozialreformen verlangt hatte, erklärt Plum so: „Der Gewerkschaft fiel es aber schwer, sich sogleich mit den revolutionären Ideen der ‚Intellektuellen‘ vertraut zu machen“ (Ibid.).

Plum untersucht den von Ben Salah nach seiner Rehabilitierung 1961 aufgestellten Plan und stellt darin das „Fehlen klassenkämpferischer Züge“ fest: „Darin äußert sich der Einfluß des politisch und wirtschaftlich starken Bürgertums“ (346). Überhaupt fand dieser Einfluß nach Plum im allgemeinen „in der tunesischen Planung seinen Niederschlag“ (347). Diese kritische Anmerkung wird aber nicht weitergeführt, sondern eher zurückgenommen, wenn Plum behauptet, der Plan Ben Salahs entspräche „dem arabisch-muselmanischen Charakter“, und dieser lehne radikale Lösungen ab, weil „die europäische Vorstellung von Perfektion, von einem Endzustand der ‚besseren Zukunft‘ . . . ihm fremd“ sei (347).

Der Schwerpunkt des Planes lag auf dem landwirtschaftlichen Bereich und hatte Fragen des Genossenschaftswesens zum Inhalt; industrielle Projekte spielten eine sehr untergeordnete Rolle (345 f.). Wie Plum zeigt, gab es schon vor dem Beginn des „Agrarsozialismus“ in Tunesien landwirtschaftliche und sonstige Genossenschaften, die zum großen Teil von der UGTT, allerdings mit wenig Erfolg, geleitet wurden. Mit der Aufstellung des Planes von 1961 wurden diese Genossenschaften, deren Mitglieder nur 6% der Bevölkerung ausmachten, dem Planungsministerium unterstellt (193). Daneben wurden vom Planungsministerium ab 1962 die großen Agrargenossenschaften gegründet, die als „Unité de Production“ strukturiert wurden. Die ersten 15 Agrargenossenschaften entstanden in Nordtunesien, d. h. in dem modernen, im Gegensatz zum unterentwickelten Süden entwickelteren Agrargebiet des Landes.

Jede der Genossenschaften bestand im Kern aus Land der Staatsdomäne, die im Schnitt ca. 43% der Gesamtfläche der Genossenschaft ausmachte (der staatliche Anteil durfte nicht unter 14% und nicht über 67% liegen). Die restliche Fläche wurde von den Kleinbauern gestellt, die ihre Parzellen in die Genossenschaft einbrachten. Jede Genossenschaft verfügte über ca. 565 Hektar Land. Die Flächen, die der tunesische Staat einbrachte, waren entweder von den europäischen Colons aufgekauft oder durch die Auflösung des Eigentums der religiösen Stiftungen und dessen Übernahme durch den Staat entstanden. Die Kleinbauern behielten juristisch die Eigentumsrechte an den von ihnen eingebrachten Parzellen (199 f.). Der Plan sah keinen Zwangseintritt der Kleinbauern in die Genossenschaften vor. Plum sagt allerdings nicht, daß in der Praxis die Kleinbauern, die nicht den Genossenschaften beitreten wollten, ihre Parzellen zu den vom Planungsministerium vorgeschriebenen Preisen

verkaufen oder verpachten mußten; dies ist einer der Gründe, warum Ben Salah und seine Planungsbehörde beim bäuerlichen Kleinbürgertum verhaßt waren. Dagegen blieben die tunesischen Latifundienbesitzer völlig unbehelligt (206).

Plum verdeutlicht die Schranken der vom Plan vorgesehenen Genossenschaftsentwicklung: Solange die tunesische Regierung sich weigerte, eine Agrarreform — im Sinne der Enteignung der Großgrundbesitzer und nicht im Sinne des Burgibismus als Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion — durchzuführen, mußte die genossenschaftliche Entwicklung in engen Grenzen verlaufen. Denn „mögen auch in Nordtunesien 600 000 Hektar in Staatsdomänen liegen, so können doch nicht alle künftigen Produktionseinheiten mit einem Domänenanteil gebildet werden“ (202). Bis 1964 waren gegen die Perspektiven des Planes nur insgesamt 149 genossenschaftliche Produktionseinheiten entstanden (200); 1965 waren es, wie eine neuere Quelle angibt<sup>41</sup> 213 Genossenschaften mit nur 13 838 Mitgliedern auf einer Gesamtfläche von 182 915 Hektar; und die jüngste Quelle berichtet<sup>42</sup>, daß zur Zeit des Sturzes von Ben Salah die Gesamtfläche der Genossenschaften 1 Million Hektar umfaßte, während der Plan bis dahin eine Gesamtfläche von 2 150 000 Hektar vorsah. Ben Salahs politisch motivierter Versuch, diese Gesamtfläche im Jahr 1969 durch eine forcierte Entwicklung auf 5 Millionen Hektar zu vergrößern, wurde von Burgiba abgelehnt, nicht nur, weil das Vorhaben eine Antastung des Latifundienbesitzes beinhaltete, sondern auch, weil die amerikanischen Berater von der Harvard University Burgiba von dem Mißerfolg der Genossenschaften berichtet hatten: einer der wichtigsten Hintergründe der Entmachtung Ben Salahs.

Plums Überblick über die euphemistisch als „Agrarreform“ bezeichnete tunesische agrargenossenschaftliche Planung ergibt, daß diese versuchte, bei sozialen Reformen „nicht unbedacht“ zu handeln. „Dadurch gewinnt die Sozialreform einen so evolutionären Charakter, daß sie selbst den davon unmittelbar Betroffenen nicht immer erkenntlich ist“ (237). Auch bemängelt Plum das Fehlen eines „genossenschaftlichen Geistes“ bei den tunesischen Bauern der Genossenschaften. Sie „betrachten sich als Lohnempfänger oder selbst als kleine Staatsbeamte, wenn ein Mitglied in den Verwaltungsrat promovieren konnte“ (ibid.). Zu diesem Bewußtsein und dieser Geisteshaltung haben auch die Technokraten der Planungsbehörden beigetragen, die „offensichtlich mehr auf die Wirkung eines starken Verwaltungsapparates“ vertrauten (ibid.). Der Mißerfolg der Genossenschaften verleitet Plum schließlich zu der Überlegung: „Wahrscheinlich lassen sie (i. e. die Bauern) sich eher bewegen, in einem

41 Otto Schiller, Die landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften Tunesiens, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, 18. Jg. (1968), pp. 204—208, hierzu p. 205.

42 Tunesische Gruppe „An-Nidhal“, at-ta'awun az-zira'i wa'l ischtira-kijja ad-destourijja (Die Agrargenossenschaften und der konstitutionelle Sozialismus), in: Al-Hurria (Beirut), 11. Jg. (1970), Nr. 508, pp. 10—11.

festen Lohnverhältnis einer Befehlsgewalt untergeordnet (und unterwürfig) zu sein, als daß sie die Verantwortung für die Mitbestimmung des Genossenschaftlers tragen wollen“ (238). Mit dieser psychologischen Erklärung begnügt sich Plum und macht sich keinerlei Mühe, nach den tatsächlichen, sozio-ökonomischen Gründen des Mißerfolgs zu suchen.

In einem Kapitel seiner Arbeit geht Plum auf die Methoden zur „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ in Tunesien ein. Er berichtet von den Sammellagern für Arbeitslose, die von der französischen Kolonialmacht schon 1954 gegründet wurden und die laut Plum „nur den Sinn (hatten), die wirtschaftliche Lage der Arbeitslosen zu erleichtern“ (308)! Heute — so sieht Plum es — werden sie von der tunesischen Regierung als eine sich gut bewährende Methode „zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ (sic!) benutzt. Merkwürdig ist nur, daß die Arbeitslosigkeit nur die Altersgruppe unter 35 Jahren trifft, wie Plum selbst angibt (310), d. h. sie herrscht unter denjenigen pauperisierten Tunesiern, die sich noch am ehesten aus Hunger zu einem Aufstand entschließen und für eine revolutionäre Bewegung leicht mobilisiert werden könnten. Es ist erstaunlich, mit welcher Unbefangenheit Plum berichtet, daß die USA diese von dem tunesischen Planungsministerium verwalteten Sammellager für Arbeitslose finanzieren, ohne daß sich ihm die Frage aufdrängt, weshalb sie dies tun und welche Funktion diese Lager tatsächlich haben: sie halten nämlich potentiell revolutionäre Kräfte unter scharfer Kontrolle<sup>43</sup>. Allerdings vergißt Plum mitzuteilen, daß das amerikanische, sich in Lateinamerika stets von neuem als Instrument der Konterrevolution bewährende Peace Corps in diesen Sammellagern — und auch in den Coopératives — „soziale Arbeit“ als Beitrag zur Entwicklung Tunesiens leistet<sup>44</sup>!

#### IV. Das Scheitern der Agrargenossenschaften und der Charakter der Herrschaft des tunesischen Systems

Ogleich der „konstitutionelle Sozialismus“ von jeher stets beteuerte, daß er das Recht auf Privateigentum als heilig und unantastbar anerkennt, und dies in seiner Praxis auch bestätigte, waren die tunesischen Feudalherren und die vorwiegend Handel treibende tunesische Nationalbourgeoisie gegenüber der Planungsbehörde Ben Salaha äußerst feindlich eingestellt. Der Vertreter dieser Klassen in der „sozialistischen“ Neo-Destour-Partei, Bahi Ladgham, schien sich zunächst mit dem Verlust seiner Position als zweiter Mann im Staat zugunsten Ben Salaha abgefunden zu haben. Er intrigierte jedoch in Zusammenarbeit mit der aus einer feudalistischen Familie stammenden Frau Burgibas, Wassila Ben Ammar, ge-

43 Cf. Gruppe „Perspectives“, op. cit., p. 94.

44 Cf. das Weißbuch der tunesischen Opposition, op. cit. (Anm. 21), sowie Ibrahim Toubal, *adhwa' ,ala al-wad' as-sijasi at-tunisi* (Licht auf die tunesische politische Situation), in: *Al-Hurria* (Beirut), 9. Jg., Nr. 443, pp. 5—6.

gen Ben Salah, worüber im Verlauf des Jahres 1969 zahlreiche Einzelheiten bekannt wurden<sup>45</sup>. Die feindliche Gesinnung der besitzenden Klassen fand ihren praktischen Ausdruck etwa in Sabotageakten der Großgrundbesitzer gegen die Genossenschaften<sup>46</sup>. Darüber hinaus hatte die städtische Bourgeoisie, da sie praktisch den Markt beherrscht, genügend Machtmittel in der Hand, um die Arbeit der Genossenschaften zu stören, obwohl diese die Interessen der Bourgeoisie keineswegs tangieren, da es sich nicht um sozialistische Genossenschaften handelt wie etwa bei den chinesischen Kommunen. Vielmehr sind sie eine Art kapitalistische Aktiengesellschaft, wie die Gruppe „An-Nidhal“ unterstreicht. Das Grundkapital ist im Besitz des Staates, der Restbesitz gehört den Bauern, die ihre Parzellen einbrachten. Die Dividenden werden in Geld- und auch in Naturalienform ausgezahlt<sup>47</sup>. Der Vergleich der tunesischen Agrar-genossenschaften mit Aktiengesellschaften bleibt indes formal-juristisch. Denn in Wirklichkeit haben die Genossenschaftler noch nicht einmal den Status von Kleinaktionären, vielmehr den von Lohnarbeitern. Der Eintritt der Kleinbauern in die Genossenschaften besiegelte ihre Proletarisierung<sup>48</sup>. Das Versprechen des nationalen Wirtschaftsplanes, daß die Mitglieder der Genossenschaften gegen Ende der Planperiode ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von 250 Dinar erzielen würden, erwies sich für die Bauern als hohle Phrase. So waren der Planungsbehörde nicht nur die ökonomisch herrschenden Klassen feindlich gesinnt, sondern auch das bäuerliche und das städtische Kleinbürgertum (besonders die Handwerker und kleinen Händler), das neben der Arbeiterklasse, die von der UGTT unterdrückt und gegängelt wurde, für die Finanzierung des Wirtschaftsplanes aufkommen mußte: durch indirekte Steuern u. ä., zumal die Auslandshilfe unzureichend war und die Großbourgeoisie den Plan boykottierte.

45 So die Berichterstattung der libanesischen Presse. Auf die einflußreiche Position der Ben-Ammar-Familie weist auch C. H. Moore, *op. cit.*, p. 93, hin.

46 Cf. Hans Henle, *Tunesiens kooperativer Agrarsozialismus*, *op. cit.*, p. 273. Trotz seiner kritischen Vorbehalte bewundert Henle Burgibas „Sozialismus“ und sieht in ihm „ein für die gesamte Dritte Welt Aufmerksamkeit verdienendes Beispiel“ (p. 272). Es bleibt zu fragen, wie Henle diese Bewunderung mit den Ausführungen in seinen im Jahr des Aufsatzes erschienenen Buch: *Der neue Nahe Osten*, Hamburg 1966, in Einklang bringt. Dort wird z. B. auf p. 129 von Burgiba gesagt, „er regierte als Exponent der Großbourgeoisie, ... ging echten Reformen aus dem Weg und tat sich mehr in Rhetorik als in Taten hervor. ... Tunesien (bot) den Testfall einer steckengebliebenen Dekolonisierung.“

47 Gruppe „An-Nidhal“, *op. cit.*

48 Gruppe „Perspectives“, *op. cit.*, p. 93; Gruppe „An-Nidhal“, *op. cit.* Insgesamt zur Agrarfrage in Tunesien cf. den ausgezeichneten Aufsatz der Gruppe „Avantgarde der arabischen Revolution“: *al-mas'alah az-zira'ijja wa azmat an-nizam fi tunis* (Die Agrarfrage und die Krise des Systems in Tunesien), in: *Dirasat arabijja* (Beirut), Vol. 6, Mai 1970, Nr. 7, pp. 53—73. Darin sind zahlreiche neue Materialien verwertet.

Der libanesische Sozialist Muhammad Kischli nennt fünf entscheidende Faktoren, die zum Scheitern des genossenschaftlichen Experiments und damit des „konstitutionellen Sozialismus“ schlechthin führten: 1) Die hohen administrativen Ausgaben für die Planungsbürokratie und die Technokratie; 2) die hohen Investitionssummen und die relativ niedrigen Erträge; 3) die totale Mechanisierung der Agrargenossenschaften, die weder koordiniert war noch in Zusammenhang mit einem Industrialisierungsplan stand, so daß durch sie nicht nur aufwendige Ausgaben, sondern eine wachsende Arbeitslosigkeit entstand; 4) die niedrige Produktivität der Genossenschaftler, deren Arbeitsmoral durch die Herabminderung ihres Status von selbständigen Kleinbauern zu unterbezahlten Lohnempfängern des Staates stark sank; und 5) die Herrschaft der Großbourgeoisie über das Kreditwesen, den Absatz und den Handel schlechthin, was die Sabotage des Genossenschaftsexperiments äußerst erleichterte. So wurde der „konstitutionelle Sozialismus“, wie Kischli betont, von allen sozialen Klassen angefeindet: von der Großbourgeoisie, von dem Kleinbürgertum, das — bedingt durch den Plan — einen Proletarisierungsprozeß durchlief, und von der pauperisierten Arbeiterklasse<sup>49</sup>. Der alleinige Nutznießer des neuen Systems schien die ursprünglich aus dem Kleinbürgertum kommende staatliche Bürokratie zu sein, die sich im Rahmen des Wirtschaftsplans hatte ausdehnen können. Diese Bürokratie entwickelte ein klassenmäßiges Interesse „an der Beibehaltung aller staatsinterventionistischen Maßnahmen im Bereich der Wirtschaft... Sie steht damit objektiv im Widerspruch zur Bourgeoisie. Und weil sie das Privateigentum als Basis der Gesellschaft ansieht, steht die parasitäre bürokratische Schicht auch im Widerspruch zu den Massen, muß also jede Art ihrer Mobilisierung verwerfen, zumal sie sehr richtig befürchtet, dadurch selbst aufgehoben zu werden“<sup>50</sup>. Die Herrschaft dieser kleinbürgerlichen Bürokratie leitet sich also nicht aus der Produktionssphäre ab, sondern aus ihrer Machtstellung im Staat. „In einem Kurzschluß, charakteristisch für halbkoloniale Länder, formt sich der Staat aus dem juristischen Ausdruck bestimmter Produktionsverhältnisse einer Gesellschaft in ein Instrument, das bis zu einem gewissen Grad Produktionsverhältnisse produziert, die noch nicht in der Gesellschaft gegeben sind. ... Ohne die Kontrolle des Staatsapparates hat diese Bourgeoisie wirtschaftlich keinerlei Bedeutung. Politische Macht bedeutet alles für sie, und sie ist zu allem fähig, um sie zu erhalten. Die spezifische Form ihres Klassenbewußtseins ist die polizeiliche Wachsamkeit... Eine aufgeblasene und zynische Masse höherer und mittlerer Bürokraten ... sind Parasiten eines Staatsapparates, der wiederum ein Parasit der Gesellschaft ist. ... Von Forderungen aus dem Volk bedroht, verrät diese Bourgeoisie der

49 Muhammad Kischli, *infigar al-ischtirakijja ad-destourijja* (Der Zusammenbruch des konstitutionellen Sozialismus), in: *Al-Hurria* (Beirut), 10. Jg. (1969), Nr. 490, pp. 4—5.

50 Gruppe „Perspectives“, *op. cit.*, p. 102.

Neureichen sofort die nationalistische Ideologie, die zu Beginn ihre Führung der Massen kennzeichnete . . . und widmet sich selbst einer immer schamloseren Zusammenarbeit mit dem Imperialismus, dessen Interessen sie an Ort und Stelle vertritt.“<sup>51</sup> Auf Grund ihres zwitterhaften Charakters schwankt diese Klasse zwischen den beiden großen sozialen Klassen hin und her; sie glaubt sich über jedes Klasseninteresse überhaupt erhaben und „übernimmt die Funktion einer Schlichtungsinstanz sozialer Konflikte. Diese Widersprüche spiegeln sich innerhalb der etablierten Macht selbst wider. Aus diesem Grund ist es für sie wichtig, durch eine unanfechtbare Persönlichkeit repräsentiert zu werden. Der populäre Burgiba erfüllt diese Bedingung bestens.“<sup>52</sup>

Der beschriebene Herrschaftscharakter ist kein Spezifikum des Burgibismus, sondern findet sich schlechtweg in halbkolonialen Staatsgebilden des Kleinbürgertums, seien sie zivile Einparteiensysteme oder Militärdiktaturen kleinbürgerlicher nationalistischer Prägung<sup>53</sup>. Von Fanon stammt die nicht näher ausgearbeitete These, daß der „Schmalspur-Faschismus . . . das dialektische Resultat des halbkolonialen Staates in der Unabhängigkeitsperiode“ ist<sup>54</sup> — eine These, die als Ansatz für die Analyse der postkolonialen Herrschaftssysteme des nationalistischen Kleinbürgertums sehr wichtig erscheint. Auch die Marxsche Bonapartismus-Theorie<sup>55</sup> scheint ein elementares Werkzeug zur Analyse dieser Systeme zu sein<sup>56</sup>:

Die obige Darstellung des Burgibismus hat verdeutlicht, daß der Träger dieses Herrschaftssystems derjenige Teil des nationalistischen Kleinbürgertums ist, der den Unabhängigkeitskampf geführt hat: im Namen der gesamten „Nation“, weshalb die nationalistischen Sieger auch nach Eroberung der politischen Macht, 1956, den von ihnen aufgebauten und beherrschten Staatsapparat zur Interessenagentur der „Nation“ erklärten. Der postkoloniale Staatsapparat fungiert zunächst lediglich als politische Schlichtungsinstanz für den ökonomischen Interessenkonflikt der sozial widersprüchlichen Klassen, ohne in die ökonomische Sphäre direkt einzugreifen. Erst nachdem die Großbourgeoisie sich als unfähig erwiesen hatte, den sozio-ökonomischen Aufbau des Landes zu führen, und Tunesien in eine ernsthafte ökonomische Krise geriet, besonders nach der Biserta-Krise,

51 R. Debray, Probleme der revolutionären Strategie in Lateinamerika, in: G. Feltrinelli (ed.), Lateinamerika — ein zweites Vietnam? Reinbek 1968, pp. 133—164, hierzu p. 157.

52 Gruppe „Perspectives“, op. cit., p. 101.

53 Cf. B. Tibi, Zum Verhältnis von Militär und kolonialem Nationalismus am Beispiel der arabischen Länder, in: Sozialistische Politik, Jg. 1969, Heft 4, pp. 4—19.

54 Frantz Fanon, Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt/M. 1966, p. 132.

55 Zur Marxschen Bonapartismus-Theorie und ihrer Weiterentwicklung durch Thalheimer cf. R. Griepenburg und K. H. Tjaden, Faschismus und Bonapartismus, in: Das Argument, 8. Jg. (1966), Nr. 41, pp. 461—472.

56 Cf. B. Tibi (ed.), Die arabische Linke, op. cit., pp. 87 ff.

entschloß sich der burgibistische Staat zu etatistischen Maßnahmen, die er ideologisch als „Sozialismus“ verbrämte. Der staatliche Interventionismus brachte einen aufgeblähten bürokratischen Apparat hervor, dessen Träger, da sie auf Grund ihrer kleinbürgerlichen Herkunft keine eigenen klassenbezogenen Zielsetzungen artikulieren können, sich *objektiv in den Dienst einer der gesellschaftlich relevanten Klassen und gegen eine andere* stellen. Im Staat des Burgibismus herrscht politisch das Kleinbürgertum, ökonomisch aber die Großbourgeoisie und die Feudalherren. Die Opfer des „konstitutionellen Sozialismus“ waren die Kleinbauern, das untere städtische Kleinbürgertum und das Proletariat.

In Tunesien handelt es sich um ein Experiment des reformistischen nationalistischen Kleinbürgertums, so daß die Ergebnisse unserer Analyse bei zwar grundsätzlich ähnlichen Experimenten des Kleinbürgertums in halbkolonialen Ländern modifiziert werden müssen, und zwar dann, wenn es sich um ein radikal-nationalistisches Kleinbürgertum handelt wie im Fall des Nasserismus<sup>57</sup>. Sowohl der Umfang der Reformen als auch deren Tragweite sind beim nasseristischen „Sozialismus“ wesentlich größer als beim Burgibismus. Der Nasserismus tastete auch die ökonomischen Interessen der sozial herrschenden Klassen an, ohne jedoch deren soziale Basis grundsätzlich aufzuheben. Entsprechend war der Ausdehnungsgrad des Staatsapparates und der neuen sozialen Kräfte, die jener hervorbringt, weit größer als beim Burgibismus, und entsprechend ist die Herrschaft der ägyptischen Staatsbürokratie konsolidierter als die der tunesischen Planungsbehörden unter Ben Salah. Diese Nuancierungen ändern indes nichts an dem wesentlich ähnlichen Charakter beider Herrschaftssysteme des reformistischen und des radikal-nationalistischen Kleinbürgertums, der in den Grundzügen der Marxschen Bonapartismus-Theorie entspricht, weshalb wir diese Systeme als bonapartistisch bezeichnen können.

Unsere Bewertung des nationalistischen Kleinbürgertums in der kolonialen und postkolonialen Phase besagt, daß das Kleinbürgertum unter der Kolonialherrschaft gegenüber dem Kolonialsystem progressiv auftritt, sich jedoch weigert, für die Realisierung der antikolonialistischen Zielsetzung die besitzlosen Klassen zu mobilisieren: aus der berechtigten Furcht heraus, daß diese im Verlauf des Kampfes die kleinbürgerliche Führung in Frage stellen könnten. So erweist sich das nationalistische Kleinbürgertum bereits in der kolonialen Phase als potentiell konterrevolutionär; dies wird in der postkolonialen Phase um so deutlicher, als nun das Hauptziel der

57 Zum Nasserismus cf. folgende marxistischen Analysen: Anouar Abdel-Malek, *Égypte, société militaire*, Paris 1962, englische erweiterte Übersetzung N. Y. 1968; Hassan Riad, *Égypte nassérienne*, Paris 1964; Mahmoud Hussein, *La lutte des classes en Égypte de 1945 à 1968*, Paris 1969. Alle drei Autoren sind Ägypter, Abdel-Malek vertritt die KP-Richtung, Riad ist Trotzkiist und Hussein Maoist. Trotz der Nuancen kommen die Autoren zu ähnlichen Resultaten. Cf. auch B. Tibi (ed.), *Die arabische Linke*, op. cit., pp. 31 ff.

nationalistischen Bewegung erreicht ist: die politische Unabhängigkeit und die Übernahme der politischen Macht durch das Kleinbürgertum. Was der antikolonialistische Nationalismus nun nicht mehr zu leisten vermag, die Legitimation der kleinbürgerlichen Führung, wird nunmehr durch den Rückgriff auf herrschaftsstabilisierende Ideologien bewerkstelligt, die sich als „sozialistisch“ ausgeben. Für diesen gesellschaftlichen „Mechanismus“ liefert die Geschichte der Dekolonisation zahlreiche Belege. Jedoch muß nicht das gesamte Kleinbürgertum im Dekolonisationsprozeß notwendig innerhalb dieses Rahmens bleiben. Die Alternative hierzu ist eine Radikalisierung von Teilen des nationalistischen Kleinbürgertums während des Befreiungskampfes. Diese revolutionierte Kleinbourgeoisie muß, „um die Rolle, die ihr im nationalen Befreiungskampf zukommt, voll zu erfüllen, fähig sein . . . , Selbstmord als Klasse zu begehen, um daraus als revolutionärer Arbeiter wieder hervorzugehen“<sup>58</sup>, wie A. Cabral, selbst ein afrikanischer Intellektueller kleinbürgerlicher Herkunft, seine eigenen Erfahrungen im Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus in Guinea (Bissau) zusammenfaßt. Auch für diese Alternative liefert die Geschichte der Dekolonisation genügend Beispiele: Ho Chi Minh und viele andere Träger der antiimperialistischen und sozialistischen Revolution in Vietnam waren anfangs reine Nationalisten<sup>59</sup>; das gleiche gilt für Castro<sup>60</sup>, Mehdi Ben Barka<sup>61</sup> und andere, ebenso für die Verwandlung der panarabischen „Arab Nationalist Movement“ (ANM) in regionale marxistische Parteien 1969<sup>62</sup>. Daß die sozialistische Alternative für koloniale und halbkoloniale Länder der einzig erfolgversprechende Weg ist, hat auch eine kürzlich erschienene Studie über das türkische Revolutionsmodell ergeben: „Die neuere Geschichte Chinas, Vietnams und Kubas zeigt, daß die Rezeption der marxistisch-leninistischen Theorie durch kleinbürgerliche und bäuerliche Schichten die zahlenmäßige Schwäche des Industrieproletariats in kolonialen und

58 Cf. Amílcar Cabral, *Die Theorie als Waffe*, Berlin 1968, pp. 38 f., und dazu K. Steinhaus, op. cit. (Anm. 4), pp. 190 f. Zum revolutionären Befreiungskampf in Guinea (Bissau) cf. Gérard Chaliand, *Bewaffneter Kampf in Afrika*, München o. J. (1969); Basil Davidson, *The Liberation of Guiné, Aspects of a Revolution*, Baltimore-Harmondsworth 1969 (dt. Frankfurt/M. 1970), und zusammenfassend B. Schilling und K. Unger, *Hinter einer Mauer des Schweigens, Zu einigen Problemen des Kampfes von Guinea-Bissau gegen den portugiesischen Kolonialismus*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 15. Jg. (1970), Heft 3, pp. 256–268.

59 Cf. Jean Lacouture, *Ho Chi Minh*, Frankfurt/M. 1968, passim.

60 Cf. John P. Morray, *The Second Revolution in Cuba*, N. Y. 1962, passim, bes. pp. 81 ff.

61 Cf. B. Tibi (ed.), *Mehdi Ben Barka, Revolutionäre Alternative*, München 1969.

62 Cf. Muhsen Ibrahim (ed.), *limaza munazamat al-ischtirakijjin allubnaniyyin?* (Warum „Organisation libanesischer Sozialisten“?), Beirut 1970. In diesem Dokumentarband wird der Wandel der ANM vom Nationalismus zum Marxismus beschrieben. Die OLS ist die Nachfolgeorganisation der libanesischen Sektion der ANM.

halbkolonialen Gesellschaften ausgleichen und so die Voraussetzungen dafür schaffen kann, gesellschaftliche Entwicklungsstadien zu ‚überspringen‘. Speziell die Erfahrungen der türkischen Revolution zeigen demgegenüber, daß die Übernahme der bürgerlich-kapitalistischen Ideologie durch eine nationale Intelligenz im 20. Jahrhundert für die erfolgreiche Durchführung einer bürgerlichen Revolution keine ausreichende Grundlage bildet.“<sup>63</sup>

### V. Die „Affäre Ben Salah“ und die Zukunft des Burgibismus

In den vorangegangenen Teilen wurde versucht, am Modell des Burgibismus allgemeine theoretische Aussagen über die Rolle des nationalistischen Kleinbürgertums in der kolonialen Revolution zu gewinnen. Es bleibt die Aufgabe, über das Ende der „sozialistischen“ Phase des Burgibismus nach dem Sturz Ben Salahs zu berichten und Entwicklungstendenzen des Burgibismus nach der „Ben-Salah-Affäre“ anzudeuten.

Der Konflikt zwischen den Gruppen um Ladgham und Ben Salah geht zurück auf die Zeit, als Ben Salah zum zweiten Mann im Staat avancierte. Nicht nur hatte er das Planungs-, Wirtschafts- und Finanzministerium inne, sondern im Verlauf seiner Amtszeit übernahm er auch die Ministerien für Handel, Landwirtschaft, Industrie und Erziehung. Aus den Reihen seiner Anhänger rekrutierten sich alle regionalen Gouverneure und die wichtigsten Staatsfunktionäre. Ladgham, für den Burgiba eine unanfechtbare Autorität ist, hatte seine Ausschaltung und die Diskreditierung seines politischen Kurses nur scheinbar akzeptiert, arbeitete aber mit der alten Garde der Partei an der Vorbereitung der Machtübernahme nach Burgibas Tod. Als der kranke Burgiba am 14. März 1967 einen schweren Herzanfall erlitt und sein naher Tod zu vermuten stand, bildete Ladgham ein geheimes Notkabinett, mobilisierte die hohen reaktionären Armeeoffiziere und das Lumpenproletariat von Tunis, das seinerzeit zur Verfolgung der Ben-Youssefisten eingesetzt wurde und in Bestialität geübt ist, und organisierte einen Waffenschmuggel aus den Armeekasernen, um die alte Parteigarde zu bewaffnen. Die gleiche Bereitschaft zur Machtübernahme war zu beobachten, als Burgiba im Frühjahr 1968 einen zweiten Herzanfall bekam<sup>64</sup>.

Schon Anfang 1967 wuchs die Aktivität der Opposition in Tunesien gegen die proimperialistische Politik Burgibas und gegen die innere sozioökonomische Misere. Die israelische Aggression vom Juni 1967 nahmen die tunesischen Studenten zum Anlaß heftiger, wochenlanger Demonstrationen, in deren Verlauf auch die amerikanische Botschaft in Tunis und sonstige amerikanische Einrichtungen in Brand gesetzt wurden, worauf Burgibas Regime mit umfangreichen Verhaftungen und Folterungen von Studenten und Professoren reagierte. Ein spektakulärer Prozeß gegen 132 Studenten und Professoren

63 K. Steinhaus, op. cit. (Anm. 4), p. 190.

64 Cf. Al-Hurria (Beirut), Nr. 355 vom 27. 3. 1967, p. 3, Nr. 398 vom 5. 2. 1968, p. 7, und Nr. 473 vom 21. 7. 1969, p. 7.

konnte durch Verhängung von Gefängnisstrafen zwischen 5 und 20 Jahren die akademische Opposition zunächst lahmlegen<sup>65</sup>.

Allein auf diesem Hintergrund wird das plötzliche Abwenden Burgibas von dem Kurs Ben Salahs und die Rehabilitierung des Kurses Ladghams verständlich. Bevor Burgiba sich zu medizinischer Behandlung im Herbst 1969 nach Frankreich begab, wo er sich bis Anfang Juni 1970 noch aufhielt, enthob er Ben Salah am 8. September 1969 all seiner Ämter, ausgenommen dem des Erziehungsministers, und löste das „einflußreiche Mammutministerium zur Planung der nationalen Wirtschaft“ in verschiedene kleine Ämter auf. Die Entmachtung des Leiters dieses „Überministeriums“, so berichtet H. Zimmermann unmittelbar darauf aus Tunis, wurde „von westlichen Diplomaten in Tunis positiv kommentiert. Man versteht sie auch als direkte Antwort auf den Umsturz in Libyen und als Warnung an alle Kräfte, die eine Änderung der politischen Richtung Tunesiens anstreben.“<sup>66</sup> Burgiba erließ gleichzeitig ein Dekret, in dem er Ladgham für die Zeit seines Frankreich-Aufenthaltes eine Vollmacht erteilt. Nach Burgibas Abreise wurde Ben Salah selbst noch von dem ihm verbliebenen Amt als Erziehungsminister abgesetzt und von der Partei ausgeschlossen. Der Artikel 51 der tunesischen Verfassung wurde dahingehend geändert, daß nun Ladgham als Premierminister „im Fall des Ablebens, der Demission oder der vollständigen Amtsunfähigkeit des Präsidenten automatisch Präsident der Republik wird“<sup>67</sup>. Mit dieser Machtüberschreibung wurde zugleich eine Untersuchung der „Affäre Ben Salah“ angekündigt.

Am 19. März 1970 legte eine „parlamentarische Kommission“ einen Bericht vor, in dem Ben Salah „fehlerhafte Planung, Verschwendung der öffentlichen Fonds, Verstoß gegen die Kreditbestimmungen des Staates, Mißbrauch und Fehler bei der Verwaltung der Finanzen und bei der Budgetierung, Mißbrauch des vom Staatschef entgegengebrachten Vertrauens bei der Ausübung der Regierungsmacht“ angelastet werden<sup>68</sup>. Daraufhin wurden nicht nur Ben Salah, sondern auch seine engsten Mitarbeiter verhaftet. Ladgham erklärte öffentlich, daß er den Kurs Ben Salahs nie gebilligt, ihn aber schweigend hingenommen habe; aus Rücksicht auf das Vertrauen, das Burgiba Ben Salah entgegengebracht habe<sup>69</sup>. In einem komödiantischen, fünf Tage dauernden Prozeß wurde Ben Salah zu zehn Jahren Gefängnis

65 Al-Hurria (Beirut), Nr. 418 vom 24. 4. 1968, p. 2, und Nr. 430 vom 16. 9. 1968, pp. 6 f.

66 Heinz Zimmermann, Bourgiba strafft die Zügel, in: Süddeutsche Zeitung vom 11. 9. 1969.

67 Zit. nach Ch. Ravussin, Nachfolgeregelung in Tunesien, in: Neue Zürcher Zeitung vom 8. 1. 1970.

68 Ch. Ravussin, Die Affäre Ben Salah in Tunesien, in: Neue Zürcher Zeitung vom 2. 4. 1970.

69 Ladgham, zit. nach Ch. Ravussin, Die Abrechnung mit Ben Salah in Tunesien, in: Neue Zürcher Zeitung vom 17. 4. 1970.

und Aberkennung der Bürgerrechte verurteilt; seine Mitarbeiter erhielten ähnliche Strafen<sup>70</sup>. Mit der Urteilsverkündung wurde das Experiment des „konstitutionellen Sozialismus“ praktisch beendet, wenngleich die tunesische Regierung sich noch an diese Bezeichnung klammert.

Das Ende Ben Salahs und seines Experiments hat nicht nur eine innenpolitische Bedeutung für Tunesien, sondern demonstriert auf einer internationalen Ebene das Elend des „dritten Weges“, den das nationalistische Kleinbürgertum — latent oder offen vom US-Imperialismus unterstützt — als Alternative zum revolutionären, marxistischen Sozialismus anbietet.

In Tunesien hat man inzwischen damit begonnen, die Genossenschaften zu liquidieren, um das Vertrauen der Nationalbourgeoisie, der Latifundienbesitzer und der Parzellenbauern zurückzugewinnen. Die ökonomische Krise dauert indes an. Der baldige Tod Burgibas und die beginnende Ausschaltung der staatlichen Bürokratie werden das bonapartistische Herrschaftssystem Tunesiens seiner wichtigsten Stützen berauben. Daß Ladgham die politische Rolle Burgibas als bonapartistischer Figur spielen kann, ist fast ausgeschlossen. Die von amerikanischen Sozialwissenschaftlern als Musterbeispiel für die ganze „Dritte Welt“ gefeierte politische Stabilität Tunesiens ist längst begraben.

Für die nahe Zukunft ist ein Wiedererwachen der tunesischen Arbeiterbewegung nicht zu erwarten. Das städtische Proletariat wurde durch Ben Salah im Rahmen des Gewerkschaftsbundes UGTT nicht nur unter strengster Kontrolle gesetzt, sondern auch systematisch entpolitisiert, und das ländliche Proletariat wurde im Rahmen der Genossenschaften und der „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ durch Errichtung von Sammelagern ebenso unterdrückt und jeder Möglichkeit einer politischen Aktivität beraubt. Dies bedeutet jedoch nicht, daß das städtische und ländliche Proletariat in das System integriert ist; lediglich ist es zur Zeit politisch handlungsunfähig. Die Studentenopposition, obwohl sie anders als in Europa nicht abseits der unterdrückten Klassen steht, ist als solche keine eigenständige politische Kraft, die eine Änderung der politischen Verhältnisse herbeiführen könnte. Für die nahe Zukunft erscheint das junge Militär als die einzig relevante Gruppe, die eine politische Änderung nach dem Vorbild des libyschen Coup d'état<sup>71</sup> zu bringen vermag, weshalb Burgiba durch diesen Putsch auch äußerst beängstigt wor-

70 Zum Prozeß Ben Salahs cf. folgende Ausgaben der Neuen Zürcher Zeitung: 6. 4., 6. 5. und 25. 5. 1970; cf. auch Ch. Ravussin, Die Verurteilung Ben Salahs in Tunis, in: Neue Zürcher Zeitung vom 29. 5. 1970.

71 Zum libyschen Coup d'état cf. Riad Rashid, Libyen zwischen Reaktion und Revolution, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bd. XIV (1969), Heft 10, pp. 1099—1110; dieser Aufsatz ist informativ, wenngleich ziemlich unkritisch akklamierend. Ein Coup d'état ist schließlich keine Revolution!

den ist und in ihm eine große Gefahr für den gesamten Maghreb sieht. Allerdings wird auch ein Coup d'état in Tunesien, wie die vorauszusehende Entwicklung des Putsches in Libyen bestätigt<sup>72</sup>, keineswegs eine radikale Alternative zum Burgibismus bieten.

72 Die Grenzen des libyschen Militärputsches wurden schon erörtert in B. Tibi, Zum Verhältnis von Militär und kolonialem Nationalismus am Beispiel der arabischen Länder, op. cit. (Anm. 53). Wie bonapartistisch dieses Militärregime ist, zeigt sich heute klarer. Die linken Kräfte, die seinerzeit unbedacht den Putsch begrüßten, werden heute von den libyschen Militärs bekämpft, weil sie einer „fremden Ideologie“ (i. e. dem Marxismus) anhängen. Oberst Ghadafi erteilte selbst den Marxisten anderer arabischer Länder, insbesondere dem linken Flügel der palästinensischen Résistance, eine unzweideutige Kampfansage, weil sie von den „Werten der arabischen Nation“ abweichen!

Gerhard Grohs

## Theorien der Revolution in der Dritten Welt

I. Die Überfülle von theoretischen und praktischen Vorschlägen und Erörterungen der sozialen und wirtschaftlichen Wandlungen in Afrika, Asien und Südamerika — hier zusammenfassend „Dritte Welt“ genannt — hat merkwürdigerweise dazu geführt, die Theorie der Entwicklung völlig von den kriegerischen Umwälzungen, die seit dem Zweiten Weltkrieg die Dritte Welt heimsuchen, zu isolieren. Nur hin und wieder wird der Widersinn dieser Trennung deutlich, etwa wenn davon berichtet wird, daß die Amerikaner in Südvietnam hartnäckig ein Entwicklungsprogramm durchführen, dessen Resultate nach kurzer Zeit Ziele amerikanischer oder vietnamesischer Bomben werden. Auf der anderen Seite kann man, insbesondere in den Vereinigten Staaten, die Entstehung einer wachsenden militärwissenschaftlichen Literatur über Guerilla-Kriege in Entwicklungsländern beobachten, die zwar die politisch-sozialen Aspekte dieser Kriege, die nichts anderes als Revolutionen sind, erwähnen, sie aber im Grunde als militärische Probleme betrachten.

Das Ziel dieses Aufsatzes ist es nun, auf einige Gemeinsamkeiten verschiedener, heute in den Entwicklungsländern diskutierter Revolutions-Theorien aufmerksam zu machen und deren Wurzeln in der sozialen Situation dieser Länder zu verdeutlichen. Es geht *nicht* darum, die Bedeutung dieser Theorien etwa für die Revolutionierung der deutschen Gesellschaft zu untersuchen, was verschiedentlich mit mehr oder weniger Erfolg unternommen wird, sondern verschiedene, oft nur für sich gesehene theoretische Ansätze in ihrem gemeinsamen Bezug zur Praxis in der Dritten Welt zu analysieren.

Der vieldeutige Begriff „Revolution“ soll hier als politisch-sozialer Wandel verstanden werden, der durch gewaltsamen und raschen Wechsel der herrschaftlichen Verfügungsgewalt eine gesamtgesellschaftliche Umwälzung intendiert. Revolution hört also nicht auf, wenn die Revolutionäre die Herrschaft erlangt haben, sondern erfüllt sich erst in der dann zu vollziehenden Umstrukturierung der bestehenden Gesellschaft.

Die wichtigsten Revolutionstheorien in diesem Sinne, auf die ich mich beschränken will, erstrecken sich von Mao-Tse-tung über Nguyên Giap bis Frantz Fanon, Régis Debray, Fidel Castro und Che Guevara.

II. Ausgangspunkt aller Revolutions-Theorien ist zunächst die koloniale oder neokoloniale Situation in den Ländern, in denen die Revolutionäre ihre persönlichen Erfahrungen gemacht haben. Eine Beobachtung scheint Grundlage aller Überlegungen zu sein: die Tatsache, daß Entwicklungsländer überwiegend agrarwirtschaftlich

orientiert sind und die überwältigende Mehrheit ihrer Bewohner Landbewohner ist. Diese Beobachtung hat zur Konsequenz, daß eine *Revolution ohne die Unterstützung der Landbevölkerung undenkbar ist* und daß eine nur auf die zahlenmäßig geringe und ideologisch schwankende Gruppe der Industriearbeiter gestützte Revolution zum Scheitern verurteilt ist. In dieser Tatsache liegt auch der wichtige Grund, warum es unmöglich ist, in Entwicklungsländern entstandene Revolutionstheorien einfach auf Industrieländer zu übertragen. Sowohl die Bauern als auch die Industriearbeiter haben zahlenmäßig, ökonomisch und sozial eine gänzlich andere Position innerhalb dieser Gesellschaften als die entsprechenden Gruppen in den westlichen Industrieländern.

Diese Einsicht hat bereits dem ersten einflußreichen Versuch, die Revolution in der Dritten Welt theoretisch zu erfassen, nämlich Mao Tse-tung's 1937 geschriebenen „Abhandlungen über den Guerilla-Krieg“ zugrunde gelegen<sup>1</sup>. Die Revolution in der Dritten Welt hatte von dem klassischen marxistischen Konzept der Proletarier-Revolution abzugehen und die Masse der Bauernschaft zum Ausgang zu nehmen. Die zweite Erkenntnis schloß sich bald daran an: Die Führung der weit zerstreuten und unorganisierten, weitgehend illiteraten und voneinander isolierten Bauern konnte, zumindest für die erste Periode der Revolution, nicht aus der Bauernschaft selbst heraus entstehen. Hier stimmen alle Theoretiker darin überein, daß eine Gruppe ideologisch geschulter und bewußter Agitatoren eingreifen muß, um die Bauern aus ihrer Lethargie zu wecken, ihre Leiden zu formulieren, ihr Selbstbewußtsein zu stärken und ihren Widerstandswillen zu organisieren und zu einer taktisch richtig platzierten Waffe gesellschaftlicher Umwälzungen zu machen.

Für den Soziologen stellen sich hier sofort zwei Fragen: Welche soziale Gruppe kommt hier in Frage und wie versteht sie es, die Führung der Bauernschaft, die ja ihrerseits über ihre eigenen traditionellen Führer verfügt, also nicht etwa eine unstrukturierte Masse ist, an sich zu bringen?

Frantz Fanon stellt auf Grund seiner Erfahrungen in Algerien den Prozeß so dar, daß sich in den nationalistischen Parteien radikale Flügel bilden, die mit den deklamatorischen Reden der bürgerlichen Parteien nicht zufrieden sind und auf gewaltsame Aktionen dringen. Herausgedrängt aus diesen Parteien emigrieren sie aufs Land und finden sich plötzlich in einer Welt wieder, von der sie nichts wußten, in der man sie nicht fragt, ob man etwas tun sollte, sondern in der man die Frage an sie richtet: „Wann schlagen wir los?“ Sie vergessen, wie Fanon sagt, „ihre Cafés, die Diskussionen über die bevorstehenden Wahlen, die Bosheit dieses oder jenes Polizisten“ und finden eine Bevölkerung, deren Moral und Wertbewußtsein noch intakt ist, und die bereit ist, für ihr Land, das sie noch im wörtlichen

1 Mao Tse-tung, Yu Chi Chan (Guerilla Warfare) in: *Guerilla Warfare by Mao Tse-tung and by Che Guevara, with a Foreword by Liddelhart*, London 1964 (4. Aufl.).

Sinne erlebt, zu kämpfen<sup>2</sup>. Blickt man auf andere Erfahrungen revolutionärer Bewegungen zurück, scheint sich diese Darstellung zu bestätigen. Mao Tse-tung begab sich, nachdem Tschiang Kai-scheck das Kommando der revolutionären Nationalen Armee 1926 übernommen hatte, in seine Heimatprovinz *Hunan*, um eine radikale Landreform zu propagieren, organisierte dort die Bauernschaft gegen die Unterdrückung durch die Landlords und schuf sich so eine Basis, von der er aus ganz China mit revolutionärem Krieg überziehen konnte. Schon 1927 wies er in seinem „Bericht über die Bauernbewegung in Hunan“ darauf hin, daß nicht die Militärs und Städte, sondern die Bauern die entscheidende Kraft der Revolution seien. Er setzte sich damit in Gegensatz zu den Direktiven Moskaus.

Fidel Castro segelte mit wenigen Leuten, die meisten Universitätsstudenten oder -absolventen wie er selbst, nach Kuba und baute sich eine erste Stellung in einem der abgelegensten und unzugänglichsten Gebiete, der Sierra Maestra auf. Hier aber ist bereits festzustellen, daß die Unterstützung der Bauern für Castros kleine Gruppe durchaus nicht allgemein war. Che Guevara berichtete 1961 selbst, daß es sich um eine besondere Gruppe von Bauern handelte, die vom Gros der kubanischen Bauern deutlich unterschieden war: „Die Soldaten, die die erste Guerilla-Armee bildeten, kamen von einer Klasse, die besonders aggressiv ihre Liebe für ihr eigenes Land demonstrierte, die in klassischer Weise von einem Geist der unteren Mittelklasse erfüllt ist: Die Bauern kämpfen, weil sie und ihre Kinder Land besitzen, weil sie es für sich selbst bebauen, es verkaufen können und sich selbst durch ihre Arbeit bereichern.“<sup>3</sup> Ähnliches kann man von den Kikuyu-Bauern sagen, die den Mau-Mau-Aufstand in Kenia initiierten. Eine soziologische Analyse des Verhältnisses der Intellektuellen zur Landbevölkerung in den Entwicklungsländern hat also sehr viel genauer die Struktur der Landbevölkerung ins Auge zu fassen, als es bisher geschehen ist.

Che Guevara zog aus diesen Erfahrungen Konsequenzen und versuchte, mit denselben Methoden in Südamerika, zunächst in Bolivien, einen revolutionären Krieg zu beginnen, in seinem Falle zunächst ohne Erfolg, da er diesen Versuch mit dem Leben bezahlen mußte. In Kenia waren es ebenfalls Mitglieder städtischer politischer Gruppen, die sich auf das Land zurückzogen und eine Widerstandsgruppe unter den Kikuyus aufbauten, deren kriegerische Aktionen unter dem Namen „Mau-Mau“ nachmals berühmt wurden.

Der bisherige Fehlschlag der Kubaner, in Südamerika eine erfolgreiche Verbindung zwischen den Bauernmassen und den Revolutio-

<sup>2</sup> Frantz Fanon, *Les damnés de la terre*, Paris 1961, S. 88. Vgl. auch G. Grohs, Frantz Fanon, ein Theoretiker der afrikanischen Revolution, in *Kölner Ztschr. f. Soz.* 1964. Nach Fanon hat Amilcar Cabral den bedeutendsten Beitrag zur Analyse der Rolle „Kleinbourgeoisie“ in der kolonialen Revolution beigetragen. Vgl. Amilcar Cabral, *Die Theorie als Waffe*, Berlin 1968.

<sup>3</sup> zitiert in: Boris Goldenberg, *The Cuban Revolution and Latin America*, London 1965, S. 145/146.

nären herzustellen, macht aber deutlich, daß die bloße Begegnung städtischer revolutionärer Eliten mit den Bauern nicht ausreicht, um eine Revolution in Gang zu setzen. Es müssen andere Bedingungen hinzukommen.

Ein ähnliches Problem stellt sich heute für jene sozialistischen Studenten in Deutschland, die erwarten, daß es allein durch Identifizierung mit den Arbeitermassen für eine Gruppe radikaler Studenten möglich sei, diese für den Aufstand gegen die gegenwärtige soziale Ordnung zu mobilisieren. Ohne ein genuines ökonomisch bedingtes Interesse ist das aber nicht möglich. Dieses Interesse bestand sowohl in China als auch in Algerien und Kenia in der Landfrage. Landarbeiter, landlose Bauern, Zwergbauern, Bauern, die Frondienste leisten mußten, aber auch selbständige Farmer standen einer wohlhabenden Schicht einheimischer oder ausländischer Landbesitzer gegenüber, deren Herrschaftsrechte durch das gesamte gesellschaftliche System gestützt wurden. Dieses existentielle Interesse, Land zu bekommen, konnte durch ein klares revolutionäres Programm radikaler Landreform zum Hebel revolutionärer Bewegungen gemacht werden, die plausibel darzulegen wußten, daß nur eine Zerstörung des gesamten Systems die Lösung der Landfrage ermöglichte, da die Landbesitzer einen unauslöschlichen Bestandteil dieses Systems darstellten<sup>3a</sup>.

Die Erkenntnis dieses Zusammenhangs hat dazu geführt, daß alle Revolutionstheoretiker für die erste Phase des Kampfes den Akzent auf „La propagande armée“ legen, wie Régis Debray es in seiner Abhandlung über „La Révolution dans la Révolution“ nennt<sup>4</sup>. Debray selbst argumentiert allerdings, daß in Südamerika diese Propaganda der militärischen Guerilla-Aktion folgen muß, im Gegensatz zu Vietnam, für das General Nguyên Giap in seinem Buch „Volkskrieg und Volksarmee“ die absolute Priorität der politischen Indoktrination postulierte. Debrays Argument ist, daß die große Besiedlungsdichte in Vietnam und die Tatsache, daß die gegnerischen Truppen vorwiegend ausländisch waren (Japaner, Franzosen, Amerikaner), ein schnelles Untertauchen der Propagandisten ermöglichte, während in den dünnbesiedelten Agrargebieten Südamerikas jeder fremde Propagandist durch das ausgebaute Kommunikationsnetz der allmächtigen Landbesitzer schnell aufgespürt werden kann. Der erfolgreiche Überfall auf einen Militärkonvoy und die Eroberung der Waffen hat einen größeren propagandistischen und praktischen Effekt nach Debrays Ansicht als alle Versuche, rhetorisch die Bauern zu überzeugen<sup>4a</sup>.

Diese Diskussion führt zu der Frage, ob Aktionen einer determinierten Gruppe von Revolutionären überhaupt möglich sind, wenn

3a Chalmers A. Johnson, *Peasant Nationalism and Communist Power; The Emergence of Revolutionary China*, Stanford 1962.

4 Régis Debray, *Révolution dans la révolution?* Paris 1967, S. 56.

4a Gegen die Ansicht Debrays wendet sich der chinesische sehr kritische Artikel von Jake Rosen „Mucho Debris from Régis Debray“ in *Progressive Labour*, vol. 6, No. 2 (Nov. Dez. 1967) p. 114—128.

die ländliche Umgebung, in der sie operieren, indifferent oder gar feindlich eingestellt ist.

Roger Hilsman kommt in seiner Einleitung zur englischen Ausgabe von Giaps Buch zur Erkenntnis, daß Guerillas nicht die Unterstützung der Mehrheit der Landbevölkerung benötigen<sup>5</sup>. Er bezieht sich auf seine Erfahrungen im Burma-Krieg, während des Zweiten Weltkrieges, in dem 10 % der Landbevölkerung die englische und 10 % die japanische Seite unterstützten, der Rest aber apathisch war. Diese Apathie ist z. T. eine Folge des völligen Mangels von weitreichenderen Kommunikationsnetzen in den Agrargebieten der Entwicklungsländer. Sowohl in Asien als auch in Afrika stehen sich isolierte, geographisch eng begrenzte Sozialgebiete gegenüber, „small-scale societies“, wie sie die Anthropologen nennen, die dem Zwang durchziehender revolutionärer Gruppen, sie zu unterstützen, ebenso machtlos gegenüberstehen wie jene deutsche Bauern des 30jährigen Krieges, die marodierenden Schweden, Franzosen oder Kaiserlichen ihre Dienste zur Verfügung stellen mußten. Das Mittel der Revolutionäre, den Gehorsam der Bauern zu erzwingen, war der Terror.

Terror kann auf doppelte Weise für die Revolutionierung relevant werden: einmal als zwangsweise Rekrutierung durch die Revolutionäre, zum anderen als Gegenterror der Regierungstruppen, durch den erst der Widerstandswille der vielleicht noch zögernden Bauern hervorgerufen wird. Unter Terror soll hier, der Definition von Thomas Perry Thornton folgend<sup>6</sup>, „ein symbolischer Akt“ verstanden werden, „der durch außerordentliche Mittel, die den Gebrauch oder die Androhung von Gewalt einschließen, das politische Verhalten beeinflussen soll“. In der Revolutionstheorie wird er wegen seines einerseits einschüchternden, andererseits für die Stärke der Revolutionäre propagandistischen Wertes meist nur für die erste Phase der Revolution befürwortet. Trotzky faßte diese Funktion mit dem Satze zusammen: „Die Revolution tötet Individuen und schüchtert Tausende ein.“<sup>7</sup>

Darin kommt bereits die „Ökonomie“ zum Ausdruck, die den Gebrauch des Terrors beherrschen muß, will er nicht sein Ziel in das Gegenteil verkehren. Che Guevara stellt fest: „Unqualifizierter Terrorismus gegen Gruppen von normalen Leuten ist wirkungslos und kann massive Vergeltungsmaßnahmen hervorrufen. Jedoch ist Terrorismus gerechtfertigt, wenn er die Grausamkeit einer Schlüsselperson der Unterdrückerhierarchie bestrafen will. Aber er darf niemals benutzt werden, um unbedeutende Individuen zu vernichten, deren Tod nichts anderes bewirkt als die Aufforderung zur Ver-

5 Nguyễn Giap, *People's War, People's Army. The Viet Công Insurrection Manual for Underdeveloped Countries*. New York 1962, S. XXIII.

6 Thomas Perry Thornton, *Terror as a weapon of Political Agitation*, in: Harry Eckstein (ed.) *Internal War*, London/Glencoe 1964, S. 73.

7 Leon Trotsky, *Terrorism and Communism: A reply to Karl Kautsky*, Ann Arbor 1961, S. 53, 58 (zitiert bei Thornton a.a.O.).

geltung.“<sup>8</sup> Manche der als Terror von der Gegenseite aufgefaßten Maßnahmen der Revolutionäre erklären sich aus ihrer Situation als Notwehr. „General China“, einer der führenden Teilnehmer der Mau-Mau-Bewegung in Kenia, berichtet in seinem kürzlich erschienenen Buche<sup>9</sup> davon, wie die Revolutionäre gezwungen waren, einen Lehrer zu erschießen, der zufällig ihr Lager entdeckt hatte und sich weigerte, sich ihnen anzuschließen. Ein Freilassen des Gefangenen hätte die sichere Entdeckung ihrer Operationsbasis bedeutet. Trotzdem wurde der Tod des Lehrers natürlich von der Regierungsseite als Terror-Akt angesehen und gebrandmarkt. Die moralische Beurteilung von Terror wird schwierig, wenn man, worauf Paret und Shy in ihrer Studie über „Guerillas in the 1960's“<sup>10</sup> hinweisen, beispielsweise herausfinden will, ob das Werfen einer Handgranate in einen überfüllten Autobus moralisch schärfer zu verurteilen ist, als das Werfen einer Fliegerbombe in ein ziviles Stadtviertel. Paret und Shy bemerken dazu: „Moralische Urteile wie diese haben starke politische Implikationen. Oft ist Terror die einzige Methode, die den Aufständischen zur Verfügung steht, so daß seine Verdammung einfach der Verkündung des Status quo gleichkommt.“<sup>11</sup> Brian Crozier bringt dieses Problem auf die zu vereinfachte und deshalb nur halb wahre Formel: „Terrorismus ist die Waffe der Schwachen.“<sup>12</sup> Für unseren Zusammenhang muß der Hinweis auf die Problematik des Terrors innerhalb der ersten Phase der Revolution genügen. Um es zusammenzufassen: Die Unterstützung der Bauern kann durch eine externe revolutionäre Führerschaft nur durch Ausnutzung eines existentiellen Interesses der Bauern gewonnen und unter Umständen durch terroristische Akte, die die Zögernden einschüchtern, die Ahnungslosen aufmerksam machen und die Willigen von der Stärke der Revolutionäre überzeugen sollen, verstärkt werden. Die zweite Phase der Revolution besteht in der Expansion des zunächst von den Revolutionären besetzten Gebietes. Hier treten mannigfaltige Schwierigkeiten auf, die von den geographischen und sozialen Gegebenheiten des Landes abhängen. Sowohl Mao Tse-tung als auch Giap weisen darauf hin, daß eine Grenzprovinz, die an ein den Revolutionären freundlich gesonnenes Land angelehnt ist, als Zufluchtsort von außerordentlicher Bedeutung ist, obwohl die notwendige Mobilität eine permanente Rückzugsbasis meistens verhindert. Hierfür können auch Beispiele in Afrika gegeben werden: Die

8 Che Guevara, *Guerilla Warfare*, in op. cit. Fußnote 1, S. 118. Hier liegt auch die Problematik der Aktionen der Tupamaros, sobald sie „unbelastete“ Südamerikaner terrorisieren, da hier ein Solidarisierungseffekt ihrer Gegner mit bis dahin mit ihnen sympathisierenden Bevölkerungsschichten eintreten kann.

9 Waruhui Itote, „Mau Mau“ General, Nairobi 1967.

10 Peter Paret and John W. Shy, *Guerillas in the 1960's*, New York 1966 (5. Aufl.).

11 Peter Paret, op. cit. S. 77.

12 Brian Crozier, *The Rebels: A study of Post-War Insurrections*, London 1960, S. 191.

an unabhängige afrikanische Staaten grenzenden Provinzen Rhodesiens und Mozambiques sind die Aufmarschbasen der revolutionären Gruppen.

Wichtiger für die Expansion ist jedoch die Eroberung von Waffen. Der Gegner, Opfer der „Hit-and-Run-Strategie“, wird zum Hauptversorger der revolutionären Truppen mit Waffen und Ausrüstungsgegenständen. Nicht nur der Vietnam-Krieg ist ein frappantes Beispiel dafür, in welchem Ausmaß die französischen Truppen des Indochina-Krieges und die amerikanischen Truppen des Vietnam-Krieges die revolutionäre Armee unfreiwillig mit Waffen versorgten. Auch in dem schon erwähnten Bericht des Mau-Mau-Generals China wird genau beschrieben, wie die kleine Gruppe von 40 jungen Leuten in den Wäldern Kenias zunächst damit begann, sich durch Überfall auf einzelne Polizisten und Soldaten mit Waffen zu versorgen, die es ihnen wieder ermöglichten, größere Konvois in ihre Gewalt zu bringen oder eine ganze Polizeistation zu erobern und deren Waffen und Munitionsvorräte an sich zu bringen.

Trotzdem sind sich Mao Tse-tung und Giap darin einig, daß der Guerilla-Krieg für sich allein nicht zum Sieg gegen überlegene Kräfte führt, wie sie etwa die moderne japanische, französische oder amerikanische Armee darstellt. Ebenso ist es zu bezweifeln, daß die Freiheitskämpfer in Südafrika und Rhodesien allein den Sieg gegen die gut ausgerüsteten Polizeitruppen erringen können. Entscheidend ist der politische Aspekt, der von Mao Tse-tung und Frantz Fanon voneinander unabhängig klar herausgestellt wird. Mao Tse-tung schrieb über den Krieg gegen Japan: „Die Japaner führen einen barbarischen Krieg in unzivilisierter Weise. Deshalb wenden sich Japaner aller Klassen gegen die Politik ihrer Regierung, ebenso wie große internationale Gruppen. Auf der anderen Seite sind, weil Chinas Sache gerecht ist, unsere Landsleute aller Klassen und Parteien gegen den Eindringling vereinigt. Wir haben Sympathie in vielen ausländischen Staaten, einschließlich Japan selbst. Das ist vielleicht der wichtigste Grund, warum Japan verlieren und China gewinnen wird.“<sup>13</sup> Fast in identischen Worten äußert sich 24 Jahre später Frantz Fanon über die Wirkung des algerischen Widerstandes auf die Haltung der französischen Bevölkerung des Mutterlandes: „Die monopolistische Fraktion der französischen Bourgeoisie unterstützt keine Regierung, die nur eine Politik des Schwertes treibt. Das, was die Industriellen und Finanziere der Metropole von ihrer Regierung erwarten, ist nicht die Dezimierung von ganzen Völkern, sondern die Wahrung ihrer ‚legitimen Interessen‘ mit Hilfe wirtschaftlicher Vereinbarungen.“<sup>14</sup> An einer anderen Stelle gibt er gewisse Hoffnungen auf marxistisch und humanistisch eingestellte Intellektuelle und — ebenso wie heute Stokely Carmichael — auf das Erwachen der westlichen Arbeitermassen zu erkennen. Es dürfte nicht verwundern, wenn ähnliche Überlegungen Ho Chi Minh leite-

13 Mao Tse-Tung, *Selected Military Writings*, Peking 1963, S. 51.

14 Frantz Fanon, op. cit. S. 50. Vgl. auch: K. Steinhaus, *Zur Theorie des Internationalen Klassenkampfes*, Frankfurt 1967.

ten, der wiederholt auf die Sympathien der Weltöffentlichkeit für seine Sache, sogar auf die Vietnamkriegs-Gegner in den USA selbst hingewiesen hat<sup>15</sup>.

Die Revolutionäre der Dritten Welt sind gerade dadurch gekennzeichnet, daß sie von vornherein bewußt die Humanität, die ökonomischen Interessen und die politische Heterogenität der Industrieländer in Rechnung stellen. Diesen wichtigen theoretischen Ansatz übersehen übrigens Peter Gäng und Reimut Reiche in ihrer Studie über „Modelle der kolonialen Revolution“, wenn sie behaupten, daß es keine angemessene Strategie gäbe, die Macht der Metropolen zu brechen<sup>16</sup>. In dieser Strategie sind sozusagen Autoren wie Peter Gäng und Reimut Reiche bereits eingebaut, was es ihnen vielleicht so schwer macht, das zu erkennen. Im Gegensatz dazu erkennt Rudi Dutschke<sup>17</sup> klar, daß eine unmittelbare Verbindung zwischen den revolutionären Ereignissen in Vietnam und in Europa besteht. Er sieht allerdings den Zusammenhang sozusagen von Europa her. Der Kampf der NLF hilft dem „antiautoritären Lager“ in Europa. Ho Chi Minh dagegen sieht die politische und moralische Hilfestellung, die revolutionäre Studenten und Intellektuelle seinen Kriegszielen leisten können. (Die Schwäche der Studentenrevolution lag eben darin, daß ihr ein konkretes Ziel, wie es die „nationale Befreiung“ und Vereinigung Vietnams darstellt, fehlte.) Mit dieser Überlegung ist aber die Problematik der Überleitung der Expansionsphase zum schließlichen Sieg der Revolution noch nicht gelöst. Régis Debray weist auf die besondere Schwierigkeit hin, aus den isolierten, von Guerillas beherrschten Zonen auszubrechen und das ganze Land in die Gewalt zu bekommen. Diese Schwierigkeiten sind besonders groß in den Ländern, in denen, wie in Südamerika, die Regierungstruppen verhältnismäßig leicht bestimmte Gebiete unter Quarantäne stellen können. Lucian W. Pye stellt in seinem Aufsatz „The roots of insurgency and the commencement of rebellions“<sup>18</sup> mit Recht heraus, daß es die Regierung am Anfang durchaus in der Hand hat, ob sie eine beginnende Revolution als Aufstandsbewegung einer separatistischen, hinterwäldlerischen Gruppe ohne Relevanz für den Gesamtstaat definieren will oder ihr von vornherein den Status einer ernst zu nehmenden Staatsgefahr zuerkennen soll. Das hat zahlreiche Konsequenzen, die von der Behandlung der gefangenen Aufständischen als Kriegsgefangene oder Verbrecher reicht, bis zur Inanspruchnahme von Vollmachten, die nur im Kriegsfall angewendet werden dürfen, nicht aber bei lokalen Auseinandersetzungen. Entscheidend ist, ob die Regierung die Weltöffentlichkeit von ihrer Definition überzeugen kann.

15 Ho-Chi-Minh, *Selected Writings*, London 1967, S. 369 u. S. 377/78.

16 Peter Gäng u. Reimut Reiche, *Modelle der kolonialen Revolution*, Frankfurt 1967, S. 158/59.

17 R. Dutschke, in: Bergmann-Dutschke-Lefèvre-Rabehl, *Rebellion der Studenten oder die neue Opposition*, Ro-Ro 1968, S. 85—93.

18 Lucian W. Pye, *The Roots of Insurgency and the Commencement of Rebellions*, in: H. Eckstein (Ed.) *op. cit.* S. 157—179.

Für den Kampf im Lande selbst stellt sich den Revolutionären die Frage, wie die Revolution vom Lande in die Städte getragen werden kann. Hierauf sind die Antworten außerordentlich verschieden, was zum Teil mit dem unterschiedlichen Charakter dessen, was man in Entwicklungsländern „Stadt“ nennt, zusammenhängt. In vielen Entwicklungsländern gibt es außer der Hauptstadt überhaupt keine nennenswerten Städte, so daß sich das ganze Problem auf die Eroberung der Hauptstadt konzentriert, das hieße also in Vietnam zum Beispiel praktisch nur Saigon und Hanoi, allenfalls noch Hué. Zu diesem Problem haben sich insbesondere Che Guevara, Frantz Fanon und Lin Piao geäußert. Ihre Ansätze, dieses Problem zu lösen, sind jedoch unterschiedlich. Frantz Fanon geht davon aus, daß es keine Ansteckung der beiden Bewegungen gibt. „Jede entwickelt sich nach ihrer eigenen Dialektik.“<sup>19</sup> Aber es besteht die Möglichkeit, das Lumpenproletariat der afrikanischen Städte auszunutzen, das aus den Kleinbauern und Landarbeitern besteht, die Tag für Tag aus den verarmten Agrargegenden in die Stadt strömen und sich dort in den Randgebieten (Bidonvilles, squatter areas) niederlassen. Sie werden nach der Ansicht Fanons diejenigen sein, die vom Lande, das sich mehr und mehr in den Kampf gegen die Kolonialisten verwickelt, den Aufstand in die Städte tragen. Doch sieht Fanon auch die Gefahr, daß das Lumpenproletariat von der Gegenseite manipuliert wird, wenn es glaubt, daß sich die Revolution nicht seiner bedienen will.

Che Guevara widmet dem Verhältnis des Guerilla-Krieges zu den Städten ein kurzes Kapitel, das „Kampf in bebauten Gebieten“ überschrieben ist. Er geht davon aus, daß der Guerillakrieg niemals von selbst in den Vorstädten entsteht, er muß von außen organisiert und geleitet werden. Nur kleine Gruppen von vier oder fünf Leuten können zusammen operieren und müssen sich wegen der steten Gefahr entdeckt zu werden, auf nächtliche Aktionen beschränken. Er schließt mit folgenden Bemerkungen: „Die Bedeutung des Vorstadtkampfes ist bisher noch nicht voll erkannt worden. Wenn er wirkungsvoll durchgeführt wird und sich über ein weites Gebiet erstreckt, kann er das tägliche Leben eines städtischen Sektors vollständig lahmlegen. Die Bevölkerung wird unruhig, ängstlich und erwartet fast den Einbruch der Gewalt, um die Unsicherheit zu beenden. Wenn am Beginn des Krieges Spezialisten für die städtische Guerilla-Arbeit aufgestellt werden, können schnellere Erfolge erzielt, mehr Menschenleben geschont und wertvolle Zeit der Nation gespart werden.“<sup>20</sup> In den Schriften von Mao Tse-tung und Giap finden sich, soweit ich sehe, keine ausführlichen Analysen der Rolle der Städte im Guerilla-Krieg. Lin Piao erklärte in seiner Rede zum 20. Jahrestag des Sieges über die Japaner am 3. September 1965, daß einer der Hauptirrtümer der sogenannten linken Opportunisten im zweiten revolutionären Krieg gegen Japan darin bestand, daß die

19 F. Fanon, op. cit. S. 89.

20 Che Guevara, op. cit. S. 125.

Wichtigkeit der Städte überschätzt wurde. „Sie erkannten nicht, daß es darauf ankam, langfristige und sorgfältige Arbeit unter den Bauern zu leisten und revolutionäre Ausgangspositionen auf dem Lande zu schaffen; sie hatten die Illusion, daß sie schnell die großen Städte einnehmen und schnell einen die ganze Nation umfassenden Sieg der Revolution erringen könnten.“ „Einkreisung der Städte“ ist das strategische Konzept Mao Tse-tungs und Lin Piaos<sup>21</sup>. Das Scheitern der kommunistischen Aufstände in den Städten Chinas in den 20er Jahren, die von den Truppen der Kuomintang blutig niedergeschlagen wurden, wirkt bis heute wie ein Trauma in der chinesischen Diskussion weiter. Aber auch in Südamerika, wo in Venezuela 1962—1964 wohl die umfassendsten Versuche eines Guerilla-Krieges in den Städten unternommen wurden, mußte man diese zugunsten einer vom Lande ausgehenden Guerilla-Taktik aufgeben. Aber gerade hier scheint sich durch die Aktivitäten der Tupamaros in Uruguay eine Wende abzuzeichnen<sup>22</sup>. Es ist offensichtlich, daß die Städte als Objekt des Angriffs vom Lande her und weniger als potentielle Alliierte oder Ausgangsbasen des Kampfes gesehen werden, was auch der Logik des mobilen Krieges entspricht, der im Grunde keine Stabilität, wie sie Städte darstellen, kennt. Diese Erkenntnis entnimmt Debray übrigens schon aus der Taktik klassischer südamerikanischer Freiheitskämpfer wie Bolivar. Die jüngsten Entwicklungen im Vietnam-Krieg jedoch, in denen von der NLF versucht wird, in die Städte selbst ihre Soldaten hineinzubringen und die Hilfe eines Teils der städtischen Bevölkerung in Anspruch zu nehmen, deutet auf neue Möglichkeiten, aber auch auf die großen Schwierigkeiten hin, die Che Guevara bereits angedeutet hat, die auch bei den Aktionen der Tupamaros deutlich werden.

Die Eroberung der Städte und ein militärischer Sieg ist aber offensichtlich nicht eigentlich das Ziel der Revolutionen in Entwicklungsländern. Das Ziel ist der Rückzug des Gegners, der durch die Aussichtslosigkeit eines militärischen Sieges, den Widerstand der Kapitalisten gegen weitere die einheimische Wirtschaft bedrohende Kriegskontributionen und den Aufstand der Intellektuellen und der vom Wehrdienst bedrohten Jugend sowie den wachsenden Druck der Weltöffentlichkeit entmutigt wird.

III. Ist der Rückzug der Kolonialmacht, der Zusammenbruch der von fremden Einflüssen beherrschten Herrschaftsschicht vollendet, stellt sich die Frage, wie die Revolution als politisch-gesellschaftliche Revolution des übernommenen Systems weitergeführt werden kann. Da die sozialistische Variante in der Volksrepublik China und Vietnam wenigstens in ihren Grundzügen als bekannt vorausgesetzt werden kann, will ich mich hier im Lichte der Theorien Frantz Fanons

21 Lin Piao, *Long live the victory of people's war*, 1965, S. 5.

22 James Petras in: J. Petras, M. Zeitlin (Hrsg.) *Latin America. Reform or Revolution?* N. Y. 1968, S. 340/41. Ein erster Versuch, die Rolle der „Tupamaros“ theoretisch aufzuarbeiten, findet sich bei Carlos Nunez, in: No. 10 *Tricontinental*, Havanna 1969.

nur auf zwei sozialistische Beispiele beschränken, dessen eines für Afrika und dessen anderes für Lateinamerika paradigmatischen Charakter zu haben scheinen, nämlich das Experiment Julius Nyereres in Tanzania und die Revolution Fidel Castros in Kuba.

Frantz Fanon hat in seinem 1961 erschienenen Buch „*Les Damnés de la Terre*“ in einem „*Mésaventures de la conscience nationale*“ überschriebenen Kapitel versucht, eine Analyse der Verhältnisse zu geben, die nach der Erlangung der Unabhängigkeit afrikanischer Staaten zu erwarten sind<sup>23</sup>. Er hat genau die Entwicklung der afrikanischen Staaten, insbesondere Ghanas, beobachtet, die schon ihre Souveränität erreichen konnten, und daraus seine Schlüsse gezogen. Auch die Erfahrungen der südamerikanischen Länder veranlaßten ihn zu mancher Überlegung, wie man von vornherein die Irrwege anderer Entwicklungsländer vermeiden könnte.

Sein Interesse konzentriert sich dabei auf vier Aspekte: die Funktion der einheimischen Bourgeoisie, die Rolle des nationalen Führers, die Stellung der Partei und die Organisation der Armee. Die Bourgeoisie der Entwicklungsländer, zu der weder Industrielle noch Finanziere gehören, sondern Kaufleute, Beamte, Intellektuelle, Universitätslehrer, „ist nicht auf Produktion, Erfindung, Konstruktion und Arbeit ausgerichtet“ (S. 114), sondern ihre Aktivitäten sind auf vermittelnde Funktionen festgelegt. Sie sammelt kein Kapital, sie investiert es nicht in die einheimische Produktion, sie stellt sich nicht der Revolution zur Verfügung, sie ist keine „klassische Bourgeoisie, sondern eine bourgeoise Bourgeoisie, in platter, dummer, zynischer Weise bourgeois“. Ihr fehlt alles das, was den europäischen Frühkapitalismus auszeichnete, wie ihn Max Weber in seiner Untersuchung über die protestantische Ethik und den Geist des Kapitalismus dargestellt hat. Daher erklärt sich, wie Fanon annimmt, das Fehlen großer wirtschaftlicher Konzeptionen in den von der Bourgeoisie beherrschten nationalistischen Parteien. Ihre einzige „Idee“ besteht darin, die von den Kolonialisten verlassenen Positionen zu übernehmen und auszubeuten. Ebenso haben die einheimischen Grundbesitzer kein anderes Ziel, als die von den Colons bewirtschafteten Güter zu übernehmen und in gewohnter Weise mit denselben Methoden, Arbeitern und Maschinen zu bearbeiten. „Indem sie drei oder vier Schlagwörter gebrauchen, wollen sie von den Landarbeitern enorme Arbeitsleistungen verlangen, natürlich im Namen der nationalen Anstrengungen“ (S. 117). Die in der Kolonialzeit angestauten Aggressionen sollen nun durch die Übernahme der kolonialen Positionen kompensiert werden, der Kolonialismus wird einheimisch. Auf der Ebene der Facharbeiter, Kleinhändler und unteren Funktionäre wiederholt sich diese platte Art von Nationalismus dadurch, daß man sich gegen die Inder und andere Volksgruppen wendet, die nicht als Angehörige der Nation angesehen werden. Fanon kritisiert diese enge Art von Nationalismus mit den

<sup>23</sup> Frantz Fanon, op. cit. Vgl. auch: Renate Zahar, *Kolonialismus und Entfremdung*, Frankfurt 1969.

härtesten Ausdrücken: „Wir sind vom Nationalismus zum Ultra-Nationalismus, zum Chauvinismus und Rassismus gekommen“ (S. 118).

Fanons Begriff des Nationalismus ist weit entfernt von solch kleinbürgerlicher Auffassung: „Wenn der Nationalismus nicht erklärt, bereichert und vertieft wird, wenn er sich nicht sehr schnell in politisches und soziales Bewußtsein, in Humanismus umsetzt, führt er in eine Sackgasse“ (S. 151). Die vage Formel der afrikanischen Einheit zeigt ihr wahres Gesicht und zerfällt in Regionalismus inmitten derselben nationalen Realität. „Der Rassismus der westlichen Bourgeoisie gegenüber dem Neger ist ein Rassismus der Verachtung, ein Rassismus, der erniedrigt. Der Rassismus der jungen nationalen Bourgeoisie ist ein Rassismus der Verteidigung, ein Rassismus, der auf Angst beruht“ (S. 123). Die Unsicherheit gegenüber der ländlichen Bevölkerung, der Masse von Analphabeten und von Stämmen, die weiter in ihren traditionellen Bindungen leben, veranlaßt die Bourgeoisie dazu, ihr Heil in der Einheitspartei zu suchen. Sie dient zur Abschirmung des privaten Profitstrebens, als Deckung gegen die steigende Unruhe des Volkes, das keine Besserung der Verhältnisse feststellt, sondern eher eine Verschlechterung. Doch kann die Einheitspartei nur dann die ihr zugeteilte Funktion wirksam wahrnehmen, wenn an ihrer Spitze eine charismatische Führerpersönlichkeit (le leader) steht. „Vor der Unabhängigkeit personifizierte der Führer im allgemeinen die Bestrebungen des Volkes: Unabhängigkeit, politische Freiheiten, nationale Würde. Aber nach der Erlangung der Unabhängigkeit enthüllt der Führer seine verborgene Funktion: Präsident der Gesellschaft von Profitjägern zu sein, die ungeduldig darauf wartet, das, was die nationale Bourgeoisie ausmacht, zu genießen.

„Der leader ist objektiv gesehen der leidenschaftliche Verteidiger der heute miteinander verbundenen Interessen der nationalen Bourgeoisie und der früheren kolonialen Finanzgesellschaften“ (S. 125). Der Führer beruhigt das Volk, das immer noch Hunger leidet, er ruft ihm die glorreichen Erinnerungen des Unabhängigkeitskampfes ins Gedächtnis, er versucht, die Seele des Volkes zu sein, was nach Ansicht Fanons um so notwendiger erscheint, als die alte Partei der Revolutionszeit längst aufgehört hat, die Bestrebungen des Volkes zu vertreten; sie ist nur noch die „formelle Partei, der Name, das Emblem und die Devise“ (S. 127). Hier taucht im Hintergrund die Konzeption auf, die Fanon von einer „organischen Partei“, einer Partei, wie sie sein soll, hat. Sie zeichnet sich durch eine lebendige Zirkulation von Menschen und Ansichten, durch stete Diskussion aus, durch einen beständigen Kommunikationsprozeß, der nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben verläuft. Diese organische Partei, die noch während des Befreiungskampfes bestand, zerfällt, weil es schon während des Unabhängigkeitskampfes an einer geschlossenen Theorie, einer genauen Vorstellung fehlte, wie man Staat und Gesellschaft nach dem Abzug der Kolonialregierung neu ordnen will. Fanon scheint ähnlich wie Marcuse für die Industrie-

länder einige Hoffnung auf die Intellektuellen gesetzt zu haben, die zwar sozial zur Bourgeoisie rechnen, aber ihrer Methoden und kleintlichen Ziele überdrüssig sind und auf Abhilfe sinnen. Er sieht folgende Wege, diese Situation zu überwinden:

1. Das Volk muß politisiert werden, es muß ihm ermöglicht werden, selbst am politischen Entscheidungsprozeß teilzunehmen.
2. Der tertiäre Sektor der Wirtschaft, der — insbesondere die Verwaltung — eine überragende Rolle in den Entwicklungsländern spielt, muß nationalisiert werden. Der Handel muß staatlich kontrolliert werden.
3. Die Partei muß völlig von der Regierung und Verwaltung getrennt werden und wieder ihre alte Funktion erhalten, nämlich die Bedürfnisse des Volkes festzustellen und zum Ausdruck zu bringen. Sie darf nicht mehr zum Mittel werden, das dazu dient, Verwaltungsposten zu erlangen.
4. Staat und Partei müssen dezentralisiert werden. Die einzelnen Regionen sollen ihre Vertretung erhalten, die Konzentrierung der Verwaltungsspitzen in der Hauptstadt muß rückgängig gemacht werden. „In einem Entwicklungsland hält die Errichtung von Regional-Direktionen den Prozeß der Überkonzentration (makrocéphalisation) der Städte und den ungeordneten Strom der ländlichen Masse in die Stadt auf“ (S. 138). Der direkte Kontakt zu der ländlichen Bevölkerung muß auf allen Ebenen hergestellt werden. ... Die führenden Mitglieder der Partei müssen die Hauptstadt meiden wie die Pest. Sie sollten mit einigen Ausnahmen auf dem Lande leben. Die Partei muß bis zum äußersten dezentralisiert werden. Das ist das einzige Mittel, die toten Gegenden, die Provinzen, die noch nicht zum Leben erwacht sind, zu aktivieren“ (S. 138).

In diesem Rahmen auch sieht er die nationale Armee. Für ihn soll sie „Schule der Nation“ sein und — wie in Israel — ein Nationalbewußtsein der verschiedenen Volksgruppen schaffen, allen Lesen und Schreiben und die Grundbegriffe technischen Wissens beibringen und bei großen nationalen Entwicklungsarbeiten eingesetzt werden. „Die Salongeneräle, die die Vorzimmer der Macht belagern, träumen vom Pronunciamento. Das einzige Mittel, dem zu entgehen, ist die Politisierung der Armee, das heißt sie zu nationalisieren“ (S. 149).

In Algerien, für dessen Befreiung vom Kolonialismus Fanon gekämpft hat, hat man seinen Rat offensichtlich *nicht* befolgt<sup>23a</sup>. Die Armee hat den „leader“ Ben Bella vertrieben und einen neuen leader installiert, die Bourgeoisie ist nicht beseitigt, sondern gestärkt worden, und die Partei hat sich in den Städten verschanzt und hat aufgehört, Sprachrohr der Masse zu sein. Ghana, das andere Beispiel Fanons, ist einen ähnlichen, noch tragischeren Weg gegangen und

23a vgl. A. Hunbaraci, Algeria: A revolution that failed, London 1966.

eben jenem „Pronunciamento der Generäle“ erlegen, dessen Verhinderung Fanon so leidenschaftlich verlangte<sup>24</sup>. Als Beispiele einer gewissen Rezeption Fanonscher Ideen, obwohl kein direkter Zusammenhang nachzuweisen ist, kann man Guinea unter Sekou Touré und Tanzania unter Julius Nyerere ansehen. Sekou Touré hat versucht, die Partei als Sprachrohr des Volkes zu erhalten und den ständigen Dialog von unten nach oben, den Fanon forderte, zu ermöglichen. Er hat es verstanden, die Armee in der Rolle des dienenden Instrumentes zu erhalten und versucht, die Herausbildung einer Bourgeoisie zu verhindern, deren Entstehung er von Anfang an kritisiert hat. Trotzdem ist die Bilanz enttäuschend. Schon 1963 erklärte Sekou Touré, daß man nicht so weit gehen sollte, den Bauern, Arbeiter oder Beamten bourgeois zu nennen, der als überzeugter Demokrat und als Parteimitglied ein modernes Haus bauen, einen Wagen kaufen und seiner Familie einige moderne Annehmlichkeiten verschaffen konnte<sup>25</sup>. Die Existenz einer parasitären Bourgeoisie im Sinne Frantz Fanons ist Bestandteil afrikanischer Wirklichkeit geworden und geblieben, und der Einfluß ausländischer Geldgeber, ob privat oder staatlich ist eher gewachsen, wofür wieder Guinea, das nun versucht, Kontakte mit Frankreich und anderen kapitalistischen Ländern anzuknüpfen, ein Beispiel gibt<sup>26</sup>.

Es bleiben die Beispiele Tanzanias und Kubas. Tanzania schien zunächst einen ähnlichen Weg gehen zu wollen wie Ghana oder Guinea, d. h. ein kommunitärer Sozialismus nach innen, verbunden mit antikolonialistischen und anti-neokolonialistischen Parolen nach außen<sup>27</sup>. Das änderte sich jedoch mit der Arusha-Deklaration, die im Februar 1967 unter dem persönlichen Einfluß Nyereres formuliert und verkündet wurde<sup>28</sup>. Hierin werden konkrete Maßnahmen gefordert, um den sich schnell vergrößernden materiellen Abstand zwischen der führenden Elite in Partei und Regierung und der Masse der Bauern, zwischen den Lohnarbeitern der Städte und der ländlichen Bevölkerung zu verkleinern. Der „National Service“ wird zur

24 B. Fitch and M. Oppenheimer, *Ghana, End of an illusion*, New York 1966.

25 zitiert in: *Africa Report*, Mai 1963, Special Issue on African Socialism, pp. 26—27.

26 S. Amin, *Trois expériences africaines de développement: Le Mali, La Guinée et le Ghana*, Paris 1965. G. Chaliand, *Indépendance nationale et révolution*, in: *Partisans* 29—30, Mai—Juni 1966, Sonderausgabe: *L'Afrique dans l'épreuve*. Vgl. auch: *Bewaffneter Kampf in Afrika*, München 1969.

B. Ameillon, *La Guinée, bilan d'une indépendance*, Paris 1964.

27 Für die erste Periode nach der Unabhängigkeit cf. H. Bienen, *Tanzania; Party transformation and economic development*, Princeton 1967.

28 *The Arusha Declaration and Tanu's Policy on Socialism and Self-Reliance*, Dar-es-Salaam 1967. Ebenso: *Arusha Declaration: answers to questions*, Dar-es-Salaam 1967.

Problem: G. Arrighi und John S. Saul, *Socialism and Economic Development in Tropical Africa*, in: *Journ. of Modern African Studies*, vol. 6, No. 2 (1968), S. 141 ff.

Erziehungsinstitution des Volkes umgebildet, eine Reihe von Firmen, ländlichen Großbetrieben und insbesondere die Banken werden nationalisiert. Der drohenden Klassenbildung auf dem Lande wurde ein noch nicht ganz klares Gegenprogramm in Nyereres bedeutender Rede über „Socialism and Rural Development“ entgegengestellt. Es ist noch zu früh, die Auswirkungen dieser neuen Phase des tanzanischen Sozialismus zu beurteilen. Fest steht jedoch, das hier wohl zum ersten Mal ein energischer Versuch unternommen wird, die Partei wieder mit den Massen in Kontakt zu bringen, die Eliten an übermäßiger Bereicherung zu hindern, die wachsende ökonomische Ungleichheit zwischen Land- und Stadtbewohnern aufzuhalten und das Militär zum Instrument politischer Aufklärung umzugestalten. Die Arusha-Deklaration ist ein afrikanischer Versuch, die soziale Revolution permanent zu machen und das Problem des Neo-Kolonialismus mit praktischen Maßnahmen unter dem Stichwort: „Self-Reliance“ anzugehen<sup>29</sup>.

Bleibt die Beurteilung des tanzanischen Experiments noch un schlüssig, so gibt vielleicht die kubanische Revolution Fidel Castros eine überzeugendere Antwort. Auf den ersten Blick scheint die kubanische Revolution genau nach dem Modell Frantz Fanons vor sich gegangen zu sein: Fidel Castro gehörte zunächst einer bürgerlichen Oppositionspartei, der Ortodoxo-Partei an, er versuchte in den Städten erfolglos 1953 eine Revolution gegen den kubanischen Diktator Batista und emigrierte nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis nach Mexico, wo er sich von der Ortodoxo-Partei trennte. Er sammelte eine Reihe von jungen Emigranten um sich und landete im September 1956 in einem abgelegenen Agrargebiet Kubas. Sein Programm, das er mit Hilfe des amerikanischen Journalisten Mathews in die amerikanische Öffentlichkeit bringen konnte, bestand darin, zur demokratischen Verfassung der Vor-Batista-Zeit zurückzukehren und freie Wahlen durchzuführen. 1959/60 konnte Castro nach der Flucht Batistas die Macht in Kuba übernehmen. — Trotz der auffallenden Parallelen der kubanischen Revolution zur Theorie Fanons sind doch große Unterschiede festzustellen:

1. Kuba war unter Batista kein Entwicklungsland wie etwa die afrikanischen Staaten. Im Vergleich zu den südamerikanischen Staaten war Kuba wirtschaftlich günstig gestellt. Schon 1949 konstatierte ein Wirtschaftsexperte, daß Kuba im Verhältnis zu seiner Bevölkerung höher kapitalisiert war als jedes andere südamerikanische Land; es stand bei sehr vorsichtiger Schätzung an vierter Stelle unter allen südamerikanischen Ländern im Pro-Kopf-Einkommen. Wenn auch die Wirtschaft wie in vielen Entwicklungsländern sehr einseitig, nämlich auf Zucker-Export, orientiert war,

<sup>29</sup> Zum Problem des Neo-Kolonialismus aus marxistischer Sicht: Jack Woddis, *Introduction to Neo-Colonialism*, London 1967 und Saul und Arrighi, *op. cit.*

so war doch sowohl die Industrialisierung als auch die Mechanisierung der Landwirtschaft sehr viel weiter fortgeschritten als in anderen Entwicklungsländern<sup>30</sup>.

2. Zwei der potentiell revolutionären Kräfte Fanons: die armen Bauern und die Arbeiter spielten kaum eine Rolle während der Revolution. Castros intellektuelle Avantgarde fand ihre Hilfe bei bürgerlichen Elementen in den Städten, insbesondere in Havanna, die eine Revolution gegen Batista versuchten, als Castro bereits gelandet war, und bei den schon erwähnten wohlhabenden Bauern, die bereits Land besaßen. Weder die große Masse der armen Bauern noch die kommunistische Partei, noch die Arbeiterschaft unterstützten Castro am Anfang aktiv. Nur einige Arbeitslose stießen zu seiner Gruppe, die außerordentlich klein war, denn nach Castros eigenen Angaben umfaßte sie im Sommer 1958 nicht mehr als 180 Revolutionäre, deren Zahl bis Dezember 1958 nicht über 800 anstieg<sup>31</sup>.

Boris Goldenberg weist darauf hin, daß die kubanische Revolution weder eine Bauern- noch eine Proletarier-Revolution war, sondern daß die Haupttriebkkräfte die Intellektuellen (einschließlich der Studenten) und die Arbeitslosen der Städte waren. Folglich hatte die Revolution ein teils demokratisches, teils radikal-sozialistisches Programm. Die erste Phase der Herrschaft Castros spiegelte diese Situation wieder. Es wurde der Lebensstandard auf Grund der vorhandenen Ressourcen sofort für die breite Masse angehoben; Häuser, Krankenhäuser und Schulen wurden gebaut. Die daraus resultierenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten führten zur sozialistischen Phase, die auch der bis dahin unbedeutenden und an der Revolution praktisch nicht beteiligten kommunistischen Partei Kubas größere Möglichkeiten gab. Ein neuer Staatsapparat mit seiner Bürokratie wurde aufgebaut und verwandelte die erste spontane Phase in eine Staats-sozialistische, da der wachsende Widerstand verschiedener ökonomischer Interessengruppen nicht mehr mit Enthusiasmus, sondern mit Exekutivgewalt gebrochen werden mußte. Auch hier finden sich also wieder Abweichungen von Fanons Zukunftsbild: die Armee spielt kaum eine Rolle, der amerikanische Einfluß wurde durch völlig anders gearteten russischen Wirtschaftseinfluß ersetzt, die Bourgeoisie wurde teils entmachtet, teils in veränderter Weise wieder in ihre Machtstellung eingesetzt, die Partei droht die unmittelbare Verbindung zum Volke zu verlieren, doch sind auf anderem Gebiete, insbesondere dem der vertikalen sozialen Mobilität, dem Erziehungswesen und der Frauen-Emanzipation, sowie in gewissem Maße auch der Landreform große Fortschritte nicht zu verkennen.

30 Boris Goldenberg, *The Cuban Revolution and Latin America*, London 1965, S. 120 ff. Edward Boorstein, *The economic transformation of Cuba*, New York 1969; L. Hubermann u. P. Sweezy, *Socialism in Cuba*, New York 1969.

31 B. Goldenberg, *op. cit.* S. 162.

Es ist auch im Falle von Kuba schwierig zu entscheiden, ob sich die Revolution perpetuieren konnte, oder ob nur eine Herrschaftsform die andere ersetzt hat. Zweifellos ist größere soziale Gleichheit erzeugt und, um es sarkastisch zu formulieren, das Elend gleichmäßiger verteilt worden. Doch genügt es nicht, zur Beurteilung des Erfolges einer Revolution nur auf solche Daten zu achten.

In dem 1966 erschienenen Roman des farbigen südafrikanischen Schriftstellers Peter Abrahams, „This Island Now“ (London 1966), das die Übernahme der Macht einer von einer weißen Minderheit beherrschten karibischen Insel durch einen Schwarzen beschreibt, sagt der schwarze Führer der Revolution zu einem weißen Journalisten, der für die Revolution gekämpft hat, aber sich gegen die Einschränkung der Pressefreiheit einsetzt, folgendes: „Heute ist die Zeit aus den Fugen geraten und wir mit ihr. Heute könnt ihr uns am meisten damit helfen, daß ihr uns unsere Dinge selbst machen laßt, auch wenn wir ein Chaos aus ihnen machen. Es gibt keinen anderen Weg, um Selbstrespekt und Stolz für das zu gewinnen, was wir sind. Ich glaube nicht, daß ich Ihnen sagen muß, daß rassistische Beleidigungen, die gegen irgendwelche Weiße auf unsere Straßen geschleudert werden, daß all das aggressive Rassengerede nur ein Symptom für unser verzweifertes Verlangen nach Selbstachtung ist“<sup>32</sup>.

Diese Bemerkungen legen jene sozialpsychologischen Dimensionen frei, die allen Revolutionstheorien der dritten Welt eigen sind und die oft deshalb übersehen werden, weil man sie unter ideologischen Stichworten westlicher Provenienz, wie „Sozialismus“, oder unter wissenschaftlichen Kategorien ökonomischer Natur, wie „Unterentwicklung“, verschwinden läßt. Die Erfolge und die Faszination jener die Gewalt fördernden Revolutionstheorien, wie sie von Männern wie Giap, Frantz Fanon, Fidel Castro und Ho Chi-Minh formuliert wurden, sind unter anderem daraus zu erklären, daß sie es den Bauern, Arbeitern, Arbeitslosen und unzufriedenen Intellektuellen dieser lange unter weißer Vorherrschaft stehenden Länder ermöglichen, ihre Entfremdung zu überwinden und sich mit ihrem Land und ihrer eigenen Erfahrung zu identifizieren. Frantz Fanon hat in seinem ersten Buch „Peau Noire, masque blanc“ auf dieses Verhältnis hingewiesen und den Satz Fichtes: „Das Ich setzt sich, indem es sich entgegensetzt“, zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen genommen. An diesem Punkt setzt auch die Beziehung der amerikanischen *Black-Power-Bewegung* zur Revolution in den Entwicklungsländern ein. Stokely Carmichael sagte vor Studenten in Dar-es-Salaam, daß die Befreiung Afrikas vom Kolonialismus den schwarzen Amerikanern zum ersten Male die Möglichkeit gab, sich auf etwas zu beziehen, mit dem sie sich identifizieren konnten und das außerhalb des amerikanischen Wertsystems liegt. Je schneller sich die afrikanischen Länder entwickeln, desto stärker wachse das Selbstvertrauen der „Afro-Amerikaner“, wie sie sich jetzt

32 Peter Abrahams, *This Island Now*, London 1966, S. 213/214.

bezeichnenderweise nennen<sup>33</sup>. Der Unterschied ihrer Situation, da sie in den Städten Nordamerikas immer mehr ihr Lebenszentrum sehen, und ihre soziale und ökonomische Stellung innerhalb einer kapitalistischen Industriegesellschaft werden andere Taktiken der Revolution nötig machen, worüber auch die Benutzung Fanonscher Vokabeln oder maoistischer Zitate nicht hinwegtäuschen kann. Aber ihren Ideen liegt eine sehr ähnliche sozialpsychologische Situation zugrunde, die von den meisten, die sich bisher mit Theorien der kolonialen Revolution beschäftigt haben, unterschätzt oder übersehen wurde. Es wird in der Revolution der Dritten Welt und der schwarzen Amerikaner ebenso um ein neues Verhältnis zur Geschichte gekämpft wie um soziale und ökonomische Positionen. Es handelt sich weder in den Entwicklungsländern noch in Amerika nur um ein politisches, ökonomisches oder militärisches Phänomen, sondern um ein soziales und psychologisches Problem, das auch nach dem Siege der Revolutionäre weiterwirken wird und dessen Lösung über den Erfolg der Revolution als Überwindung einer repressiven Gesellschafts- und Herrschaftsordnung entscheidet.

33 vgl. dazu den wichtigen Aufsatz von Locksley Edmondson, „Black Power“, *Africa and the Carribean*, Kampala 1968, vielfältig, und Stokely Carmichael and Charles Hamilton: *Black Power. The Politics of Liberation in America*, N. Y. 1967.

## Besprechungen

### Philosophie

**Szondi, Peter:** Versuch über das Tragische. Insel-Verlag, Frankfurt/Main 1961 (117 S., kart., 8,80 DM).

Ders.: Satz und Gegensatz. Insel-Verlag, Frankfurt/Main 1964 (102 S., kart., 4,50 DM).

Ders.: Hölderlin-Studien. Mit einem Traktat über philologische Erkenntnis. Insel-Verlag, Frankfurt/Main 1967 (146 S., Ln., 14,— DM).

Der *Theorie des modernen Dramas* hat Szondi bis heute drei weitere Bücher folgen lassen: seine Habilitationsschrift *Versuch über das Tragische* sowie die Aufsatzsammlungen *Satz und Gegensatz* und *Hölderlin-Studien*.

Die formalistische Auszehrung der dialektischen Methode, wie sie bereits an der *Theorie des modernen Dramas* festzustellen war<sup>1</sup>, beherrscht Szondis Theorie des Tragischen in noch größerem Maße. Die ethischen und gesellschaftlichen Inhalte, die der deutsche Idealismus (vor allem Schiller und Hegel) in der ‚Dialektik des Tragischen‘ sich aussprechen sah, werden von Szondi ignoriert. Statt dessen offeriert er uns eine weitere formalistische Reduktion: „... das Tragische ist ein Modus, eine bestimmte Weise drohender oder vollzogener Vernichtung, und zwar die dialektische. Nur der Untergang ist tragisch, der aus der Einheit der Gegensätze, aus dem Umschlag des Einen in sein Gegenteil, aus der Selbstentzweiung erfolgt“ (60). In dieser Formel sieht Szondi die Essenz der Tragödientheorie der deutschen Philosophie von Schelling bis Scheler; sie ist nicht falsch, doch — angesichts der zitierten Tradition — trivial.

Von den repräsentativen deutschen Philosophen, die Szondi in zwölf Essays kurz (zu kurz) kommentiert, fehlt lediglich Schiller, da dieser „Aristoteles die Treue hält“ und so zu einer dialektischen Konzeption des Tragischen nicht fähig sei — was auf die späte, auf Kant aufbauende Theorie Schillers in keiner Weise zutrifft. (Daf Marx' Ansätze einer materialistischen Tragödienkonzeption<sup>2</sup> unerwähnt bleiben, verwundert weitaus weniger; weder würde dieser

1 Siehe dazu meinen Aufsatz „Dialektik und Formalismus“, Argument 49/1968, S. 466 ff.

2 Man denke an die „Sickingen-Debatte“ zwischen Marx, Engels und Lassalle, auf deren Bedeutung nach Lukács neuerdings wieder Hans Mayer hingewiesen hat („Karl Marx und die Literatur“, Merkur 245 (Sept. 1968), S. 813—827).

in Szondis formalistisches Schema passen noch überhaupt als akademisch salonfähig akzeptiert werden können.)

Den theoretischen „Kommentaren“ deutscher Philosophen werden dann in einem zweiten Teil acht „Analysen des Tragischen“ an die Seite gestellt, in denen „versucht wird, . . . die These von der dialektischen Struktur des Tragischen zu erhärten“. Sie befassen sich mit repräsentativen Werken zwischen Sophokles und Büchner. Die vielen wertvollen und wohlformulierten Einsichten, die sie enthalten, können sich im Klappern der formalistischen Mühle nur schwer behaupten. Was immer wieder am Ende herauspringt, ist stets das gleiche graue dialektische Mäuschen.

Der Titel von *Satz und Gegensatz* verweist erneut auf die dialektische Methode. ‚Dialektik‘ soll an unterschiedlichen Gegenständen — die sechs Essays behandeln Themen und Autoren der neueren und modernen Literatur zwischen Fr. Schlegel und Benjamin — als immanente Struktur von Dichtung und Theorie nachgewiesen werden. Sie bezieht sich auf rein formelle Sachverhalte, ja wird im Verlaufe ihrer Verwendung in zunehmendem Maße für jede historische Konkretion untauglicher. So werden die hier gesammelten Aufsätze erst eigentlich dann lesenswert, wenn man die Präntention vergißt, die der Autor auf dialektische Reflexion stellt. Für sich selbst genommen, sind es kultivierte Analysen, wenn auch dem Gedanken nach etwas ungleicher Qualität. So hat der Schlegel-Aufsatz der Romantikforschung wenig Neues zu sagen und ist kaum mehr als ein gut geschriebenes Résumé von Bekanntem. Die Arbeit über Schillers „Demetrius“-Fragment ist überzeugender, weil detaillierter als Szondis Analyse des gleichen Stücks in der Schrift über das Tragische, doch hält er weiter einseitig an der These von Schillers „wesentlich kantisch-aristotelischem, psychologisch-praktischem Standpunkt“ fest. Unter den weiteren Essays des Bandes sind, wie uns scheint, als die besseren vor allem die über Thomas Manns „Erwählten“ und Benjamin hervorzuheben. Im ganzen gesehen aber zeigt sich in ihnen deutlich, daß Szondi mehr und mehr auf eine rein phänomenologische Hermeneutik tendiert. Was als formaldialektische Literaturtheorie begann, geht schrittweise ins Lager der Neuen Kritiker und Ästhetizisten über.

Von den Prämissen einer solchen Position her ist der individuelle Text auf kein Allgemeines mehr beziehbar, er muß vielmehr als autonome ästhetische Substanz postuliert werden, als individualisierter — und zugleich isolierter — Organismus, der seinen Sinn allein in sich selbst trägt. Zu einer solchen monistischen Auffassung von Literatur hat sich Szondi in dem die *Hölderlin-Studien* einleitenden „Traktat über philologische Erkenntnis“ klar bekannt. Die Literaturwissenschaft sei von der Historie „durch dieselbe Kluft getrennt wie von den Naturwissenschaften“, denn „auch die Literaturhistorie vermag das Besondere nur als Exemplar, nicht als Individuum zu sehen; das Einzigartige fällt auch für sie außer Betracht“ (20). Die Texte dagegen „geben sich als Individuen, nicht als Exemplare“ (20). Zwar gehöre auch „Historizität“ zur „Besonderheit“ der einzelnen

Werke, doch „darf nicht übersehen werden, daß jedem Kunstwerk ein monarchischer Zug eigen ist, daß es — nach einer Bemerkung Valéry's — allein durch sein Dasein alle anderen Kunstwerke zunichte machen möchte“. Dieses Verlangen gehöre „als Absolutheitsanspruch zum Charakter jedes Kunstwerks, das ein Ganzes, ein Mikrokosmos sein will . . .“ (21). Nicht nur sei mit Dilthey an dem prinzipiellen Unterschied zwischen Naturwissenschaft und Geisteswissenschaft festzuhalten, gerade „der Hinweis auf Diltheys Leistung“ mache „die Einsicht notwendig, daß das philologische Wissen auch vom historischen sich grundsätzlich unterscheidet“ (10). „Philologisches Wissen“ sei überhaupt kein „Wissen“ im historischen Verstande, sondern „perpetuierte Erkenntnis“, „kritische Tätigkeit“, „Verstehen“.

So sehr jeder, dem die Befreiung der Literaturwissenschaft aus den Grenzen germanistischer Veranstaltungen am Herzen liegt, viele der Gedanken Szondis begrüßen wird, so bedenklich stimmt ihre theoretische, auf der These einer prinzipiellen Trennung von Philologie und Geschichtswissenschaft beruhende Begründung. Szondis ästhetizistische Idiosynkrasien, die sein Werk von Anfang an präjudiziert haben, kommen nun in aller Deutlichkeit zum Vorschein. Geschichte und Gesellschaft werden, wenn überhaupt, dann nur aus der Vogelschau wahrgenommen. Die Interpretationen später Hölderlingedichte, die das Kernstück des Bandes bilden, sind dafür die besten Beispiele. Über das im engsten Sinn „Philologische“ reichen sie nicht hinaus; von der Geschichte, von der Hölderlins Lyrik immer spricht, ist bei Szondi nur andeutungsweise oder modo negativo die Rede.

Szondis Grenzen sind immer wieder die seiner Methode. Es ist nicht zu leugnen, daß sein stilistisches und intellektuelles Niveau weit über dem Durchschnitt deutscher Germanistik liegt, doch ist ebenso klar zu sehen, daß die einseitig und dogmatisch gebrauchte Methode phänomenologisch-textkritischer Hermeneutik eine wirklich überzeugende Interpretation nicht gestattet. Ja oft steht die bloße *metaphorische Reproduktion* (d. h. die unkritische Übernahme zentraler poetischer Metaphern in die Sprache der Interpretation) an der Stelle analytischer Erklärung. Das folgende Beispiel mag für viele stehen (es handelt sich um die Interpretation des Inspirationsmotivs in der Hymne „Wie wenn am Feiertage . . .“): „Spätestens jetzt, bei der Beschwörung des Semele-Mythos, der den Ursprung der Dichtung veranschaulichen soll, muß sich Hölderlin die Frage aufgedrängt haben, ob der Dichter, ob er selber überhaupt imstande ist, das himmlische Feuer zu ertragen, ob nicht auch der Dichter den Preis zu zahlen hat, den die zu Asche verglühte Semele zahlte. Kein Zweifel, der spätere Hölderlin, zu dessen Erlebnis immer mehr die vernichtende Kraft des göttlichen Lichts wurde, bis es ihn, nach der Reise in die sengende Hitze des Südens, 1802, in die Umnachtung trieb, hätte ein anderes Ende zu erhoffen nicht den Mut gehabt“ (39). Daß Hölderlin eine ‚mytho-poetische‘ Sprache spricht, steht außer Frage, ob die Interpretation lediglich diese Sprache zu reproduzieren habe, um ihrem Begriff gerecht zu werden, ist dagegen sehr in Frage zu stellen.

Bei aller stilistischen Meisterschaft tendiert Szondi ständig zu solchen — oft penetranten — Reproduktionen zentraler poetischer Termini, ja stellenweise spricht er — in der Wirkung peinlich — mit dem Gestus des Priesters und Mystagogen. So etwa in jenem Satz, der die Studie zur Entstehungsgeschichte des hymnischen Spätstils Hölderlins beschließt: „Erst nach diesem Scheitern“ (gemeint ist das „Scheitern“ Hölderlins an der Feiertagshymne), „einem Scheitern, das zugleich Erkenntnis und Läuterung gewesen sein mag, konnte Hölderlins eigentliche Hymnendichtung, sein Spätwerk, beginnen. Sie ist nicht weniger persönlich als die Oden und Elegien, aber das Ich, dessen Stimme sie trägt, kennt einen anderen Pfeil als den des Gottes nicht mehr“ (54).

Reproduktive Terminologie und mystagogischer Gestus sind im Grunde Ausdruck einer methodologischen Hilflosigkeit. So sehr Szondi auch immer ‚Nähe zu den dichterischen Texten‘ beanspruchen und fordern mag, so sehr er ständig auf ‚philologische Konkretion‘ insistiert, die Erfassung der Texte in ihrer *historischen Individualität* gelingt ihm kaum.

Über die Ebene einer im Grund abstrakt-formalistischen Diskussion kommen auch die Aufsätze über Hölderlins ästhetische Anschauungen nicht hinaus, die den Band abschließen. So relevant sie in manchem Detail sein mögen, ihr Ergebnis ist enttäuschend gering.

Thomas Metscher (Belfast)

**Shaw, Gisela:** Das Ding an sich in der englischen Kantinterpretation. Kantstudien, Ergänzungshefte, hrsg. von Ingeborg Heidemann im Auftrage der Kantgesellschaft, Landesgruppe Rheinland-Westfalen; H. Bouvier u. Co. Verlag, Bonn 1969 (176 S., kart., 24,50 DM).

Die Losung der Angst einer durch das Vordringen der Naturwissenschaften und selbstkritische Auszehrung von Arbeitslosigkeit und dem Verlust ihrer „Gebiete“ bedrohten Philosophie lautete, daß ihre Aufgabe nurmehr darin bestehen könne, „Probleme zu retten“. Das Interesse, das sich derart ambivalent ausspricht, mag legitimes geschichtliches Erbe im Sinn haben; es kann aber auch den Versuch bezeichnen, Denken auf die Herstellung beliebig reproduzierbarer und zitierbarer Fetische einzuschwören. Diese Deutung wird durch das der vorliegenden Dissertation vorangestellte Motto nahegelegt: „The chameleon darkens in the shade of him who bends over it to ascertain its colours“ (Coleridge). Ähnliche, scheinbar mystifizierende Vexierbilder finden sich auch in Hegels Phänomenologie, jedoch stets als Klimax, um die nachfolgende Aufklärung desto sinnfälliger zu machen. Was dagegen im folgenden Zitat verheißen wird, ist ein aus der Kasteiung der Vernunft hervorgehender Heroismus als Lohn für Vergeblichkeit: „Die Interpretationsgeschichte des Ding-an-sich-Begriffs stellt sich als die Folge verschiedener Lösungsversuche dar, in welchen sich das Wesen des unzeitlichen Problems in der Zeit entfaltet. So wie keine Lösung je Anspruch auf Endgültigkeit erheben

kann und immer wieder als unzureichend zurückgenommen werden muß, so ist das Problem gekennzeichnet durch seine Struktur der Offenheit, des schwebenden Gleichgewichts von Gegensätzen, welche in einer Einheit für den Menschen *nicht zu fassen sind* und welche dennoch in der Reflexion, wenn auch nie anders als einseitig, gefaßt werden *müssen*“ (154). Anders ausgedrückt: das Problem als solches wird irrationalisiert. Die Hypostasierung ins Metaphysische hebt an mit dem Ding an sich als Problem und endet mit dem Problem als Ding an sich.

Wenn anfangs das Ding an sich für einen „Prüfstein aller Kantinterpretation“ (7) ausgegeben wird, dann wohl nur in einem Sinne, der seine Tauglichkeit als Unterscheidungskriterium abstrakter Klassifikation meint. Die Stellung eines Denkers zu diesem Problem dient seiner Identifizierung, der Zuordnung zu einer Schule, zu der er sich ohnedies bekennen würde. Daß, je nach der Provenienz des Philosophen, das Ding an sich entweder gemäß den Voraussetzungen der „schottischen Schule“, der Metaphysiker, des älteren, neueren, kritischen Realismus oder der analytischen Schule interpretiert werde, ist eine plausible Erwartung. Die Beweisführung wird jedoch dann zur Tautologie, wenn sie sich in deren bloßer Bestätigung erschöpft und zum Beleg für verfehlte Deutungen auf eine vage Kant-Orthodoxie rekurriert. Nicht nur werden originelle Interpretationsansätze (Hodgson, Hicks, A. H. Smith, Ewing) dort liegengelassen, wo sie selbst abbrechen, sondern es fehlt vor allem an einer zureichend klaren Exposition des Problems, die über die Auskünfte, die der kantische Text selbst bietet, hinausginge und auf die Rückversicherung bei „Autoritäten“ verzichtete. So erscheinen denn die Sicherheit in der Reproduktion interpretierender Texte und die ausgebreitete Materialfülle zweckfrei-archivarisch, nur zum ästhetischen Wohlgefallen an der Vieldeutigkeit für den Kundigen aufbereitet. Problematisch ist nicht, was im Titel dazu erklärt wird, sondern ein Verständnis von Problemgeschichte, dem die pflichtgemäße Immanenz der Betrachtung zur Neigung fürs Unlösbare wird und das Geschichte nie anders denn als Wiederholung des Scheiterns am Immergleichen begreifen will.

Jürgen Behrens (Berlin)

**Koppelmann, Udo:** Geometrisch bestimmte Warenbegriffe. Formbegriffe der deutschen Sprache im Wirtschaftsleben. Sprachforum, Beiheft Nr. 3. Verlag H. Bouvier u. Co., Bonn 1967 (133 S., kart., 21,— DM).

Der Hilflosigkeit gegenüber der ideologischen Verstrickung des Faches Germanistik ist vor allem der in den letzten Jahren an den deutschen Universitäten spürbare Trend zur Sprachwissenschaft zuzuschreiben, die nicht erst seit der generativen Grammatik Noam Chomskys und ihrer deutschen Schüler Methoden von nahezu naturwissenschaftlicher Exaktheit zu verheißen scheint; diese vorgeblich objektiven Methoden sollen Schutz vor neuen interpretatorischen Fehlgriffen bieten. Ebenso ganz der reinen Wissenschaft fühlt sich

eine im Sinne Triers und Weisgerbers angewandte Sprachwissenschaft verpflichtet, die „einen Beitrag zur Terminologieforschung aus dem Bereich der Wirtschaftlichen Warenlehre“ liefern will, auch wenn sie noch „Sprachliches mit Mitteln der Sprache“ (27) und nicht mit mathematisch-logischen Abstraktionen zu erfassen unternimmt.

Koppelman untersucht im gemeinsprachlichen Bereich wie in der fachsprachlichen Festlegung der Industrienorm die „Anwendung grundlegender Ordnungsbegriffe im Gesamtbereich der Wirtschaftsgüter“ wie Stab/Stange/Mast, Rohr/Röhre/Halm etc., deren Vorstellungsinhalte überwiegend durch die geometrischen Eigenschaften der Dinge bestimmt sind. Als Ziel seiner Bemühungen schwebt ihm offensichtlich eine allgemeine, transparente Sprache „wesensmäßiger Beziehung zwischen Wortform und Wortinhalt“ (7) vor, die von den der Begriffsbildung irgendwie „natürlich“ zugrunde liegenden Bedingungen her entwickelt ist.

„Unerklärlich“ ist Koppelman, daß die Industrienormung, von der er anscheinend sprachreinigende Impulse erhoffte, weder in sich konsequent ist noch gar mit den von ihm im gemeinsprachlichen Bereich „sachlich ermittelten Warenbegriffen“ (12) übereinstimmt. Hier rächt sich seine fraglose Übernahme schlechtester bürgerlicher Vulgärökonomie, die die kapitalistische Produktionsweise für natürlich hält. Als Waren gelten ihm „in der Natur in begrenzter Menge vorhandene oder vom Menschen technisch gefertigte, bewegliche wirtschaftliche Güter, die zur Befriedigung von Bedürfnissen dienen. Sie besitzen Tauschwert und sind Gegenstände des Handels oder kommen dafür in Betracht“ (2). Weder sind aber Waren wie Warenbegriffe „in der Natur vorhanden“, noch sind beide von den kapitalistischen Unternehmen primär zur Befriedigung von Bedürfnissen produziert. Vom Standpunkt des Kapitals aus zählen sie allein als Mittel fürs Profitmachen. Freilich können punktuell — für Koppelman regellos — Begriffe auftreten, denen er eine natürliche Richtigkeit zubilligt, doch erscheinen sie eben nur dort, wo es ihrer Verwertungsfunktion dient. Sowenig die Puristen verstanden, daß der Faschismus, dem sie doch treue Zutreiberdienste geleistet hatten, sich ihrer bald nach 1933 entledigte, so ratlos steht Koppelman vor dem Phänomen, daß die genaue Differenzierungsfähigkeit der Sprache, die er ihr als ursprüngliche Qualität zuschreibt, sich nicht wiederherstellen lassen will.

So kann er der „bisherigen Normarbeit“ (84) nur Zensuren erteilen, ihr einmal begriffliche Klarheit, meist aber „sprachlich nicht berechnete Besonderheiten, die bisher gewonnenen Erkenntnissen zuwiderlaufen“ (103), attestieren, ohne daß sich in ihm der Verdacht regte, zwischen seinem Ziel, „prägnante, den Gegenstand kennzeichnende Wortfügungen“ (89) zu schaffen, und dem des Kapitals, das durchaus nicht daran interessiert sein muß, daß man dem Namen gleich die Sache ansieht, bestünden grundsätzliche Interessenunterschiede. Sein Hinweis, daß die „unter dem Namen ‚Tesafilm‘ bekannte Ware“ korrekt ‚Tesafolie‘ (107) heißen müsse, wird dem Kapital ebensowenig Interesse abringen wie sein abschließender Appell, daß es seinen

„wichtigen der Begriffsbildung dienenden Grundsatz der geometrischen Bedingungen des Sprachlichen bei der Bildung neuer Begriffe und zur Anpassung mißverständlicher berücksichtigen“ möge (vgl. 125).  
Gerhard Voigt (Berlin)

## Soziologie

**Homans, George C.:** Was ist Sozialwissenschaft? Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1969 (97 S., kart., 6,80 DM).

Es handelt sich um eine deutsche Ausgabe von „The Nature of Social Science“ (1967), einer Schrift, die die seit vielen Jahren von G. C. Homans — Professor für Soziologie an der Harvard-Universität — vertretene Auffassung bekräftigt, daß die theoretischen Aussagen der Sozialwissenschaften auf generellen Hypothesen der Psychologie des Verhaltens fußen. Homans sieht in der Begründung der verschiedenen Sozialwissenschaften durch Gesetzesaussagen über (erlerntes) menschliches Verhalten einmal eine Chance der theoretischen *Ver-einheitlichung* dieser Disziplinen (von der Anthropologie über die Wirtschaftswissenschaft, die Soziologie und Politologie bis hin zur Geschichtswissenschaft), zum anderen eine Voraussetzung dafür, daß diese Wissenschaften von der bloßen Entdeckung empirischer Gleichförmigkeiten im Bereich menschlicher Tätigkeit zu ihrer theoretischen *Erklärung* fortschreiten (39, 72, 74). Gegen diese Zielsetzung können keine ernsthaften Einwände vorgebracht werden. Schwieriger ist der Vorschlag der Ableitung sozialwissenschaftlicher Aussagen aus psychologischen Gesetzeshypothesen zu beurteilen (41 ff.). Dieser Vorschlag gewinnt seine scheinbare Berechtigung aus dem Unvermögen der genuinen — nicht-psychologischen — Sozialwissenschaften des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebs, Hypothesen über Erscheinungen menschlicher Vergesellschaftung zu formulieren, die nicht nur der Form, sondern auch ihrem Inhalt nach generelle empirische Aussagen sind. Homans, der auf die raumzeitliche Beschränktheit der Aussagekraft der meisten von ihm zitierten soziologischen Sätze über soziale Schichtung (die übrigens allesamt, mit oder ohne diese Einschränkung, allerlei empirischen Einwänden auszusetzen wären) ausdrücklich hinweisen muß, möchte eben deshalb in verhaltenspsychologischen Sätzen wie demjenigen, daß die Wahrscheinlichkeit der Wiederholung einer Aktivität mit der Größe des Werts ihrer Belohnung steigt, die grundlegenden Aussagen der Wissenschaften vom Sozialverhalten sehen. Homans' Hinweise auf die Möglichkeit lern-psychologisch begründeter Erklärungen in der Geschichtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Kulturanthropologie/Soziologie (48 ff.) demonstrieren nicht weniger und nicht mehr, als daß gesellschaftliche Vorgänge durch menschliche Handlungen und Verhaltensakte, die durch Absichten und Bedürfnisse geleitet sind, gebildet und vermittelt werden. Der Vorschlag der psychologischen Begründung so-

zialwissenschaftlicher Aussagen aber hat seine ganze Fragwürdigkeit darin, daß derartige Erklärungen erst durch Benennung der historischen Ausgangs- und Randbedingungen der mittels psychologischer Gesetze zu erklärenden Aktivitäten wirklich aussagekräftig werden: „Es ist leicht zu erklären, warum Wilhelm der Eroberer Schottland nicht erobert hat, wenn man die Tatsache als gegeben nimmt, daß er die Eroberung Schottlands nicht als lohnend ansah. Obwohl sich leicht zeigen läßt, daß die Erklärung eines allgemeinen Lehrsatzes bedarf, ist sie dennoch uninteressant. Unser Interesse erwacht erst, wenn diese spezielle Bedingung selbst erklärt wird, wenn wir eine gewisse Vorstellung gewinnen, wie sie zustande gekommen ist“ (86). Es ist Homans keineswegs entgangen, daß menschliche Aktivitäten „von der verflossenen Geschichte in Verbindung mit den gegenwärtigen Umständen bestimmt“ werden (82) und daß diese Bestimmungen „das Verhalten verschiedener Menschen, das die gleichen generellen Hypothesen veranschaulicht, im Laufe der Zeit zu unterschiedlichen Resultaten (führen)“ (85). Er zieht aus dieser Einsicht indessen nicht die Konsequenz, die geschichtlichen Grundlagen und gegenwärtigen Umstände vergesellschafteter Aktivität als deren entscheidende Bedingungen selbst zum Gegenstand von Sozialwissenschaft zu machen. Die von Homans herangezogene, stark vergrößerte, schief dargestellte und als zu vage abgewiesene These von Marx, „daß die Verteilung der Produktionsmittel die übrigen Züge der Gesellschaft bestimmt“ (26), hätte durchaus die Richtung zu gesellschaftswissenschaftlichen — im Unterschied zu soziologischen — Aussagen weisen können, deren gesetzeswissenschaftliche Funktionen im folgenden bestehen könnten: einerseits könnten sie eine angemessene Beschreibung des gesellschaftlichen Systems von Produktivkraft und Produktionsverhältnissen als den historisch-materiellen Initial- und Strukturbedingungen spezifischer Systeme sozialen Handelns und Verhaltens abgeben und deren Veränderungen erklären helfen; und andererseits könnten diese Kategorien der Formulierung von Grundannahmen über den Gegenstand einer Gesellschaftswissenschaft dienen, welche sich die Aufdeckung und Erklärung von Regelmäßigkeiten im „Verhalten“ solcher gesellschaftlicher Gesamtsysteme einschließlich ihrer Entstehung und Aufhebung zum Ziele setzt. Dieser Wechsel in der Perspektive — also die Rezeption der Gesellschaftstheorie von Marx — liegt Homans jedoch sehr fern. Das hat biografische Hintergründe und läßt sich genuin gesellschaftswissenschaftlich erklären, nämlich mit dem Hinweis auf seine bürgerliche Interessenlage. 1962 schreibt Homans, seine Affinität zur generalisierenden empirischen Soziologie nach dem Vorbilde Paretos lebensgeschichtlich erklärend: „Indem Pareto zeigte, daß einiges von Marx — wie die berühmte Mehrwerttheorie — sicherlich eine Rationalisierung war, bot er so etwas wie eine Antwort auf ihn an. Zumindest hatte das Proletariat keine bessere intellektuelle Rechtfertigung dafür, mein Geld oder mein Leben zu verlangen — und es sah so aus, als ob es beides verlangen würde und meine Freiheit obendrein —, als ich sie hatte, mich selbst zu verteidigen. Außerdem spielte noch die emotionelle Rechtfertigung eine

Rolle. Als Nutznießer von vererbtem Kapital war ich ein gutes emotionelles Ziel“ (Homans, *Sentiments and Activities*, New York 1962, S. 4).  
K. H. Tjaden (Marburg)

**Tjaden, K. H.:** *Soziales System und sozialer Wandel. Untersuchung zur Geschichte und Bedeutung zweier Begriffe.* Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1969 (336 S., kart., 25,— DM).

Angesichts der vergeblichen Bemühungen der Soziologie, eine Gesellschaftstheorie zu entwickeln, die dazu verhilft, mit empirischen Analysen sinnvolle Erkenntnisaussagen zu machen, stellt sich Tjaden die Aufgabe, die Theorieentwicklung in der Soziologie systematisch zu untersuchen. Wesentliches Problem, das allen Theorien von Anfang an eigne, sei die Nichtbewältigung des Gleichförmigen und des Veränderlichen in der Gesellschaft. Mit der Absage an die Philosophie und der Hinwendung zur Naturwissenschaft, die man als den Beginn der Soziologie bezeichnen kann, träten erstmals Statik und Dynamik auseinander, würden aber noch innerhalb einer Theorie abgehandelt, ohne daß eine sinnvolle Verknüpfung gelinge. Aus dieser Unmöglichkeit, einen Zusammenhang der gleichförmigen und veränderlichen Aspekte in der Gesellschaft herzustellen, ohne zusätzliche Annahmen einzuschmuggeln, die dem theoretischen Gebäude zuwiderlaufen, entwickeln sich nach Tjaden folgerichtig antithetische Theorien. Soziale Phänomene werden als verselbständigte gefaßt — alle weitere Theoriebildung beruht auf den Interaktionskategorien des sozialen Handelns und Verhaltens, ohne daß die theoretischen Annahmen ausreichen, Gleichförmigkeit und Veränderlichkeit auszudrücken. Die seit den 20er Jahren erarbeiteten Modelle des sozialen Systems und des sozialen Wandels setzen die schon genannte Zweiteilung fort, beruhen auf in sich selbst begründeten Sozialbeziehungen, und so gelingt auch ihnen eine systemlogische Untermauerung ihres Ansatzes nicht. Mit den Versuchen von Parsons endlich, ein gesellschaftliches Organisationskonzept sozialer Aktivitäten zu entwickeln, das durch den Evolutionsbegriff die Momente von Stabilität und Prozeß sinnvoll erklären soll, sieht Tjaden die soziologische Theorie wieder an dem Punkt, von dem sie einst ausging, bei den positivistischen Lehren von Comte und Spencer. — Das Fazit: Die menschliche Vergesellschaftung für sich genommen, ohne Einbeziehung des historischen Vorgangs, kann nicht Gegenstand der Soziologie sein. „Der soziologische Versuch, in Abstraktion von diesem Vergesellschaftungsvorgang die Existenz einer gesellschaftlichen oder sozialen Welt zu belegen und zu begründen, beruht auf der leeren Vorstellung, es seien die Bewohner dieser Welt ohne Ansehung ihrer konkreten Lebensweise aufeinander bezogen.“ (296)

Nur an ganz wenigen Stellen verweist Tjaden darauf, daß auch die soziologischen Theorien etwas mit der konkreten Lebensweise der Menschen zu tun haben — z. B. wenn er die Entstehung der Handlungs- und Verhaltenskategorien nach dem Ersten Weltkrieg in den

USA mit dem Bedürfnis nach sozialer Kontrolle und Rekonstruktion verbindet (43). Tjaden erweist sich als Systemtheoretiker von hohem Rang. Freilich beschleicht den Leser, wenn so gut wie alle theoretischen Ansätze in großen Zügen unter dem Aspekt ihrer Bewältigung der Dichotomie von Statik und Dynamik abgehandelt werden, ein Gefühl der Vergeblichkeit angesichts der fast 200jährigen im Kreis sich drehenden Anstrengungen. Es mutet die theoretische Kraft, die darauf verwandt wurde, systemlogisch zu zeigen, daß falsche Theorien weitgehend weiter falsche Theorien hervorbringen, ein wenig groß an verglichen mit dem Ergebnis, daß alle bisherige Soziologie mechanistisch statt materialistisch verfahren sei.

Frigga Haug (Berlin)

**Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels.**  
 Neue Wissenschaftliche Bibliothek 31. Kiepenheuer & Witsch,  
 Köln-Berlin 1969 (534 S., br., 26,— DM).

Zapf verfolgt mit dem Buch den Zweck, die Analyse „gesamtgesehenschaftlicher Wandlungsprozesse nach erfahrungswissenschaftlichen Standards“ zu propagieren. Die Auswahl der Texte nimmt Rücksicht auf alles, was der moderne bürgerliche Soziologe wichtig nimmt: „Die ersten zehn Texte entwickeln generelle Modelle und Theorien der Stabilitätsbedingungen, Wandlungspotentiale und Entwicklungsrichtung von Gesellschaften, formuliert in den ‚Sprachen‘ des Struktur-funktionalismus, der Verhaltenstheorie, der Konflikt- und Herrschaftstheorie, der Kybernetik und der Systemtheorie; zugleich werden hier einige relevante Fragen der Methodologie und Forschungstechnik behandelt. Die folgenden zehn Texte umfassen Theorien und Analysen der politischen, ökonomischen und ‚sozialen‘ Dimensionen jenes ausgezeichneten Falles kumulativer Wandlungsprozesse, den wir Modernisierung nennen. Die restlichen acht Texte beziehen sich ausdrücklich auf die internationalen Bedingungen und Konsequenzen gesamtgesellschaftlichen Wandels: auf Revolution und Krieg, auf Formierung und Zerfall supranationaler und internationaler Systeme“ (9). Und nicht nur das: „Diese Themen liegen — wie die Makrosoziologie insgesamt — quer zu den etablierten Fächergrenzen. In diesem Sinne ist die vorliegende Textsammlung interdisziplinär“ (9). Sie ist überhaupt auf der Höhe der Zeit, auch darin, daß sie auf die Frage, welche Bedeutung den verschiedenen Texten in Hinblick auf eine — nach welchen Kriterien auch immer — richtige Theorie „sozialen Wandels“ jeweils zukommt, keine Mühe verwendet. Da bleibt bloß noch die Frage des Herausgebers zu beantworten, ob jedenfalls „die hier verhandelten wissenschaftlichen Problemstellungen und Problemlösungen wirklich auf der Höhe der praktischen Fragen stehen“ (10). Und diese Frage kann man getrost verneinen. Hin und wieder ist von technischem Fortschritt die Rede, aber kein Text befaßt sich mit den gesellschaftlichen Bedingungen und Wirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution; oft genug geht es um unterentwickelte Länder, nie aber um den Befreiungskampf der Völker

der Dritten Welt; wohl lesen wir von sozialer Differenzierung, doch erfahren wir nichts über die Entwicklung des Klassen- und Schichtungsgefüges im fortgeschrittenen Kapitalismus; und die militärische Betätigung der USA in Indochina wird man hiernach wohl als einen Fall der „Macht und Kommunikation in der internationalen Gesellschaft“ (471 ff.) betrachten müssen. Die Sammlung dokumentiert ein weiteres — überflüssiges — Mal den altbekannten Sachverhalt, daß die moderne bürgerliche Soziologie ihren Gegenstand, die Gesellschaft, nur noch verhüllt und in keiner Weise erhellt. Und es ist nicht ohne Reiz, darauf hinzuweisen, daß die Abstraktion der Soziologie von diesem ihrem Gegenstand so weit geht, daß den pragmatischer ausgerichteten Vertretern des Bürgertums diese Wissenschaft schon wieder als nutzlos erscheint. Das Handelsblatt (15./16. 8. 1969) rezensiert das Zapfsche Werk unter dem Untertitel „Die magere Ausbeute einer jungen Wissenschaft“ unter anderem mit folgenden Bemerkungen: „Aber was erfahren wir z. B. im Kapitel über Revolution? Daß Leute rebellieren, wenn ihre Erwartungen eine Zeitlang ansteigen durften und dann plötzlich die Erfüllung versagt wird. Oder daß bei Palastcoups weniger Blut fließt als bei tiefen sozialen Revolutionen. Das ist nicht einmal richtig . . . Man sollte erwarten, daß die Soziologie nun die komplizierten Mechanismen aufdeckt, durch die sich enttäuschte Erwartung in politische Gewalt umsetzt: welche kulturellen, psychologischen, wirtschaftlichen, verwaltungstechnischen, politischen etc. Umstände sie begünstigen oder verzögern. Nichts dergleichen! Günstigenfalls bekommen wir eine Typologie der Revolutionen, und auch die ist von Historikern weit überzeugender geliefert worden als von Soziologen. Solange die Soziologie keine Modelle darüber entwickeln kann, wann eine Revolution eintritt, oder wie sie abgewendet werden kann, ist sie noch keine Wissenschaft.“

K. H. Tjaden (Marburg)

### Soziale Bewegung und Politik

**Oberndörfer, Dieter (Hrsg.):** *Africana Collecta*. Beiträge zum Studium von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft afrikanischer Länder. Materialien des A.-Bergstraesser-Instituts. Bd. 19. Bertelsmann Universitätsverlag, Bielefeld 1968 (188 S., kart., 20,— DM).

Die Aufsatzsammlung vereinigt Beiträge von R. Rathbone, D. Seibel und Mitarbeitern der Afrika-Abteilung des Arnold-Bergstraesser-Instituts, Freiburg i. Br. Wenn die Besprechung sich auf die Einleitung des Herausgebers beschränkt, so, weil der Ausblick von Dieter Oberndörfer auf „Schwarz-Afrika im Jahre 2000“ sehr prägnant das erkenntnisleitende Interesse der etablierten Entwicklungsländerforschung in der Bundesrepublik dokumentiert. Zunächst finden wir den verhüllten Konservatismus der Entwicklungsländerforschung in seinen gängigen Formen. Durch eine relativierende Vorbemerkung

abgesichert, versucht Oberndörfer eine „Auswertung relevanter, wirtschaftlicher, demographischer, strategischer, geographischer, sozialer und ideologischer Faktoren“ (1). Die vergleichende Bestandsaufnahme erweist sich in Anlehnung an den Ansatz von Kahn und Wiener als statistische Korrelierung, die die inhaltlichen Zusammenhänge eher verdeckt, denn aufdeckt. Wo die Indikatoren unbefragt bleiben und die Perspektive als „relativ sicher“ verkündet wird, ist die Erkenntnis bei einer Pseudokonkretheit stehengeblieben und einem Objektivismus der Daten verfallen. Es bleibt ein mathematisches Spiel mit systemimmanenten Prognosen. Isolierte Daten linear in die Zukunft projizieren kann anregend sein, wie die Science-Fiction-Romane beweisen. Aber als Prognose erscheint ihr Informationswert beschränkt. Indem man die Daten verselbständigt und die zugrundeliegenden Widersprüche nicht qualitativ analysiert, wird als abstrakter Vergleich lediglich die äußere Erscheinung widergespiegelt. Das scheint gleichermaßen für den Abschnitt über die wirtschaftliche Entwicklung (2) wie für die Beschreibung der inneren Entwicklung (4) zuzutreffen. Die Feststellung einzelner Phänomene (Proletarisierung, Frustration) wirkt — getrennt von einem umfassenderen gesellschaftlichen Kontext — merkwürdig farblos.

Folgerichtig wird nach Ausklammerung der inneren Zusammenhänge der Vergleich unter nationalstaatlichem Aspekt vorgenommen. Die Wirtschaft wird in nationale Einheiten fragmentiert, die durch den Welthandel „geordnet“ werden. Die Einheit des Kapitalismus, der Konnex von „Entwicklung“ und „Unterentwicklung“ wird geleugnet und damit an einer vermeintlichen Autonomie der Industriegesellschaften festgehalten. Das zeigt die Behandlung der Wirtschaftshilfe (22), die in unilateraler Funktion für die Entwicklungsgebiete betrachtet wird. Die einsetzende Diskussion über die ambivalente Motivation der sogenannten „Entwicklungshilfe“ bleibt unberücksichtigt (vgl. zuletzt Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer: Materialien zur Entwicklungshilfekritik). Dagegen wird die aufschlußreiche Kausalkette aufgestellt, „daß wachsender Reichtum auch gesteigerte Bedürfnisse mit sich bringt (z. B. erhöhte Rüstungskosten . . .)“ (22). Mit der rein quantitativen Steigerung systemnotwendiger „Bedürfnisse“ postuliert Oberndörfer die „objektiven Gesetze“ des kapitalistischen Systems. Diese „angesichts der historischen Erfahrung“ vollzogene Anerkennung der normativen Kraft des Faktischen reflektiert nicht den Reproduktionsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft.

Das führt zu der voreiligen These der „Selbstinsularisierung“ der hochindustriellen kapitalistischen Gesellschaften (31). Die Außenhandelsstatistiken berücksichtigen nämlich nicht die Verschmelzung von raumwirtschaftlich an sich zusammengehörenden, jedoch von Staatsgrenzen zerschnittenen Regionen. So ist die Steigerung der westdeutschen Exporte fast ausschließlich auf den EWG-Handel, also auf einen Quasi-Binnenmarkt zurückzuführen. Von einer Insularisierung kann insofern keine Rede sein, als diese Expansion nicht zu Lasten der Übersee-Exporte geht. Die Berechnungen von Peter Mül-

ler<sup>1</sup> zeigen bei Ausklammerung des EWG-Handels, „daß über die Hälfte (1966: 52,1 %) des gesamten deutschen Übersee-Exports in unterentwickelte Länder geht, wenn hier auch ebenfalls seit 1953 eine relative Abnahme ihres Exportanteils zu beobachten ist. Diese Verminderung fällt jedoch keineswegs so deutlich aus wie bei der Betrachtung der Gesamtausfuhr, eine Folge der Ausschaltung des Integrationseffektes. Während der Anteil der Exporte in unterentwickelte Länder am deutschen Gesamtexport von 1953 bis 1966 trotz absoluter Zunahme um gut ein Drittel (von 22,3 % auf 14,6 % = -34,5 %) sank, verringerte sich diese Quote bezogen auf den reinen Übersee-Export nur um rund ein Fünftel (von 66,8 % auf 52,1 % = -22,0 %)“ (52). Dabei macht Müller darauf aufmerksam, daß „in Anbetracht des sehr hohen Niveaus der deutschen Ausfuhr nach Industrieländern sich die weiteren Steigerungsraten in Grenzen halten (werden). Hingegen lassen die ausbaufähigen Absatzräume an der Peripherie eher überdurchschnittliche Exportzuwächse erwarten, zumal wenn mit der wirtschaftlichen Höherentwicklung der bisher vielfach noch durch den Devisenmangel aufgestaute Importbedarf marktwirksam wird und sich diese Gebiete mit steigendem Industrialisierungsgrad den der deutschen Exportwirtschaft in besonderem Maße bekannten und dem deutschen Exportangebot besonders entsprechenden industrialisierten Kernmärkten angleichen“ (53 f.). Hier klingt eine Tendenz des modernen Imperialismus an, nämlich die Homogenisierung der Märkte und die Standardisierung des Konsums. Auf ein anderes Merkmal, die Internationalisierung des Kapitals (multinationale Unternehmen) weist die Forderung von H. J. Abs nach vermehrten Kapitalinvestitionen und Verlagerung von Produktionsstätten in die Entwicklungsländer<sup>2</sup>.

Parallel zur nationalstaatlichen Fragmentierung des kapitalistischen Systems erfolgt seine Verabsolutierung. Aus der Anerkennung der gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse ergibt sich konsequent die Hypostasierung des kapitalistischen Wertsystems. Das zeigt Oberndörfers Betonung des Kulturwandels als Voraussetzung für eine wirtschaftliche Entwicklung (22). Es ist dasselbe Argument, mit dem lateinamerikanische Latifundisten die Agrarreform hinauszuzögern suchen: die campesinos müssen erst erzogen werden, bevor sie selbständig wirtschaften können. Oberndorfer löst das Wertsystem von der gesellschaftlichen Basis und proklamiert es als autonome Größe. Die Expansion des Kapitalismus verlangt absolute Systemkonformität und somit auch die globale Durchsetzung seines Normensystems, weil sich sein Vorsprung nur mißt anhand eben seiner eigenen „Kultur“ (Rationalität). Kulturwandel als Sozialisierungsprozeß erstrebt die disziplinierte Integration der Satelliten in das internationale Herrschaftsverhältnis.

Das Neue an dieser Analyse ist die Deutlichkeit, mit der die Entwicklungsregionen in Funktion der Erhaltung des kapitalistischen

1 Müller, P.: Die Bedeutung der Industrialisierung unterentwickelter Länder für den deutschen Industrieexport, Hamburg 1968.

2 Interview im „Spiegel“ vom 6. 1. 1969, S. 37 ff.

Systems dargestellt werden. Die Systempersistenz wird von Oberndörfer eingeführt in psychologisierenden Begriffen wie „Perzeptionshorizont der Industrieländer“ (32) oder „Festungssyndrom“ (51). Unter „Festungssyndrom“ versteht er: „die hochindustrialisierte Festung fürchtet eine Belagerung durch die Gesamtheit der Dritten Welt, ohne daß hierfür eine tatsächliche Gefahr gegeben ist“. Von Afrika, weil wirtschaftlich-militärisch schwach, droht keine Gefahr für die kapitalistischen Metropolen. Dennoch befürchten diese die ideologische Zersetzung, die ausgeht von einem Elend, dem die „universalen, menscheitsbezogenen und egalitären Werte“ zu offen ausgesetzt sind. Im Grunde diagnostiziert Oberndörfer das „schlechte Gewissen“ vieler Wissenschaftler in der Entwicklungsländerforschung. Er hält ihre moralischen Hemmungen und Verunsicherung angesichts des Elends für pathologisch, *étant les choses telles qu'elles sont*. Aber das schonungslose „so ist eben die Wirklichkeit“ ist eine falsche Radikalität. Der aufgezeigte Konflikt zwischen moralischen Werten und der Realität erhält nur eine Scheinlösung, wenn Oberndörfer das „schlechte Gewissen“ als Wahnvorstellung auflöst. Er scheut sich nämlich, einen Schritt weiter zu gehen und nach der Ursache dieses Konflikts zu fragen und damit die Implikationen der positivistischen Erkenntnis aufzudecken. Das erkenntnisleitende Interesse an der Konservierung des (gewalttätigen) Friedens des status quo bleibt unreflektiert. Sein Krankheitsbild begnügt sich mit der „Entlarvung“ von Neurosen, ohne die objektive Grundlage, nämlich die Gewalt der internationalen Arbeitsteilung und die Teilhabe des Wissenschaftlers daran einzubeziehen. Das kann der Autor auch gar nicht, weil das „Festungssyndrom“ zugleich für die Massen eine systemstabilisierende Rolle (Angst) spielt. Es macht die Dritte Welt wie jeden Bettler zum Ruhestörer und ist hervorragend geeignet, eventuelle Interventionen als Putativnotwehr zu rechtfertigen. Oberndörfers Studie ist eine Aufklärung für die Mandarinen des Systems mit dem Ziel, kritische Reflexion auszuschalten zugunsten einer affirmativen Betrachtungsweise. Ist erst einmal das „falsche Bewußtsein“ abgelegt und damit auch das heilende Moment der Neurose entfallen, kann der Wissenschaftler in das Herrschaftssystem friktionslos eingegliedert werden und ungehemmt (wertfrei) seine Privilegien rechtfertigen.

Uneingestandenes Interesse ist die Aufrechterhaltung des internationalen Herrschaftsverhältnisses. Von daher untersucht Oberndörfer als eine Art „Rollenerwartung“ die Stellung Schwarz-Afrikas für die hochindustrialisierten Staaten. Afrika soll in den Industriegesellschaften nicht den bösen Feind, sondern den besorgten Vater sehen, der sich um Schutz und Ordnung kümmert. Dabei werden Interventionen abgelehnt mit der einleuchtenden Begründung, daß „die politische Rendite . . . in den seltensten Fällen in einem ausgewogenen Verhältnis zu den Kosten und Risiken des Engagements“ (52) steht. Dagegen kann „der Wert der afrikanischen Sympathien im Selbstverständnis der Großmächte . . . trotz des vergleichsweise niedrigen politischen Stellenwertes Afrikas immer noch hoch genug blei-

ben, um Wirtschaftshilfe in dem bisherigen und vielleicht noch größerem Umfang zu motivieren“ (52). Der autoritäre Paternalismus, gebeugt unter der Last des weißen Mannes, hält es nicht für ausgeschlossen, „daß die Großmächte ihre geschichtliche Aufgabe der Friedensstiftung unter den schwachen Völkern tatkräftiger und effektiver als bisher übernehmen“ (52). Als Ersatz für den teilweisen Abbau des „Festungssyndroms“ wird die „Friedensstiftung unter den schwachen Völkern“ angeboten. In seiner Verknüpfung von Aggression und Angst ist Oberndörfers Ansatz kennzeichnend für die etablierte Drohpolitik. Entwicklungsländerforschung wird hier als „crisis management“ zur „flankierenden Maßnahme“ für die westdeutsche Entwicklungspolitik. Wo Systemerhaltung zum „allgemeinen Interesse“ und die Befriedung von Konflikten zum „sozialen Frieden“ wird, können die Emanzipationsbestrebungen der Dritten Welt nur als Terror angesehen werden. So schließt Oberndörfer (ganz im Sinne der Abschreckungspolitik) mit einer Warnung an Afrika vor der Versuchung, den Streit der Eltern (Großmächte) zum eigenen Nutzen zu gebrauchen (52). Zu großen Hoffnungen sieht er keinen Anlaß. Hoffentlich! möchte man hinzufügen, denn der Weltfrieden dieser braven und besten aller Welten ist die totale Unterdrückung.

Norbert Lechner (Freiburg)

Mitteilungen des Instituts für Orientforschung.  
Herausgegeben von der Deutschen Akademie der Wissenschaften  
zu Berlin. Band XV, Heft 3. Akademie-Verlag, Berlin 1969 (173 S.,  
br., 18,— M).

B u s t a n. Österreichische Zeitschrift für Kultur, Politik und Wirtschaft der islamischen Länder. Herausgegeben von der Hammer-Purgstall-Gesellschaft, Wien. 10. Jg., Heft 2/3. Verlag Eugen Ketterl, Wien 1969 (66 S., br., 12,— DM).

Die wenigen deutschsprachigen orientalistischen Fachzeitschriften sind in der Regel klassisch-philologisch und althistorisch orientiert und beschäftigen sich mit dem modernen Orient und den Sozialwissenschaften nur zufällig. Eine Ausnahme bildet die Arbeit der DDR-Orientalisten, deren Aufsätze allerdings nicht auf den Orient beschränkt sind, sondern ganz Asien und Afrika behandeln. Harald Funk untersucht in seinem vorzüglichen Aufsatz die sozialistische und sozialreformistische Literatur, die Anfang dieses Jahrhunderts in Ägypten erschien; er kommt zu dem Ergebnis, daß die Autoren dieser Schriften europäisch gebildete Intellektuelle waren, die abseits der sich damals bildenden Arbeiterklasse standen und zumeist eklektische Theorien formulierten. Eberhard Serauky untersucht in seinem Beitrag die nicht öffentlichen Lehrmaterialien des „Hohen Instituts für sozialistische Studien“ der ägyptischen ASU (Arabische Sozialistische Union). Diese von Nasser nach der Sezession Syriens von der VAR gegründete Einheitsorganisation umfaßt alle möglichen politischen und sozialen Kräfte, die mit dem Nasserismus konform gehen,

einschließlich der sowjetisch orientierten ägyptischen Kommunisten, die nach der Verbesserung der Beziehungen der VAR zur Sowjetunion eine wichtige Stellung in der ASU gewannen. Faktisch wird die ASU aber von dem mächtigen ägyptischen Staatsapparat beherrscht und dirigiert. 1964 gelang es den ägyptischen Kommunisten, das genannte Institut mit Zustimmung Nassers als eine Art Parteihochschule der ASU zu gründen, die die Kommunisten seither unter ihrem Einfluß zu halten vermochten. Aus E. Seraukys Analyse des Lehrprogramms dieses Instituts geht hervor, daß es dabei um die Bildung von Elite-Kadern und um die Verbreitung von Grundbegriffen des wissenschaftlichen Sozialismus, damit zugleich um den Abbau des in der ASU tief verankerten antikommunistischen Vorurteils geht. Schüchtern wird in den vorgelegten Materialien auch auf Kräfte der Reaktion innerhalb der ASU hingewiesen. Neben dem genannten Institut verfügen die ägyptischen, sowjetisch orientierten Kommunisten über die zwei größten staatlichen theoretischen Zeitschriften Ägyptens: „Al-Tali'a“ und „Al-Kateb“. Diese Stellung hätten sie allerdings nicht einnehmen können, wenn sie nicht mit dem Nasserismus konform gingen.

Zu den erwähnenswerten Beiträgen des vorliegenden Heftes der MIO gehört noch der gründliche Aufsatz von Christa Serauky über Senghors Négritude. Die Autorin zeigt richtig, daß der Ansatz der Négritude, nämlich eine afrikanische Identität gegenüber dem Kolonialismus zu schaffen, einen progressiven Beitrag zur afrikanischen nationalen Emanzipationsbewegung leistete. Senghor hat sich allerdings anfänglich — wie die Autorin betont — dagegen gewehrt, daß die Négritude auf politischer Ebene gegen den Kolonialismus mobilisiert wird; er wollte sie auf den kulturellen Bereich beschränkt wissen. Später jedoch, mit dem Beginn der Dekolonisation, mußte Senghor eine Politisierung der Négritude hinnehmen; er vollzog sie in seinem Sinne, indem er aus der Négritude — im Rahmen seiner Konzeption des afrikanischen Sozialismus — eine mystische Doktrin machte, die die Lösung der afrikanischen Probleme in der Vergangenheit sucht und damit reaktionär wurde, bis sie schließlich die Funktion bekam, seine Herrschaft zu legitimieren. Besonders wichtig ist Christa Seraukys Hinweis darauf, daß der Irrationalismus, den Senghor zu einem spezifischen anthropologischen Wesenszug des „Afrikaners“ deklariert, nicht afrikanisch ist, sondern von Bergson und Spengler stammt. Die restlichen Aufsätze behandeln die heutige Rolle des traditionellen afrikanischen Rechtssystems (H. Mardek); die indische sozialdemokratische Partei Samyukta (E. Schrader); die politischen Ideen Sun Jat-sen's (H. Scherner); eine chinesische Arbeiterorganisation aus dem Jahre 1919 (R. Schwarz). Hinzu kommen zwanzig ausführliche Rezensionen.

Die Redaktion der österreichischen orientalistischen Fachzeitschrift *Bustan* hat sich, wie eine redaktionelle Anmerkung informiert, entschlossen, ausnahmsweise Beiträge zu veröffentlichen, die „sich vornehmlich mit der Behandlung der gegenwärtigen politisch-ideologischen Auseinandersetzungen in der arabischen Welt befassen“, nach-

dem viele Leser ihr Informationsbedürfnis hierüber zum Ausdruck gebracht hatten. Die Zeitschrift mußte zu auswärtigen Autoren greifen, weil sie keine hiesigen Experten fand. Der kenntnisreiche Aufsatz von Hisham Sharabi ist der einzig gründliche und brauchbare der genannten Beiträge; er befaßt sich mit der Entstehung einer revolutionären „Ideologie“ in den arabischen Ländern und beschränkt sich — leider — auf den ideengeschichtlichen Bereich. Dabei behandelt Sharabi en detail die politische Orientierung der drei westlich gebildeten arabischen Intellektuellen-Generationen seit dem 19. Jahrhundert und kommt in seiner hervorragenden Analyse zu dem Ergebnis, daß weder der liberale Nationalismus noch der Islam heute eine große politische Bedeutung haben. Die beiden Aufsätze von Wolfgang Ule sind dem Verhältnis von Islam und arabischem Sozialismus gewidmet. Ule hat weder eine Methode noch theoretisch klare Begriffe. Er häuft Zitate aus arabischen Quellen an, um zu beweisen, daß arabischer Sozialismus und Islam heute miteinander verknüpft sind. Dabei scheint es ihm immer nur darum zu gehen, daß es sich bei der zitierten Quelle um ein arabisches Buch handelt; wer der Autor dieser Quelle ist, welchen politischen Stellenwert seine Quelle hat, kümmert Ule nicht, so daß er schließlich nur dillieren kann. Seine Kritik beschränkt sich darauf zu zeigen, daß es — exegetisch gesehen — eine Verfälschung des Islam sei, wenn man ihn sozialistisch interpretiere, ohne daß der Autor darüber reflektiert, welche Funktion die Reinterpretation des Islam — bei Nasser z. B. — hat. Und wenn Ule behauptet, die arabischen Marxisten übten Selbstbetrug, wenn sie die arabischen Massen mit sozialrevolutionären Theorien ansprächen und ihnen das „Schema eines klassenbewußten Proletariats“ anlegten und als Beleg hierzu das „Handelsblatt“ heranzieht, dann kann ihm der Rezensent nicht nur Unkenntnis der Ereignisse der letzten 10 Jahre bescheinigen, sondern auch eine bedauerlich geringe wissenschaftliche Qualifikation.

Bassam Tibi (Frankfurt/M.)

**Bley, Helmut:** Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika 1894—1914. Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte. Band V. Leibniz-Verlag, Hamburg 1968 (390 S., Ln., 32,— DM).

Bley hat die Geschichte der kolonialen Wirklichkeit Deutsch-Südwestafrikas (SWA) von 1894—1914 auf ihrem sozio-ökonomischen und sozialpsychologischen Hintergrund dargestellt. Es scheint nach Lektüre der vorliegenden Untersuchung gerechtfertigt, von einer staatlich organisierten Kolonisierung SWAs zu sprechen (15). Investitionen großer deutscher Kapitalgruppen blieben lange aus, da in absehbarer Zeit keine Mineralien zum Abbau bereitlagen (erste Diamantentfunde 1908). Mit einigem Recht sieht Bley daher das koloniale Problem aus europäischer Sicht als Siedlungsproblem an (141); die Interessen der Siedler zielten auf Land- und Vieherwerb sowie dessen juristische Absicherung durch die deutsche Verwaltung.

Für die Aufgabe, auf „unblutige Weise uns immer mehr zu Herren des Landes (zu) machen“ (v. Caprivi 1893 im Reichstag; cf. 18), hatte das Reich den Major Leutwein als Gouverneur bestimmt, der bis zu seiner Ablösung nach Ausbruch der kolonialen Aufstände 1904 die Entwicklung SWAs nachhaltig prägte. Leutweins Technik der Macht-ergreifung bestand, wie Bley mit zahlreichen Beispielen belegt, darin, unter Ausnutzung der Stammes- und Häuptlingsfehden Schlüsselpositionen im Lande, vor allem die Obergerichtsbarkeit zur Regelung von Eigentums- und Grenzverhältnissen, „beiläufig“ zu besetzen (39). Seine Politik erreichte, daß schließlich die meisten Häuptlinge beim deutschen Kaiser um Schutzherrschaft nachsuchten.

Ausgehend von dem Viehreichtum der Herero, des numerisch stärksten Stammes, der zugleich über die größten Flächen Weideland verfügte, wollte Leutwein die Kolonie zu einem auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen Viehzuchtland machen. Seine Politik zielte darauf ab, den selbstgenügsamen, nicht rationell wirtschaftenden Betrieb der kleinen Farmer durch den bäuerlichen Großbetrieb zu ersetzen (145). Eine gewaltsame Enteignung der Herero lehnte Leutwein strikt ab. Vielmehr sollten auch sie rationale europäische Wirtschaftsmethoden übernehmen und auf dieser Basis mit den europäischen Siedlern in Handel treten. Der „Druck der Zivilisation“: der Zwang, Vieh- und Landbesitz an die Kolonialherren zu verkaufen, werde — so hoffte Leutwein — die traditionellen Wirtschaftsformen der Herero aushöhlen und die Stämme schleichend auflösen. Entgegen Leutweins Konzeption erfolgte die totale, weil ökonomische, kulturelle und psychische Vernichtung der Stämme aber auf eine weit radikalere Weise. Die Existenzberechtigung der Herero und der Nama (Hottentotten; zahlenmäßig der zweitstärkste Stamm SWAs) wurde, wie der Ansiedlungskommissar Rohrbach es formulierte, abhängig gemacht von dem „Erwerb der größtmöglichen arbeitenden Tüchtigkeit“ (263) der Afrikaner, von ihrem Lohnarbeitersein im Dienste der Europäer. In seinem Buch „Kolonialwirtschaft“, in SWA weithin anerkannt und als Schulbuch benutzt, bezeichnet Rohrbach es als „unsere Aufgabe“, den Herero „nach Möglichkeit seines Volkstums und seiner nationalen Eigentümlichkeiten zu entkleiden und ihn mit den anderen Eingeborenen allmählich zu einer einzigen farbigen Arbeiterklasse zu verschmelzen“ (260 f.). Das Empfinden des Afrikaners sollte „umkonstruiert“, seine Erinnerung ausgelöscht werden (261).

Die Brechung der ökonomischen Vorrangstellung der Herero wurde 1897 von einer Rinderpest eingeleitet; sie vernichtete nahezu den gesamten Viehbestand der Herero (Mortalitätsziffer 95 %; cf. 164 ff.). Leutwein nutzte die ökonomische Schwächung der Herero geschickt zum Abschluß von Verträgen (1898) über Reservate, die den Afrikanern ein Existenzminimum garantieren sollten, und über „juristisch ungeschützte Stammesgebiete“, die schließlich dem „Verkaufsdruck der Zivilisation“ anheimfielen (154). Erstmals verdingten sich Herero als Lohnarbeiter. Die sozialpsychologischen Auswirkungen dieser Entwicklung gaben den Anstoß zu den Aufständen 1904—1907. Sie sind zu verstehen als anti-kolonialistische, nationalrevolutionäre Be-

freiungskämpfe; das illustriert u. a. ein Brief des Oberhäuptlings S. Maharero an einen seiner Häuptlinge, in dem es heißt: „Weiter will ich Dich, Kapitän, benachrichtigen, daß mein Wunsch der ist, daß wir schwachen Nationen aufstehen gegen die Deutschen“ (186). Die Afrikaner sind in diesem Aufstand nahezu aufgerieben worden. Im nationalen Befreiungskampf gegen 14 000 deutsche Soldaten haben diese innerhalb eines Jahres von den 60 000 bis 80 000 Herero 75 bis 80 % ausgerottet, von den 20 000 Nama 35 bis 50 % (191). Das Genozid kommentierte man im deutschen Generalstabswerk so: „Diese kühne Unternehmung zeigt die rücksichtslose Energie der deutschen Führung bei der Verfolgung des geschlagenen Feindes in glänzendem Lichte. Keine Mühen, keine Entbehrungen wurden gescheut, um dem Feinde den letzten Rest seiner Widerstandskraft zu rauben; wie ein halb zu Tode gehetztes Wild war er von Wasserstelle zu Wasserstelle gescheucht, bis er schließlich willenlos ein Opfer der Natur seines eigenen Landes wurde. Die wasserlose Omaheke sollte vollenden, was die deutschen Waffen begonnen hatten: die Vernichtung des Hererovolkes“ (203). Das „kühne Unternehmen“ oblag dem Kommando des Generals v. Trotha; in ihm, nicht in dem stets zu Verhandlungen bereiten und auf Erhaltung der Afrikaner als Lohnarbeiter bedachten Leutwein, sah der Generalstabschef v. Schlieffen den geeigneten Mann zur Lösung der „Eingeborenfrage“, da „der entbrannte Rassenkampf . . . nur durch die Vernichtung einer Partei abzuschließen“ sei (v. Schlieffen an Bülow; cf. 205).

Bleys These im Anschluß an H. Arendt, daß die Methoden der Menschenbehandlung in SWA auf das Mutterland zurückgewirkt haben, daß in der Kolonialpolitik in Afrika einer der Ursprünge totaler Herrschaft zu finden sei (314), ist zuzustimmen; allerdings müßte Bleys Begründung der Unmenschlichkeit aus „europäischem Machtwillen“ und „Sicherheitsinteresse“ (315) ihrerseits differenzieren, die Barbarei aus dem Gesamtsystem des europäischen Kapitalismus um die Jahrhundertwende, von dem der deutsche Kolonialismus nur ein Moment ist, abgeleitet werden.

Renate Brückner (Frankfurt/M.)

**Chaliand, Gérard:** *Bewaffneter Kampf in Afrika*. Vorwort von Basil Davidson. Übersetzt von Gisela Schöning und Jürgen Marktahler. Trikont Verlag, München 1969 (177 S., kart., 9,80 DM).

Chaliand berichtet über den bewaffneten Befreiungskampf der von Amilcar Cabral angeführten Unabhängigkeitspartei von Guinea und den Kapverdischen Inseln (PAIGC) gegen die letzte altkoloniale Macht: Portugal. Seine Studie beginnt mit einer Untersuchung der sozialen Verhältnisse „Portugiesisch“-Guineas. Dort existieren noch nicht einmal feudalistische Verhältnisse; die Bauern kennen das Eigentum an Boden nicht. Die Bevölkerung besteht aus 8 Stämmen. Zwei davon, Ful und Mandingo, sind mohammedanisch; sie machen 30 % der Bevölkerung aus. Die restlichen 6 Stämme bestehen aus

Animisten. Da die mohammedanischen Stämme sozial differenzierter sind, das Häuptlingswesen schon kennen, wurden sie von den Portugiesen als Herrschaftsinstrument gegen die übrigen Stämme eingesetzt: den animistischen Stämmen wurden mohammedanische Häuptlinge oktroyiert. In den Küstenstädten findet man bereits moderne soziale Klassen: ein aus der kolonialen Administration hervorgegangenes Kleinbürgertum, eine dünne Schicht von Facharbeitern sowie ein durch Landflucht entstandenes Proletariat. Chaliand zeigt im einzelnen, wie entscheidend die Kenntnis der Sozialstruktur und der herrschenden Normen für die Initiierung des bewaffneten Kampfes ist. Cabral und seine Genossen hatten das erkannt und hüteten sich vor der Gefahr, die für mehrere afrikanische Befreiungsbewegungen bereits am Beginn ein Ende bedeutete: der mechanischen Übertragung fremder Revolutionsmodelle auf eigene Verhältnisse.

Bereits 1956 wird die PAIGC im Untergrund gegründet. Cabral leistet zunächst politische Arbeit: er bildet Kader aus, die späteren Stützen des bewaffneten Kampfes. Im Gegensatz zur Focus-Theorie Debrays schickt Cabral die Kader aufs Land, um dort zu agitieren und vor Aufnahme des Kampfes sich der Unterstützung der Bauern zu versichern. Cabral wußte, daß man zuerst die animistischen Stämme gewinnen konnte, die besonders unter der Ausbeutung litten (Steuern aller Art, Zwangsarbeit, Prügelstrafe und dazu die Herrschaft der mohammedanischen Häuptlinge). Die winzige Zahl der Stadtarbeiter konnte leicht gewonnen werden; sie übernahmen Führungspositionen, die Mechaniker unter ihnen erwiesen erstaunliches Organisationstalent und Sinn für Disziplin. 1962 begann der bis heute andauernde bewaffnete Kampf. Chaliand, der seinen Bericht auf einer Reise durch die befreiten Gebiete (das gesamte Landesinnere) mit Cabral 1966 aufbaut, betont, daß man schon jetzt sagen kann, die Portugiesen hätten den Kampf verloren. In den befreiten Gebieten wagen sie keine Offensiven mehr, weil sie stets unterliegen; sie müssen sich, um die Guerilla-Offensiven der PAIGC zu vergelten, mit Bombardierungsaktionen begnügen. Nach Chaliands Beobachtungen hat die PAIGC die Phase des Fußfassens hinter sich und befindet sich nun in einem fortgeschrittenen Stadium des Wachstums. Sie kann schon deshalb nicht mehr besiegt werden, weil die befreiten Bauern bereit sind, alles zu opfern, nachdem sie erfahren haben, was Freiheit ist: keine Steuern, keine Zwangsarbeit, keine Prügel. Unter dem Schutz der PAIGC treiben sie die Produktion weiter. Die mit der Befreiung aufgehobene Geldwirtschaft ist durch die aufgebauten Volksläden, in denen die Bauern ihre Produkte direkt tauschen, ersetzt worden. Die von der PAIGC ausgebildeten Krankenschwestern leisten den Bauern medizinische Hilfe. Neben dem bewaffneten Kampf wird Aufklärung betrieben (cf. 55). Man versucht, den Bauern die nationalen und internationalen Dimensionen ihres Kampfes verständlich zu machen, um ihnen zu mündigem Verhalten zu verhelfen. Durch Ausbildung eines Nationalbewußtseins soll der Tribalismus überwunden werden (63). Mit

dem Aufbau des Schulsystems beginnt man, die traditionellen Strukturen zu durchbrechen (70, 73, 95 f.). So sind die geschulten Mädchen nicht mehr zur Zwangsheirat bereit. Die demokratische Struktur der Partei liquidiert das Häuptlingswesen in den befreiten Gebieten.

Ausgehend von dem Experiment der PAIGC wirft Chaliand einen Blick auf den bewaffneten Kampf in ganz Afrika (103 ff.). Es ist evident, daß in keinem anderen afrikanischen Land der Guerilla-Kampf die Perfektion der PAIGC erreicht hat. Z. B. verfügt die UPC (Union des Population Camerounaises) über bessere Kader und Voraussetzungen als die PAIGC; doch ihre Spaltung in einen pro-chinesischen und pro-sowjetischen Flügel hat sie gelähmt. Die UPC-Revolutionäre vergaßen über ihrer Akklamation der Sowjetunion und Chinas den bewaffneten Kampf und wurden Spezialisten für revolutionäre Statements auf internationalen „revolutionären“ Tagungen und Seminaren.

Beachtenswert ist Chaliands Aufsatz im Anhang über die von der Sowjetunion geprägte Formel der sogenannten nationalen Demokratie (133 ff.). Danach werden Herrschaftssysteme wie das Nassers, Nkrumahs, Sukarnos etc. als „progressive“ Regime und als *die* Alternative zum Neokolonialismus betrachtet. Die Staatsstreiche in Indonesien und Ghana mußten Chaliand zufolge zu einer kritischen Reflexion über die „nationale Demokratie“ veranlassen. Dem Argument, die CIA habe diese „progressiven“ Regime beseitigt, begegnet Chaliand mit der Aussage, die CIA habe niemals ernsthaft erwogen, HoChi Minh durch einen Staatsstreich zu beseitigen (167). Objektive Bedingungen zu ihrer Beseitigung müssen also in diesen Regimes selbst angelegt gewesen sein. Wie Chaliand ausführt, duldet die Nationalbourgeoisie die Herrschaftssysteme des Kleinbürgertums, das in der Regel über den Kampf für die Unabhängigkeit zur Macht gelangt ist, nur so lange, bis sie selbst fähig ist, die Macht zu ergreifen. Das Kleinbürgertum fürchtet die Massen und verhindert daher ihre Mobilisierung. Im Namen eines „nationalistischen Sozialismus“, der der arabische, indische, afrikanische etc. genannt wird, verurteilt es den Klassenkampf als ein europäisches Übel, baut den Mythos der Nation als Familie auf und hindert somit die Bauern und städtischen Arbeiter daran, soziale Konflikte auszutragen. Damit freilich ermöglicht es objektiv das Ende der eigenen Herrschaft und bereitet die Machtergreifung der Nationalbourgeoisie vor. Chaliands Konklusion: Der Sturz Sukarnos und Nkrumahs darf nicht hingenommen werden, ohne den Schluß zu ziehen, daß die „nationale Demokratie“ keinerlei Alternative zum Neokolonialismus bietet.

Bassam Tibi (Frankfurt/M.)

**Fanon, Frantz:** *Aspepte der algerischen Revolution.* Aus dem Französischen übertragen von Peter-Anton von Arnim. Mit einem Nachwort von Armin Scheil. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1969 (151 S., kart., 4,— DM).

**Zahar, Renate:** Kolonialismus und Entfremdung. Zur politischen Theorie Frantz Fanons. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1969 (115 S., kart., 7,— DM).

**Sartre, Jean-Paul:** Kolonialismus und Neokolonialismus. Sieben Essays. Verlag Rowohlt, Reinbeck 1968 (126 S., kart., 7,80 DM).

Fanons erstmals 1959 erschienenen Algerien-Buch ist keine kritische Darstellung der algerischen Revolution, sondern eine Akklamation für sie. Es hätte in einer Zeit, in der das algerische Volk Objekt kolonialistischer Verbrechen war, auch gar nicht anders konzipiert werden können. Mit der algerischen Revolution sympathisierend, hätte Fanon 1959 keine Kritik üben können, ohne zweifach Gefahr zu laufen: einmal hätte in jenem Jahr eine öffentliche Kritik an der Revolution dem Kolonialismus dazu gedient, die Revolution zu diffamieren, und zum anderen hätte die linke immanente Kritik Fanons ihm die Feindschaft des ihm ohnehin nicht freundlich gesinnten nationalistischen Gouvernement Provisoire de la République Algérienne (GPRA) eingebracht, das in der Liquidierung linker Kräfte der Revolution bereits geübt war. Um explizit politische Fragestellungen zu meiden, konzentrierte sich Fanon in der hier zu besprechenden Arbeit auf Prozesse der Bewußtseinsveränderung in einem Befreiungskrieg. Er selbst gesteht in einer Anmerkung ein: „Diese den psychologischen Veränderungen gewidmeten Untersuchungen vernachlässigen die eigentliche historische Arbeit“ (20). Die Kritik an Fanons Interpretation der algerischen Revolution muß daher auf dem Hintergrund seiner späteren Schriften, vornehmlich „Die Verdammten dieser Erde“, geschehen; sonst erscheint Fanon fälschlich als psychologisierender Nationalist (so z. B. in dem durchaus unzulänglichen Nachwort von Armin Scheil zur deutschen Ausgabe des Algerien-Buches).

Am Beispiel der algerischen Revolution will Fanon demonstrieren, wie die Menschen, indem sie beginnen, ihre Umwelt zu verändern, sich selber verändern (cf. 14). An drei Komplexen wird dieses Vorhaben ausgeführt: an der Rolle des Schleiers und an der mit ihm aufgeworfenen Problematik der Frauenemanzipation; am Verhältnis der Kolonisierten zur modernen Technik, das am Beispiel des Rundfunks dargestellt wird; und schließlich anhand der strukturellen Veränderungen innerhalb der algerischen Familie.

Schon vor Beginn der algerischen Revolution fertigten Kolonial-Sozialwissenschaftler empirische Untersuchungen über die algerische Gesellschaft an, die als Grundlage für die systematische Zerstörung der letzten passiven Widerstandsquelle, der autochthonen algerischen Kultur dienten. Diese Wissenschaftler behaupteten, hinter dem „offenkundigen Patriarchat“ in der algerischen Gesellschaft verberge sich ein „untergründiges Matriarchat“ (21). Dieser Konzeption zufolge würde die Europäisierung der algerischen Frau, ihre Entschleierung, eine wesentliche kulturelle Widerstandsform liquidieren. Die französische Kolonialverwaltung startete daher eine organisierte Kam-

pagne zur „Emanzipierung“ der algerischen Frau. In dieser besonderen historischen Situation wird nach Fanon der Widerstand gegen die Europäisierung ein Widerstand gegen die Kolonialherrschaft. Experten in Entwicklungsländerfragen sprechen hier von antiwestlichen Attitüden und Kulturfeindlichkeit der „Eingeborenen“. Fanon hält es für widersinnig, „in der kolonialen Situation von Kulturfeindlichkeit zu sprechen ... Die Zeichen des beim Kolonisierten zu beobachtenden Widerstandes müssen in Zusammenhang gebracht werden mit seiner Weigerung, sich zu assimilieren, und seinem Voratz, die eigenen — nationalen, kulturellen — Zielvorstellungen aufrechtzuerhalten“ (26). Aus dieser Perspektive erscheinen der Widerstand gegen die Emanzipierung der algerischen Frau durch Ablegung des Schleiers sowie sämtliche Formen des Festhaltens an der traditionellen vorkapitalistischen, vorkolonialen Kultur progressiv. Allerdings ist diese Formulierung Fanons nicht losgelöst von seinen späteren Analysen über dieses Problem zu rezipieren. In „Die Verdammten dieser Erde“ verteidigt er ebenso die Pflege und das Beharren auf der vorkolonialen Kultur als Form des Antikolonialismus, betont aber, daß die Verweigerung der Europäisierung lediglich eine unbestimmte Negation des Kolonialismus ist, die dem „Gesetz der Trägheit“ gehorcht: „Es kommt zu keiner Offensive, zu keiner Neubestimmung der Verhältnisse. Es kommt nur zu einer krampfhaften Anklammerung an einen Kern, der immer dürftiger, immer träger, immer leerer wird<sup>1</sup>.“ Mit dieser Bestimmung, die im Algerien-Buch übrigens anklingt, wird der verbreitete Vorwurf vieler oberflächlicher Fanon-Leser, er verteidige den Schleier schlechthin gegen die Emanzipation der Frau, gegenstandslos. Überhaupt: Wenn man Fanons Analyse der Négritude kennt<sup>2</sup> und im Algerien-Buch liest: „Der Weiße erschafft den Neger. Aber der Neger erschafft die Négritude. Der kolonialistische Offensive gegen den Schleier setzt der Kolonisierte den Kult des Schleiers entgegen“ (31), dann kann man die These bekräftigen, daß die wichtigsten Formulierungen der „Verdammten dieser Erde“ im Kern bereits im Algerien-Buch vorliegen.

Ausführlich geht Fanon auf die Funktionalisierung des Schleiers ein: Nachdem die algerische Frau während der Revolutionsjahre unter dem Zwang politischer Verhältnisse — sie wurde in den Kampf einbezogen — begonnen hatte, sich zu emanzipieren, und ganz nebenbei auch den Schleier ablegte, verschleiert sie sich freiwillig wieder, als der französische Kolonialismus erneut gegen den Schleier agitiert. In dieser Situation hat der Schleier seine traditionelle Bedeutung verloren: er ist zum Protestmittel geworden.

In diesen Rahmen gehört auch die Geschichte des Rundfunks in

1 F. Fanon: Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt/M. 1966, p. 182.

2 Zur Négritude und zu ihren Kritikern cf. vor allem G. Grohs: Stufen afrikanischer Emanzipation. Stuttgart 1967, pp. 196 ff., und dazu meine Rezension, in: Sozialistische Politik, Jg. 1969, Heft 4, pp. 132 ff.; ferner B. Tibi: Leopold Senghors Négritude, in: Das Argument, Jg. 1967, Heft 45, pp. 422 ff.

Algerien. Bis zum Beginn der fünfziger Jahre verfügten nur jene Algerier über ein Rundfunkgerät, die in der Kolonialverwaltung tätig und integriert waren. „Radio Algier“ hören bedeutete: dem Sprachrohr des Kolonialismus Zutritt in das eigene Haus zu gewähren. Allerdings war die Ablehnung der Technik einschließlich des Rundfunks nicht bewußt motiviert. Erst mit dem Aufbau nationaler arabischer Rundfunksender Anfang der fünfziger Jahre in Damaskus, Kairo etc. beginnen die Algerier, Rundfunkgeräte zu erwerben. Ende 1956, zwei Jahre nach Beginn des bewaffneten Kampfes, errichtet die FLN den Sender „Stimme des freien Algerien“. Binnen zwanzig Tagen waren alle im Handel befindlichen Radiogeräte aufgekauft. Die „Stimme des freien Algerien“ hören hieß: sich der Revolution anschließen. „Das technische Instrument verliert so mehr und mehr seine Eigenschaft als Feindobjekt. Es bildet nicht länger einen Teil des kulturellen Unterdrückungsarsenals des Okkupanten. Die algerische Gesellschaft beschließt, indem sie aus dem Radio ein Mittel des Widerstands gegen den ins Ungeheure wachsenden psychologischen und militärischen Druck des Okkupanten macht, die neue Technik zu übernehmen und damit einzutreten in die neuen Systeme der Zeichengebung, die die Revolution hervorgebracht hat“ (57). Nebenprodukt dieses Prozesses war die Neutralisierung der französischen Sprache als Herrschaftsinstrument des französischen Kolonialismus: Da die revolutionären Ereignisse in französischer Sprache mitgeteilt wurden, die Sprache des Okkupanten zum Kommunikationsmittel der Revolution wurde, entfiel der Widerstand gegen sie als Sprache des Kolonisators.

Gleichermaßen analysiert Fanon die innerfamiliären Veränderungen in der algerischen Gesellschaft während der Revolutionsjahre: im Verhältnis Vater-Sohn, Vater-Tochter, Ehemann-Ehefrau etc. Er zeigt auch, wie die algerische Frau durch ihre Partizipation am bewaffneten Kampf ihre Freiheit erwarb: „Die entschleierte Frau, die einen wichtigen Platz in der revolutionären Aktion einnimmt, entwickelt ihre Persönlichkeit, entdeckt ihre Verantwortung. Die Freiheit des algerischen Volkes wird gleichbedeutend mit der Befreiung der Frau, mit ihrem Eintritt in die Geschichte“ (75). Der letzte Satz ist sehr aufschlußreich für die Beurteilung der algerischen Revolution. Der authentische Bericht der Algerierin Fadela M'rabet gibt Auskunft darüber, daß die algerische Frau sich heute wieder in den alten Fesseln befindet<sup>3</sup>. Die einst antikolonialistische Widerstandsform gegen die Europäisierung wird heute zum Leitsatz des reaktionären Boumedienne-Regimes. Boumedienne suggeriert der algerischen Frau, ihre Emanzipation sei unmoralisch, und fordert sie auf, die europäischen Frauen nicht zu imitieren: „Unsere Gesellschaft ist eine islamische und sozialistische . . . Die Sittlichkeit muß respektiert werden“<sup>4</sup>, sagt er in diesem Zusammenhang. Im Lichte der heutigen

3 Cf. Fadela M'rabet: *La femme algérienne*. Paris 1964; idem: *Les Algériennes*. Paris 1969.

4 Zit. nach N. B. Miller: *Social Revolution in the Arab World*. In: *Monthly Review*, Vol. 19, No. 9, Feb. 1968, pp. 20—33, hierzu p. 26.

Situation in Algerien müßte Fanon seine überschwengliche Aussage zu Schluß seines Algerien-Buches revidieren: „Die algerische Revolution ist auch dies: eine neue Lebensform, die eine neue Menschheit erfindet und vorbereitet“ (126).

Schon in der Regierungszeit Ben Bellas wurde Fanon von nationalistischen Kreisen als Ausländer abgelehnt. Seinem Werke wurde nachgesagt, daß es „nicht die Kampf- und Arbeitshymne des algerischen Volkes sein (kann), weil es nicht bis in die Wurzel seiner Subjektivität hinabreicht ... Fanon fehlte die Taste, die die algerische Seele erzittern läßt. Um die Sprache des Volkes zu sprechen, muß man seine Überzeugungen teilen: Fanon war ein Atheist“<sup>5</sup>.

Armin Scheil versucht in seinem Nachwort zu klären, weshalb die algerische Revolution steckengeblieben ist und statt zu einer freien Gesellschaft zu einer bonapartistischen Herrschaft geführt hat. Scheils mangelnde Kenntnis der Zusammenhänge der Revolution hindert ihn daran, diese Frage befriedigend zu beantworten. Die umfangreiche Algerien-Literatur scheint er nicht zu kennen, ja noch nicht einmal die wenigen Ansätze zur Kritik der algerischen Revolution<sup>6</sup>. Dieser Tatbestand stärkt seine Neigung, die algerische Revolution in trotzkistisch vorgefertigte Schemata zu pressen, so daß zum Schluß explizit gesagt wird, die Revolution habe in Algerien diesen Werdegang nehmen müssen, weil sie eine Bauernrevolution und keine des Industrieproletariats war. Zugute halten muß man Scheil, hervorgehoben zu haben, daß die Grenzarmee unter Boumedienne die linken Kräfte liquidierte, und, obwohl sie während der Revolution nicht gekämpft hatte, nach Erlangung der Unabhängigkeit sich zu einer privilegierten Schicht verselbständigte.

Eine brauchbare Darstellung der politischen Theorie Fanons gibt Renate Zahar, wenngleich auch ihre Arbeit Mängel hat. Der fruchtbare Ansatz in der einleitenden biographischen Skizze, nach dem Fanons Theorie mit der algerischen Revolution oszilliert, bleibt unausgeführt. Es wäre ergiebiger gewesen, wenn Zahar die einzelnen Etappen der Theorie Fanons auf dem Hintergrund seiner revolutionären Tätigkeit nachgezeichnet hätte, anstatt die vielen nicht weiterführenden repetitiven Exkurse über die Marxsche Entfremdungstheorie zu unternehmen, die in unkritischer Anlehnung an Marcuses umstrittene Interpretation dargestellt wird. Nicht weiter führen auch die verschiedenen der Arbeit aufgepfropften Ansätze zur Analyse der sozio-ökonomischen Rückständigkeit der Kolonialländer.

5 Le Peuple, März 1964, hier zit. nach F. M'rabet: Les Algériennes. Paris 1969, p. 111. Trotz dieses nationalistischen Gezeters war Fanon der Theoretiker der algerischen Revolution. Wie stark seine Wirkung auf einflußreiche Träger der Revolution, so auf M. Harbi, war, habe ich angedeutet in meinen Anmerkungen zu M. Harbi: Bauern und Revolution, in: B. Tibi (ed.): Die arabische Linke. Frankfurt/M. 1969, pp. 123 ff.

6 G. Chaliand: L'Algérie, est-elle socialiste? Paris 1964; A. Humbaraci: Algeria: A Revolution that Failed. London 1966; und zuletzt Claude Collin: Algérie, an VIII: Essai de description. In: Temps Modernes, 25. Jg., Nov. 1969, pp. 636—664.

Über Fanon und die algerische Revolution findet man in Zahars Arbeit nur ein paar Seiten (85—89), in denen jener Teil des oben besprochenen Algerien-Buches ausführlich referiert wird, in dem Fanon sich mit der sozialen Bedeutung des Schleiers und seiner Funktionalisierung befaßt. Zahar zufolge konnte Fanon — weil seine Gewaltkonzeption sozialpsychologisch orientiert sei — nicht voraussehen, daß die strukturellen Veränderungen der algerischen Gesellschaft sowie die Bewußtseinsveränderungen nach Erlangung der Unabhängigkeit nicht institutionalisiert werden konnten. „Die Gründe für seine Fehleinschätzung sind letzten Endes in seiner Konzeption der Gewalt zu suchen“ (89). Bei dieser improvisierten Kritik bleibt es, ohne daß den Gründen nachgegangen wird.

Zwischen Fanon und Sartre existierte nicht nur eine persönliche Freundschaft, sondern auch eine intellektuelle Affinität, die Zahar andeutet, indes nicht weiter ausarbeitet. Wie bei Fanon ist der Topos der meisten politischen Schriften Sartres der Kolonialismus. Für beide war der algerische Befreiungskrieg das historische Ereignis, an dem sie ihre antikolonialistische Konzeption entfalteten. Sartres Aufsätze über „Kolonialismus und Antikolonialismus“ behandeln — bis auf den Lumumba-Aufsatz — die politischen Probleme, die die algerische Revolution seinerzeit aufgeworfen hat. Obwohl Sartre sich ähnlich Fanon primär sozialpsychologisch mit dem Kolonialismus befaßt, vergißt er wie jener nicht, darauf hinzuweisen, daß er die ökonomische Kolonialismus-Analyse damit keineswegs unterschlagen will.

Besondere Aufmerksamkeit widmet Sartre der Diskussion der These, die behauptet, der Kolonialismus sei trotz seiner verbrecherischen Züge welthistorisch dadurch zu legitimieren, daß er durch Liquidierung feudaler und präfeudaler Strukturen und Herrschaftsformen den Zugang zur modernen Zivilisation ermöglichte. Sartre weist diese These vehement zurück. Der Kolonialismus, so zeigt er, lehnt in den Kolonien selbst die ideologischen Grundsätze des Kapitalismus ab, dem er entspringt. Die bürgerliche Kultur ist dort strikt verboten; die von ihr beanspruchte Gleichheit der Menschen als abstrakte Individuen wirkt in den Kolonien als revolutionärer Zündstoff. Das hat der Kolonialismus begriffen und bemüht sich daher unaufhörlich, Mystik und Aberglauben in den Kolonien zu bewahren. Die autochthonen religiösen Herrschaftsformen werden von ihm protegiert. „Die Trennung von Kirche und Staat ist ein republikanisches Privileg, ein nur dem Mutterland zustehender Luxus“ (15).

Die ersten sechs Essays der vorliegenden Sammlung befassen sich u. a. mit der Dialektik von Kolonisierem und Kolonisator, mit den Folterungen in Algerien und der Frage, wer die moralische Schuld daran trägt, sowie mit dem Strukturzusammenhang zwischen Rassismus und Kolonialismus. Der letzte Aufsatz über Lumumba ist vorbildlich für die Analyse kolonialer Nationalisten. Der hier entfaltete Rahmen hilft grundsätzlich die Entwicklung kolonialer Nationalisten von kleinbürgerlichen Jakobinern zu sozialistischen Internationalisten verstehen.

Bassam Tibi (Frankfurt/M.)

**Thiam, Doudou:** Die Außenpolitik der afrikanischen Staaten. Ideologische Grundlagen — Wirklichkeit — Zukunftsperspektiven. Aus dem Französischen von Odette Jankowitsch. Econ-Verlag, Düsseldorf-Wien 1966 (232 S., Ln., 18,— DM).

**Bonn, Gisela:** Léopold Sédar Senghor. Wegbereiter der Culture Universelle. Econ-Verlag, Düsseldorf-Wien 1968 (206 S., Ln., 15,— DM).

Erhebt sich ein Afrikaner gegen koloniale und neokoloniale Herrschaft, so ist gewiß, daß er in der etablierten europäischen Publizistik von vornherein zur Teufelsfigur erklärt wird. Paßt er sich dagegen an und macht sich zum Objekt der Befriedigung exotischer Bedürfnisse und zum Sprachrohr der wirklichen Herren Afrikas, dann sichert er sich eine breite Akklamation. Wir erinnern an Lumumba, der seinerzeit als „Schwachsinniger“ verunglimpft wurde, und an Nkrumah, der hierzulande als „totalitärer Diktator“ verpönt ist. Senghor dagegen, der sich beim französischen Kolonialsystem in Westafrika verdient gemacht hat, wurde in Frankreich zum Mitglied bürgerlich-aristokratischer Vereine berufen, in der BRD gar wurde ihm der „Friedenspreis“ des deutschen Buchhandels verliehen, und fast sein gesamtes Werk liegt inzwischen in deutscher Sprache vor.

Der Econ-Verlag hat schon früh damit begonnen, Senghor zu würdigen. 1966 erschien bei diesem Verlag die Interpretation der politischen Ideen Senghors, wie sie von seinem Außenminister (bis 1967) Thiam formuliert wurde. Senghor wird von Thiam als der heute maßgebliche Verfechter des Panafrikanismus gerühmt. Diese Bewegung verfolgt — so Thiam — zwei politische Ziele: „die Bekämpfung des Kommunismus sowie den Abbau der Kolonien und die Verwirklichung der afrikanischen Einheit“ (34). Thiam deklariert Senghors Négritude zu der Panafrikanismus-Konzeption schlechthin, zumal Senghor zu denjenigen zähle, die versuchten, dem Panafrikanismus als Antikommunismus „eine philosophische Grundlage zu verleihen. ... ‚Négritude‘ ist ein universales Konzept, eine Weltanschauung ...“ (36). Auch erweist sich die Négritude „als wissenschaftliche Theorie, die auf der Analyse einer Gesamtheit objektiver Faktoren beruht, die aus der Umwelt des Menschen hervorgehen“ (37). Indem die Négritude auf der Eigenständigkeit der afrikanischen Umwelt insistiert, erscheint sie als eine Weigerung, „fremdes Gedankengut ohne Diskussion zu akzeptieren“, kann somit „dem Kommunismus erfolgreich entgegentreten“ (37). Die Négritude stieß Thiam zufolge bisher auf marxistische Kritik und Ablehnung einfach deshalb, weil sie „ein Element des Widerstandes gegen die kommunistische Ideologie darstellt“ (39). Thiam geht über Senghor jedoch insofern hinaus, als er glaubt, daß die Négritude allein „nicht genügt, um das schwarze Afrika gegen den Kommunismus zu schützen“ (39). Denn „der Kommunismus breitet sich nicht allein durch seine Ideologie aus. Er nutzt die Lebensbedingungen der Völker, ihre wirtschaftliche und soziale Lage aus“ (ibid.). Daher liegt bei Thiam die Betonung auf einem politisch verstandenen „afrikanischen So-

zialismus“ und nicht auf der kulturellen Bestimmung der Négritude, obwohl er sich darin in toto auch auf Senghor berufen kann, denn nach der Dekolonisation war auch Senghor genötigt, seine Négritude-Konzeption — wenngleich dies auf reaktionäre Weise geschah — zu politisieren.

Im Anschluß an Senghor betont Thiam, daß der Afrikaner „aus Tradition Sozialist“ sei (53), daß der „afrikanische Sozialismus“ daher als „instinktiver Sozialismus“ gedeutet werden könne. Während der „europäische Sozialismus“ revolutionär und dem Klassenkampf entsprungen sei, orientiere sich der „afrikanische Sozialismus“ an der Struktur der afrikanischen Gemeinschaft. Diese sei „nicht das Ergebnis eines Kampfes, eines Überwindens; sie ist dem Wesen nach Übereinstimmung und Harmonie, Ergänzung; man könnte auch Symbiose sagen“ (53 f.). Obwohl Senghor und sein Interpret Thiam militante Antikommunisten sind, so versäumen sie es nicht, Marx gegen „Fehlinterpretationen“ zu schützen. So gilt es Thiam zufolge als Senghors Verdienst, entdeckt zu haben, daß es „eine grobe Verfälschung der Lehre Marx' (ist), den Marxismus mit Atheismus zu identifizieren“ (66). Denn Marx war stets ein Ethiker, und sein Materialismus war lediglich eine „Reaktion gegen den Moralismus der utopischen Sozialisten“ (67). Nach Senghor und Thiam ist in diesem Sinne „Marx mit Gott versöhnt, den er nie wirklich verlassen hat“ (68). Diesen Unsinn würdigt Thiam als „scharfsinnige Analyse“ (ibid.), die den Marxismus auf „seine geistigen Grundlagen“ zurückführe. Senghors Antikommunismus gilt also nicht Marx, sondern den Marxisten. Senghor verwirft — nach Thiam — zwar „den Materialismus, anerkennt jedoch die Dialektik als Methode zur Analyse der afrikanischen Gesellschaft“ (70).

Während Thiam als zeitweiliger Außenminister Senghors notwendigerweise als sein Akklamator ex professo erscheint, leistet Gisela Bonn eine freiwillige Akklamation. Die Autorin, die als ständige Mitarbeiterin von „Christ und Welt“ ausgewiesen wird und die vor ihrer Promotion sieben namentlich aufgeführte Fächer studiert haben soll, lebte zeitweise in Afrika; sie „unternahm immer wieder mehrmonatige Reisen durch diesen riesigen Kontinent“ und verfaßte „zahlreiche Bücher“ (Klappentext). Eines dieser Bücher trägt den für die Autorin bezeichnenden Titel „Afrika verläßt den Busch“ (erschienen ebenfalls im Econ-Verlag). Es zeugt von oberflächlichem Journalismus, fand jedoch dank der Fürsprache der Springer-Presse eine große Verbreitung (2. Auflage 1968, 19. bis 25. Tsd.); die „Welt“ befand es seinerzeit für „eine der vorzüglichsten Zusammenfassungen afrikanischer Probleme“.

Das neue Bonn-Buch über Senghor begreift die Autorin als eine „in sich geschlossene Fortsetzung ihres Werkes: Afrika verläßt den Busch“. Es ist weder informativ noch wissenschaftlich und ist in einem Stil geschrieben, der wohl der Überzeugung der Autorin entspricht, daß, wer Senghor gelesen habe, „große Worte nicht ängstlich zu meiden“ brauche (19). Senghors Denken und Wirken hält Bonn für eine Bestätigung ihrer These aus dem genannten früheren Buch:

„Afrika muß den Busch verlassen, ohne seine Vergangenheit zu leugnen, muß bewahren und annehmen, um zu transformieren“ (13). Begeistert ist die Autorin von Senghor vorab, weil dieser „für Verständigung und Frieden in Afrika . . . mehr getan (hat) als irgendein anderer Staatsmann“ (17 f.). Allerdings interessiert es sie nicht, welche Art von Verständigung und Frieden Senghor predigt: Frieden nämlich mit dem Kolonialismus, insofern Senghor sich gegen alle afrikanischen Befreiungsbewegungen und für eine Verständigung mit dem französischen Kolonialsystem einsetzte, wobei er sich stets als Werkzeug des Kolonialismus in Afrika benutzen ließ.

Insgesamt geht Bonns Buch über eine unkritische Verherrlichung Senghors nicht hinaus. Für alle seine Missetaten findet die Autorin eine Apologie. Während sie sich ansonsten gegen „totalitäre“ Regimes ausspricht, findet sie für Senghors Diktatur eine Rechtfertigung: es wäre „sinnlos, in Afrika Demokratie nach europäischem Muster zu fordern . . . , hier könnten die Massen, die noch nicht fähig sind, Barrieren aus Vernunft und Erfahrung zu bauen, durch einen geschickten Agitator leicht zum willigen Instrument sinnloser Unruhen und Zerstörungen werden. Das muß ein verantwortungsbewußter Staatsmann verhindern“ (42).

Der Hauptteil des Buches besteht aus einer Biographie Senghors, wobei jede kleinste Information durch Weitschweifigkeit mehrere Seiten beansprucht. Der Leser erfährt u. a., daß Senghors Vorfahren Adelige waren und daß in seinen „Adern . . . auch das Blut der königlichen Malinké fließt“ (73); daß Senghor neben Pompidou das Lycée le Grand besuchte (84) etc. Dafür verdient Senghor es, mit der Enkelin des Marquis Daniel de Betteville aus der Normandie verheiratet zu sein. Senghors Sohn Philippe „wird der letzte männliche Erbe der Marquis Daniel de Betteville sein. . . Die Selbstverständlichkeit, mit der sich der schwarze Aristokrat aus dem Geschlecht der Serer und der Malinké in das Milieu der alten normannischen Ritter einfügt, mag für viele Menschen erstaunlich sein, aber sie ist überzeugend“ (193). Solche Ausführungen empfindet Bonn als konstitutiv, denn „die bisher gewohnten Kategorien reichen kaum aus, um ihn (Senghor) einzuordnen. Er fordert zu neuen Begriffen und Einsichten heraus. Wenn man erkennen will, was er unter „culture universelle“ versteht . . . , muß man ihn ebenso in Afrika wie in Frankreich besuchen, in der Normandie, auf dem Landsitz ‚Les Rosiers‘ in Verson . . .“ (190). Den neuen kategorialen Rahmen kann die Autorin glücklicherweise gleich mitliefern; sie besuchte nämlich Senghor, zunächst auf seinem Landsitz in der Normandie, der „im Empire-Stil geplant und erbaut“ wurde (191): „Madame Senghor serviert Tee aus feingezeichneten Sèvres-Schalen. Artig sitzt Philippe auf dem Empire-Sofa, das mit weinrotem Velours bezogen ist. Über die zartgrauen Seidenpolster der Direktoire-Sessel fällt das gedämpfte Licht der Kerzen“ (192). Und so fort. Und dann besuchte die Autorin Senghor in Senegal, wo der Armeechef, General Diallo, sie empfing, „der mehr als einmal seine Maschine zu Rundflügen über Senegal zur Verfügung stellte“ (195). Sie sprach mit Senghor bei einem Empfang,

wo er ihr gestand: „Die Ursachen der augenblicklichen Zivilisationskrise (liegen) . . . im krassen Materialismus“ (196 f.). Und bei diesem Empfang konnte Bonn mit eigenen Augen erneut beobachten, wie Afrika den Busch verläßt: „Immer wieder flammten die Scheinwerfer auf, surrten die Kameras, glänzten Brokate und Seiden im Rampenlicht. Wer dem Augenschein vertraute, hatte den Beweis: in diesem Afrika war der Anschluß an das 20. Jahrhundert vollzogen“ (200).

Bassam Tibi (Frankfurt/Main)

**Hartmann, Hans Walter:** Südafrika. Geschichte — Wirtschaft — Politik. Verlag Kohlhammer, Stuttgart 1968 (158 S., kart., 14,80 DM).

Südafrika. MERIAN, Heft 12/XXII. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1969 (140 S., geb., 5,— DM).

**Kleist, Peter:** Südafrika. Land für Weiß und Schwarz. Verlag K. W. Schütz, Göttingen<sup>2</sup> 1964 (212 S., Ln., 24,— DM).

**Hopkinson, Tom:** Südafrika. Time-Life-International, Amsterdam 1969 (159 S., geb., 19,80 DM).

**Klarfeld, Kurt Peter:** Südafrika. Ein Farbbildwerk. Klarfeld-Verlag, Flensburg 1959 (87 S., Ln., 19,80 DM).

**Flohr, Ernst Friedrich:** Bevölkerungsprobleme und die Politik der eigenständigen Entwicklung der Bevölkerungsgruppen in Südafrika. Heft 61. Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft, Lübeck 1965 (80 S., geb., o. Preisangabe).

Kaum läßt sich in der englischsprachigen Welt über einen Mangel an Publikationen über Südafrika klagen. Der potentielle Rassenkonflikt scheint so sehr polarisiert, daß Beteiligte wie Zuschauer hinreichend motiviert sind, ihre Meinung zu publizieren. Die kritische Südafrika-Literatur verfällt dabei allerdings häufig in den umgekehrten Tenor der zahlreichen Apartheid-Apologien. Sie denunziert einzig das System oder präsentiert Beschreibungen seiner Greuel. Statt politisch-ökonomischer Analysen werden oft nur Bekenntnisse der Vorurteilslosigkeit des Autors präsentiert, Entrüstung über Ungerechtigkeiten oder ironische Kommentare eines aufgeklärten Liberalismus zu vermeintlichen Paradoxien einer illiberalen Unaufgeklärtheit. Die bevorzugte Kategorie, um den Konflikt theoretisch zu erfassen, ist die Vokabel „Tragödie“, als ob hier unbeeinflussbare Schicksale ihren vorbestimmten Lauf nähmen. Es scheint zweifelhaft, ob diese Interpretation genügt, eine historische Entwicklung aufzuhehlen, in welcher das südafrikanische Rassensystem weder eine perverse Ausnahme noch ein Beispiel verspäteter Kolonialpolitik darstellt. Im Kern vertritt die Mehrzahl der kritischen Autoren über den Rassenkonflikt eine moralistische und damit unpolitische Haltung. Statt die sich in der Rassenpolitik ausdrückenden Interessen zu untersuchen und in ihren Wandlungen zu verfolgen und die sozialen

Kräfte zu bestimmen, die eine Änderung herbeiführen könnten, wird Politik als moralisches Dilemma präsentiert. In der Sicht *Alan Paton's*, der für diese Richtung charakteristisch ist, muß man einfach in Südafrika gewisse Dinge sagen, selbst wenn sie folgenlos bleiben und man dafür zu büßen hat. Das Bekenntnis wird dabei zum Selbstzweck, zum Ausweis der persönlichen Tugendhaftigkeit: „Da gibt es jene, die fragen, was hat es genützt? Es hat eine Menge genützt. Es macht es uns möglich zu sagen, daß Südafrika ein Land der Furcht ist, aber daß es auch ebenso ein Land der Zivilcourage ist“ (Paton).

Gleichwohl erfährt man aus der Perspektive dieser Autoren immer noch mehr über die Rassengesellschaft als von den Verfassern, die sich einer fiktiven Objektivität verpflichtet fühlen und damit um so unreflektierter den spezifischen Vorurteilen ihrer Gruppenzugehörigkeit zum Opfer fallen. Dies gilt für die Mehrzahl der burischen Autoren, die selten ohne solche Kategorien wie „Identität“, „Heimat“ und „Volkstum“ auskommen. Fast noch unkritischer als die Buren selbst behandeln deutsche Publikationen den Konflikt. Sie offerieren bestenfalls „ein offenes Wort über Apartheid“, wie *Hans Walter Hartmann's* Buch angekündigt wird. Seine Studie konzentriert sich auf eine Beschreibung historischer Ereignisse und wiederholt die pragmatischen Argumente in der südafrikanischen Diskussion über die Vor- und Nachteile der Rassentrennung nicht ohne Sympathie für den Regierungsstandpunkt. Wenngleich auch keine eigene Analyse, so enthält der Band doch nützliche Informationen, was von den anderen Publikationen kaum gesagt werden kann. Fast entschuldigend heißt es in einem auflagenstarken Bildband über das Land: „Auch Merian kann an einer solchen Frage nicht vorbeigehen.“ Die wenigen Zeilen, die in dem Heft den Anti-Apartheid-Standpunkt darlegen sollen, stammen von einem Abgeordneten der United Party, als ob jener die antirassistische Opposition repräsentierte. Von der Existenz einer nichtweißen Apartheid-Opposition erfährt man durch einen einzigen Satz in einem Literaturbericht, der das Buch des Friedensnobelpreisträgers Luthuli als „noble Autobiographie eines Zulu“ (131) erwähnt, ohne jedoch ihn oder irgendeinen anderen Exilsüdafrikaner zu Wort kommen zu lassen. Trotzdem erklärt der Herausgeber: „Daß der Standpunkt der eigentlich Betroffenen hier nicht vorgetragen werden kann, ist kein Mangel an Objektivität“ (60). Wie eine ähnliche Einführung in die Rassenproblematik fair und informativ aussehen kann, dafür ist der jetzt in deutscher Übersetzung vorliegende Bildband in der Serie der TIME-LIFE-Bücher ein Beispiel. Der Rassenkonflikt wird hier aus der Geschichte und Mentalität der Buren erklärt ebenso wie mit der zunehmenden Unterdrückung ihrer Opponenten, die *Tom Hopkins* porträtiert, der einst die Johannesburger Afrikaner-Zeitschrift „Drum“ herausgab und jetzt in Sussex Journalismus lehrt. Die meisten deutschen Veröffentlichungen gefallen sich hingegen in der Rolle des prosüdafrikanischen Aufklärers, „denn der Blick wurde durch gelenkte Nachrichten vernebelt. Sogar durch richtige Lügen“ (Merian, 6). Ähnlich beginnt ein noch stärker der weißen Politik verpflichteter Band von

*Peter Kleist*, einen verzerrten Pressespiegel über das Land richtig zu stellen und die kommunistische Gefahr in Südafrika zu beschwören. Allen deutschen Publikationen mehr oder minder gemeinsam ist vor allem die Betonung der landschaftlichen Sehenswürdigkeiten nach dem Motto: „Das Großwild bewegt sich auf freier Wildbahn, und die Eingeborenen haben sich ihre Eigenständigkeit bis auf den heutigen Tag erhalten“ (*Kurt Peter Karfeld*). Neger als malerischer Teil der exotischen Fauna, liebenswürdig, glückliche Wilde als Kameraobjekt, Südafrika als „einziges Abenteuer“: das ist die Perspektive, die den Nichtbetroffenen die Misere gar nicht erst in den Blick treten läßt. Allenfalls in sentimental Bildern werden überhaupt soziale Aspekte erwähnt: „So ist die Lebensweise der Farbigen. Sie lächeln der Not ins Gesicht, und ihr Lachen, das blutende Herzen und zerbrochene Wünsche verbirgt, gibt ihnen gegenseitig Kraft“ (*Merian*, 120). Die politischen Folgerungen solchen Verständnisses erreichen ihre eindeutigste Formulierung in den Veröffentlichungen des Lübecker Geographen *Ernst Friedrich Flohr*, der durch wiederholte Studienaufenthalte in Südafrika und langjährige persönliche Kontakte mit der südafrikanischen Machtelite den weißen Standpunkt am zuverlässigsten vermittelt und deshalb abschließend ausführlich zitiert werden soll.

Nach Flohr würde durch ein allgemeines Wahlrecht in Südafrika der hochentwickelte Staat „der Willkür der farbigen Massen ausgeliefert sein, die zum weitaus größten Teil vorläufig nicht zu Urteilen über die Führung eines modernen Staatswesens fähig, ja politisch geradezu uninteressiert sind“ (21). Andererseits werden sie jedoch auch „ungeduldig in ihren Forderungen nach Gleichberechtigung mit den Europäern“ (34). Sie haben jedoch kein Recht zu solcher „Begehrlichkeit“, denn die Weißen haben das Land besiedelt und entwickelt, „in dem die Bantu als Gäste und Nutznießer willkommen sind. Wohl haben sie mit ihrer Hände Arbeit an dem Bau mitgewirkt — jedoch kein Fünkchen geistiger Schöpfungskraft beigetragen“ (34). Die „Treuhandenschaft“ der Buren ist wegen ihrer eigenen Erfahrung in der „Phase der Volkwerdung“ (38) „so besonders vertrauenswürdig. Sowohl was die Ehrlichkeit des Wollens als auch was die Richtigkeit der Methoden betrifft“ (38). Der vorwiegend englischsprachigen Opposition in Südafrika mangelt es dagegen an „Verständnis dafür, daß ein Volk, das wächst, sich blutlich, kulturell und auf jedem anderen Lebensgebiet rein und unverfälscht verwirklichen will, obgleich sie selbst sehr darauf bedacht sind, ihr Engländertum auszuleben“ (62). Solche Kritiker tragen zu dem „Unglück“ bei, „daß verantwortungslose Ideologen, Politiker, ‚Führer‘ die Bantu in eine Entwicklung hineintreiben und sie in ihr vorwärts hetzen, zu der die europäischen Völker Jahrtausende gebraucht haben“ (65). Erforderlich ist es, Südafrika die „Muße“ zu gönnen, „die nötig ist, um diesen schwierigen Prozeß auch nur in den Anfängen zu bewältigen“ (65). Der Verfasser, der maßgebend an der Veröffentlichung und Auswahl von Texten für niedersächsische höhere Schulen mitwirkt, schließt seine Untersuchung mit der Empfehlung: „Wer dieses Werk nicht fördern

will, der störe es wenigstens nicht. Sein Mißlingen würde unermeßliches Unheil bedeuten“ (78).

Es wäre einer eigenen Studie wert, an Hand solcher Texte nachzuweisen, wie rassistische deutsche Traditionen in Projektionen auf Kolonialsituationen, besonders Südafrika, sich selbst unbewußt fortleben. Die stillschweigende Bewunderung, die Südafrika für sein „Experiment“ in weiten Kreisen erhält, die sich in anderen politischen Situationen als überzeugte Demokraten verstehen, ist ein Indiz dafür, daß das Gleichheitsprinzip nur im Hinblick auf die eigenen Gruppenangehörigen gelten soll.

Heribert Adam (Vancouver)

**Adam, Heribert:** *Südafrika. Soziologie einer Rassengesellschaft.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1969 (138 S., kart., 4,— DM).

Der Vorzug dieses Buches besteht darin, daß es sich die Aufgabe stellt, mit seiner Analyse nicht wie die meisten bisherigen Darstellungen bei dem Nachweis stehenzubleiben, daß die südafrikanische Rassenideologie lediglich dazu taugt, ein System extremer Ausbeutung und Unterdrückung zu rechtfertigen. Den häufig gehörten globalen Revolutionsankündigungen versucht Adam eine genauere Analyse der Funktionsweise des südafrikanischen Herrschaftssystems und seiner Entwicklungstendenzen entgegenzuhalten, um daraus die Möglichkeit einer revolutionären Umwälzung abzuleiten. Der Ausgangspunkt des Buches ist, daß „... neue Formen diktatorischer Herrschaft, die der oft auf Wunschenken und auf den Unruhen der beginnenden sechziger Jahre basierenden Analyse entgegen, gerade dort eine gewaltsame Änderung zu verhindern (scheinen), wo diese theoretisch am wahrscheinlichsten ist. Im Zentrum der Untersuchung steht deshalb die Frage, was eine Gesellschaft, die wie keine andere in der Welt von tiefgreifenden Konflikten gekennzeichnet ist, dennoch funktionieren läßt“ (19). Doch Adam geht noch einen Schritt weiter: „Heute scheinen totalitäre Regierungen Formen der Herrschaft zu praktizieren, welche die vermuteten Zusammenhänge zwischen unterdrückter Interessenwahrnehmung und Systemgefährdung überhaupt nicht mehr aktuell werden lassen. Die Interessen der Unterdrückten werden in hohem Maße manipuliert. In Südafrika scheinen sich wegen der Eindeutigkeit der widerstreitenden Interessen sowie des Ausmaßes der Unterdrückung die neuen Formen manipulierter Herrschaft deutlicher als anderswo nachweisen zu lassen. Gewöhnlich wird das Apartheid-System als das altmodische Relikt eines sterbenden Kolonialismus angesehen; möglicherweise verkörpert es jedoch eines der effektivsten Muster oligarchischer Herrschaft“ (20). In dieser Formulierung reproduzieren sich sämtliche Schwächen des ganzen Buches. So überzeugend seine These in bezug auf die südafrikanische Gesellschaft klingen mag, so fragwürdig ist deren generalisierende Übertragung auf andere neokoloniale (und nicht nur diese) Gesellschaften, wie sie ganz besonders auf den letzten Seiten des Buches vorgenommen wird, sowie die resignierende

Tendenz, totalitäre Herrschaftsformen ließen heute gesellschaftliche Widersprüche, die sie gefährden, „überhaupt nicht mehr aktuell werden“. Eine solche Tendenz zur pauschalen Generalisierung, die zu einer ganzen Reihe von Widersprüchen in des Autors eigenen Aussagen führt, zeigt sich immer wieder in diesem Buch. So zitiert er beispielsweise Franz Neumann und drückt damit seine eigene Position aus: „In der heutigen Zeit des bewußten Vorrangs der Politik kann eine Revolution nur innerhalb der herrschenden Klasse und nur mit Hilfe der politischen Maschinerie selbst erfolgreich sein“ (102 f.). Falls hier nicht „Revolution“ mit Staatsstreich verwechselt wird, handelt es sich in der Tat um eine Revision, aber nicht nur um die der sozialistischen Kolonialismustheorien, die großspurig angekündigt wird und doch nur darauf hinausläuft zu zeigen, daß die südafrikanische Entwicklung den Sonderfall einer europäischen Siedlergesellschaft und ihrer Auseinandersetzung mit dem vordringenden britischen Kolonialismus darstellt.

Adam definiert die südafrikanische Herrschaftsform als „demokratischen Polizeistaat“, der eine gemäßigte weiße Opposition gegen das Apartheidsystem zulasse, solange sie bedeutungslos bleibe, und der die rassistische Repression mit der Scheinlegalität „bürokratischer Verwaltungsmaximen“ und „legalistischer Prozedurentreue“ (51) umgebe, sie somit weitgehend persönlicher Willkür entziehe und zumindest der weißen Bevölkerung als korrekt erscheinen lasse. In diesem Staat geschieht „... noch die ungeschminkte Verweigerung demokratischer Rechte für die Nicht-Weißen ... streng nach Westminster-Prozeduren. Alle Aufhebungen und Einschränkungen nicht-weißer Rechte berufen sich auf ordnungsgemäß erlassene Gesetze“ (51). Zur Erklärung für die relative Stabilität der gegenwärtigen Situation seien jedoch zwei weitere Faktoren wesentlich. Einmal das Programm der „getrennten Entwicklung“, das sich von der traditionellen Form der Apartheid unterscheide durch seinen Pragmatismus und durch die Ersetzung der Ideologie der natürlichen „Minderwertigkeit“ der einen Rasse gegenüber der anderen durch die der „Verschiedenartigkeit“ der Rassen. Dieses Programm erfülle eine doppelte Funktion: Indem es der farbigen Bevölkerung die als Ideologie entlarvte „Utopie“ biete, in den ihr zugewiesenen „autonomen“ Bantustans eine unabhängige politische und ökonomische Entwicklung selbst zu bestimmen, biete es dem afrikanischen Nationalismus ein wichtiges Ventil. Zugleich verstärke es mit seinem forcierten „Ethnozentrismus“ die Ressentiments und Vorurteile der verschiedenen, voneinander isolierten, nicht-weißen Bevölkerungsgruppen und verhindere zusammen mit deren unterschiedlicher sozialen Lage das Entstehen einer breiten nicht-weißen Einheitsfront gegen den gemeinsamen Unterdrücker. Tatsächlich bedeute diese Politik der „getrennten Entwicklung“, daß „... den Afrikanern in zurückgebliebenen Reservaten das Wahlrecht gewährt wird, nicht dagegen in den einzig relevanten Wohn- und Arbeitsgebieten, wo ihnen der politisch rechtlose Status von ‚Gastarbeitern‘ zudiktiert wird“ (66). Der andere für das Erlahmen des aktiven Widerstands bedeutungsvolle Faktor

sei die wirtschaftliche Entwicklung des Landes mit ihren hohen Zuwachsraten während der letzten Jahre. Apartheid, und das heißt die Existenz eines extrem billigen Arbeitskräftepotentials politisch und gewerkschaftlich völlig rechtloser schwarzer Arbeiter, sei zwar die Voraussetzung dieses wirtschaftlichen Aufschwungs, rückwirkend erlaube es dieser jedoch auch, dem „... durchschnittliche(n) afrikanische(n) Arbeiter mehr (zu geben), als er erwarten konnte, und solche Hoffnung auf wirtschaftliche Besserung hält ihn bei der Stange...“ (85 f.). Hierzu komme noch die gesellschaftliche Stagnation in den „freien“ Ländern Afrikas, die auch nicht gerade zum Widerstand ermutige. Auf dieser Grundlage habe der interne Widerstand nach seinem Verbot im Jahre 1961 scheitern müssen. Auch in absehbarer Zukunft gebe es für ihn keine Aussicht auf Erfolg, ebenso wenig für einen von außen in das Land „hineingetragenen“ Guerillakampf, wengleich Adam zugesteht, daß eine derartige Entwicklung wesentlich abhängе von einem möglichen Sieg der Guerillabewegungen in den benachbarten portugiesischen Kolonien.

Den Ansatzpunkt künftiger Veränderungen sieht Adam dagegen in der weiteren Industrialisierung Südafrikas. Inzwischen habe die südafrikanische Industrie einen Entwicklungsstand erreicht, auf dem schon bald die schrittweise ökonomische Integration der farbigen Bevölkerung eine wesentliche Voraussetzung des weiteren wirtschaftlichen Wachstums werde, da auf Grund der fortschreitenden Mechanisierung unqualifizierte Arbeit zunehmend verdrängt werde durch qualifizierte. Da letztere heute schon knapp sei, werde man in Zukunft solche Arbeitsplätze nicht mehr ausschließlich den Weißen reservieren können. Daher sei die Industrie durchaus an der ökonomischen Integration der Nicht-Weißen interessiert, gegen deren zu erwartende politische Folgen sich die Regierung und das sie hauptsächlich tragende burische Element wehrten, und zwar aus zwei Gründen: Zum einen, weil sie durch eine solche Entwicklung um ihre Privilegien fürchteten, zum andern, weil damit die südafrikanische Wirtschaft wesentlich stärker als bisher von der schwarzen Arbeitskraft abhängig würde, dem schwarzen Proletariat damit aber auch neue und effektivere Kampfmittel als bisher in die Hand gegeben würden. „So wird sich auch die Frage der offenen Auseinandersetzung zwischen den Rassenklassen innerhalb Südafrikas erst dann wieder stellen, wenn die Afrikaner in der Lage sind, das System durch einen langen, politischen Generalstreik zum Stillstand zu bringen. Selbst in dem hypothetischen Fall einer totalen afrikanischen Arbeitsverweigerung war diese Konstellation bisher nicht gegeben; die Weißen hätten dann, zwar unter beträchtlichen Einbußen, jedoch als Gruppe existenzfähig, das System auch allein für eine Weile am Leben erhalten können. Das ist auf einer fortgeschrittenen Stufe der Industrialisierung nicht mehr möglich“ (126 f.). Allerdings verweist Adam selbst auf einen möglichen Einwand gegen seine These: Die zunehmende Rekrutierung qualifizierter Arbeitskraft aus Europa. Inwiefern dadurch und durch eine Änderung der südafrikanischen Einwanderungsgesetze oder beispielsweise

durch eine forcierte Rationalisierung der Industrie die von ihm dargestellte Tendenz zur ökonomischen Integration der farbigen Bevölkerung abgeblockt werden könnte, läßt sich auf Grund des vorliegenden Buches nicht entscheiden. Hierzu bedürfte es einer detaillierteren Analyse, als Adam sie liefert. Dieser kommt zu dem Schluß, die weitere Entwicklung hänge entscheidend davon ab, inwieweit es die „weiße Herrschaft“ verstehe, die zu erwartenden Auseinandersetzungen durch politische und soziale Kompromisse zu kanalisieren, und ob sie „... in einer noch kaum vorhandenen afrikanischen Mittelklasse einen Bündnispartner bei der Verteidigung eines revidierten Status quo finden (wird)...“ (128). Doch immerhin seien „... Spekulationen, daß Südafrika auf Grund seiner politischen und ökonomischen Gegebenheiten das erste wirklich sozialistische Land in Afrika werden könnte, ... nicht gänzlich abwegig“ (128).

Jürgen Harrer (Marburg)

**Reuke, Ludger:** Die Maguzawa in Nordnigeria. Ethnographische Darstellung und Analyse des beginnenden Religionswandels zum Katholizismus. Freiburger Studien zu Politik und Gesellschaft überseeischer Länder, Bd. 4. Bertelsmann Universitätsverlag, Bielefeld 1969 (135 S., kart., 19,80 DM).

Bekanntlich benutzte der Kolonialismus — und das besonders intensiv in Afrika — die Missionare als seine Vorboten. Nach Etablierung der Kolonialherrschaft wurden die Missionare vor allem durch ihre Zerstörung der autochthonen Kulturen zu einem wichtigen Faktor bei der Unterwerfung der kolonisierten Bevölkerung unter das jeweilige Kolonialsystem. Wo dem Kolonialismus die Arbeit der Missionare überflüssig erschien, wie z. B. in den Gebieten, in denen der britische Kolonialismus die *indirect rule* anwandte<sup>1</sup>, verzichtete er nicht nur auf die Missionare, sondern verbot sogar ihre Tätigkeit. In Nordnigeria gewährten die britischen Kolonialisten den autochthonen islamischen Feudalherren volle Autonomie dafür, daß jene ihre eigene Herrschaft in den Dienst des Kolonialsystems stellten. Um diese Allianz nicht zu gefährden, untersagte der britische Kolonialismus den Missionaren dort jegliche Tätigkeit. Der Autor der hier zu besprechenden Arbeit stellt fest, daß die Islamisierung Nordnigerias erst unter der britischen Kolonialherrschaft umfassend stattfand und die schon im 14. Jahrhundert beginnende Verbreitung des Islam in Nordnigeria bis ins 19. Jahrhundert auf die herrschende Feudalkaste beschränkt war. Allerdings behauptet Reuke naiv, daß die britische Kolonialverwaltung die Missionare von Nordnigeria deshalb fernhielt, weil sie „keine Minderheitsprobleme schaffen wollte“ (15)!

<sup>1</sup> Cf. hierzu ausführlich P. Antonello et. al.: Nigeria gegen Biafra. Berlin 1969, pp. 18 ff., und dazu B. Tibi: Der nigerianische Sezessionskrieg. In: Neue Politische Literatur, 15. Jg., 1970, Heft 1, pp. 119 ff.

Von der Islamisierung verschont blieben die Angehörigen eines kleinen Stammes: die Maguzawa, zumal sie als Ackerbauern auf dem Land leben und sich somit ihre afrikanische Religion und Lebensweise erhalten konnten. Über die Maguzawa liegen bisher empirische Untersuchungen von nur zwei Ethnologen vor: von P. Krusius (1915) und J. Greenberg (1941 ff.). Die vorliegende Arbeit von Reuke schließt an diese Untersuchungen an und bestätigt ihre Ergebnisse. Reuke will jedoch nicht nur einen ethnographischen Bericht liefern, sondern vor allem die heutige Missionierung der Maguzawa studieren, so daß die ethnographischen Daten ihm nur Hilfsmittel sind. Trotzdem macht die ethnographische Beschreibung der Maguzawa, die auf eigener Feldforschung beruht, den Hauptteil von Reukes Studie aus. Die übrigen beiden Teile der Arbeit befassen sich mit der Konzeption und Arbeitsweise der Missionare und der Konversion der Maguzawa zum Katholizismus, die im Zuge der „verspäteten“ Missionierung 1958 durch amerikanische Dominikaner einsetzte.

Die Maguzawa leben in verstreuten ländlichen, durch Zäune abgegrenzten Siedlungen (gidaje sgl. gida). Die soziale Einheit eines gida, die durchschnittlich 36 Mitglieder hat, ist die paternale Großfamilie, die zugleich Siedlungs- und Wirtschaftseinheit ist (20). Der älteste gida-Bewohner (maigida) ist der Patriarch, der aber keine Herrschaft ausüben darf, sondern nur primus inter pares ist. Auch kann jede subfamiliale Gruppe innerhalb des gida ihre Zugehörigkeit kündigen und ihr Gebiet zu einem selbständigen gida erklären. Formal gibt es unter den Maguzawa Privateigentum an Boden, doch müssen die Erträge gemeinsam erwirtschaftet und verbraucht werden. Die Maguzawa sind nur auf zwei Ebenen in die nigerianische Gesellschaft eingegliedert: verwaltungsmäßig unterstehen sie dem jeweiligen islamischen Dorfvorsteher; diese Bindung ist aber auf die Ablieferung von Steuern reduziert. Ökonomisch sind sie integriert, insofern sie den Überschuß ihrer Produktion auf dem Markt gegen Geld absetzen, das sie allerdings nur für Heiratszwecke und die Veranstaltung von Festen verwenden (cf. 29).

Die Religion der Maguzawa ist stark vom Islam beeinflusst; so glauben sie beispielsweise an ein höchstes Wesen, das sie auch Allah nennen. Es handelt sich jedoch um einen deus otiosus, einen Gott also, der abstrakt ist und mit der Erde nichts zu tun hat, so daß er nicht in das tägliche Leben eingreift. Auf der Erde leben die Geister (iskoki), die jedoch nicht mit Gott vermitteln können, eben weil sie auf der Erde leben (57 ff.). Es ist besonders störend, wenn Reuke, der der Missionierung der Maguzawa freundlich gesinnt ist, in seiner Darstellung stets von „der überkommenen Religion der Maguzawa“ spricht. Um Mißverständnissen vorzubeugen: es liegt dem Rezensenten fern, die Religion und Sozialordnung der Maguzawa zu verherrlichen. Es geht wohl aber nicht darum, einen Obskurantismus durch einen anderen zu ersetzen, sieht man von der kulturimperialistischen Dimension der Missionierung einmal ab. Dazu kommt, daß den Maguzawa mit der Katholisierung stark repressive Verhaltensregeln aufkrotyiert werden, wie wir zeigen wollen.

Unter den nicht verheirateten Maguzawa setzen Sexualkontakte sehr früh ein, sei es in Form von institutionalisierten erotischen Spielen, sei es durch Vereinigung. Deshalb ist die voreheliche Schwangerschaft eine Normalerscheinung, die durch Abtreibung beseitigt wird. Außerdem verweigern verheiratete Frauen ihren Männern bis zum Ablauf von zwei Jahren nach der Geburt den Sexualverkehr, und es ist üblich, daß diese Männer Sexualverkehr mit jungen geschiedenen Frauen und unverheirateten Jungmädchen pflegen, was bei einer eventuellen Schwangerschaft zu einer zweiten Ehe führen kann. Die Polygamie ist also bei den Maguzawa durchaus anerkannt. Auch gehören Masturbation, sexuelle Kontakte zwischen Ehefrauen und jungen Brüdern ihrer Männer usf. zum nicht tabuisierten Alltagsleben der Maguzawa. Diese „aufgeklärte“ Sexualordnung wird von den Missionaren mit der Waffe der katholischen Morallehre freilich streng bekämpft (96 ff.). Die Maguzawa sind zudem nach der Konversion zum Katholizismus auch nicht ohne weiteres bereit, sich der repressiven katholischen Sexualmoral anzupassen. Sieht man davon ab, daß die Annahme dieser Moral für sie eine Regression bedeutet, so werden die Maguzawa durch die katholische Moral schließlich auch physisch bedroht. Denn würden sie die außerehelichen Sexualkontakte aufgeben und damit auch den Brauch der Frauen, sich ihren Männern für zwei Jahre nach der Geburt zu verweigern, so würde der Milchfluß der Mutter bei einer erneuten Empfängnis aussetzen, was den Tod der Kinder bedeutete, die im Säuglingsalter die Nahrung der Maguzawa nicht vertragen. Moderne Kindernahrung können die Missionare den Maguzawa nicht besorgen; andererseits bestehen sie auf ihrer katholischen Moral — schon dieser Aspekt der Missionierung genügt, um die Arbeit der Missionare als Verbrechen an den Maguzawa zu verurteilen.

Der Ethnosoziologe Reuke stellt sein Wissen in den Dienst der katholischen Missionare und erinnert sie daran, daß die Konversion zum Katholizismus unvollständig bleibt, solange die Maguzawa ihr eigenes Wertesystem nicht aufgeben. Deshalb empfiehlt er den Missionaren zu lernen, wie ein „Wertesystem . . . geändert werden kann. Mit gutem Zureden, doch einfach monogam zu werden, ist es nicht getan“ (96). Diese korrumpierte Wissenschaft, wie Reuke sie betreibt, gilt es zu bekämpfen.

Bassam Tibi (Frankfurt/M.)

**Wolff, Jürgen H.:** Bildungsplanung für Entwicklungsländer. Ein Modell und seine Anwendung auf den Kongo-Kinshasa. Freiburger Studien zu Politik und Gesellschaft überseeischer Länder, Bd. 6. Bertelsmann Universitätsverlag, Bielefeld 1969 (154 S., kart., 32,— DM).

Wolff geht in seiner bildungsökonomischen Arbeit von der Bedeutung des Erziehungswesens für die Überwindung der Rückständigkeit unterentwickelter Länder aus. Seine Grundannahme ist, daß das Bildungssystem eines Landes generell mit der sozio-ökonomischen Entwicklung korreliert, zwischen beiden eine Kausalbeziehung besteht.

Dabei ist das Erziehungssystem — für Wolff im Gegensatz zur Ökonomie — eine Instrumentalvariable, d. h. es ist durch politische Entscheidungen lenkbar und daher als Planungsobjekt geeignet. Wolff will keine normativen Anforderungen zum Ausbau des Erziehungssystems stellen, sondern nur die Möglichkeiten festhalten, die die *tatsächliche* sozio-ökonomische Entwicklung einem solchen Ausbau eröffnet, um mathematisch zu ermitteln, wie diese Möglichkeiten maximal ausgeschöpft werden können. Die Grundlage dieser Empfehlungen ist ein Bildungsprogrammierungsmodell, das von der Hypothese ausgeht, zwischen den Indikatoren für sozio-ökonomische, kulturelle und demographische Verhältnisse und denen für das Erziehungswesen bestünden Zusammenhänge, die zu Planungszwecken ausgenutzt werden können (cf. 36 ff., 41 ff.). Die Analyse dieser Indikatoren kann durch „beliebig quantifizierbare Nebenbedingungen“, die in sie eingebaut werden, zum Modell erweitert werden. Methodisch stützt Wolff sich auf die Regressionsanalyse, mit der die Regression zwischen Schulbesuchsquoten und den sozio-ökonomischen Faktoren festgestellt wird. Die weiteren Einzelheiten des Modells befassen sich damit, wie die Faktoren der Analyse zahlenmäßig erfaßt und quantifiziert werden können, um die Korrelationen empirisch zu fassen. Das entwickelte mathematisierte Modell wird von Wolff dann auf den Kongo-Kinshasa, ein Land mit einem besonders unterentwickelten Erziehungswesen, angewandt. Die Analphabetenquote liegt dort bei 84,28 % (88). Die 15,72 % Alphabetisierten haben noch nicht einmal eine vollständige Volksschulbildung, denn die Grundschulen gehören zu 97 % christlichen Missionen, die eine nur minimale Alphabetisierung betreiben, die gerade hinreicht, um die Bibel zu lesen. Die Entstehung einer kongolesischen Intelligenz wurde von der belgischen Kolonialverwaltung systematisch verhindert (Marion Gräfin Dönhoff berichtet, daß es am Tag der Unabhängigkeit im Kongo nur 7 kongolesische Akademiker gab, unter ihnen kein Arzt, kein Ingenieur, kein Jurist! — Welt in Bewegung. Düsseldorf - Köln 1965, S. 122). Sowohl die parastaatliche Organisation der belgischen Konzerne als auch die belgische Kolonialverwaltung im Kongo besetzten alle „einigermaßen qualifizierten Posten“ mit Europäern. „Ein Aufrücken von Afrikanern war bis zum Vorabend der Unabhängigkeit im Jahre 1959 durch das Verwaltungsstatut unmöglich gemacht“ (99). Heute ist die Lage nicht wesentlich anders, obwohl einige Verbesserungen zu verzeichnen sind. So fehlt es im Kongo immer noch an qualifizierten Akademikern. Das kongolesische Hochschulsystem nennt Wolff mit Recht „fantastisch unterentwickelt“ (100).

Nachdem Wolff, ausgehend von seinem Modell, die verschiedenen Indikatoren untersucht und ihre Korrelation festgestellt hat, formuliert er seine Empfehlungen zum Ausbau des kongolesischen Schulwesens (100 ff.), die auf eine maximale Ausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten hinzielen. Allerdings warnt er vor „Überinvestitionen“ im Bildungswesen, denn dies bedeute „ebenso eine Verschwendung wie das Gegenteil und gefährde darüber hinaus durch die zu

erwartenden Scharen von Arbeitslosen relativ hohen Ausbildungsniveaus die politische Stabilität des Landes“ (124). Diese Formulierung entlarvt den gesamten technokratischen, inhumanen Charakter des von Wolff entwickelten Modells. Bildung wird nicht als Mittel zur Emanzipation verstanden, sondern bildungsökonomisch als technisches Problem betrachtet. Auch das wird von Wolff ausgesprochen, indem er betont, seine Studie habe bewiesen, „daß die Bildungsökonomie das Planungsproblem nur auf eine rein technische Weise ‚lösen‘ kann“ (126). Wolff legt die zentrale Kritik an seinem Modell nahe, wenn er sagt, es sei „vollkommen mathematisiert“, will sich dieser Kritik aber mit der Bemerkung entziehen, daß „ein Studium des politisch und sozial Möglichen“ die praktische Anwendung seines Modells ergänzen soll (cf. 121). Es läßt sich zwar nicht bestreiten, daß Bildungsprogrammierungsmodelle wie das von Wolff entworfene nützlich, ja sogar notwendig sind, will man keine romantische, sondern eine konkrete Strategie zur Überwindung der Rückständigkeit haben, aber solche Modelle gewinnen ihren Stellenwert erst, wenn sie *von vornherein* mit dem „Studium des politisch und sozial Möglichen“ koordiniert werden. Ansonsten führen sie nur zu Denkweisen, wie dies oben im Zitat zum Ausdruck kommt: zur Furcht vor einer arbeitslosen, nicht integrierten und daher revolutionären Intelligenz — eine durchaus politische Implikation eines scheinbar unpolitischen Modells. Auch ist ein solches mathematisiertes Modell überhaupt nicht aussagefähig über die Möglichkeiten einer umfassenden und raschen Alphabetisierung, wie sie z. B. in China, Vietnam und Kuba praktiziert wurde. Im Gegenteil: dieses Modell verschleiert, daß z. B. in einem neokolonialistisch beherrschten Land wie dem Kongo-Kinshasa unter den gegebenen Umständen eine effektive Bildungspolitik nicht möglich und von den Herrschenden auch gar nicht erwünscht ist.

Bassam Tibi (Frankfurt/M.)

**Eggert, Johanna:** *Missionsschule und sozialer Wandel in Ostafrika. Der Beitrag der deutschen evangelischen Missionsgesellschaften zur Entwicklung des Schulwesens in Tanganyika 1891—1939.* Freiburger Studien zu Politik und Gesellschaft überseeischer Länder, Band 10. Bertelsmann Universitätsverlag, Bielefeld 1970 (334 S., kart., 29,— DM).

Die Autorin geht für den Zeitraum 1891—1939 den Motiven und Methoden von vier deutschen evangelischen Missionsgesellschaften in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Ostafrika (DOA = das heutige Tansania + Ruanda-Urundi) nach und arbeitet deren Verhältnis zur Regierungspolitik heraus. Das vorwiegend durch archivalische Quellenforschung erschlossene Material wertet Eggert abschließend in einer soziologischen Analyse, die Aussagen über den Einfluß der Missionsschule auf den Wandel der autochthonen Sozialstrukturen machen soll.

Die von Eggert behandelten Missionsgesellschaften (Berliner Missionsgesellschaft; Mission der Herrnhuter Brüdergemeinde; Bethel-

Mission; Evangelisch-Lutherische Mission zu Leipzig) sahen ihre Missionsaufgabe einmütig in einer „Volkschristianisierung“ (41): den Afrikanern wurde „mit nie nachlassender Eindringlichkeit“ bis in die 30er Jahre ein Recht auf Bewahrung und Pflege ihrer Sprachen zugestanden „als Ausdruck ihrer nationalen Identität“ (44). Die Missionspraxis lief freilich auf eine Zerstörung der nationalen Identität hinaus: den schriftlosen, einem Ahnen- und Geisterkult anhängenden Stämmen der Bantu-Familie in DOA sollten zwar „die großen Heilsthaten Gottes“ in ihrer Muttersprache verkündet werden; doch soviel war auch dem richtungsweisenden Missionstheoretiker Warneck schon klar: „Wohin immer die christliche Mission kommt, da eröffnet sie eine neue Epoche des Geisteslebens . . . , schon dadurch, daß sie die Sprache bereichert und umbildet, neue Ideen in Kurs setzt und eine, bzw. eine neue Literatur schafft . . .“ (46). Auch darüber waren die Theoretiker sich einig: Wenn der Missionspatriotismus „dazu beiträgt, die Eingeborenen mit dem fremden Regimente zu versöhnen, daß sie sich mit der Zeit ihm willig unterwerfen, so hat er dem Vaterlande einen großen Dienst geleistet“ (Warneck; 49).

Das von der Autorin mit Akribie zusammengetragene Material verdeutlicht, daß die behandelten Gesellschaften ihre Missionsabsichten schließlich den Erfordernissen des Kolonialsystems unterordnen mußten. Zunächst ging es den Missionen primär um den Aufbau einer Gemeinde; entsprechend lag das Schwergewicht ihrer Arbeit auf der Fachausbildung einheimischer Evangelisten. Um sich jedoch überhaupt einen Einfluß auf die an ihrer Missionierung ziemlich uninteressierte Bevölkerung zu sichern, die zunehmend von der kolonialen Wirtschaft aufgesogen wurde (Abwanderung in die Zentren der Lohnarbeit), sahen die Missionare sich gezwungen, die Schule als Missionsmittel aufzuwerten, „damit die Jugend auch außerhalb der Gemeinden schon in ‚christlichen Gedanken und christlicher Zucht‘ aufwache und der ‚überlegenen Kultur‘ . . . nicht gänzlich unvorbereitet und kritiklos begegne“ (124). Der Lehrplan wurde dem der Regierungsschulen angeglichen, aus denen allein bislang die einheimischen Kolonialbeamten hervorgegangen waren. Die in dem ersten, 1913 eröffneten Missions-Lehrerseminar geschulten Kräfte sollten eine größere Zahl christlicher Schüler für Regierungsposten und andere gehobene Stellungen vorbereiten, „damit die heranwachsende Christenheit ‚den Anteil am öffentlichen Einfluß gewönne, der ihr zukommt“ (126).

Die Aussagekraft der soziologischen Analyse (264—277) ist beschränkt, zumal die Autorin die Ansicht vertritt, „daß Parsons' theoretischer Bezugsrahmen geeignet ist, um Ansatzpunkte und die Richtung des exogenen Wandels aufzuzeigen“ (24), den die „Fremdinstitution“ (Missions-) Schule bewirkt hat; auch bleibt die als Ergänzung zur Funktionsanalyse gewählte „situationslogische“ = „historische Erklärung“ in bloßen Deskriptionen stecken (25 f.). Die Bestätigung der aufgestellten Arbeitshypothesen (25; 264) ist a priori dadurch gesichert, daß in kolonialen und halbkolonialen Ländern augenscheinlich und wesentlich soziale Veränderungen auch durch

vorangegangene Akkulturationsprozesse eingeleitet werden. Der Parsonssche Ansatz: Motivations- und Wertorientierungen bedingten das Entstehen ihnen entsprechender Institutionen, wird von Eggert erst gar nicht problematisiert; er ist in seiner Einseitigkeit zur Erklärung sozialer Wandlungsprozesse ebenso unbrauchbar wie jener vulgärmarxistische, mechanistische Ansatz, gegen den er sich richtet: daß allein ökonomische Faktoren sozialen Wandel auslösten. Immerhin findet sich der vereinzelt Hinweis Eggerts darauf, daß auch der Missionstheoretiker Warneck „bereits die Notwendigkeit (sah), den Akkulturationsprozeß, der durch Wandlungen im materiellen (!) Bereich eingeleitet war, zu vervollständigen“ (53), wozu ihm die Missionsschule als geeignetes Mittel erschien. Und freilich lassen — so Eggerts 2. These — die von der Fremdinstitution Schule „ausgehenden Strukturveränderungen ... sich nicht auf ausgewählte Bereiche (hier die Religion) beschränken, sondern sie erfassen alle sozialen und kulturellen Bereiche, zu denen die Fremdinstitution in ihrem originären System in Wechselbeziehung gestanden hat“ (264). Diese These beruht auf der banalen Einsicht, daß alles mit allem irgendwie zusammenhänge. Zu klären bleibt die wesentliche Frage, warum die verschiedenen sozio-kulturellen Bereiche des originären Systems zugleich in das Kolonialgebiet DOA — und nicht nur dort — „eingeführt“ wurden und in einträchtige Wechselbeziehung traten; ob nicht mit der Aufpfropfung von auf Tauschwertproduktion basierenden ökonomischen Strukturen auch die Aufzwingung von deren Schein gesellschaftlich notwendig geworden war? Über die Art der Wechselbeziehung der transplantierten Subsysteme gibt Eggerts Studie klar Aufschluß: „latente“ (objektive) Funktion der Missionsschule war die „Bereitstellung von Arbeitskräften außerhalb des Missionsbereiches“ (275). Auch der Umfang und die Richtung des missionarischen Beitrags zum Wandlungsprozeß autochthoner Strukturen ist transparent gemacht: „Ohne die Missionsschulen ... wäre die Festigung europäisch-orientierter wirtschaftlicher und politischer Strukturen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen erheblich verzögert worden“ (277). Diese Einsicht ergibt sich allerdings aus dem dargebotenen Material; zu ihrer Vermittlung bedarf es keiner Bemühung Parsonsscher formaler Kategorien, denn mit diesen lassen sich allenfalls solch aussagedürftige, weil tautologische, Arbeitshypothesen aufstellen und verifizieren wie die, daß die von einer Fremdinstitution ausgehenden Strukturveränderungen den exogenen Wandel in einem sozio-kulturellen System auslösen (264).

Renate Brückner (Frankfurt/Main)

**Hanf, Theodor:** Erziehungssystem in Gesellschaft und Politik des Libanon. Freiburger Studien zu Politik und Gesellschaft überseeischer Länder, Bd. 5. Bertelsmann Universitätsverlag, Bielefeld 1969 (398 S., kart., 45,— DM).

Hanf geht in seiner Dissertation von der fruchtbaren Annahme aus, daß das Erziehungssystem eines Landes insofern politisch rele-

vant ist, als es stets ein Bestandteil der herrschenden sozio-ökonomischen Verhältnisse ist. Der Libanon, eines der wenigen unterentwickelten Länder mit einer sehr niedrigen Analphabetenquote, ist ein geeignetes Studienobjekt zur Überprüfung dieser Hypothese; Hanf hat sie im Verlauf seiner Arbeit mit zahlreichen Materialien bestätigt, die er durch die intensive Verwertung der zertretenen Libanon-Literatur sowie durch eigene Feldforschung erschlossen hat<sup>1</sup>. Einleitend gibt Hanf einen guten Überblick über die Geschichte des Libanon und seine sozio-ökonomische Struktur. Diese „precarious republic“<sup>2</sup> weist eine Fülle von christlichen und muslimischen Gemeinschaften auf, die sich ökonomisch und politisch verselbständigt haben. Hanf schließt sich der bisherigen Version an, wonach der Libanon als eine „association des communautés“ bestimmt wird, zeigt jedoch die Korrespondenz dieser religiösen Gemeinschaften mit der Klassenstruktur des Libanon auf (34 ff.): die herrschende Klasse (Großgrundbesitzer, Handels- und Verwaltungsbourgeoisie) besteht sowohl aus Christen als auch aus Muhammadanern; der Mittelstand besteht fast ausschließlich aus Christen, das Landproletariat aus Schi'iten und das Stadtproletariat aus Sunniten.

Die libanesische Verfassung ist konfessionell geprägt. In ihr wird der Libanon als ein Proporzstaat verankert. Jede Konfession hat ihre Vertreter im Parlament, die nicht die „demokratischen Rechte“ dort verteidigen, sondern die Rechte ihrer Konfession, d. h. die Rechte der ökonomisch Privilegierten einer jeden Konfession. Diese Art politischer Führung (Za'ama) trägt insofern feudalistische Züge, als die Führung jeder Konfession und deren Vertretung im Parlament in der Regel innerhalb der Familie vererbt werden (cf. 39 f.). Fast alle Abgeordneten stammen aus der herrschenden Klasse und predigen ihren Konsens, die Herrschaft unter sich zu teilen, als ideale Form der friedlichen Koexistenz der vielen „streitenden“ Konfessionen. Es wundert daher, daß Hanf in diesen Zustand einen demokratischen Pluralismus projiziert und fälschlich behauptet, daß „die Pluralität der libanesischen Gesellschaft ... die individuelle und kollektive Freiheit garantiert“ (52). Denn gerade das von Hanf vorgetragene Material verdeutlicht, daß es eine Verbrämung ist, wenn man vom Libanon als einer „Demokratie“ spricht. So zeigt Hanf selbst beispielsweise, daß der Regierungswechsel im Libanon meistens deshalb geschieht, weil einige Abgeordnete in sich den Wunsch verspüren, „wenigstens für eine gewisse Zeit als Minister Einfluß auf einen wichtigen Bereich der Verwaltung zu erlangen, um dadurch den Wünschen ihrer Anhänger entsprechen zu können“ (50). Die Minister, die sich häufig ablösen, gehören ausnahmslos den wenigen

1 Man vermißt unter den Standardwerken, die Hanf verarbeitet hat, allerdings die wichtige Arbeit von Jean Jacques Waardenburg: *Les Universités dans le Monde Arabe Actuel*. Paris 1966, 2 Bde., die je ein umfangreiches Kapitel über die Universitäten des Libanon enthalten.

2 Michael Hudson: *The Precarious Republic*. N. Y. 1968. Auch diese wichtige Quelle hat Hanf nicht herangezogen.

ökonomisch herrschenden feudalistischen und neofeudalistischen Familien an.

Das Erziehungssystem des Libanon ist fortgeschritten — nicht weil dieses Land etwa eine entwickelte sozio-ökonomische Struktur aufweist, sondern weil der Libanon schon vor Beginn des Kolonialismus Kontakt zu Europa hatte und seine Missionierung früh einsetzte. So ist die Mehrzahl der Schulen und Universitäten privat und hat konfessionellen Charakter. Die Produkte des Akkulturationsprozesses kamen vorwiegend dem christlichen Bevölkerungsteil zugute, so daß heute der Bildungsstand der libanesischen Christen, wie Hanf nachweist, weit höher ist als der der Muhammadaner. Daher erklärt sich auch, daß der gehobene Mittelstand sich aus Christen rekrutiert. Bis heute noch sind die Privatschulen und Universitäten im Libanon Eigentum ausländischer Staaten, die durch diese kulturellen Anstalten ihren politischen Einfluß etablieren. Besonders ist die parastaatliche American University of Beirut (AUB) zu nennen, in der — im Sinne der amerikanischen Regierung — einheimische Akademiker für den gesamten Vorderen Orient produziert werden<sup>3</sup>. Die in den vergangenen zwei Jahrzehnten entstandenen staatlichen Schulen und die staatliche Universität von Beirut unterliegen ebenfalls dem konfessionellen Proporz und dürfen nur vorgeschriebene Zahlen von Schülern und Studenten jeder Konfession aufnehmen. Und selbst diese staatlichen Anstalten bleiben nicht ohne Einfluß der imperialistischen Mächte. So wird das englischsprachige Programm der staatlichen libanesischen Universität direkt von der amerikanischen Botschaft in Beirut organisiert und finanziert (cf. 135).

Aufschlußreich für das Verständnis des libanesischen Erziehungssystems ist das Bewußtsein der libanesischen Studenten. Nach einer Umfrage, die Hanf 1962 ausführte, ist die libanesische Studentenschaft durch das herrschende Erziehungssystem dermaßen integriert, daß Hanf zu dem Ergebnis kommt, daß sich „das libanesische Erziehungssystem wesentlich als ein Instrument zur Stabilisierung des politischen Status quo“ erweist (347). Wissenschaftlich verantwortungslos und politisch opportunistisch erscheint allerdings, daß Hanf die Ergebnisse seiner Umfrage aus dem Jahr 1962 sieben Jahre später mit der ungerechtfertigten Behauptung veröffentlicht, sie hätten 1969 noch Gültigkeit. Denn zwei exogene Faktoren haben seit 1967 entschieden zur Politisierung der libanesischen Studentenschaft beigetragen: einmal die arabische Niederlage im Sechstage-Krieg 1967 und zum anderen die Rückkehr zahlreicher libanesischer Studenten nach Abschluß ihrer Studien in Frankreich, wo sie weitgehend von

3 Die AUB hat eigene Geheimagenten, die Informationen über die politische Aktivität ihrer Studenten und Professoren ermitteln. „Häretische“ Studenten, solche insbesondere, die an Demonstrationen teilnehmen, werden exmatrikuliert. Auch die Professoren werden Repressionen ausgesetzt, wenn sie es wagen, progressiv aufzutreten: so der namhafte Philosophie-Professor S. J. Al-Azm, der aus der berühmten feudalistischen Al-Azm-Familie stammt: er wurde 1968 von der AUB entlassen, nachdem er publizistisch eine linke Position bezogen hatte.

der linken europäischen Studentenrevolte beeinflußt waren. Diese Politisierung manifestierte sich seit 1967 in einer Reihe von umfassenden politischen Studentenstreiks, die auch offen gegen das libanesische Bildungssystem gerichtet waren. Bei diesen Streiks traten christliche und muslimische Studenten solidarisch gegen den konfessionellen libanesischen Staat auf. Über diese Streiks verliert Hanf kein Wort, obwohl sie ihm durch seinen Libanon-Aufenthalt nicht entgangen sein können; ihre Unterschlagung kann man nur politisch erklären.

Das Ergebnis der Gesamtuntersuchung von Hanf führt zu der Erkenntnis, daß im Libanon der Bildungsstand mit der Klassen- bzw. Religionszugehörigkeit korrespondiert (242 ff.): Die kostspieligen europäischen christlichen Privatschulen und Universitäten werden ausschließlich von Angehörigen der herrschenden Klassen besucht. Die außerordentliche Höhe der Kosten garantiert den Ausschluß von Angehörigen anderer Klassen. Auch die Angehörigen des muslimischen Teils der herrschenden Klasse besuchen diese christlichen Schulen. Die sonstigen Missionsschulen werden vom christlichen Mittelstand besucht und die wenigen staatlichen, sehr mangelhaften Schulen von den Kindern der Lohnabhängigen. Durch diese Struktur des libanesischen Erziehungssystems werden nach Hanf die Angehörigen des Proletariats und des Kleinbürgertums, vorwiegend Muhammadaner, dreifach benachteiligt (350 ff.): Durch die hohen Kosten der Privatschulen werden sie an deren Besuch gehindert; durch die Zentralisation der Schulen in Beirut und im Zentrallibanon werden die Bewohner der anderen, meist armen Gebiete am Schulbesuch gehindert; schließlich werden die libanesischen Schulen und Universitäten nach den Vorstellungen der herrschenden Klasse aufgebaut, d. h. als Anstalten, die Allgemeinbildung und keine berufliche Ausbildung vermitteln, zumal die Angehörigen dieser Klasse nach dem Studium das Eigentum ihrer Familie verwalten, wozu sie keine spezialisierte Berufsausbildung benötigen.

Hanfs Arbeit ist sicherlich von ihrer Materialfülle und von ihrem Ansatz her, das libanesische Bildungssystem mit den herrschenden sozio-ökonomischen Verhältnissen in Zusammenhang zu bringen, eine Fundgrube. Das täuscht aber nicht über die stark konservative Richtung der Arbeit und die entsprechend einseitige Verwertung der libanesischen Quellen hinweg. Es ist auch merkwürdig, daß Hanf, der mit seinem Material indirekt dazu beiträgt, den pseudodemokratischen Charakter des Libanon zu entschleiern, diesen in seiner Arbeit dennoch immer wieder demokratisch nennt. Wir wollen uns hier mit zwei zentralen kritischen Anmerkungen zu Hanfs Arbeit begnügen: Hanf spricht fälschlich von einem seit eh und je vorhandenen Gegensatz zwischen dem partikularen libanesischen Nationalismus, getragen von den libanesischen Christen, und dem panarabischen Nationalismus, getragen von den libanesischen Muhammadanern, der auch das Bildungssystem des Libanon nachhaltig beeinflußt. Dabei entgeht ihm völlig, daß dieser Gegensatz eine „Errungenschaft“ der christlichen Missonsarbeit ist. Es ist ein Gemeinplatz, daß die ersten

Väter des arabischen Nationalismus libanesische Christen waren; die Missionen unterstützten den säkularen arabischen Nationalismus anfänglich, weil er sich gegen das islamische ottomanische Imperium richtete. Erst später, in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, begannen die christlichen Missionen gegen den emanzipativen arabischen Nationalismus vorzugehen, nachdem das ottomanische Imperium in seinen Zerfallsprozeß eingetreten war und der arabische Nationalismus als Instrument der Missionen gegen das islamische Osmanenreich somit hinfällig wurde. Der zweite Einwand betrifft Hanfs Gerede von dem hohen Bildungsstand der Libanesen dank des hochentwickelten libanesischen Erziehungssystems. Zwar weist Hanf nach, daß das libanesische Erziehungssystem durch seine integrative Struktur ein Element des Status quo ist. Wie diese Integration im einzelnen geschieht, wird nicht problematisiert. So sagt Hanf nicht, daß die in den sogenannten hochentwickelten libanesischen Bildungsanstalten verbreitete Kultur im Grunde mittelalterlich ist. In den Lehrbüchern erfahren die Schüler sowohl der privaten als auch der staatlichen Schulen, daß die französische Revolution die „Katastrophe“ der Neuzeit sei, die das zu fürchtende „Gespenst“ des Atheismus und in dessen Folge des Kommunismus hervorgebracht habe. Es ist charakteristisch für den „kultivierten“ und „demokratischen“ Libanon, daß der Autor eines religionskritischen, aufklärerischen Buches (naqd al-fikr ad-dini, Beirut 1969), der bereits erwähnte Sadik J. Al-Azm, kürzlich die Beschlagnahme dieses Buches hinnehmen und dazu noch ins Gefängnis gehen mußte.

Bassam Tibi (Frankfurt/M.)

**Rodinson, Maxime:** *Israel and the Arabs*. Penguin, Harmondsworth (Middlesex) 1968 (240 S., kart., 5 sh).

Ähnlich wie Horowitz die Legende von der sowjetischen Schuld am Kalten Krieg widerlegt Rodinson die Legende von der arabischen Schuld an dem seit zwanzig Jahren andauernden Kriegszustand in Palästina. Er bringt ungewöhnlich günstige Voraussetzungen mit: als französischer Professor für semitische Philologie und mit der Kultur beider Parteien vertraut, versteht er als Marxist die sozio-ökonomischen Verhältnisse und Interessen der unmittelbar, aber auch mittelbar Beteiligten — der Weltmächte. Anders als in früheren Arbeiten, z. B. seiner Mohammed-Biographie oder „Islam et capitalisme“ (Paperback im Verlag du Seuil, Paris), bietet Rodinson in dieser, auf kleines Format bemessenen Darstellung keine explizit marxistische Analyse von Wirtschaft und Gesellschaft, sondern unterstellt diese Analyse als bekannt und begnügt sich mit geistvollen Anspielungen darauf. So gelingt ihm eine elegante politisch-diplomatische Darstellung, ähnlich wie Horowitz, dem er durch präzise Kenntnis des wirtschaftlichen Hintergrundes und marxistische Methode überlegen ist. Rodinson gelangt zu einer ähnlichen Perspektive wie die Fedayin und auf israelischer Seite Uri Avneri.

Wie Rodinson darlegt, entstammt der Zionismus einer Zeit, als die europäische Kolonialpolitik auf ihrer Höhe stand. Diese Politik kümmerte sich wenig um die Eingeborenen ihrer Kolonien — ebenso der Zionismus. Infolge der Judenverfolgung erschien nicht nur den verfolgten Juden, sondern auch der mit ihnen sympathisierenden „westlichen“ Öffentlichkeit — zeitweise sogar der Sowjetregierung — die Errichtung einer jüdischen Heimstatt in Palästina überragend wichtig und die Rücksicht auf dessen Bewohner gleichgültig. Die zionistisch orientierte, organisierte Judenschaft der USA ist eine einflußreiche pressure group, sie bringt laufend bedeutende Geldmittel für Israel auf und nötigt die Regierung zu einer überwiegend pro-israelischen Politik. Mithin zählt Israel zum „westlichen“ Lager. Amerikanische Unterstützung und kultureller Vorsprung verschaffen ihm die militärische Überlegenheit und entheben es dem Zwang, einen modus vivendi mit den Arabern zu suchen. Rodinson weist nach, daß die Verfechter einer Politik des Ausgleichs, z. B. Levi Eschkol, immer wieder unterlagen, und daß diejenigen die Oberhand behielten, die wie Ben Gurion, Dayan und Frau Meir nur an das Schwert glauben und jedes Entgegenkommen hintertreiben, das den arabischen Regierungen ein Einlenken ermöglichen würde. Rodinson zeigt andererseits, daß die Vertriebenen in den Flüchtlingslagern des Gaza-Streifens und Jordaniens eine offene Wunde bilden, über welche die arabische Welt nicht zur Tagesordnung übergehen kann, obgleich die wirtschaftlich gewichtigsten Kräfte dazu tendieren. Die Fedayin bahnen endlich eine Lösung an: sie unterwerfen Israel einem Druck, gegen den seine Militärüberlegenheit nur von begrenzter Wirkung ist, andererseits bilden sie ein revolutionäres Element, wie es in gleicher Konsequenz und Stärke in der arabischen Welt bislang fehlte. Neben ihm verblaßt das nationalrevolutionäre Prestige Nassers, und sie kämpfen um ein realistisches Ziel: gleichberechtigtes Zusammenleben der Israeli und Palästinenser. Dieses Schema wendet Rodinson auf die wichtigen Wendungen der Entwicklung in den beiden verfloßenen Jahrzehnten bis zum Sechstage-Krieg an.

Wenn eine Kritik erlaubt ist, kann sie nicht Rodinsons sorgfältige, vom Geist der Gerechtigkeit und Humanität geprägte Analysen treffen, sondern lediglich eine Einzelheit der Darstellung. Unter dem durch den Umfang diktierten Zwang zur Kürze vernachlässigt sie den Einfluß der angelsächsischen Erdölinteressen auf die arabische Welt und nimmt so dem Gesamtbild eine wichtige Dimension.

Ulrich Küntzel (Göttingen)

**Ben Gurion, David:** *Wir und die Nachbarn.* Gespräche mit arabischen Führern. Übersetzt und mit Anmerkungen versehen von Moshe Tavor. Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins, Tübingen 1968 (450 S., Ln., 28,50 DM).

Halb Memoirenwerk, halb dokumentarischer Bericht, enthält Ben Gurions Buch eine detaillierte Dokumentation über Versuche einer Kontaktnahme zwischen zionistischen Führern (vor allem auch des

Verfassers selbst) und prominenten arabischen Persönlichkeiten (vor allem palästinensischen Feudalherren); es behandelt die vorstaatliche Zeit, namentlich die Jahre um 1930 — eine Zeit, die für das Verständnis der späteren Entwicklung des Palästina-Problems sehr wichtig ist. Moshe Tavor hat das Buch in gutes Deutsch übertragen und mit erläuternden Anmerkungen ausgestattet: die behandelten Ereignisse sowie viele der Namen arabischer, jüdischer und britischer Persönlichkeiten sind dem heutigen deutschen Leser wohl unbekannt.

Das Buch ist aber noch in anderer Hinsicht aufschlußreich: man gewinnt Einblick in gewisse Seiten der (vielleicht unbewußten) Mentalität der offiziell-zionistischen Führung, die die Beilegung des Konflikts erschweren. Ben Gurion gibt folgenden Überblick der Entwicklung: „Vom Beginn der erneuerten jüdischen Ansiedlung in Palästina war die zionistische Ideologie von dem Glauben durchdrungen, die Rückkehr des jüdischen Volkes in sein Land sei mit der großen Aufgabe verbunden, den Orient zur Blüte zu bringen und freundschaftliche Zusammenarbeit der semitischen Völker zu erreichen . . . Die nationale arabische Bewegung aber, die fast gleichzeitig mit dem politischen Zionismus entstand, wurde zur Gegnerin der jüdischen Einwanderung. Je mehr die jüdische Ansiedlung in Palästina zunahm, desto mehr versteifte sich der arabische Widerstand. Das zionistische Werk wurde weitgehend zu einem fördernden, wenn nicht gar zum entscheidenden Faktor für das Erstarken des arabischen Nationalismus, der im Kampf gegen den Zionismus beinahe seine Hauptaufgabe erblickte“ (27).

Das tiefe gegenseitige Mißtrauen beider Nationalbewegungen, die beide sich selbst als Befreiungsbewegungen verstanden, erzeugte einen verhängnisvollen Antagonismus. Gab es keine Koordinierungsmöglichkeiten? Gerade in der behandelten Epoche konnten die Zionisten, angesichts des Aufstiegs der Nazimacht in Europa, nicht auf die Forderung verstärkter jüdischer Masseneinwanderung verzichten, für die damals offensichtliche humane Gründe vorlagen; gerade diese Forderung vermehrte aber die Furcht der Araber, die eine Drosselung der jüdischen Einwanderung verlangten. In diesem Punkte gerieten Kontaktversuche immer wieder in eine Sackgasse und verliefen im Sande. Die zionistische Führungsschicht blockierte aus Angst vor „Verzichten“ jede elastische Politik. Der nonkonformistische Zionist Dr. Magnes und einige im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben der damaligen palästinensischen Judenheit führende Persönlichkeiten hatten 1936 (einem Jahr arabischer Revolte) elastische Verhandlungspläne vorgelegt; Ben Gurion hat aber diese Personen als Vermittler abgelehnt, und zwar mit folgender Begründung: „Vorläufig kann man nur unformelle Verhandlungen führen, aber auch diese könnten nicht jedermann überlassen werden. In Frage kommt dafür nur, wer den maximalistischen Zionismus als notwendiges Minimum für das jüdische Volk ansieht“ (139). Man denke an den heutigen Konflikt zwischen Golda Meirs Falkenschar und Nahum Goldmann: das alles war schon damals en miniature vorgebildet.

Eine andere „Weisheit“ des heutigen israelischen Establishment war damals ebenfalls im Entstehen begriffen: das Aufrücken der Wehrhaftigkeit zum obersten Prinzip der neuen Werteskala. Ben Gurion schreibt: „Keiner der großen Denker, die von der erneuerten Eigenstaatlichkeit unseres Volkes in seiner Urheimat träumten und schrieben, konnte ahnen, daß die Erstehung des Staates von ihrem ersten Tage an dem Angriff der arabischen Völker ausgesetzt und daß die Renaissance Israels allein auf dem Sieg der jüdischen Armee begründet sein würde“ (9). Das Wörtchen „allein“ ist überaus typisch! Hier scheiden sich die Geister: auf der einen Seite die offiziellen Kreise, die über das „Sicherheitsdenken“ nicht hinauszukommen vermögen, auf der anderen Seite selbständig denkende Nonkonformisten, die ein Umdenken verlangen, um den Frieden zu erreichen. Ben Gurion sieht die Möglichkeiten eines Nahost-Friedens nur im Rahmen einer etwaigen günstigen Weltentwicklung: „Ein geeintes Europa wäre mehr als jeder andere Faktor imstande, eine echte Annäherung von Ost und West herbeizuführen . . . In gleichem Maße, in dem die Gegensätze zwischen der Sowjetunion und Amerika abnehmen, werden auch die Chancen eines Friedens im Nahen Osten wachsen“ (449—450). Das ist gewiß nicht falsch, jedoch für das glückliche Gedeihen Israels keineswegs ausreichend! Ein Israeli, der die Feindschaftseskalation mit Sorge betrachtet und für den das Leben in einer permanent belagerten „Festung“ ein Greuel ist, wird die Notwendigkeit neuen Denkens und neuer Politik um so klarer und dringlicher empfinden.

Alexander Zak (Tel Aviv)

**Avnery, Uri: Israel ohne Zionisten. Plädoyer für eine neue Staatsidee.** Bertelsmann Sachbuchverlag, Gütersloh 1969 (240 S., geb., 15,80 DM).

In einem Wahlauftritt der von Uri Avnery geführten Gruppe „Neue Kraft“ konnte man die Worte lesen: „Wir haben einen ausgezeichneten Generalstab — aber kein einziges Amt, dessen Aufgabe es wäre, den Frieden zu planen. Unsere Jungen müssen sterben, weil die Politiker keinen Ausweg wissen . . . So darf das nicht weitergehen!“ Diese Sätze werfen ein helles Licht auf die hiesige Situation. Avnery bemüht sich seit langem als Publizist und als Parlamentarier, einen Ausweg zu finden; im vorliegenden Buch (von dem es eine englische, eine hebräische, eine deutsche und eine französische Ausgabe gibt) unternimmt er den Versuch, seine diesbezüglichen Ideen vor einem breiten israelischen und ausländischen Publikum in lebendig geschriebener, leicht verständlicher Form zu entwickeln. Allerdings ist der Untertitel der deutschen Ausgabe etwas irreführend: eine „neue Staatsidee“ wird man im Buch nicht finden, wohl aber die Forderung nach einem neuen Selbstverständnis Israels als Teils der Nahost-Region. Avnery ist weder Politologe noch Staatsrechtler, sondern ein unabhängig denkender Publizist, und der Untertitel der englischen Ausgabe umreißt viel treffender den Charakter seines Buches: „A plea for Peace in the Middle East“. Die hebräische Ausgabe

des Buches trägt überhaupt einen anderen, sehr charakteristischen Titel: „Der Krieg des siebenten Tages“, der die These des Verfassers gut widerspiegelt: das israelische Establishment habe versäumt, den militärischen Sieg im Sechstage-Krieg 1967, der die Gefahr physischer Vernichtung von Israel abgewendet hat, durch einen „siebenten Tag“ zu krönen, an dem (damals bestanden die Voraussetzungen dazu) der Grundstein zu einem echten Nahost-Frieden hätte gelegt werden können. Seiner ganzen geistigen Struktur nach war das heutige Establishment unfähig dazu; seither herrscht ein trauriger Zustand, in dem Israel nolens volens den Besatzer spielen muß und in den Augen der progressiven Weltmeinung in bedenklich-zweideutigem Licht erscheint. Der Teufelskreis arabisch-israelischer Feindschaft verhärtet sich. Avnery will in seinem Buch die Möglichkeit einer Durchbrechung des Teufelskreises aufzeigen.

Autobiographisch wird der Werdegang eines nonkonformistischen israelischen Intellektuellen von den letzten Mandatsjahren bis heute beschrieben. Die Schilderung der Vorgeschichte des israelisch-arabischen Konflikts zeigt, wie schon seit vielen Jahrzehnten zwei legitime nationale Befreiungsbewegungen — die jüdische und die arabische — aneinander vorbeireden, einander nicht anerkennen wollen und durch allmähliche Eskalation ihrer Streitfragen das große gemeinsame Ziel der Befreiung unterdrückter Völker nicht sehen. Diese Entwicklung, die teilweise in der Ghettomentalität der zionistischen Siedler und ihres Establishment begründet liegt, hat auf das „Image“ des Zionismus sehr ungünstig gewirkt. Avnery versucht zu zeigen, „wie es geschehen konnte, daß eine große fortschrittliche und freiheitliche Bewegung, eine der großartigsten der Geschichte, mit dem modernen Imperialismus paktierte, einer der abstoßendsten und häßlichsten Bewegungen der Welt“. Die Tragik des heutigen Zionismus kann nicht besser formuliert werden.

Avnerys Position ist „post-zionistisch“. Er fühlt sich als Sprecher der sich in Israel herauskristallisierenden neuhebräischen Nation, die mit den Juden der Diaspora, trotz starker gefühlsmäßiger Bande, keineswegs identisch ist, — ein Tatbestand, den das Establishment unter keinen Umständen anzuerkennen bereit ist, der aber von ziemlich breiten Sabra-Kreisen (Sabras = in Palästina geborene Juden) instinktiv gespürt wird. Die starke emotionelle Ausrichtung der alten Zionisten auf „Erez Israel“ (= Land Israel) bedingt noch keine Erkenntnis der realen geopolitischen Lage dieses Landes in der nahöstlichen Region. Wie Avnery ironisch bemerkt, würden manche zionistischen Führer das Land aus seiner Umgebung am liebsten heraus-schneiden und es irgendwo in die Nähe der amerikanischen Küste verlegen. Die Sabras aber sind hier im wahrsten Sinne zuhause, und das erleichtert auch die Erkenntnis territorial-regionaler Zusammenhänge. Auf diesen Prozeß setzt Avnery große Hoffnungen für die Überwindung der Ghettomentalität und ihres Trägers — des israelischen Establishments, sowie für die damit zusammenhängende psychologische Möglichkeit des Ausbruchs aus dem Teufelskreis der Feindschaftseskalation und zur Erreichung einer „Pax semitica“.

Den Anfang der Befriedung müßte die Lösung des Problems der palästinensischen Araber sein. Ihre Anerkennung durch Israel als von den Nachbarstaaten unabhängiger nationaler Willensträger und Verhandlungspartner würde in dieser Bevölkerung, die heute rat- und führerlos und zwischen Resignation und Terror hin- und hergerissen ist, eine neue Stimmung schaffen. Der arabisch-palästinensische Staat müßte als gleichberechtigter Partner eine auf enger wirtschaftlicher und außenpolitischer Zusammenarbeit beruhende Föderation mit Israel eingehen, in deren Rahmen auch das Flüchtlingsproblem lösbar wäre. Dadurch würde auch eine Verständigung mit den Nachbarstaaten erleichtert. Am Ende dieser Entwicklung sieht Avnery eine von den Weltblöcken unabhängige neutrale „gesamtsemitische“ Föderation der Nahost-Staaten, in deren Rahmen Israel nicht nur seinen Platz finden, sondern dank seinem „know-how“ und seinen geschulten Menschen eine führende, für alle Teile segensreiche Rolle spielen könnte.

Hingegen birgt die heutige offizielle Politik große Gefahren für die Zukunft. Das Hinnehmen der arabischen Feindschaft als „naturgebener“ Tatsache erzeugt eine gewisse seelische Resignation gegenüber politischen Lösungsmöglichkeiten des Konflikts und setzt alles auf die Karte militärischer Stärkung und Vervollkommnung, schafft eine Atmosphäre völliger Isolierung von der „Region“ (= hebräisch für Vorderer Orient, vgl. 167). Avnery erinnert warnend an das Schicksal des Kreuzfahrerstaates im mittelalterlichen Palästina und an die Gefahren einer „Verpreußung“ Israels. Avnerys Ideen stoßen auf erbitterten Widerstand unserer „vested interests“, aber finden steigendes Verständnis bei einem Teil der jung-israelischen Intelligenz. Und in der „großen Welt“ finden sie ein zustimmendes Echo, man sieht in ihnen einen Hoffnungsstrahl für die Zukunft. Sogar in arabischen Ländern gab es ein Aufhorchen. Die englische Ausgabe von Avnerys Buch dürfte wohl das einzige Werk eines israelischen Autors sein, das in Kairo und Beirut im Buchhandel zu haben war. Und obwohl Avnerys Ideen, gemessen an Maßstäben des „Weltaufstands der intellektuellen Jugend“ recht gemäßigt erscheinen mögen, erfüllen sie in unserer verfahrenen Situation doch eine revolutionierende Funktion. Und sie vermögen mehr Freunde für Israel in den fortschrittlichen Sektoren der Welt zu werben, als wenn man, gleich Automaten oder Papageien, immer wieder die amtlichen Parolen nachplappert.

Alexander Zak (Tel Aviv)

**Abosch, Heinz (Hrsg.):** Der israelisch-arabische Konflikt. Mit einem Vorwort von Jean-Paul Sartre. Aus dem Französischen von Matthias Wolf. Joseph Melzer Verlag, Darmstadt 1969 (450 S., br., 20,— DM).

**Lobel, Eli, u. Sabri Gerjes:** Die Araber in Israel. Aus dem Französischen von Marc Schneider und dem Übersetzungskollektiv Berlin. Verlagskooperative Trikont, München 1970 (216 S., kart., 12,80 DM).

Abosch, der Sartre, den ursprünglichen Herausgeber dieses Sonderbandes von *Les Temps Modernes*, im Titel ersetzt, wird seinem Anspruch als Herausgeber neben einer eigenen Einleitung vor allem dadurch gerecht, daß er die deutsche Ausgabe durch *nicht gekennzeichnete* Auslassungen stark manipuliert. Das französische Original aus dem Jahr 1967 wurde bereits von Baber Johansen in *DAS ARGUMENT*, 45/1967, pp. 427 ff., besprochen. Die dort mit Recht besonders hervorgehobenen Beiträge von L. Soliman, M. Vilner, F. Sneh, vor allem aber den ausgezeichneten, umfangreichen Beitrag von M. Rodinson findet man in der deutschen Edition nicht. Dort blieben auf arabischer Seite u. a. Beiträge von beamteten ägyptischen Staatsideologen (z. B. Bahaeidin), von dem Vertreter des rechten Flügels der Ba'th-Partei: Majdalany, dem palästinensischen bürgerlichen Nationalisten Anabtawi und — von linker Position — allein der Beitrag von Laroui; die verbliebenen Beiträge von israelischer Seite stammen sämtlich von Zionisten, ausgenommen der des Liberalen Uri Avnery. Die Einleitung des ZEIT-Autors Abosch fällt recht dürftig aus; darüber kann auch sein scheinbar aufgeschlossener Stil nicht hinwegtäuschen. Es gelingt Abosch nicht, die von offiziell arabischer und auch israelischer Seite betriebene Uminterpretation des Konfliktes zu einem interstaatlichen zu überwinden und die kolonialrevolutionäre Dimension, nämlich das Erwachen eines national unterdrückten Volkes: der Palästinenser, zu beleuchten. Er merkt richtig an, daß die arabischen Staaten, die er falsch als „revolutionäre“ Regimes apostrophiert (31), den Konflikt als Ablenkungs- und Integrationsmittel benutzen (29). Die sich sowohl gegen die arabische Vormundschaft als auch gegen die israelische Unterdrückung wendenden Palästinenser erscheinen bei Abosch nur als „Freischärler“, „Terroristen“ usw. (cf. 27). Abosch schließt nicht aus, daß es von der arabischen staatlichen Version abweichende politische Positionen gibt (16); er bemüht sich jedoch nicht, nach diesen zu suchen. In totaler Unkenntnis des revolutionär-marxistischen arabischen Schrifttums über die Palästinafrage behauptet Abosch in windiger Journalistenmanier: „Lehren aus den Niederlagen wurden nicht gezogen; man geht . . . von der Fixierung auf die Vergangenheit — bevor es einen israelischen Staat gab, (aus) . . . Der Irrationalismus wurde mit jedem Rückschlag nicht schwächer, sondern stärker . . .“ (26) — Insgesamt wird man das französische Original konsultieren müssen, wenn man zu dieser Quelle greifen will, wozu noch anzumerken ist, daß selbst das Original zum Verständnis der heutigen Lage nicht mehr hinreicht, weil sowohl in Israel als auch in den arabischen Ländern nach 1967 neue Kräfte zu Wort und Tat gekommen sind, die der Band nicht mehr repräsentieren konnte.

Johansen lastet in der zitierten Rezension Rodinson einen „verkürzten“ Kolonialismus-Begriff an, weil er Israel als „fait colonial“ bezeichnet. Gleichwohl räumt Johansen ein, daß die israelische Politik nach 1967 die These: Israel „Südafrika des Nahen Osten“ und „Rodinsons Verdikt über Israel als fait colonial“ als haltbar erweisen werde oder nicht. (Für B. Frei entspringt der Vorwurf an Israel,

es sei kolonialistisch, schlicht einem „panarabischen Chauvinismus“ (sic!), wengleich Frei doch betont, Marxisten müßten differenziert urteilen; cf. DAS ARGUMENT, 48/1968, p. 395.) Diese strittigen Fragen werden ohne linke Emotionen und moralistische Kundgebungen nun von zwei engagierten israelischen Marxisten an Hand einer Materialfülle vorzüglich beleuchtet und geklärt. Eli Lobel, ein jüdischer Israeli, übersetzte 1969 die empirische Studie des arabisch-israelischen Juristen Sabri Geries über die Araber in Israel ins Französische und versah sie mit einer bemerkenswert prägnanten und gut belegten Einleitung, in der er eine Gesamtdarstellung der Palästinafrage liefert.

Geries beschränkt sich auf die Beschreibung der Situation der Araber in Israel. Sein 1965 auf Hebräisch erschienener Bericht behandelt ausschließlich die in Israel nach der Staatsgründung gebliebenen Araber, die die israelische Staatsangehörigkeit besitzen (bis 1967 300 000; seit der Okkupation der verbliebenen palästinensischen Gebiete nach dem Juni-Krieg leben in Israel nunmehr ca. 1 300 000 palästinensische Araber). Obwohl die israelischen Araber den Staat Israel in keiner Hinsicht in Frage stellten, wurden sie grausam behandelt, wobei es weniger darum ging, sie als potentielle gegnerische Kräfte zu neutralisieren, als einfach darum, sie zu demütigen; davon zeugen die gegenstandslosen Kollektivstrafen. Für die Araber in Israel, die den Status von Bürgern zweiter Klasse haben, gilt eine besondere Gesetzgebung, nämlich die Defence Regulations aus der britischen Kolonialzeit. Als seinerzeit auch die jüdische Bevölkerung Palästinas von dieser Gesetzgebung betroffen war, durch die jedes Individuum sowie sein Eigentum schrankenlos zum Objekt von Willkürmaßnahmen gemacht werden kann, organisierten die jüdischen Juristen Protestaktionen gegen sie. Der heutige Justizminister Schapira äußerte damals: „Selbst in Nazi-Deutschland gab es nicht solche Gesetze“ (96). Nachdem die Protestierenden zu Funktionären des gegründeten Staates Israel geworden waren, beseitigten sie diese Defence Regulations keineswegs: nur wurden sie fortan allein auf die in Israel lebenden Araber angewandt. Geries untersucht diese insgesamt 170, in 15 Kapitel unterteilten Regulations ausführlich und bringt Beispiele für ihre Anwendung auf die Araber (98 ff.); er stützt sich dabei — um Polemiken vorzubeugen — ausschließlich auf offizielle israelische Quellen, obwohl ihm, wie er in seinem Vorwort sagt, auch andere Quellen zugänglich waren. Am demütigendsten ist die Kollektivstrafe, die diese Gesetze ermöglichen und die die israelischen Funktionäre nach Laune vollstrecken können. Weiterhin untersucht Geries die Konfiskation des Bodenbesitzes der palästinensischen Kleinbauern, die durch ausgeklügelte, zwischen 1948 und 1958 erlassene Gesetze legitimiert wurde (115 ff.), und die israelischen Verwaltungsbeamten die Möglichkeit privater Bereicherung läßt. Als Beispiele für die Terrorisierung der arabischen Bevölkerung Israels geht Geries detailliert auf die Massaker von Deir Yassin (1948) und Kafr Kassem (1956) gegen Unschuldige ein (142 ff.). Ziel dieser Massaker war es, „die Araber Palästinas in panische Angst zu versetzen, damit sie ihre

Häuser und Wohnorte fluchtartig verließen“ (142). Der Erfolg blieb nicht aus; die Zielsetzung wurde selbst von offiziellen Stellen später zugegeben. Geries' Untersuchung zeigt nicht nur, daß die israelischen Araber Bürger zweiter Klasse sind, sondern auch „Fremde im eigenen Lande“ (162 ff.).

Lobels Beitrag weist nicht nur eine gründliche Kenntnis des hebräischen Schrifttums, sondern auch eine intime Erfahrung der Problematik auf, und als Marxist besitzt er das erforderliche Werkzeug zur Analyse. Er selbst ist sich dieser Vorteile bewußt und betont zu Ende seines Aufsatzes, daß vor allem die jüdischen Genossen einen wirksamen Beitrag zur Lösung des Palästina-Konflikts liefern können. Lobel wehrt sich energisch gegen die falsche Bezeichnung „israelisch-arabischer Konflikt“, die von Israel und auch von den arabischen Staaten verwandt wird und den Kern der Sache vertuscht. Der aufoktroierte zwischenstaatliche Aspekt unterschlägt, daß „ein Volk seiner nationalen Rechte beraubt wurde“ (52). Lobel hebt hervor: „Man kann die Sache drehen und wenden wie man will, Sympathien für diese oder jene Seite haben, diese oder jene Deklaration akzeptieren oder verdammen, aber man kann nicht die grundsätzliche Tatsache leugnen, daß ein ganzes Volk seiner nationalen Rechte beraubt worden ist. Die zionistischen Führer wissen das so genau, daß sie nach wie vor sogar die Existenz des palästinensischen Volkes in Abrede stellen“ (11). Geht man hiervon aus, verschwinden alle von Israel und den arabischen Staaten betriebenen Mystifikationen, und die Palästinafrage wird als die eines „national entwurzelten Volkes“ verständlich; die Verquickung dieses Tatbestandes mit der Entwicklung der Judenfrage seit Ende des 19. Jahrhunderts vergegenwärtigt dann den Hintergrund der heutigen Situation. Dadurch wird auch die seit 1967 entfaltende palästinensische Résistancebewegung in den richtigen Zusammenhang gestellt. Denn diese kämpft nicht nur gegen den kolonialistischen Charakter Israels, sondern auch gegen die feudalen pseudorevolutionären arabischen Staaten. „Die arabischen Führer fürchten den Ausbruch eines Volkskrieges ebenso sehr wie die Israelis. Während man auf israelischer Seite dem bewaffneten Kampf der Palästinenser mit Repressalien begegnet, verwenden die arabischen Führer, die unter objektiv unterschiedlichen Voraussetzungen handeln, entweder die gleichen Unterdrückungsmaßnahmen oder sie versuchen, ihn in den Griff zu bekommen und zu kanalisieren“ (17). Lobels Beitrag ist ein hervorragender Versuch, diese wirkliche Dimension der Problematik durch eine entmystifizierende scharfe Analyse hervorzukehren.

Lobel verdeutlicht, daß die Judenfrage in Europa scharfe Ausmaße anzunehmen begann, als die Ostjuden nach dem sozialen Aufbruch in Osteuropa in den Westen einwanderten. Selbst der Begründer des Zionismus, Th. Herzl, sah sehr wohl, daß es die jüdischen Einwanderer sind, „die den Antisemitismus einschleppen oder den bereits bestehenden verstärken“ (55). Die in Westeuropa bereits assimilierte jüdische Großbourgeoisie sah sich durch die Einwanderung gefährdet und versuchte, sich der Gefahr durch „Deportationen“ der Ostjuden

in entlegene Gebiete zu entledigen. „Die jüdische Großbourgeoisie hätte diese Massen (die Ostjuden, B. T.) viel lieber in der Menge untergehen sehen und sie so weit wie möglich über die ganze Erde zerstreut“ (58). Sie weigerte sich jedoch bis zum ersten Weltkrieg, den unter den Ostjuden verbreiteten und von kleinbürgerlichen Elementen geführten politischen Zionismus zu unterstützen, und wollte ihre Maßnahmen ausschließlich als „philanthropisches Werk“ verstanden wissen. Dies kann Lobel an der Geschichte der Rothschild-Familie exemplarisch nachweisen. Erst als der politische Zionismus die Kolonialmächte davon überzeugen konnte, „daß der Zionismus bei der Unterwerfung der unterentwickelten Welt in dem Sinne eine vorbereitende Rolle übernehmen könne, daß er perspektivisch für eine spätere massive Niederlassung von Europäern in den betreffenden Gebieten das Terrain bereiten könne“ (68), indem also „der jüdische Nationalismus zum jüdischen Kolonialismus wurde, der sich mit der kolonialistischen Expansion Europas verband und dort selbst eine Wegbereiter-Rolle übernahm, erleichterte er die Annäherung von jüdischer Groß- und mittlerer Bourgeoisie . . .“ (69).

Lobel beschreibt die „Entwurzelung“ des palästinensischen Volkes und seine Vertreibung mit der beginnenden zionistisch organisierten Masseneinwanderung nach Palästina bis zur Entstehung des Staates Israel und stellt dessen Entwicklung bis nach dem Juni-Krieg 1967 dar. Er weist an Hand hebräischer Quellen nach, daß die israelische Regierung die Aggression vorausplante und Grausamkeiten beschwor, „deren die Juden im Falle eines arabischen Sieges gegenwärtig sein müßten“. In Wirklichkeit war das ein Täuschungsmanöver, denn die israelischen Militärs, die voll Verachtung jegliche Fähigkeit der Araber leugnen, rechneten keineswegs mit einem arabischen Sieg (cf. 13). Die seit dem israelischen Sieg in Israel rivalisierenden Lager der Herrschenden, die Territorialisten, die für die Beibehaltung der besetzten Gebiete sind und als „Falken“ gelten (z. B. Dayan), und die Demographen, die für einen jüdischen Staat und somit für die Rückgabe der von palästinensischen Arabern bewohnten Gebiete gegen einen Frieden sind und als „Tauben“ bezeichnet werden (z. B. A. Eban), charakterisiert Lobel nach ausführlicher Darlegung ihrer Position mit Originaldokumenten resümierend so: „Das gewohnte Bild von den beiden israelischen politischen Richtungen, das von den Tauben und den Falken, stimmt in Wirklichkeit nicht. Es handelt sich dabei vielmehr um Aasgeier und Falken. Auf der einen Seite sind die, die vom toten Fleisch der Araber leben, gleich ob diese nun wirklich tot oder „nur“ aus dem Land vertrieben sind; die anderen gedeihen dank dem lebenden Fleisch der Araber, einem Arbeitskräftereservoir, das auf eine Art und Weise ausgebeutet wird, die stark an Südafrika erinnert“ (84).

Eine Lösung des Konflikts hält Lobel nur langfristig auf revolutionärer Ebene für möglich. Er unterstützt die palästinensische Résistancebewegung und verlangt von ihr, den israelischen Juden ein Selbstbestimmungsrecht einzuräumen, so daß sie in einem sozialistischen, jüdisch-arabischen Staat national-kulturelle Autonomie ge-

nießen. In der Tat hat die palästinensische Résistance dies auch als ihr Ziel angegeben. Lobel schreibt den revolutionären Juden eine „besondere Rolle im Kampf gegen den Zionismus zu, der ein wichtiger Teil des Kampfes gegen den Imperialismus im allgemeinen ist. Durch ihre Herkunft haben sie mehr Einfluß auf die jüdischen Massen als ihre nicht-jüdischen Genossen, und aufgrund dieser Tatsache können sie auch wirksamer vorgehen“ (86). Diese Strategie wird auch von der Organisation israelischer Sozialisten (OSI) vertreten, der Lobel angehört; ihre Schriften halfen den linken arabischen Kräften unendlich bei ihrem Bemühen, den einfachen Araber darüber aufzuklären, daß das israelische Volk nicht identisch mit der herrschenden Klasse in Israel ist.

Insgesamt hält Lobel den Erfolg des bewaffneten Kampfes des palästinensischen Volkes für entscheidend in Hinsicht auf eine progressive Lösung. „Sein Scheitern dagegen würde in diesem Gebiet einen Rückfall in nationalistische Erbitterung bedeuten und somit eine Schwächung gegenüber dem Imperialismus“ (85). Daß dieses Scheitern nicht nur im Interesse Israels, sondern auch aller arabischen Herrschaftssysteme feudaler und bonapartistischer Observanz liegt, davon zeugen die abscheulichen Massaker im September 1970 gegen das palästinensische Volk in Jordanien, an deren Vorbereitung und Vollstreckung alle Betroffenen direkt oder indirekt beteiligt waren.

Bassam Tibi (Frankfurt/M.)

**Gandhi, Mahatma:** Freiheit ohne Gewalt. Ausgewählt, übersetzt, eingeleitet und herausgegeben von Klaus Klostermaier. Hegner-Bücherei, Köln 1968 (237 S., Ln., 14,80 DM).

**Gandhi, Mahatma:** Sarvodaya. Wohlfahrt für alle. Herausgegeben und eingeleitet von Bharatan Kumarappa. Ins Deutsche übertragen von Karl Müller. Verlag des Instituts für Geo-soziologie und Politik, Bellnhausen über Gladenbach/Hessen o. J. (219 S., Ln., 12,80 DM).

**Wolff, Otto:** Mahatma Gandhi. Politik und Gewaltlosigkeit. Reihe Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 31. Muster-schmidt-Verlag, Göttingen 1963 (120 S., kart., 4,80 DM).

**Lehmann, Heinz:** Nehru. Baumeister des neuen Indien. Reihe Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 38. Musterschmidt-Verlag, Göttingen 1965 (108 S., kart., 5,80 DM).

In seiner umfangreichen Einleitung zur Textauswahl „Freiheit ohne Gewalt“ (9—78) legt der Herausgeber Klostermaier den Akzent mehr auf die Biographie Gandhis als auf seine Werke. Das Vorgehen ist insofern gerechtfertigt, als Gandhis Lebensstil für seine politische Theorie höchst relevant ist. Seine Erziehung war repressiv und ultra-asketisch. So bezeichnet Gandhi es als „Tragödie“ seines Lebens, daß er in seiner Kindheit von einem Mitschüler zum Genuß von Fleisch und Wein verleitet wurde. Bei seiner Abreise nach England, wo

Gandhi dann Jurisprudenz studierte, mußte er seiner Mutter in aller Öffentlichkeit schriftlich versprechen, dort kein Fleisch zu essen, keinen Alkohol zu trinken und kein Weib zu berühren. Er löste sein Versprechen ein, doch zurück in Indien, bei seinem ersten Plädoyer als Rechtsanwalt, peinigten ihn seine Neurosen derart, daß er seinen Advokatenberuf aufgab. Er nimmt ihn später, 1893—1901, in Südafrika wieder auf, um den dort diskriminierten Indern Rechtshilfe zu gewähren. Gandhis Lehre der Gewaltlosigkeit geht biographisch auf seinen ersten Gefängnisaufenthalt in Südafrika zurück. Er entfaltet dort seine Doktrin von der „satyagraha“ (Wahrheitsverteidigung), die sich auf dem Wege der „ahimsa“ (Gewaltlosigkeit) realisiert. Entsprechend nennt Gandhi sein Leben „ein Experiment mit der Wahrheit“. Es ist charakteristisch für Gandhis Masochismus, daß er die ihm im Gefängnis aufoktroierten Verhaltensweisen zum politischen Muster in seiner Lehre erhebt. Die Tagesordnung des Gefängnisses behält er für den Rest seines Lebens bei, da sie ihm als tugendhaft erscheint. Im Gefängnis ist man Gandhi zufolge „frei von allen lasterhaften Gewohnheiten. Die Seele ist frei, und man hat eine Menge Zeit zum beten. Der Körper ist zwar eingengt, aber nicht die Seele. Der wahre Weg höchster Seligkeit liegt darin, ins Gefängnis zu gehen“ (29). Später, auf einer Reise nach London, beklagt er sich, daß er auf dem Dampfer nicht wie im Gefängnis „ein demütiger und treuer Diener Gottes bleiben“ kann (ibid.). Diese biographischen Anmerkungen haben keineswegs bloß anekdotischen Stellenwert; sie beleuchten wesentlich Gandhis Lehre von der Gewaltlosigkeit. Seine Grundidee besteht darin, daß man die „satyagraha“, die Wahrheitsverteidigung, „nicht in einem Menschen finden kann, der nicht einen überwältigenden Sinn für echte Demut hat“ (97). Daher ist die „ahimsa“, die Gewaltlosigkeit, unzertrennbar von der „satyagraha“: „Gewaltlosigkeit ist unmöglich ohne Demut“ (162). Gandhis Lehre widerspiegelt seine repressive Erziehung: Gewaltlosigkeit ist „Selbstleiden, nicht Leiden des Tyrannen“ (55). Jahrzehntelang erzieht Gandhi seine politischen Anhänger und später das ganze indische Volk in diesem Geiste. Aus Gandhis Einfluß erklärt sich u. a. die bis heute andauernde Bewußtseinsstruktur der Inder: ihre Demut und ihr Masochismus, Phänomene, welche bei Völkern, die zur revolutionären Gewalt gegriffen haben, nicht zu finden sind. Nicht nur erzog Gandhi mit seiner Lehre ein ganzes Volk zur Unterwürfigkeit; er vereitelte auch die geringste Aufklärung. Hygiene und Medizin, so lehrt er die Inder, seien Produkte der Zivilisation und daher abzulehnen. Triebverzicht wird als tugendhaft gepriesen; Irrationalismus und mystifizierende Daseinserklärungen werden als göttliche Weisheit ausgegeben. Anstatt den Indern die Kuh als Lebensmittel zugänglich zu machen, verbrämt Gandhi sie als „Gedicht des Mitleids“, sie ist „die Mutter von Millionen. Schutz der Kuh heißt Schutz der ganzen stummen Kreatur Gottes“ (112). Wie bei den meisten kolonialen Nationalisten geht Gandhis Zivilisationskritik dahin, vorindustrielle Normen zu verherrlichen; die Technik wird emotional abgelehnt. Die kapitalistische Zivilisation wird mit Zivilisation

schlechthin identifiziert und als europäisch verurteilt<sup>1</sup>. Solche Gedankengänge formuliert Gandhi in seiner berühmten Schrift „Hind swaraj“, deren Stellenwert sich in ein Wort fassen läßt: Antiindustrialismus. Gegen die Maschine beruft sich Gandhi auf den „primitiven Pflug“: in ihm „liegt die Rettung“ (33), ja die Rettung der Inder könne überhaupt nur vom Bauern qua Bauer kommen (40). Dagegen bringe der technische Fortschritt nur „moralische(n) Verfall“ (43). Wenn Gandhi die Arbeit verherrlicht, dann nur die bäuerliche: sie sei edel; Industriearbeit lehnt er für die Inder ab (195). Sein Aufruf heißt daher: „Eine Rückkehr zu den Dörfern bedeutet eine endgültige, freiwillige Anerkennung der Pflicht der Brot-Arbeit und aller anderen Dinge, die sie mit beinhaltet“ (176). Für die großen indischen Städte hegt Gandhi Verachtung, weil ihren Bewohnern die „Brot-Arbeit“ und damit das Heil vorenthalten bleibe. Gandhis religiöse Schriften finden in der Textauswahl Klostermaiers starke Berücksichtigung, zumal diese Publikation in der Reihe der „nicht-christlichen Religionen“ der Hegner-Bücherei ihren Platz hat. Dem politischen Denker Gandhi wird damit kein Zwang angetan, denn die Zuflucht zum Religiösen ist für sein Denken zentral. So bemerkt er an einer Stelle: „Viele meiner politischen Freunde verzweifeln an mir, weil sie sagen, daß sogar meine Politik von der Religion abgeleitet ist. Sie haben recht. . . Für mich ist Politik ohne Religion absoluter Mist, den man ganz und gar meiden muß“ (106 f.). Gandhis politische Theorie ist daher angemessen als politische Theologie zu interpretieren.

Die von Kumarappa getroffene und herausgegebene Auswahl von Texten Gandhis ist systematischer als die Klostermaiers. Kumarappa vermittelt die gesamte politische Theorie Gandhis als Konstruktion einer nach den Grundsätzen der „sarvodaya“ (Wohlfahrt für alle) organisierten Gesellschaft. Die wichtigsten Züge dieser Konstruktion

1 Zu dieser Problematik cf. B. Tibi, Leopold Senghors „Négritude“, in: Das Argument, Nr. 45, pp. 422—25. Ergänzend ist zu sagen, daß die anti-technische Orientierung dieser kolonialen Nationalisten kein Spezifikum des nicht-europäischen, vorindustriellen Kulturbereiches ist; sie ist nicht originär, sondern Produkt eines Akkulturationsprozesses. Europäisch gebildete koloniale Nationalisten versuchen, ihre vorindustriellen Gesellschaftsstrukturen mit dem spezifisch europäischen Instrumentarium der Zivilisationskritik zu verherrlichen: ein typisch entfremdeter Protest gegen den Kolonialismus. Das gilt auch für Gandhi, dessen Antiindustrialismus durchaus in europäischer Tradition steht. Explizit beruft er sich auf Tolstoi. „Unter Bezugnahme auf den russischen Schriftsteller Bondaref bemerkt Tolstoi, daß seine Entdeckung der Lebenswichtigkeit der Brot-Arbeit eine der bemerkenswertesten Entdeckungen der modernen Zeit ist. . . Tolstoi machte auf mich einen tiefen Eindruck, und schon in Südafrika begann ich, diese Regel nach besten Kräften zu verwirklichen“ (177 f.). Bekanntlich nannte Gandhi den Ort, an dem er mit seinen Anhängern in Südafrika bäuerliche Arbeit und Triebverzicht bis zum Exzeß leistete, „Tolstoi-Farm“ (cf. 35). — Zur Akkulturationsproblematik cf. Richard F. Behrendt, Soziale Strategie für Entwicklungsländer. Entwurf einer Entwicklungssoziologie. Frankfurt/M. 1965, pp. 250 ff.

werden in Stichworten erfaßt und unter Rubriken geordnet, in denen der Herausgeber jeweils Texte von Gandhi bringt. Kumarappa schält damit aus den zahlreichen zersplitterten Stellungnahmen, Zeitungsartikeln und anderen Gelegenheitstexten Gandhis ein Gesellschafts- und Staatsmodell heraus, das in dieser erarbeiteten Systematik Gandhi selbst nicht bewußt gewesen sein dürfte. Gandhis „sarvodaya“ enthält entscheidende, durch Tolstois Vermittlung rezipierte Momente der Rousseauschen Theorie. Gegenüber der industriellen Zivilisation schlechthin wird eine agrarische Gesellschaft und gegenüber dem industriellen Arbeiter der Handwerker verherrlicht. Lange bevor von einer Konvergenztheorie die Rede war, unterstellte Gandhi, daß sich Kapitalismus und Kommunismus auf technischer Basis annähern, zumal die Industrialisierung ewige Herrschaftsstrukturen hervorbringe, die „zum Fluch der Menschheit“ führten (49). So hält Gandhi die Ablösung der Handarbeit durch mechanisierte Arbeit für „ein Verbrechen“ (51), denn indem „notwendige menschliche Arbeit“ durch Maschinen ersetzt wird, werde Arbeitspotential frei und die Menschen, „da sie nichts zu tun hätten, würden . . . Dummköpfe werden“ (50). Insofern aber einmal durch Industrialisierung Herrschaft institutionalisiert ist, kann sie Gandhi wie auch Rousseau zufolge nicht mehr aufgehoben werden. Deshalb plädiert Gandhi, von einem bonapartistischen Nationsbegriff ausgehend, für die Verbrüderung von Arbeitern und Kapitalisten, wie er zuvor die Solidarität von Grundherren und Pächtern verlangte. Es geht ihm um die „Herstellung richtiger Beziehungen zwischen Kapital und Arbeiterschaft“, zumal er nicht glaubt, „daß Feindschaft zwischen ihnen in der Natur der Sache liegt“. Die Arbeiter sollen „Teilhaber der Kapitalisten“ werden. Sollten sie sich indes klassenkämpferisch verhalten, so würden sie nur „das Huhn töten, das die goldenen Eier legt“ (57). In Indien kann nach Gandhi diese Situation nicht eintreten, da „der Klassenkampf dem indischen Volkscharakter fremd“ ist (102). Alle Schattierungen des europäischen Sozialismus, so fügt er hinzu, sind „grundverschieden von den unsrigen“ (ibid.), und er appelliert an die Inder, sich nicht von „Schlagwörtern“ verführen zu lassen, die „man vom Westen importiert hat“ (103). Den spezifischen „indischen Volkscharakter“ berücksichtigend, sagt Gandhi schließlich: „Ich lehre die Massen nicht, daß das Kapital ihr Feind sei, ich lehre sie, daß sie selbst ihre eigenen Feinde sind“ (105). Nicht durch Enteignung der Besitzer an Produktionsmitteln wird eine humane Gesellschaft vorbereitet, sondern Gandhi kämpft für die „Zusammenarbeit und Gleichstellung von Kapital und Arbeit, von Gutsbesitzer und Pächter“. Sein erklärtes Ziel ist es, zu den „Herzen“ der besitzenden Klasse „vorzustoßen und sie zu bekehren“ (62).

Ähnlich wie Klostermaier verfährt Otto Wolff, Theologe und Indienexperte, in seiner literarisch gehaltenen Gandhi-Biographie. Auch er interpretiert Gandhis politische Lehre als eine primär theologisch begründete, so daß Gandhis agitatorische Reden sich kaum von Predigten unterscheiden. Nach Wolff kann man Gandhis Denken

auf drei Quellen zurückführen: einmal auf die geistigen Einflüsse seiner Mutter, die ihm zeitlebens als intellektuelle Autorität galt; zum anderen auf die Hindu-Ethik und sodann auf die sozialen Normen der Kaufmannskaste (der „vaishyas“), der Gandhi angehörte; diese Normen beinhalten Gewaltlosigkeit (8 ff., 10, 14). Dazu kommen europäische Einflüsse, die von der Studienzeit in England und der Lektüre europäischer Autoren herrühren. Wolff weist in diesem Zusammenhang nachdrücklich auf die Einflüsse Tolstois hin, die Gandhi selbst stets betonte (40 f.). Gandhis Konservatismus, der der Synthese aus der traditionellen indischen autochthonen Kultur und der europäischen Zivilisationskritik entspringt, ist revolutionär, insofern er sich gegen die koloniale Wirklichkeit richtet. „Es ist sein tiefer Konservatismus, der am Eigenen unbedingt festhält, der nach außen ungeheuer revolutionär wirkt“ (20). Diese revolutionäre Dimension verflüchtigt sich jedoch, sobald der Kampf gegen die unmittelbare Kolonisation und die Suche nach Identität nicht mehr im Mittelpunkt des antiimperialistischen Emanzipationsprozesses stehen. Auch der Theologe Wolff sieht in Gandhis rückwärts gewandter Utopie ein retardierendes Element (117). Gandhis Verherrlichung des Spinnrades und des Pfluges gegen die Maschine erinnert an eine Formulierung Fanons über postkoloniale Herrschaftssysteme der Nationalbourgeoisie: „Große Reden über das Handwerk werden gehalten. Bei der Unmöglichkeit, für das Land und für sich rentablere Fabriken aufzubauen, umgibt die Bourgeoisie das Handwerk mit einer chauvinistischen Zärtlichkeit...“ (Die Verdammten dieser Erde, S. 117.) Diese Zärtlichkeit zieht sich wie ein roter Faden durch Gandhis Werk. Die Kritik will indes die historische Größe Gandhis nicht leugnen. Doch geht es um eine adäquate Einschätzung Gandhis und seiner Lehre. Nach Ansicht des Rezensenten ist dies Wolff in einem entscheidenden Punkt gelungen. Er interpretiert Gandhis Lehre als einen „modernen Reformhinduismus“, der im Banne des indischen Reform-Hindu S. D. Saraswati (1824—1883) steht und sich gegen „alle Tendenzen, die sich dem Westen gegenüber assimilierend rezeptiv verhalten wollen“, richtet (44 f.). Dieser Reform-Hinduismus ist wie der islamische Modernismus und ähnliche Strömungen ein koloniales Phänomen. Er ist eine Antwort auf die Infragestellung der autochthon-religiösen Normen und der traditionellen sozialen Strukturen durch die westliche moderne Zivilisation — und doch ist er dieser Zivilisation zutiefst verhaftet, weil er mit Hilfe einiger ihrer eklektisch entlehnter Elemente die eigene, in Frage gestellte Kultur zu retten sucht. Darin besteht der Widerspruch in Gandhis Denken, wie übrigens in dem der meisten europäisch gebildeten nationalistischen Kolonialintellektuellen: daß er die abendländische Zivilisation energisch ablehnt und, da dies in ihrem Medium geschieht, ihr zugleich verbunden bleibt (cf. 36 f., 38 f.). Wolffs Arbeit vermittelt einen Gesamtüberblick über Gandhis Leben und Werk. Im einzelnen wird gezeigt, wie die Lehre von der Gewaltlosigkeit von Gandhi während seines 21jährigen Aufenthaltes in Südafrika im Kampfe für die Gleichberechtigung der als Kulis diskriminierten Inder ent-

wickelt wurde (21 ff.). Gandhis Bemühungen um die Rechte der Kastenlosen in Indien (45 ff.), um eine hinduistisch-islamische Versöhnung der indischen Bevölkerung (62 ff.) sowie die Praktizierung der Gewaltlosigkeit für die Unabhängigkeit Indiens werden sorgfältig herausgearbeitet, wenngleich Wolff auf Belegangaben leider stets verzichtet, was die wissenschaftliche Brauchbarkeit seiner Arbeit mindert. Die vorliegende Biographie trägt dazu bei, mit den Klischeevorstellungen über Gandhi aufzuräumen. Die Bezeichnungen „heilig“, „Schwärmer“ etc. werden zurückgewiesen zugunsten eines differenzierten Gandhi-Verständnisses. Besonders wichtig erscheint die Klarstellung, daß Gewaltlosigkeit bei Gandhi keinen Pazifismus impliziert, zumal sie sich Gandhi zufolge immer in der Aktion bewährt. So schreibt Gandhi: „Es ist besser, gewalttätig zu sein . . . , statt sich in das Gewand der Gewaltlosigkeit zu hüllen, nur um Impotenz zu verdecken. Gewalt ist jederzeit Impotenz vorzuziehen“ (101).

Wenngleich Wolffs Arbeit populärwissenschaftlichen Charakter hat, so entbehrt sie keineswegs der nüchternen Analyse. Gandhis Biographie wird stets — obwohl ungenügend — mit den sozialen Verhältnissen in Zusammenhang gebracht. Dies vermißt man in Lehmanns Nehru-Biographie. Hinzu kommt der störend schwärmerische Stil des Autors. Zu Nehru heißt es beispielsweise: „sein wohlgeformtes, schönes Antlitz, seine helle Haut . . .“ (11); er war „stets geschmackvoll gekleidet . . . , mit einer Rose im Knopfloch, ein Bild ungesuchter natürlicher Eleganz . . .“ (25). Auch Nehrus Frau war „schön, aber scheu und nervös . . . und vor allem von zarter Gesundheit . . .“ (16). Nehru entstammt einer großbürgerlichen indischen Familie. Sein Vater Motilal war ein Anhänger Gandhis und einer der Führer des antiimperialistischen Flügels der indischen Nationalbourgeoisie. Nehrus Herkunft ermöglichte ihm eine Ausbildung an der elitären englischen Public School in Harrow. Anschließend studierte er in Cambridge Jurisprudenz und erwarb dort den MA. Der siebenjährige Aufenthalt (1905—1912) in England prägte Nehrus Bewußtsein entscheidend. Bei ihm ist der Grad der Entfremdung erheblicher als bei Gandhi, was sich aus seiner intensiveren Bekanntschaft mit der europäischen Kultur erklärt. Nehru thematisiert sein gespaltenes Bewußtsein in seiner Autobiographie, wo er gesteht, daß er anfänglich seiner indischen Kultur völlig entfremdet war und doch nicht als Europäer anerkannt wurde. Wie bei den meisten Kolonialintellektuellen hat auch bei Nehru die Hinwendung zum Nationalismus die Funktion, den durch die koloniale Situation aufgetretenen Identitätsverlust zu kompensieren. Lehmann sieht den Fall Amritsar vom 13. April 1919 mit Recht als den Punkt an, wo Nehru endgültig zum Nationalisten wurde. In Amritsar schoß die Kolonialpolizei seinerzeit auf eine friedliche, von Gandhi organisierte Kundgebung; hunderte von Indern fanden dabei den Tod. Als Strafe für den Tod einer Engländerin mußten seitdem die Inder auf Geheiß der Kolonialregierung an gewissen öffentlichen Orten in Amritsar kriechen; öffentliche Auspeitschungen wurden exerziert. Die Vorfälle lösten

eine nationale Empörungswelle in ganz Indien aus. Der ebenso auf-gebrachte Nehru schließt sich nunmehr Gandhi an und ist bis zu dessen Tod, für 25 Jahre, sein Schüler und Gefährte. Das intellektuelle Verhältnis beider arbeitet Lehmann nur sehr ungenügend heraus (20—30). Es bleibt bei dem Hinweis, daß Nehru auf Grund seiner gründlichen „Europäisierung“ die rückwärts gerichtete Utopie Gandhis nicht billigte, daß er für die uneingeschränkte Industrialisierung Indiens eintrat und daß er, obwohl ein treuer Anhänger der Satyagraha-Doktrin, stets links von Gandhi stand. Lehmann mißt der Brüsseler Konferenz der Unterdrückten Völker vom Februar 1927, an der Nehru neben anderen prominenten Kolonialnationalisten und Marxisten teilnahm, für Nehrus Entwicklung zentrale Bedeutung bei (35 f.). Erst hier habe Nehru gelernt, daß die Unabhängigkeitsbewegung Indiens ein Teil der Kolonialrevolution ist und daß die Solidarität mit anderen Kolonialvölkern diese Bewegung stärkt. Die Bandung-Konferenz, die u. a. durch die Initiative Nehrus zustande kam, steht nach Lehmann mit den Einflüssen der Brüsseler Konferenz auf Nehru in engem Zusammenhang. Mit Erlangung der politischen Souveränität Indiens 1949 erschöpft sich die kolonialrevolutionäre Haltung Nehrus, wie es charakteristisch für die von der Nationalbourgeoisie angeführten nationalen Unabhängigkeitsbewegungen ist. Die Regierungszeit des aufgeklärten linken Vertreters der indischen Nationalbourgeoisie Nehru bis zu seinem Tode 1964 bestätigt die von Rosa Luxemburg gestellte Prognose: „In Indien ist der Nationalismus ein Ausdruck der aufstrebenden eingeborenen Bourgeoisie, die nach selbständiger Ausbeutung des Landes für eigene Rechnung strebt, statt nur als Objekt für die Aussaugung seitens des englischen Kapitals zu dienen<sup>2</sup>.“

Bassam Tibi (Frankfurt/Main)

2 Rosa Luxemburg: Fragment über Krieg, nationale Frage und Revolution. In: idem: Die russische Revolution. Ed. O. Flechtheim. Frankfurt/M. 1965<sup>2</sup>, pp. 81 ff., hierzu p. 84.

Ausführliche Literaturhinweise über Indien finden sich in: Literatur über Entwicklungsländer, hrsg. von der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. I, Hannover 1961, pp. 332—436, sowie Bd. II, Hannover 1963, pp. 173—190. Über neuere Literatur informiert der Literaturbericht von Dieter Sippel: Indiens unsichere Zukunft. In: Neue Politische Literatur, XII Jg., 2/67, pp. 200—220; cf. auch die wichtige Publikation von R. Segal: Die Krise Indiens. Frankfurt/M. 1968, sowie das Indien-Kapitel in Bar-ington Moore: Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Frankfurt/M. 1969, pp. 365—472.

## Ökonomie

**Faulwetter, Helmut, und Peter Stier:** *In die n. Bilanz und Perspektive einer kapitalistischen Entwicklung. Innere und äußere Bedingungen der ökonomischen Reproduktion. Studien zur Geschichte Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, Bd. 22. Akademie-Verlag, Berlin 1970 (245 S., kart., 24,50 M).*

Durch Meldungen in der Presse über niedrige industrielle, noch niedrigere Zuwachsraten der Landwirtschaft, die jährliche Bevölkerungsvermehrung um 13 Millionen und die gewaltige und ständig wachsende Auslandsverschuldung Indiens sind wir über die Resultate der nachholenden kapitalistischen Industrialisierung in diesem wichtigen Entwicklungsland einigermaßen informiert. Faulwetter und Stier unternehmen eine Analyse der Ursachen und Mechanismen dieser Entwicklung, wobei sie diese nach den Gesichtspunkten der Produktion und Reproduktion, des Konsumtionsprozesses, der Stellung Indiens in der Weltwirtschaft und der Rolle des Staates im Reproduktionsprozeß gliedern. Den Hauptwiderspruch der gegenwärtigen indischen Wirtschaftsgesellschaft, der eine Reihe anderer Widersprüche und Disproportionen erzeugt, umreißen die Autoren wie folgt: „Einem dynamischen Sektor in der Industrie, insbesondere im Maschinenbau, der Schwerindustrie und der Chemie, steht ein Ozean stagnierender oder doch beinahe stagnierender Bereiche gegenüber, in denen trotz vieler Versuche, eine schnelle kapitalistische Entwicklung einzuleiten, die bestehenden Sozialstrukturen einer Entwicklung der Produktivkräfte entscheidende Hemmnisse entgegenzusetzen“ (209).

Der Agrarbereich, der einen großen Anteil an der Volkswirtschaft (nach Beschäftigten 80 %, nach Nationaleinkommen 50 %) hat, ist durch verschiedene Formen halbfeudalen Eigentums, große Bodenersplitterung (60 % aller Bauernhöfe haben eine Anbaufläche von höchstens 1 ha), den Einfluß von Wucher- und Handelskapital und traditionale Institutionen (wie z. B. der „joint family“) gekennzeichnet. Eine Erwirtschaftung eines nennenswerten ökonomischen Überschusses, der für die Steigerung der Produktivität eingesetzt werden könnte oder gar einen Beitrag zur Industrialisierung liefern könnte, ist daher unter gegenwärtigen Bedingungen nicht möglich. Selbst eventuelle Produktionszuwächse würden kaum in den Reproduktionsprozeß der Gesamtwirtschaft zurückfließen, sondern zu einer Erhöhung der individuellen Konsumtion oder zur Steigerung der Tribute an die Grundeigentümer oder Wucherkapitalisten führen. Hieraus ergeben sich die speziellen Probleme des mit dem „agrarischen Hinterland“ fast vollkommen unverbundenen industriellen Sektors, der einen privatwirtschaftlich und einen staatlich organisierten Teil umfaßt. Er ist auf eigene und in zunehmendem Maße auf ausländische Akkumulationsquellen angewiesen. Durch das Fehlen

vorgelagerter Produktionsstufen wächst der Importbedarf an Maschinen und Ausrüstungen, Grundmetallen und Nahrungsmitteln — selbst für die Erfordernisse der *einfachen* Reproduktion — gewaltig an. Dieser — überdies noch stets wachsende — Bedarf umfaßt gegenwärtig schon  $\frac{2}{3}$  des gesamten Importvolumens und entspricht etwa dem gesamten Exportwert, d. h., daß die Möglichkeiten einer *erweiterten* Reproduktion aus eigener Kraft stets geringer werden. „Solange die ‚maintenance‘-Importe hoch sind, bleiben weniger Möglichkeiten zum Import von Anlagen und Ausrüstungen für die Eigenproduktion dieser Importe. Dadurch wird der Anteil der sogenannten ‚maintenance‘-Importe für längere Zeit relativ hoch bleiben müssen. Es entsteht ein fehlerhafter Kreislauf“ (76). Andererseits kann die Ausdehnung kreditabhängiger Importe zur weiteren Reproduktion oder die Anlockung von Auslandsinvestitionen die Probleme der Disproportionierung des industriellen Aufbaus und der extremen Auslandsabhängigkeit der indischen Wirtschaft nicht lösen, sondern nur noch weiter verschärfen. Die Politik der „Importsubstitution“, die häufig mit Industrialisierung gleichgesetzt wird, stößt gerade in den Entwicklungsländern deshalb bald auf ihre Grenzen, weil die disproportionale Entwicklung vorgelagerter Stufen entweder zu noch größerer Importabhängigkeit führt oder aber mangels Vorhandensein nachgelagerter Stufen zu überflüssigen Kapazitäten beiträgt. Wenn auch die Bemerkungen der Autoren zutreffend sind, daß eine realistische Importsubstitutionspolitik an zukünftigen Gegebenheiten orientiert sein muß, nationale und internationale Entwicklungstendenzen in die Planung einbeziehen muß, und daß häufig eine Kapitalanlage zur Importsubstitution von niedrigerer Effektivität sein kann als eine in einem traditionellen Exportbereich, so haben sie selbst keine widerspruchsfreien Empfehlungen für eine solche Politik gegeben. Einmal bezeichnen sie z. B. die Investitionsgüterindustrien und die Chemie als Zweige möglicher Importsubstitution mit optimalem Nutzen für die Gesamtwirtschaft, andererseits ist die Rede davon, daß am besten *einfache* Produkte, für die Rohstoffe, Verarbeitungskapazitäten, Technologien und Arbeitskräfte im Lande vorhanden sind, substituiert werden sollten (130/133). Da auf der anderen Seite die Exportsituation Indiens aus verschiedenen Gründen (relative Produktionskosten, Preis- und Nachfrageentwicklung seiner traditionellen Exportprodukte: Jute, Tee, Baumwolle, interne und externe Hemmnisse des Auslandabsatzes seiner Fertigwarenproduktion) wenig günstig beurteilt werden kann, ist es nicht übertrieben, von einer „katastrophalen Zahlungsbilanzsituation“ Indiens zu sprechen. Nach den Schätzungen der Autoren wird die „Tilgungslücke“ Indiens (die Differenz von Zuflüssen und Exporterlösen einerseits und Rückzahlungen und Importen andererseits) bald über 150 Mrd. Rupies (= ca. 20 Mrd. Dollar) betragen, so daß die indische Regierung zu Beginn der siebziger Jahre für längere Zeit jegliche Zahlungen wird einstellen müssen.

Eine Drosselung der Importe, die sich angesichts dieser Zahlungsbilanzsituation als notwendig erweisen könnte, muß für die indische

Volkswirtschaft verheerende Folgen haben. In einem abschließenden Kapitel zeigen die Autoren, daß diesem herannahenden Chaos auch mit den Mitteln staatlicher Planung („indischer Sozialismus“) nicht zureichend gesteuert werden kann. Einmal erstrecken sich die Planungsmöglichkeiten auf einen relativ kleinen Bereich der indischen Volkswirtschaft, da der agrarische Sektor von ihr fast völlig unerreicht bleibt. Ferner ist die Planung aus der Schwäche der indischen Bourgeoisie geboren und soll gerade als Instrument ihrer Stärkung dienen, was aber notwendigerweise bei Bestehen von privatem Eigentum an Produktionsmitteln zu einem ständigen Unterlaufen gesamtwirtschaftlich sinnvoller Planung führt. Gilt dies schon für den staatlichen Sektor, den die verschiedensten privaten Interessen für ihre Zwecke auszunützen suchen, so um so mehr für den privatwirtschaftlichen industriellen Sektor, bei dem bloß indirekte Steuerungsmittel zur Verfügung stehen. Unterhalb der offiziellen Lizenzierung und Kontingentierung der Importe und Exporte, der Finanz- und Kreditpolitik setzen sich die kapitalistischen Marktgesetze durch. Hieraus — und nicht nur aus der niedrigen Akkumulationsrate — resultiert das beständige Ungleichgewicht zwischen Importen und Exporten und die damit oft einhergehende gesamtwirtschaftlich unrationelle Verteilung der Ressourcen. Der schwunghafte Handel mit Außenhandelslizenzen verteuert die für sie zu erlangenden oder abzusetzenden Waren, die hohen Preise auf dem Binnenmarkt hemmen die Exportfreudigkeit der indischen Unternehmer, durch die zweckbestimmten, an bestimmte Importe gebundenen Auslandskredite werden die Regulierungsmöglichkeiten weiter eingeschränkt; dies alles führt zu der häufigen Erscheinung, daß „eine Vielzahl importierter Rohstoffe für weniger bedeutende Produktionen verwendet werden, während wichtige Zweige, vor allem der metallverarbeitenden Industrie, über Nichtauslastung von Produktionskapazitäten klagen“ (221).

Zwei Punkte der Kritik sollen an dem im ganzen recht instruktiven Buch angebracht werden: Da es nicht systematisch genug gegliedert ist, kommt es zu ständigen und zum Teil verwirrenden Wiederholungen: die Probleme der Importsubstitution, der Auslandsverschuldung Indiens, seine Stellung im Außenhandel werden z. B. an drei oder vier weit auseinanderliegenden Stellen behandelt. Dagegen findet sich kein spezielles Kapitel, das systematisch den agrarischen Bereich analysiert. Zweitens kann die Tatsache der „widerspruchsvollen Entwicklung“ insgesamt oder in manchen Bereichen nicht dazu erhalten, widersprüchliche Aussagen unspezifiziert nebeneinanderstehen zu lassen. So z. B. ist häufig die Rede davon, daß der indische Binnenmarkt vielfach geringe Absatzmöglichkeiten biete (10,164). Andererseits wird mehrfach hervorgehoben, daß die großen Absatzmöglichkeiten auf dem Binnenmarkt (häufig sogar zu überhöhten Preisen) niedrige Exporte oder rasche Expansion von einzelnen Branchen bedingten (26, 86 f., 103). Dieser zentrale Widerspruch, der sicherlich — wie angedeutet (165) — einer der Sache ist, hätte differenzierter ausgearbeitet werden müssen. Dieter Boris (Marburg)

**Breuer, Helmut:** Die Industrialisierung Indiens unter dem Druck steigender Auslandsverschuldung. Eine Konfliktanalyse der bisherigen Planstrategien. Duncker & Humblot, Berlin 1967 (162 S., kart., 29,60).

Breuer geht es vornehmlich darum, die quantitativen Relationen einer für Indien optimalen Industrialisierungsstrategie unter dem Gesichtspunkt der Zahlungsbilanzentwicklung bzw. der längerfristigen Unabhängigkeit von Kapitalimporten und Auslandshilfe aufzuzeigen. Bevor er im zweiten Teil der Arbeit dazu übergeht, seine Modelle zu entwickeln, beschäftigt er sich in den ersten drei Kapiteln mit dem indischen Zahlungsbilanzproblem, den vier indischen Fünfjahrplänen (von 1951—1971) und verschiedenen Problemen des Zusammenhangs von Kapitalbildung und Außenhandelsentwicklung (Faktorausstattung, Produktionsstruktur, Importsubstitution). Zutreffend hält er fest, daß aufgrund der gegebenen Exportstruktur Indiens und der Weltmarktentwicklung zunächst nur mit einem langsamen Anstieg der Exporte gerechnet werden kann, andererseits der Importbedarf Indiens immer mehr ansteigen wird; diese in jedem Fall sich abzeichnende Grundlinie der indischen Entwicklung sei aber noch am ehesten durch Importsubstitution der am meisten eingeführten und der für einen eigenen, zukunftssträchtigen Export wichtigsten Produkte, der Investitionsgüter, zu überwinden. Dagegen habe eine auf rasche Steigerung traditioneller, agrarischer Exporte abstellende Strategie, die zudem weitgehend auf den Aufbau eigener Basisindustrien verzichtet, sowohl kurzfristig wie auch vor allem langfristig keine Chance. (Diesen Weg nennt er „Alternative 1“, den vorhergenannten „Alternative 2“.) Die Konsequenz aus dieser Einsicht hat nach Breuers Ansicht der 1956 beginnende 2. indische Fünfjahrplan gezogen, in welchem die Hälfte aller öffentlichen Investitionen auf die Eisen- und Stahlproduktion entfielen (= 1/3 aller Investitionen) und die Importstruktur sich entscheidend änderte: die Investitionsgüterimporte stiegen in ihrem Anteil an den Gesamtimporten von 27,4 auf 40,2 % 1956/57 an. Die sich hieran anschließende Modellanalyse, die durch Zugrundelegung wirklichkeitsnaher Werte einer empirischen Überprüfung und wirtschaftspolitischen Verwertung zugänglich gemacht werden soll, bringt ein Resultat, das gemessen am Aufwand an analytischem Scharfsinn und der Mühe der Berechnung einer Fülle von Tabellen recht bescheiden ist: Bei Verfolgung der verschiedenen Varianten der Alternative 1 ergibt sich das Problem eines andauernden und sich steigernden Nahrungsmittelimports, der geringen Chancen eines mit terms of trade-Verlusten verbundenen Exports, der langsam sinkenden Exportrate und der längerfristigen Schwierigkeit — nach mittelfristigen Erfolgen — des Ausgleichs der Handelsbilanz und der Rückzahlung der Kredite. Bei Alternative 2 hingegen wird eine größere Finanzierungslücke zwischen aktuellen Exporterfolgen und Importbedarf zunächst in Kauf genommen, die einheimische Nahrungsmittelproduktion nicht beeinträchtigt und aufgrund des hohen Anteils der Investitionsgüter an den Importen schon in der 2.—3. Periode eine spürbare Ent-

lastung der Zahlungsbilanz durch neue Eigenproduktion und beginnenden Export von Investitionsgütern und industriellen Konsumgütern eingeleitet. So kann es nach dieser Alternative nicht nur schon früher (in der vierten Periode) zu einem Handelsbilanzausgleich kommen, sondern es können auch schneller die höheren Schulden zurückgezahlt werden. — Zunächst ist auf einige verstreute Unstimmigkeiten und Unklarheiten bei der Entwicklung der Modellannahmen hinzuweisen. So ist z. B. einmal die Rede von einem „unelastischen Angebot“ der landwirtschaftlichen Produktion, das aufgrund institutioneller Faktoren nicht wesentlich erweitert werden könnte (55 f.), dann wieder davon, daß die „landwirtschaftliche Produktion bei beiden Alternativen schneller als der Nahrungsmittelbedarf“ steigt (80). Auch ist nicht immer zu sehen, wie die Angaben für die die Alternativen prospektierenden Tabellen gewonnen wurden.

Die Grenzen von Breuers Prognose, über deren Verfehltheit heute kein Zweifel bestehen kann (Indien befindet sich gegenwärtig beim Übergang von der 3. zur 4. Periode des von Breuer analysierten zweiten Alternativweges, ohne auch nur entfernt den optimistischen Erwartungen des Autors entsprochen zu haben<sup>1</sup>, liegen nicht in der Problematik „jeder Perspektivplanung“, die in ihrem „Zuverlässigkeitsgrad“ durch „zusätzliche Annahmen zu verbessern“ wäre (vgl. 104), sondern in der völligen Abwesenheit eines Versuchs begründet, den sozialen Charakter der indischen Planungsvorhaben, die ihnen zugrunde liegenden Interessen, Widersprüche und Produktionsverhältnisse zu bestimmen. Wenn weiterhin z. B. der für das Problem der Zahlungs- und Devisenbilanz so unmittelbar wichtige Faktor des Kapitaltransfers aus ausländischen Investitionen<sup>2</sup> völlig unberücksichtigt bleibt, muß selbst die Einlösung eines beschränkten Anspruchs mißglücken.

Dieter Boris (Marburg)

1 Siehe das Zahlenmaterial in dem oben besprochenen Buch von Faulwetter/Stier. Während das Wachstum des BSP nach Breuer mittlerweile bei 6—7 % jährlich angelangt sein müßte (118 f.), hat es sich in den letzten Jahren nie über 4 % bewegt; 65/66 war es sogar stark negativ (—4,2 % !), 66/67 stieg das BSP nur um 1,9 % (Faulwetter/Stier, S. 46). Statt der angenommenen Bruttoinvestitionsquote von ca. 20 % ist der Anteil der Gesamtinvestitionen am Volkseinkommen von 1965 13 % auf 11 % 1969 abgefallen (vgl. NZZ v. 20. Nov. 1969). Entgegen der Annahme eines Ausgleichs von Importen und Exporten während der 3. Planperiode haben Faulwetter und Stier für 1966—1971 einen Gesamtimport von 133 Mrd. Rs gegenüber einem Export von nur rund 71 Mrd. Rs errechnet (73, 78).

2 Folgender Sachverhalt ist bei Breuer weder in seinen theoretischen Überlegungen noch in seinen „empirischen Ableitungen“ vorgesehen: „Für Dividenden an ausländische Anteilseigner und Kapitaltransfer muß Indien schon heute ein Mehrfaches dessen aufwenden, was an Neuinvestitionen ins Land fließt. Dazu kommt, daß Zinsendienst und Rückzahlungen für staatliche Auslandskredite ungefähr die Hälfte des Betrages ausmachen, den das Indien-Konsortium der westlichen Geberländer in jedem Jahr bewilligt.“ (NZZ v. 2. Juli 1969)

**Clausen, Lars: Industrialisierung in Schwarzafrika.**

Eine soziologische Lotstudie zweier Großbetriebe in Sambia. Mit einem Vorwort von P. Meyer-Dohm. Bochumer Schriften zur Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik, Bd. 3. Bertelsmann Universitätsverlag, Bielefeld 1968 (221 S., kart., 35,— DM).

Obwohl diese Habilitationsschrift sich als Prolegomena zu einer allgemeinen soziologischen Theorie der Industrialisierung begreift, beschränkt sie sich auf die vorläufige theoretische Verarbeitung empirischer, durch eigene Feldforschung ermittelter Befunde, ohne die zentrale Frage, wie Industrialisierung in unterentwickelten, halbkolonialen Ländern möglich ist, überhaupt zu stellen. Dieser Mangel ist bedingt durch den abstrakten Industrialisierungsbegriff, der in dieser Studie gehandhabt wird; er wird völlig isoliert von der Gesellschaftsordnung, unter der Industrialisierung stattfindet. Jedoch ist Clausens Arbeit eine Fundgrube für die Diskussion über Industrialisierung unterentwickelter Länder: mit ihrer Datenfülle liefert sie eine vorzügliche empirische Grundlage zur Beantwortung der genannten, von ihr nicht angeschnittenen zentralen Frage.

Clausen hat seine Feldarbeit vom März 1964 bis Februar 1965 im zentralafrikanischen Staat Sambia (vor der Unabhängigkeit 1964 der nordrhodesische Teil der Föderation Rhodesien und Nyasaland) ausgeführt, weil es im subsaharischen Afrika nur drei Industriezentren gibt: Südafrika, Katanga und Sambia, in Südafrika Feldforschung über afrikanische Industriearbeiter wegen der Apartheidverordnungen unmöglich war und in Katanga zur Zeit der Untersuchung politische Instabilität herrschte. Die Studie konzentriert sich auf den Kupferdistrikt (Copperbelt) Sambias, wo zwei anglo-amerikanisch-südafrikanische Konzerne die Erschließung der Bodenschätze (Zink, Kupfer, Blei) monopolisieren, sowie auf Broken Hill, wo sich die vorwiegend von britischem Kapital getragene Gesellschaft Rhodesia Railways befindet, die die zweite Großbranche im Land ausmacht. Die Eigentümer der Produktionsmittel beider untersuchter Großbetriebe sind also ausländische Kapitalisten\*. Das Proletariat besteht nicht nur aus Afrikanern, sondern umfaßt neben Asiaten auch Europäer, die bewußtseinsmäßig rassistische Kolonialisten sind und ihre eigene rassistische Gewerkschaftsorganisation haben. Der Kampf der afrikanischen Arbeiter beschränkte sich bisher in erster Linie auf Lohnforderungen; gelegentlich war er gegen die Privilegien der Europäer gerichtet; explizit politische Forderungen wurden nicht gestellt, auch wurde kein Gegenrassismus artikuliert. Anfänglich versuchten die Eigentümer an den Produktionsmitteln, die Bemühungen der afrikanischen Arbeiter, sich gewerkschaftlich zu organisieren, mit dem Argument zu unterbinden, die Afrikaner seien dazu nicht reif. Als dies nicht mehr möglich war und 1948 die AMU (Mine Workers

\* Die nach Veröffentlichung von Clausens Studie erfolgten Teilverstaatlichungen (1969) ändern kaum etwas an der Vorherrschaft des ausländischen Kapitals in Sambia; sie haben mehr einen dekorativen Charakter.

Union) gegründet wurde, griffen die ausländischen Eigentümer zu anderen Methoden: einmal wurden Stammesautoritäten, die traditionelle Anerkennung genossen, aber mit der Leitung der Konzerne des Kupferdistriktes kollaborierten, zu Vertretern der afrikanischen Arbeiter nominiert (Tribal Representatives); zum anderen wurde mit Unterstützung der Kupferkonzerne eine neue Gewerkschaft gegründet: die MASA (Mine African Staff Association), die die afrikanischen Angehörigen der Stammesautoritäten vertrat, denen das Privileg, Bürokräfte zu sein, eingeräumt wurde. Diese Gewerkschaft war ein Instrument der Konzerne in Sambia gegen die AMU. Doch durchschauten die afrikanischen Arbeiter diese Machenschaften. Zur Überraschung der ausländischen Ausbeuter erhoben sie sich gegen die Stammesautoritäten und erzwangen deren Entfernung als Vormund aus der Gewerkschaft. Nach der Unabhängigkeit wurden beide genannten Gewerkschaften zugunsten einer neuen regierungstreuen Arbeiterorganisation aufgelöst (cf. 81 f.).

Clausen betont in seiner Arbeit immer wieder, welche Bedeutung dem Rassismus in Sambia in allen sozialen Bereichen zukommt. Die Eigentümer an Produktionsmitteln spielen die „Rassen“ (Afrikaner, Euroafrikaner, Inder, Europäer) gegeneinander aus und verhindern damit die Solidarität gegen ihre Beherrscher. Durch eine soziale Hierarchie, die zugleich eine rassistische ist, atomisieren die ausländischen Kapitalisten die unterdrückte Masse (cf. 34 ff.). Der Rassismus in Sambia ist so transparent, „daß danach eigens zu forschen trivial wäre“ (33). Clausen verzichtet daher darauf, die Rassismus-Problematik in seinen Fragebogen aufzunehmen, der das Skelett der Untersuchung bildet (2stündiges Interview mit 500 Befragten). Gerade durch die in Sambia herrschenden Produktionsverhältnisse und die ihnen inhärente rassistische Herrschaftsform ist Sambia ein geeignetes Beispiel dafür, daß eine Industrieansiedlung in einem sozioökonomisch schwach entwickelten Land noch keine umfassende Industrialisierung, d. h. Entwicklung der Gesellschaft auf eine historisch fortschrittlichere Produktionsweise hin bedeutet, zumal dann nicht, wenn die „Industrialisierung“ nur unter dem Aspekt erfolgt, daß das ausländische Kapital die Landesressourcen intensiver erschließen kann. Solche Industrieansiedlungen führen zu keinen tiefgreifenden Strukturveränderungen, auf deren Basis eine stufenweise Emanzipation des Landes möglich wäre. Aus Clausens Studie wird sehr deutlich, daß eine „Industrialisierung“ unter einer neokolonialistischen Gesellschaftsordnung nur zu einer verstärkten Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung und der Bodenschätze führt. Sowohl die beiden Konzerne des Kupferdistrikts als auch die Eisenbahngesellschaft hielten die afrikanischen Arbeiter auf der Stufe von Hilfsarbeitern und verwehrten ihnen eine fachliche Ausbildung, die ihnen einen Aufstieg ermöglichen könnte; auf diese Weise konnte man „rassistische Stereotypen“ erhalten (36).

Die Urbanisierung im Gefolge der Industrialisierung in Sambia ist für die dortigen Produktionsverhältnisse bezeichnend. „Man wollte *nur* eine Industriearbeiterschaft. Die Werksiedlungen glichen kaser-

nierten Arbeitslagern“ (77). Und selbst diese waren rund gebaut, damit die afrikanischen Arbeiter keine modernen Möbel darin unterbringen konnten. Am Beispiel der Urbanisierung in Sambia konstatiert Clausen, daß die Industrialisierung dort „zwar zunächst ein neues soziales Bezugssystem und neue Rollenzumutungen in bisher stammesbezogen-traditionale Zivilisationen (brachte), aber keine Freiheit, ein offen-städtisches soziales Netzwerk aufzubauen“ (77).

Der Widerstand der sambischen Arbeiter nahm bisher nur die offene Form des Lohnstreiks an. Daneben sind die Arbeiter sehr kritisch gegenüber dem integrativen Nationalismus der neokolonialistischen „souveränen“ Herrschaft unter dem Präsidenten K. Kaunda (cf. 79 ff.). Bedeutsam ist die versteckte Widerstandsform der sambischen Arbeiter, die sich darin äußert, daß sie das von ihnen verlangte Arbeitsethos nicht internalisieren (111 ff.); beispielsweise mißachten sie die Pünktlichkeitsregel derart, daß die Konzernleitungen die Werkspolizei damit beauftragten, die Arbeiter in den Morgenstunden gewaltsam zu wecken und sie einige Stunden vor Arbeitsbeginn buchstäblich an die Arbeitsstellen zu schleppen.

Das wertvolle Material, das Clausen erschlossen hat, spricht gegen die methodische Trennung von Industrialisierung und der Gesellschaftsordnung, unter der sie stattfindet. Clausens Untersuchung kann daher nur in einem bestimmten Sinne Vorarbeit zu einer Theorie der Industrialisierung in unterentwickelten Ländern sein, nämlich als empirische Grundlage für den Nachweis, daß Industrialisierung als Emanzipationsstufe nicht im Schatten neokolonialistischer Herrschaft geschehen kann. Bassam Tibi (Frankfurt/M.)

**Stolze, Diether, und Michael Jungblut (Hrsg.): Der Kapitalismus u. s. Von Manchester bis Wall Street. Texte, Bilder, Dokumente. Verlag Kurt Desch, München 1969 (382 S., Ln., 64,— DM).**

Die von dem verantwortlichen Redakteur des Wirtschaftsteils der ZEIT, Stolze, in Zusammenarbeit mit seinem Redaktionskollegen Jungblut verfaßten Texte und die von ihnen ausgewählten Bild-dokumente sollen ein „Nachschlagewerk“ über den Kapitalismus abgeben. In ihrer theoretischen Einleitung fassen die Autoren thesenhaft zusammen, was sie in den nachfolgenden Kapiteln ausführlich und vielfach — teils unpassend — bebildert mitteilen. Die Schwierigkeit, eine Bestimmung des Kapitalismus zu geben, sehen sie darin, daß die Kapitalisten zu ihrem eigenen System sich nicht bekennen wollen, sie „es als kränkend (empfinden), wenn man sie ‚Kapitalisten‘ nennt“; zum anderen herrsche ein „Mangel an einer auch nur einigermaßen präzisen Definition“, denn „Spuren von Kapitalismus gibt es so gut wie in jeder Gesellschaftsordnung“. Marx habe zwar „eine gewiß in vielem richtige (in manchem freilich auch falsche) Theorie des Kapitalismus vorgelegt“, aber er habe den großen Fehler begangen, „das Wirken von Karl Marx“ nicht erkannt zu haben. Marx

habe nämlich „entscheidend dazu beigetragen“, daß „der Arbeiter als Konsument entdeckt worden ist“. Deshalb — meinen die Autoren — sollten die Kapitalisten Marx Denkmäler setzen.

Von einem imperialistischen Kapitalismus kann man nach Stolze und Jungblut heute nicht mehr reden. „Man kann das Vorgehen der USA in Vietnam für falsch, für verabscheuungswürdig halten — aber man kann nicht von einer ‚zwangsläufigen Auswirkung des kapitalistischen Systems‘ sprechen; daß „doch immer noch . . . Kapitalismus und Imperialismus gleichgesetzt (werden)“, konstatieren die Autoren ärgerlich. Die europäische „Neue Linke“, die die koloniale Revolution akklamiert, müsse endlich begreifen, daß die Revolutionäre der „jungen Völker“ nur das Ziel haben, „möglichst schnell den kapitalistischen Lebensstandard zu erreichen“. Und bis einmal „der Traum von einer ‚vollkommenen Welt‘ Wirklichkeit“ geworden ist, bleibt der Kapitalismus „das wohl humanste Gesellschaftssystem mit dem höchsten Wohlstand und der größten Freiheit“. Die Autoren versäumen auch nicht, die kommende Entwicklung zu prognostizieren: „Die Zukunft wird einem modernen, einem linken Kapitalismus gehören.“

Das im Vorabdruck in der ZEIT erschienene Buch belegt erneut die Methode dieses Blattes, dem Leser in der ästhetischen Verpackung von unverbindlich-liberaler Politik und modisch linkem Feuilleton einen den Kapitalinteressen konsequent verpflichteten Wirtschaftsteil zu verkaufen.

Bassam Tibi (Frankfurt/M.)